

**Probleme der Rüstung
und ihrer ökonomischen Sicherstellung in den Jahren des
Kalten Krieges und in der Gegenwart**

**Materialien eines Seminars der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Militär-
historischen Institutes der russischen Armee
im Mai/Juni 2004**

Inhalt:

	Blatt
Hans Modrow: Vorwort	4
Vorbemerkungen der Autoren	9
Studie:	
„Über den Verteidigungshaushalt und weitere Fragen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR im Kalten Krieg“	11
1. Grundsätzliche Betrachtungen zur ÖSLV der DDR	12
1.1. Rechtsgrundlagen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung	12
1.2. Hauptrichtungen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung	14
2. Die Planung des Bedarfs der Landesverteidigung	15
2.1. Die Militärausgaben der DDR, Vergleich mit den Militärausgaben der BRD	18
2.2. Der Verteidigungshaushalt der DDR, Vergleich mit dem Verteidigungshaushalt der BRD	38
2.3. Vergleich der Verteidigungsausgaben der DDR und der BRD mit den Ausgaben der Bündnisse	48
3. Die spezielle Produktion der DDR	57
4. Die Militärökonomische Integration der DDR mit den Bündnispartnern	77
4.1. Militärische Ausgangspunkte für die MÖI	79
4.2. Die Ständige Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie	82
4.3. Der spezielle Außenhandel	87
5. Die Planung der Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand	94
5.1. Forderungen an die Volkswirtschaft für den Verteidigungszustand	98
5.2. Aufgaben zur Unterstützung der militärischen Mobilmachung	100
5.3. Die Berechnungsplanung (B-Planung)	101
5.4. Bildung staatlicher Reserven	107
5.5. Die Maßnahmen der BRD zur Einbeziehung anderer Gesellschaftsbereiche in die Vorbereitung und Sicherstellung von Verteidigungsmaßnahmen	108
6. Schlussbetrachtungen/Schlussfolgerungen	113

Vortrag über die aktuellen Fragen der Rüstung	118
Bericht über das Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Institut für Militärgeschichte beim Verteidigungsministerium der Russischen Föderation zu historischen und aktuellen Fragen der Rüstung und Abrüstung	140
Teilnehmer am Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Institutes für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation	213
Schriftlich vorliegende Beiträge von Teilnehmern des Seminars	146
Abkürzungsverzeichnis	215

Vorwort

Vom 08. - 09. 06.2004 führte die Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau ein gemeinsames Seminar mit dem Militär-Historischen Institut der Russischen Armee zu Problemen der Verteidigungsfähigkeit der beiden deutschen Staaten in der Periode des Kalten Krieges durch, welches ein breites Interesse auf der russischen Seite gefunden hat. Die Autoren, Generalleutnant a. D. Dipl.-Ing. W. Neidhardt und Oberst a. D. Dipl.-Ök. L. Marum, beide Verantwortungsträger der Nationalen Volksarmee bzw. der Staatlichen Plankommission der DDR, stellten auf diesem Seminar eine im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitete Studie vor.

Die Studie „Der Kalte Krieg und die Militärausgaben der DDR und der BRD“ war Grundlage der Debatte. Diese Studie ist mindestens aus zwei Gründen als interessant und bedeutungsvoll zu werten:

1. aus der Sicht der historischen Aufarbeitung der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung, also der Rüstungsaufwendungen und ihrer Realisierung, einem wichtigen und sensiblen Teilgebiet des Kalten Krieges und
2. im Sinne der Schlussfolgerungen für die heutige Politik zur Reduzierung der Rüstungen, damit zur Verhinderung von Kriegen sowie zum Einsatz dieser Mittel für die Zukunftssicherung der Menschheit, d. h. zur Erhaltung des Lebens, der Gesundheit und der Umwelt u. a. und das nicht nur in den Industriestaaten, die an der Rüstung verdienen.

Die Autoren untersuchten auf der Grundlage eines umfangreichen Quellenmaterials die verschiedenen Seiten der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR, als einen der engsten Verbündeten der Führungsmacht der Organisation des Warschauer Vertrags. Interessant ist der von ihnen durchgeführte Vergleich dieser Entwicklung mit der Bundesrepublik Deutschland, als einen der engsten Verbündeten der Führungsmacht des entgegengesetzten Bündnisses, der NATO. Auf der Grundlage des Seminars und der Nutzung weiterer Quellen wird die Arbeit an der Studie fortgesetzt.

Nach den Veränderungen, die sich 1989/1990 in Deutschland vollzogen haben, ist ein solches vergleichendes, um Objektivität bemühtes Herangehen leider selten. Es überwiegen

einseitige Geschichtsbetrachtungen über die DDR, im Sinne der von der Politik vorgegebenen Delegitimierung dieses Staates. Das trifft auch auf verschiedene Arbeiten zu, die dem gleichen Gebiet gewidmet sind. Im Übrigen ist die Bemerkung von Peter Bender zu unterstreichen, die in der Berliner Zeitung vom 30. Januar 2002 veröffentlicht ist: "In der Geschichtsschreibung müssen sich West und Ost wieder finden"¹. Des Weiteren sagt Bender, zitiert in einem Beitrag von Stefan Berger über die ostdeutsche Geschichtswissenschaft 12 Jahre nach dem Ende der DDR: " ...dass man eine deutsche Geschichte wohl nicht ohne authentische ostdeutsche Stimmen schreiben können".²

Es ist von Bedeutung, dass dieser Teil des Lebens in der DDR nicht nur der Interpretation von Dokumenten aus den Archiven nur von einer Seite überlassen bleibt, zumal Veröffentlichungen und Diskussionen zeigen, dass sehr oft Teile dieser Arbeit aus dem politischen und damit dem strategischen Zusammenhang gerissen werden, was zum Teil zu Schlussfolgerungen führt, die nicht mit der realen politischen, strategischen, militärstrategischen sowie bündnispolitischen Ausgangssituation in Ost und West in Übereinstimmung stehen. Darüber hinaus ist die Einbeziehung von Zeitzeugen eine wichtige Methode für die Geschichtsbetrachtung, die aber nicht mehr sehr lange möglich sein wird. Es wäre ein Verlust, wenn deren Wissen und Einordnungsmöglichkeit von Ereignissen nicht für weitere Forschungen gesichert würde.

Es sollte jedoch nach einigen Jahren möglich werden, auch die politischen, strategischen und ökonomischen Hintergründe dieses Teiles der Politik aus der Sicht der unmittelbar Beteiligten, der Bewertung der Originaldokumente durch sie sowie unter Berücksichtigung der Ausgangspunkte der anderen Seite der Blockkonfrontation zu betrachten, um später, wenn eine größere Objektivität bei der Geschichtsbetrachtung möglich wird, auch eine Analyse der beiden Seiten und damit die Aufarbeitung dieser Zeit unter den notwendigen, historischen Gesichtspunkten vornehmen zu können.

Die von den Autoren gewählte Methode der Analyse der Militärausgaben, bzw. des Verteidigungshaushalts und ihre Verbindung mit der zum jeweiligen Zeitabschnitt festgelegten politischen und daraus abgeleiteten sicherheitsstrategischen Orientierung in den beiden Bündnissen erlaubt es daraus abzuleiten, welche politischen Ursachen zum Wettrüsten geführt haben. Das unterscheidet diese Studie von anderen Arbeiten, die

^[1] Berliner Zeitung vom 30. Januar 2002 Seite 16, in "Kein Beitrag zur Einheit"

^[2] Neues Deutschland vom 21./22. Dezember 2002, Seite 23

Verteidigungshaushalte einseitig analysieren und ob ihres gewaltigen Volumens kritisieren, aber nicht zu den eigentlichen Ursachen des Wettrüstens vordringen.

Der damalige Stellvertreter des sowjetischen Außenministers Kornienko, Teilnehmer an fast allen sowjetisch-amerikanischen Abrüstungsgesprächen, betrachtete den Kalten Krieg als den Hauptgenerator des Wettrüstens. Die Autoren der Studie belegen diese Aussage in überzeugender Weise für beide deutsche Staaten. Die von den Autoren benannten Fakten wurden im Zusammenhang mit der Entwicklung des Kalten Krieges dargestellt.

Für den sachkundigen Leser wird das Material von Interesse sein, da hier die Zusammenhänge aller Seiten der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung betrachtet werden. Für den Leser, der bisher nicht mit dieser Materie vertraut ist, steht der Neuheitsgehalt im Vordergrund. Bisher gibt es über dieses sensible Gebiet leider nur eine geringe Anzahl von Veröffentlichungen.

Die von den Autoren vorgestellte Fassung enthält in gedrängter Form das Wesentliche der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR. Sie beabsichtigen künftig noch weitere Abschnitte, wie über den Verbleib und die Verwertung der Bewaffnung der NVA u. a. in die Arbeit aufzunehmen.

In der im Seminar vorgestellten Studie „Aktuelle Probleme der Rüstung und Abrüstung in Europa“ werden nicht nur Schlussfolgerungen aus der historischen Entwicklung für den gegenwärtigen Stand herausgearbeitet, sondern auch die Probleme der heutigen Sicherheitspolitik der BRD und der Europäischen Gemeinschaft analysiert. Die Autoren weisen darauf hin, dass entscheidende Momente des Kalten Krieges noch immer zur Anwendung kommen. Auf den Inhalt der Studie wird in der vorliegenden Veröffentlichung mit dem Vortrag eines der Autoren eingegangen. Dadurch wird eine aktuellere Betrachtung ermöglicht.

Der militärische Faktor bestimmt in zunehmendem Maße die Außenpolitik sowohl der Bundesrepublik als auch der Europäischen Union. Die Rüstungsausgaben steigen, das Wettrüsten wird fortgesetzt, die Bundeswehr wird zu einer Interventionsarmee umgerüstet, es werden europäische Einsatzkräfte aufgestellt und auch eingesetzt. In der Studie werden die Zusammenhänge mit den wirtschaftlichen und politischen Interessen der Staaten, der Einfluss der Rüstungsindustrie und weitere Faktoren in Verbindung mit der Globalisierung, der

angestrebten militärischen Entwicklung in der EU, aber auch die sich daraus ergebenden Gefahren analysiert. Die Studie unterstreicht, wie notwendig es ist, eine Verfassung der Europäischen Union abzulehnen, die auf eine strikte Militarisierung der Union hinausläuft. Das Rüstungsprogramm für die Bundeswehr enthält erstmals solche strategischen Elemente wie:

- das strategische Aufklärungssystem,
- das Führungs- und Kommunikationssystem und
- Mittel für die strategische Verlegefähigkeit.

Es ist nicht zu übersehen, dass diese Strategie vorwiegend gegen Osten gerichtet ist. Eine solche Orientierung ist nicht geeignet zur Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen mit der Russischen Föderation oder den übrigen Ländern beizutragen, die außerhalb der EU oder der NATO stehen.

Im Moskauer Seminar spielten besonders diese Fragen eine zentrale Rolle. Die Erfahrungen aus der Geschichte zeigen, dass nicht die Konfrontation, die sich für Russland insbesondere aus der NATO-Osterweiterung ergibt, sondern die Achtung gegenseitiger Interessen, echte partnerschaftliche Beziehungen, gemeinsame Beratungen einschließlich von Gesprächen auf gesellschaftlicher Ebene Vertrauen schaffen. Nur das kann die Basis eines langfristigen friedlichen Zusammenlebens von Völkern sein.

Besonders in diesem Jahr, in dem des 60. Jahrestages der Befreiung vom Faschismus gedacht wird sind die geschichtlichen Erfahrungen, die besonders auf dem europäischen Kontinent eine Rolle spielten und spielen für die Sicherheit und Zusammenarbeit von Bedeutung. Ausgehend von den geschichtlichen Erfahrungen Russlands, bzw. der Sowjetunion aus dem vergangenen Jahrhundert bedauerten die russischen Teilnehmer prononciert, dass mehrfach die Chance für ein gemeinsames europäisches Sicherheitssystem vertan wurde. Auch die Möglichkeit, ein solches System nach der Auflösung des Warschauer Vertrags zu schaffen, wurde nicht genutzt, obwohl in der OSZE dafür Ansätze vorhanden wären. Im Zusammenhang mit den Fragen der Rüstung haben auch die Probleme der Abrüstung und damit der Konversion einen besonderen Platz in der Diskussion eingenommen. Dabei zeigte sich, dass die Problematik der Konversion noch zu wenig als ein für die Abrüstung und die damit verbundenen Fragen der politischen, ökonomischen und sozialen Wirkungen und ihrer Bewältigung im Interesse des Fortschrittes der Menschheit zu einer friedlichen und sozial ausgerichteten Welt, vor allem durch die Regierungen angesehen wird.

Das Seminar bestätigte gerade – die Fragen der Sicherheitspolitik bedürfen der vertrauensvollen öffentlichen Diskussion und Beratung. Man kann den Worten eines russischen Teilnehmers nur zustimmen, der erklärte: Es ist wohltuend, erstmals nach Beendigung des Kalten Krieges die Fragen der Rüstung und Abrüstung in einer entspannten Atmosphäre zu beraten. Das schafft gegenseitiges Verständnis und Vertrauen.

Hans Modrow

Ministerpräsident a. D.

Vorbemerkungen der Autoren

Mit den ausgearbeiteten Studien und der Vorlage der Materialien des dazu durchgeführten Seminars der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Instituts für Militärgeschichte beim Verteidigungsministerium der Russischen Föderation wird nach Ansicht der Autoren ein Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg geleistet. Dies ist den Autoren am Vorabend des Jahrestages der Befreiung vom Faschismus ein besonderes Bedürfnis, um zur Diskussion über den Verlauf der Geschichte des faschistischen Krieges und der Zeit danach mit realen Dokumenten zur Wahrhaftigkeit beizutragen. Insofern sind wir erfreut über den Erscheinungszeitpunkt, der umfangreiche inhaltliche, redaktionelle und Übersetzungsarbeit erforderte.

Bei der Ausarbeitung der Studien konnten sich die Autoren auf Dokumente der NVA auch mit den höchsten Geheimhaltungsstufen stützen; das trifft nicht zu für die Bundeswehr, dafür standen ausschließlich Veröffentlichungen zur Verfügung. Aufgrund der unterschiedlichen Quellenlage kann sich möglicherweise nach einer späteren Offenlegung geheim zu haltender Dokumente der Bundesrepublik dieser oder jene Fakt anders zeigen. Dieses Risiko nehmen die Autoren auf sich, zu seiner Minderung dienten als Quellen vorwiegend offizielle Dokumente, wie die Gesetze über den Bundeshaushalt, „Weißbücher“ der Bundesregierung, oder auch Schriften und Aussagen hoher Verantwortungsträger der BRD.

Die vorgestellten Kurzfassungen waren Gegenstand eines Workshops in der Rosa-Luxemburg-Stiftung und eines gemeinsamen Seminars der Rosa-Luxemburg-Stiftung mit dem Militär-Historischen Institut der Russischen Armee in Moskau. In einer Reihe von Treffen mit Spezialisten der NVA und Vertretern aus Politik und Wirtschaft der DDR wurden die Kurzfassungen zur Diskussion gestellt, es überwog der Standpunkt der Teilnehmer über die Notwendigkeit eines solchen Materials. Die Autoren suchen auch weiterhin den Meinungsaustausch, um für die Erarbeitung der Gesamtstudie unterschiedliche Gedanken kennen zu lernen. Wünschenswert wäre dabei auch eine Diskussion mit kompetenten Vertretern der Bundeswehr.

Bei der Erfüllung des Auftrages wurde den Autoren umfangreiche Hilfe und Unterstützung ehemaliger Mitarbeiter und sachkundiger Verantwortlicher aus den Reihen der NVA und der Staatlichen Plankommission der DDR zuteil. Stellvertretend dafür sei Rolf Eichentopf benannt, auf die von ihm auf Teilgebieten durchgeführten Recherchen war, wie stets Verlass. Unser Dank gilt ebenfalls dem Bundesarchiv Freiburg, vor allem Herrn Kästner, dank seiner

sachkundigen Hinweise und Unterstützung war es möglich die Tätigkeit im Bundesarchiv Freiburg effektiv zu gestalten. Die Autoren möchten es nicht versäumen sich bei den Verantwortlichen der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu bedanken, ohne die Hilfe dieser Organisation wäre es sehr schwer gewesen, diese Arbeit zu Ende zu führen.

Studie

„Über den Verteidigungshaushalt und weitere Fragen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR im Kalten Krieg“

Die Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR (ÖSLV) hatte die wirtschaftlichen Aufgaben der Landesverteidigung im Rahmen des planwirtschaftlichen Systems zu gewährleisten. Damit lag das Entscheidungsfeld der ÖSLV stets zwischen den wirtschaftlichen Möglichkeiten der DDR und den sicherheitspolitischen Erfordernissen. Beide Einflussphären entwickelten sich in der DDR mit einer hohen Dynamik und nicht immer auf einfachen Wegen, die Aufgaben der ÖSLV der DDR waren wechselnden Einflüssen, insbesondere durch den Kalten Krieg, unterworfen.

"Zwischen Ökonomie und Militärdoktrin besteht... ein enges Wechselverhältnis... Beide Seiten der Militärdoktrin, die politische und die militär-technische, sind mit den ökonomischen Möglichkeiten eng verbunden...*gleichzeitig (Einfüg. d.Verf.)* wirken die in der Militärdoktrin enthaltenen Grundsätze über die ökonomische Sicherstellung der Militärmacht maßgeblich auf die Ökonomie zurück."³

Die DDR war als Land der sozialistischen Staatengemeinschaft Teilnehmer des politischen und militärischen Bündnisses Warschauer Vertrag und war Teilnehmer der wirtschaftlichen Vereinigung der sozialistischen Staaten, des Rates der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe (RGW). Die Nationale Volksarmee der DDR war aufgebaut und politisch orientiert als Koalitionsarmee im Warschauer Vertrag, ihre Kampfeinheiten und Verbände waren den Vereinten Streitkräften unterstellt. Die im Rahmen der ÖSLV durchzuführenden Aufgaben der Militärökonomischen Integration (MÖI) wurden über die zuständige Kommission des RGW oder bilateral realisiert.

Von besonderem Einfluss auf die Aufgaben der ÖSLV war die Entwicklung des Kalten Krieges zwischen den beiden Weltmächten USA und UdSSR und zwischen den Bündnissen NATO und Warschauer Vertrag. Die Auswirkungen militärischer Doktrinen und Strategien,

³ Becker/Einhorn/Fiedler/Schönherr, "Ökonomie und Landesverteidigung", Dritte, überarbeitete Auflage, Dietz Verlag, Berlin 1987, Seite 38

die Krisen und Zuspitzungen des Kalten Krieges wirkten verschärfend auf die ökonomische Sicherstellung.

Die Aufgabe der Studie besteht darin, im Rahmen einer Darlegung von Aufgabengebieten der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR, und diese besonders im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Kalten Krieges zu erfassen, ihre Entwicklung im Rahmen des planwirtschaftlichen Systems der DDR und ihre Verbindungen zu den Bündnispartnern, besonders zur Hegemonialmacht des RGW, der UdSSR, darzulegen und wo möglich, auch Schlussfolgerungen aus dieser Periode der Systemauseinandersetzung für eine heutige Antikriegsposition und damit auch gegen die erneute Rüstungsentwicklung herauszuarbeiten.

Der ÖSLV galt bereits in der DDR die Aufmerksamkeit verschiedener Autoren und anderer Interessenten, das hat sich auch nach dem Ende der DDR nicht verringert. Mit diesem Thema beschäftigten sich mit unterschiedlicher Zielstellung, aber auch mit verschiedenem Ergebnis mehrere Autoren. Die Verfasser dieser Studie beabsichtigen das Aufgabengebiet der ÖSLV aus eigenem Erleben und Kenntnis zu beschreiben, sie gehen davon aus, dass am Kalten Krieg zwei gegensätzliche Bündnisse beteiligt waren, deshalb werden an geeigneten Stellen auch Vergleiche angestellt. Die Autoren wählen damit einen anderen Weg, als es in der Vielzahl der einseitigen Geschichtsbetrachtungen über die DDR zurzeit üblich ist.

Für die Untersuchungen der Studie gelten die Definitionen, die im Militärlexikon der DDR und in dem Heft „Zur Theorie der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung“ (Militärakademie Fr. Engels 1981) enthalten sind.

1. Grundsätzliche Betrachtungen zur ÖSLV der DDR

1.1. Rechtsgrundlagen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung

Die Durchführung der Aufgaben zur ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung erfolgte auf der Grundlage der Verfassungs- und Gesetzesnormative, sowie entsprechender Durchführungsbestimmungen. Der Artikel 7 der Verfassung von 1968 lautete:

„ (1) Die Staatsorgane gewährleisten die territoriale Integrität der DDR und die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenzen einschließlich ihres Luftraumes und ihrer Territorialgewässer sowie den Schutz und die Nutzung des Festlandssockels.

(2) Die DDR organisiert die Landesverteidigung sowie den Schutz der sozialistischen Ordnung und des friedlichen Lebens der Bürger. Die Nationale Volksarmee und die anderen Organe der Landesverteidigung schützen die sozialistischen Errungenschaften des Volkes gegen alle Angriffe von außen.“⁴

Als einheitliche Orientierung für die Volkswirtschaft galt der Grundsatz: "Die Volkswirtschaft ist so zu leiten und zu planen, dass die Landesverteidigung jederzeit ökonomisch sichergestellt ist.“ (Verteidigungsgesetz vom 13. 10. 1978⁵). Darauf beziehen sich alle diesbezüglichen Rechtsvorschriften.

Für die ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung wurden entsprechende Regelungen geschaffen. Das betraf die Verantwortung des Ministerrates sowie der Staatlichen Plankommission. Im Gesetz über den Ministerrat war u. a. geregelt: "§ 6 (2) Der Ministerrat schafft die materiellen, finanziellen und anderen Voraussetzungen für den Schutz der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung.“⁶

Im Statut der Staatlichen Plankommission war u. a. festgelegt:

„§ 1 (6) Zur weiteren Erhöhung der Verteidigungsbereitschaft der DDR und Stärkung der Sozialistischen Staatengemeinschaft hat die Staatliche Plankommission die Aufgaben zur allseitigen ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung und der inneren Sicherheit und Ordnung der DDR als festen Bestandteil in den Prozess der Planung und volkswirtschaftlichen Bilanzierung einzubeziehen.“⁷

Zur Realisierung dieser Aufgabenstellung sind in der Folge durch die Staatliche Plankommission entsprechende Rechtsnormen vorbereitet und in Form von Beschlüssen des Ministerrates oder in Form von Ordnungen oder Anordnungen dem Vorsitzenden des Ministerrates zur Bestätigung vorgelegt worden. Diese betrafen u. a. die

- Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe,
- Militärabnahme,
- Organisation von Investitionen für die bewaffneten Organe,
- Wohnraumversorgung der Angehörigen der bewaffneten Organe,
- Inanspruchnahme von Leistungen, Grundstücken und Gebäuden für die Landesverteidigung der DDR ,

⁴ Verfassung der DDR vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Änderung ... vom 7.10.1974, Gesetzblatt der DDR I/74 Nr. 47 S. 432

⁵ Gesetzblatt der DDR I. I/78 Nr. 35 S. 377

⁶ Gesetz über den Ministerrat der DDR vom 16.10.1972
Gesetzblatt. I/72 Nr. 16 S. 253

⁷ Statut der Staatlichen Plankommission (Beschluss des Ministerrates) vom 9.8.1973
Gesetzblatt der DDR I/73 Nr. 41 S. 417

- Vorbereitung und Zurückstellung von Wehrpflichtigen vom Wehrdienst in einem möglichen Verteidigungszustand u. a.
- Vorbereitung der Aufstellung von Spezialformationen als Mobilisierungsmaßnahmen.

1.2. *Hauptrichtungen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung*

„Unter Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung (ÖSLV) verstehen wir die Gesamtheit der Prozesse, und Abläufe in der sozialistischen Volkswirtschaft, welche auf die Deckung des militärökonomischen Bedarfs sowie auf die Schaffung der dazu notwendigen Voraussetzungen in der Volkswirtschaft gerichtet sind. Sie ist ein unter bestimmten politischen Bedingungen (Notwendigkeit der militärischen Friedenssicherung oder Führung eines Krieges zur Abwehr einer gegnerischen militärischen Aggression) ablaufender und ... planmäßig realisierter Prozess der Umwandlung ökonomischer und wissenschaftlich-technischer Potenzen in materielle Voraussetzungen für eine solche militärische Stärke, wie sie die jeweilige militärpolitische Situation erfordert.“⁸

Bei der Entwicklung der ÖSLV bildeten sich zwei grundlegende Richtungen heraus:

1. Die Planung und Realisierung des Bedarfs der Streitkräfte im Frieden
2. Die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung und die Berechnung des Bedarfs der Streitkräfte und der Bevölkerung für einen eventuellen Verteidigungsfall, sowie die Ermittlung, bzw. Optimierung der Folgen dieser Prozesse auf die volkswirtschaftliche Entwicklung.

Die prinzipiellen Anforderungen an diese beiden Richtungen ergaben sich aus der Entwicklung der an der Landesverteidigung beteiligten Bereiche und aus den Vorgaben der Vereinten Streitkräfte. Die Planung des materiellen Bedarfs war gerichtet auf die Produktion, Beschaffung und militärökonomische Integration. Den Planungsgegenstand für die erstgenannte Richtung bildete der Material- und Ausrüstungsplan des Sonderbedarfs, für die zweite Richtung war es der Volkswirtschaftsplan, für den die Wirkungen der geplanten Mobilmachungen sowie für den Verteidigungsfall berechnet wurden, daher die Bezeichnung (Berechnungs-) B-Plan.

⁸ Studienmaterial „Zur Theorie der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung“ Lehrfach Nr. 102. 13 der Militärakademie Fr. Engels, Dresden, 1981, S.75f

2. Die Planung des Bedarfs der Landesverteidigung

Die Planung des Bedarfs der ÖSLV im Frieden war in der DDR Bestandteil der Volkswirtschaftsplanung, Ausgangspunkt dafür waren die Bedarfsanmeldungen der Streitkräfte, die sich ihrerseits auf die abgestimmten Orientierungen der Vereinten Streitkräfte stützten. Die materielle Planung erfolgte als Bestandteil der Ausarbeitung der Fünfjahres- und Jahrespläne durch den Militärbereich der Staatlichen Plankommission der DDR. Außerdem wurde durch die Abteilung I des Ministeriums der Finanzen der finanzielle Bedarf in Form des Haushaltplans jeweils für ein Jahr ausgearbeitet, dieser war Bestandteil des Staatshaushaltplans der DDR. Der Finanzbedarf umfasste den finanziellen Ausdruck des materiellen Bedarfs, die Personalkosten und weitere Leistungen, die nicht der materiellen Planung und Bilanzierung unterlagen. Die Bestätigung der Pläne für den Sonderbedarf erfolgte durch den Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Sie bildeten die Grundlage für ihre Einbeziehung in den Gesamtprozess der Volkswirtschaftsplanung. Die Verteidigungsausgaben der DDR wurden in unterschiedlicher Art und Weise und oft verzerrt veröffentlicht.

Die Untersuchungen dieses Abschnittes zur Planung des Bedarfs stützen sich auf die Haushaltpläne auf der Grundlage der authentischen Angaben der Planungsorgane der DDR und werden in drei Teile gegliedert:

- die „Militärausgaben“ der DDR im Vergleich zu denen der BRD, damit wird der entscheidende Anteil der gesamten Verteidigungsausgaben erfasst, die Militärausgaben waren direkt abhängig von der Entwicklung des Kalten Krieges, sie ermöglichen so seine Auswirkungen zu analysieren;
- der „Verteidigungshaushalt“ der DDR und der BRD im Bezug auf den jeweiligen Staatshaushalt und weitere volkswirtschaftliche Kennziffern, in diesem Teil sollen die Belastungen aus dem Kalten Krieg für den Staat sichtbar gemacht werden;
- der Verteidigungshaushalt der DDR und der BRD im Vergleich zu den Ausgaben der beiden Bündnisse, um die Anteile und die Rolle der beiden deutschen Staaten in ihren Koalitionen zu beurteilen.

Diese Untersuchungsanlage soll dazu dienen, die Zusammenhänge zwischen den genannten drei Untersuchungsrichtungen aufzuzeigen und die Entwicklung in beiden deutschen Staaten und ihrer Rolle in den Bündnissen zu vergleichen.

Der Kalte Krieg zwischen den beiden entgegengesetzten Bündnissen prägte das Geschehen und damit auch die Entwicklung der Streitkräfte in der BRD und der DDR. Die Verteidigungsausgaben spiegelten diesen Einfluss, besonders das Wettrüsten wider. In der Studie werden die Auswirkungen untersucht, wobei sich die Autoren auf solche Einflüsse des Kalten Krieges konzentrieren, die unmittelbar auf beide deutsche Staaten wirkten. Die Entwicklung der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten der NATO wurde hauptsächlich durch die Strategien dieses Bündnisses und den Programmen zu deren Umsetzung geprägt. Im Warschauer Vertrag wurde die Entwicklung der Streitkräfte für die Planungszeiträume in Protokollen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte mit den nationalen Führungen vereinbart. Das erfolgte zum Beispiel für die NVA im „Protokoll zu Fragen der weiteren Entwicklung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1967 bis 1970“ vom 17. 05. 1967⁹. Die für diese Untersuchung wesentlichsten Etappen des Kalten Krieges sind im Schema 1 dargestellt.

Die Autoren dieser Arbeit stützen sich bei der Verwendung von Daten über die Militärausgaben und die Verteidigungshaushalte, wo es nur möglich ist auf Primärquellen und verzichten auf das so genannte Umrechnen, Heraus- oder Hineinrechnen von Faktoren. Sie meinen, somit der Objektivität größeren Raum zu geben. Die Untersuchungen dieses Abschnittes erfolgen, mit Ausnahme des Punktes 2.3., in der jeweiligen Landeswährung der DDR und der BRD, sie sind miteinander im Wertmaßstab nicht vergleichbar. Die Autoren hatten nicht die Absicht sich an spekulativen Bewertungen zu beteiligen, die sich aus den folgenden Varianten ergeben könnten. Der Wert der Mark der DDR wurde sehr unterschiedlich in DM umgerechnet: der innerdeutsche Handel zwischen der DDR und der BRD erfolgte im Werte von 1:1; im Jahre 1990 wurden zwei Mark der DDR gegen eine DM getauscht; bei Investitionen in Betrieben der DDR kam für Technik aus dem nichtsozialistischem Wirtschaftsgebiet ein Kurs von 4,22 Mark für eine DM zur Anwendung. Die Zielstellung des Vergleichs zwischen der DDR und der Bundesrepublik wird in der Studie im Bezug auf die Militärausgaben durch den Vergleich ihrer jährlichen Zuwachsraten gelöst. Diese bringen den politischen Willen der zuständigen Führung und seinen jeweiligen politischen Hintergrund zum Ausdruck das militärische Potenzial durch höhere (in wenigen Fällen aber auch durch sinkende) Ausgaben zu verändern. Eine solche Analyse ermöglicht es auch die Ursachen dieser sicherheitspolitischen Veränderungen zu erfassen.

⁹ Bundesarchiv –Militärarchiv Freiburg (BA-MA), DVW 1/53 112, Protokoll zu Fragen der weiteren Entwicklung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1967 bis 1970 vom 17. 05. 1967

Der Kalte Krieg und sein Einfluss auf die Entwicklung der Rüstung

Kräfteverhältnis	Doktrinen, Strategien, politische Ereignisse	Rüstungsprogramme
1945 – 1950 US-Monopol bei Kernwaffen	1949 Bildung der NATO 1948-1949 <i>Berlinkrise</i>	
1950 – 1960 Überlegenheit der USA bei Sprengköpfen und Trägermitteln	1950-1953 <i>Krieg in Korea</i> 1952 Direktive MC 14/1 „Real.Abschreckung“ 1955 Bildung OWW 1957 Direktive MC 14/2 „Schwert und Schild“; ab 1957 OWW (aller fünf Jahre) 1958 Direktive MC 70 1958-1961 <i>Berlinkrise</i>	Ab 1955 Infrastrukturprogramme der Teilnehmerstaaten der NATO Streitkräfteprogramm Protokolle Ob.-Kdr. mit TSWV Einsatz Trägerm. in NATO-Armeen
1960 - 1970 Erreichen des ungefähren Gleichgewichts	1961-1962 <i>Kubakrise</i> 1968 Direktive MC 14/3 „flexible Reaktion“ 1967 <i>6-Tagekrieg Israels</i> 1968 <i>Einmarsch der TSWV in die C`SSR</i> 1964-1975 <i>USA-Krieg in Vietnam</i>	Direktiven MC 96 und MC 100 als Arbeitsgrundlage
Ab 1970 Erhaltung des ungefähren Gleichgewichts	1973 <i>Nahostkrieg Israels (Jom Kippur)</i> 1979 <i>SU-Einsatz in Afghanistan</i>	1970 Programm „EDIP“ 1975 Ministerrichtlinien 1978 Doppelbeschluss (Realisierung ab 1983)

2.1. Die Militärausgaben der DDR, Vergleich mit den Militärausgaben der BRD

Unter Militärausgaben im Sinne dieser Studie werden die finanziellen Mittel betrachtet, die dem Ministerium für Nationale Verteidigung (dem Bundesministerium für Verteidigung) aus dem Staats- (Bundes)-Haushalt zur Erfüllung der diesen Ministerien obliegenden Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.

Ein Vergleich der Militärausgaben der DDR mit denen der BRD bietet sich an, in beiden Staaten wirkte eine Reihe ähnlicher Bedingungen. Beide Staaten, bzw. Armeen:

- waren ihrerseits integriert in die mächtigsten Militärbündnisse, die den beiden real existierenden gegensätzlichen Gesellschaftsordnungen zugehörten,
- entstanden im Ergebnis der Teilung Deutschlands zeitlich fast gleichzeitig,
- waren im Rahmen ihrer Bündnisse direkt konfrontiert, mit allen daraus entstehenden Folgen, so wären beide Staaten im Falle eines Krieges auch unmittelbar zum Frontgebiet geworden, das bestimmte ihre Rolle im Bündnis und erforderte besondere Aufwendungen für die Vorbereitung des Territoriums,
- befanden sich aufgrund ihrer geopolitischen Lage und ihrer politischen Bedeutung im Zentrum der Interessensphären der jeweiligen Hegemonialmacht, ihnen galt damit besondere Aufmerksamkeit der Führungsmächte in den Bündnissen; beide Staaten erfüllten ihre Aufgaben im Bündnis nicht passiv, sie spielten eine aktive Rolle in den Militärkoalitionen,
- waren vordergründig am Erhalt ihres Systems und damit des Friedens interessiert,
- betrachteten die Streitkräfte jeweils als den Kern der Landesverteidigung, diese waren gut ausgerüstet und ausgebildet, keine von ihnen verfügte direkt über Kernwaffen oder über strategische Einsatzmittel.

Diese Faktoren sprechen für einen Vergleich der Haushalte. Bei konkreter Betrachtung ergeben sich jedoch einige Umstände, die einem Vergleich entgegenstehen, oder ihn erschweren. Als solche seien genannt:

- die Gegensätzlichkeit der Gesellschaftssysteme, darunter auch ihrer Wirtschaftssysteme, die sich hier in den entweder marktwirtschaftlich oder planwirtschaftlich orientierten Inhalten oder Gestaltungsweisen äußern,
- die Unterschiede des Inhalts der Kennziffern „Militärausgaben“ und „Verteidigungshaushalt“ beider Staaten,

- die Unterschiede in den makroökonomischen Kennziffern, wie z.B. Staatshaushalt, Nationaleinkommen o. ä. Bei der Nutzung dieser Kennziffern zu Vergleichen der Verteidigungshaushalte ergeben sich somit begrenzte Möglichkeiten,
- die Unterschiede der Währungen, im gegenseitigen Vergleich, aber auch im Bezug auf die Währungen in den Koalitionen (z.B. zum Rubel).

Vergleichbare Militärausgaben liegen vom Zeitpunkt der Bildung der Armeen in der BRD und der DDR und damit ab 1955, bzw. 1956 vor. Beide deutsche Staaten hatten dafür einen unterschiedlichen Vorlauf. Die Sicherheit ihrer Territorien wurde nach 1945 ausschließlich durch die Besatzungsmächte und danach schrittweise durch eigene bewaffnete Organe gewährleistet. In diesem Sinne würde für die Zeit bis 1956 der Begriff „Militärausgaben“ nicht dem Sachverhalt entsprechen. Die Autoren ordnen daher den Zeitraum bis zur Bildung der Bundeswehr und der Nationalen Volksarmee der DDR nicht in die Untersuchungen zu den Militärausgaben, sondern in die zum Verteidigungshaushalt (Abschnitt 2.2.) ein.

Die Tabelle 1 enthält die Militärausgaben der NVA und der Bundeswehr in den jeweiligen Landeswährungen. Im Rahmen der Militärausgaben wurden auch die materiellen Lieferungen und Leistungen realisiert, diese betragen z.B. in den 70er Jahren für die NVA über 70% dieser Ausgaben. Die Militärausgaben der NVA enthalten im Unterschied zu denen der Bundeswehr auch die Ausgaben für die Rentenversorgung der Armeeingehörigen, den Wohnungsbau und ab 1961 die Ausgaben für die Grenztruppen der DDR. Der Anteil der Grenztruppen beträgt zwischen 11,7% im Jahre 1970 und 8,3% in der 80er Jahren. Bei den folgenden Untersuchungen werden diese Ausgaben der NVA nicht herausgerechnet, auf diesen Umstand wird jedoch bei Vergleichen hingewiesen. Außerdem waren aus diesen Mitteln Abgaben für Lohnsteuer und Sozialversicherungen zu leisten, diese betragen in den 70er Jahren zwischen 70 und 80 Mio. Mark der DDR.

Aus den Angaben der Tabelle 1 und der Graphik 1 ist das Anwachsen der Militärausgaben beider Seiten erkennbar, die Steigung beim Einzelplan14 (EPl. 14) für die Bundeswehr ist größer als beim Haushaltsplan für die NVA. Weiterhin fällt das ungleichmäßige Wachstum der Militärausgaben beider Seiten auf. Betrachten wir diese Momente näher.

Militärausgaben DDR und BRD

Tabelle 1

Mio.Mark der
Landes-
laufende
Bund-
republi-
k
jeweiligen
währung
Preise

	Jahr	DDR		DDR		Bundesrepublik	
		HH-Plan MfNV	Zuwachs	Epl. 14	Zuwachs		
1. Phase	1956		1780,1	0,43		7312	
	1957		1616,7	-9,18		7301	-0,15
	1958		1730,4	7,03		10000	36,97
	1959		1811,1	4,66		8994	-10,06
	1960		1806,2	-0,27		10000	11,19
		<i>Mittelwert der Verhältnis</i>	<i>Zuwachsraten 1960:1056</i>		<i>0,54 1,01</i>		
2.Phase	1961		2086,3	15,51		11185	11,85
	1962		2997,4	43,67		14977	33,90
	1963		3035,1	1,26		18360	22,59
	1964		2970,6	-2,13		19242	4,80
	1965		3244,9	9,23		18389	-4,43
	1966		3829,1	18,00		18363	-0,14
	1967		4151,5	8,42		19743	7,52
	1968		4896,9	17,95		18055	-8,55
	1969		5273,8	7,70		18790	4,07
	1970		5523,8	4,74		19244	2,42
	<i>Mittelwert der Verhältnis</i>	<i>Zuwachsraten 1970:1960</i>		<i>12,44 3,06</i>			<i>7,40 1,92</i>
3. Phase	1971		5862,5	6,13		21816	13,37
	1972		6287,3	7,25		24498	12,29
	1973		7069,7	12,44		26423	7,86
	1974		7457,5	5,49		28874	9,28
	1975		8142,5	9,19		30995	7,35
	1976		8591,1	5,51		31891	2,89
	1977		9610,9	11,87		32867	3,06
	1978		10378,9	7,99		34960	6,37
	1979		10691,8	3,01		36664	4,87
	1980		11558,1	8,10		38852	5,97
	<i>Mittelwert der Verhältnis</i>	<i>Zuwachsraten 1980:1970</i>		<i>7,70 2,09</i>			<i>7,33 2,02</i>
4. Phase	1981		11855,6	2,57		42062	8,26
	1982		12481,9	5,28		44061	4,75
	1983		12726,7	1,96		46734	6,07
	1984		13488,7	5,99		48027	2,77
	1985		14124,8	4,72		49014	2,06
	1986		14868,1	5,26		49911	1,83
	1987		14837,9	-0,20		50852	1,89
	1988		15025,3	1,26		51404	1,09
	1989		14247,8	-5,17		53284	3,66
		<i>Mittelwert der Verhältnis</i>	<i>Zuwachsraten 1989:1980</i>		<i>2,41 1,23</i>		

Erläuterungen zur Tabelle 1

Spalte „HH-Plan MfNV“

Dieser Spalte liegen die Planwerte des Haushalts für die Nationale Volksarmee der DDR zugrunde. Für die Jahre bis 1959 sind es die Ist-Werte. Die Angaben entstammen den Kennziffernbüchern der dafür zuständigen Abteilung I des Ministeriums der Finanzen der DDR. Da diese Planung in Übereinstimmung mit den geltenden Festlegungen in Form von „Zuschüssen“ erfolgte, wurden den Plandaten die Einnahmen des Ministeriums für Verteidigung hinzugefügt. Quelle für die Einnahmen: R. Karlsch „Wirtschaftliche Belastungen durch bewaffnete Organe“ in Materialien der Enquete-Kommission Band III/2 S. 1523-1524.

Spalte „Zuwachs“

Diese Spalte enthält den Zuwachs des entsprechenden Jahres im Vergleich zum Vorjahr ausgedrückt in Prozent. Zuwachsraten über dem Mittelwert wurden fett gedruckt.

Spalte „Epl.14“ (Einzelplan 14)

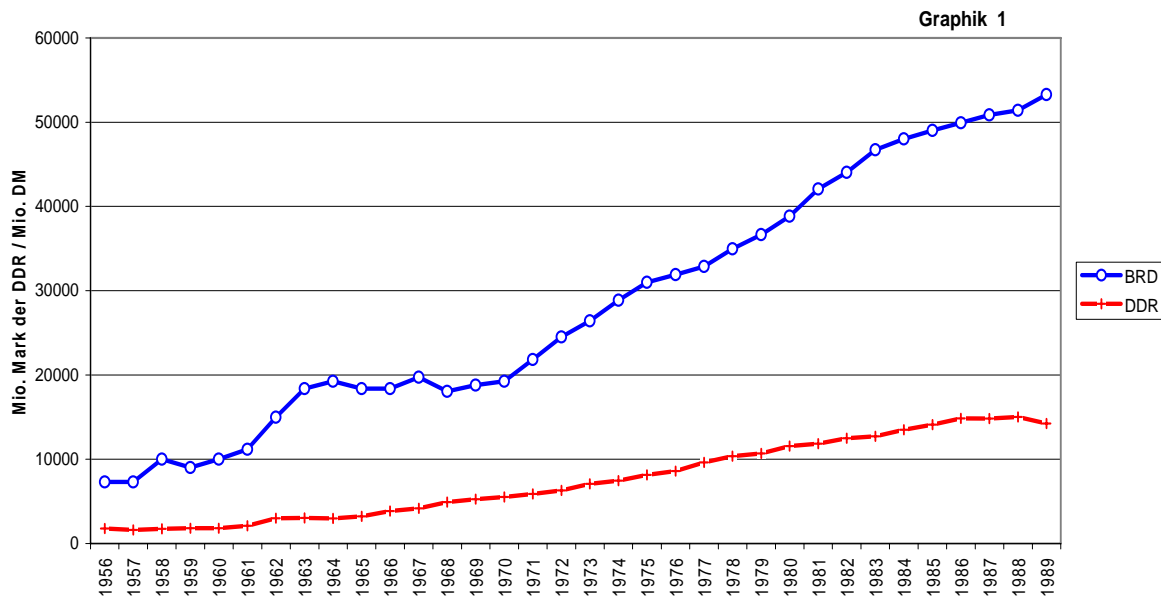
Die Daten des Einzelplanes 14 für die Bundeswehr wurden den Bundeshaushaltblättern entnommen. Sie stellen das „Soll“, also Planangaben dar.

Spalte „Zuwachs“

Diese Spalte enthält den Zuwachs des entsprechenden Jahres im Vergleich zum Vorjahr ausgedrückt in Prozent. Zuwachsraten über dem Mittelwert wurden fett gedruckt.

Die Tabelle enthält, *kursiv gedruckt*, für die einzelnen Phasen den Mittelwert der Zuwachsraten dieser Phase und den Vergleich der Militärausgaben des Phasenvorjahres zum letzten Jahr der Phase (Ausnahme Phase 1, die Verwendung des Phasenvorjahres ergäbe unrealer Aussagen). Zuwachsraten, die über dem Mittelwert der jeweiligen Phase liegen, sind fett ausgewiesen.

Militärausgaben der DDR und der BRD



Aus den Angaben der Tabelle 1 und der Graphik 1 ist das Anwachsen der Militärausgaben beider Seiten erkennbar, die Steigung beim Einzelplan14 (EPl. 14) für die Bundeswehr ist größer als beim Haushaltsplan für die NVA. Weiterhin fällt das ungleichmäßige Wachstum der Militärausgaben beider Seiten auf. Betrachten wir diese Momente näher.

Die Berechnung der Steigung (m) nach Methoden der Statistik zeigt folgendes Ergebnis:

	Bundeswehr	NVA
Steigung (m):	1.458,67	463,19

Der EPl.14 wächst damit im Schnitt um das 3,15-fache schneller an, als der Haushaltsplan der NVA. Diese höhere Steigung der Ausgaben der BRD wird jedoch relativiert bei Berücksichtigung der Bevölkerungsstärke, die in der BRD in etwa um diesen Faktor höher war, als in der DDR.

Die jährlichen Wachstumsraten weisen eine hohe Differenziertheit auf, das betrifft beide Seiten. Um die Ursachen dafür zu erkennen werden die Zeitreihen, wie auch international oft üblich, in Phasen untergliedert. Außerdem konzentrieren wir uns auf die über dem Mittelwert der jeweiligen Phase liegenden Zuwächse. In der Tabelle 1 sind diese fett gedruckt. In einer Reihe von Fällen sind überdurchschnittliche Wachstumsraten in mehreren aufeinander folgenden Jahren zu verzeichnen. Dieses konzentrierte Anwachsen der Militärausgaben stellte eine besondere Beschleunigung des Wettrüstens dar. Im Weiteren werden diese Ballungen überdurchschnittlicher Zuwächse als „Schübe“ bezeichnet.

Phase 1, Zeitraum 1955 bis 1960

Das Kräfteverhältnis zwischen den Führungsmächten war geprägt durch die Überlegenheit der USA bei strategischen Kernwaffeneinsatzmitteln. Die UdSSR war bestrebt diesen Nachteil durch die Entwicklung eigener Kernwaffen und durch starke Landstreitkräfte auszugleichen. Für die im Jahre 1949 gebildete NATO galt die Direktive MC 14/1 (realistische Abschreckung) und ab 1957 MC 14/2, als so genannte „Schwert-Schild-Strategie“ (im NATO-Sprachgebrauch „massive Vergeltung“). In beiden bildete der massierte Kernwaffenschlag den wesentlichen Inhalt. Zur Umsetzung dieser Strategien diente seit 1956 das „Streitkräfteprogramm“ der NATO, nachdem bereits ab 1955 in den Teilnehmerstaaten der NATO Infrastrukturprogramme realisiert wurden. Die USA und die UdSSR waren interessiert das militärische Potenzial der beiden deutschen Staaten möglichst kurzfristig für ihre Sicherheitsinteressen zu nutzen. Der Aufbau der Streitkräfte erfolgte forciert, beide Führungsmächte der Bündnisse lieferten Waffen des Zweiten Weltkriegs aus ihren Beständen zu günstigen Bedingungen. In dieser Zeit erfolgte die Ratifizierung der Pariser Verträge durch den Bundestag, der Beschluss der NATO-Staaten zur Aufnahme der BRD in die NATO und 1955 die Bildung der Bundeswehr. 1955 erfolgte die Gründung des Warschauer Vertrags, die NVA wurde 1956 gebildet. Im Herbst 1958 fasste der Deutsche Bundestag den Beschluss die Bundeswehr mit Trägermitteln für taktische und operativ-taktische Kernwaffen auszurüsten. Im geteilten Deutschland spitzte sich die Situation um Berlin zu.

Die Entwicklung der NVA und ihr Beitrag für die Vereinten Streitkräfte wurden in Protokollen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte mit der militärischen Führung der NVA vom 21. Januar 1957 und vom 11. April 1958¹⁰ festgelegt. Die NVA erhielt für ihren Aufbau zu günstigen Bedingungen sowjetische Waffen aus dem Zweiten Weltkrieg. Ein Teil der Bewaffnung und Militärtechnik für die NVA wurde aus der Kasernierten Volkspolizei übernommen. „Zur zeitweiligen Nutzung“ wurden Panzer T-34/85 aus der UdSSR übergeben¹¹, die sich bereits in Nutzung befanden und über mindestens 100 Motorstunden Nutzungsreserve verfügten. Die Luftstreitkräfte erhielten genutzte Flugzeuge der Typen MIG 15 und MIG 17, für die Volksmarine wurden u. a. Küstenschutzschiffe

¹⁰ BA-MA Freiburg, DVW 1/ 53 103, Protokoll der Beratung zu Fragen der Entwicklung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergeben vom 21.01.1957 und DVW 1/ 53107, Protokoll der Verhandlungen zur Vereinbarung der Veränderungen des Planes der Entwicklung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik vom 11.04.1958

¹¹ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 104, Bl. 1f und DVW 1/53 065, Bl. 1f „Protokoll über die Übergabe von Panzern T 34-85 an die DDR“ jeweils für die Jahre 1957 und 1958

Projekt 50.9 und U-Jäger Projekt 201 importiert. Entsprechend Protokoll vom 11. April 1958 begann etwa ab 1959 eine Modernisierungsetappe, die zur Einführung folgender Nachkriegsbewaffnung führte: Boden-Luft Raketen des Typs DWINA, Kampfflugzeuge MIG 19, Panzer T 54. Die Militärausgaben der DDR wuchsen in dieser Phase von 1.780 auf 1.806 Mio. Mark der DDR mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 0,54%. Die Spitze lag im Jahre 1958 bei 7,03%.

In dieser Phase wuchs der Umfang des EPl.14 von 7.312 Mio. DM auf 10.000 Mio. DM mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 9,49%. Die Spitze lag 1958 bei 36,97%. Die Bundeswehr erhielt Waffen des Zweiten Weltkriegs kostenlos aus Beständen der US-Armee. Im Zusammenhang mit der Realisierung des Planungsdokuments MC 70 der NATO ist ab 1958 der Beginn einer Modernisierungsetappe der Bundeswehr zu erkennen, in der u. a. die Einführung der Panzer M 48, dual verwendbarer Artilleriewaffen, neu produzierter Kriegsschiffe und Maßnahmen zur Einführung von Raketen als Trägermittel für Kernwaffen erfolgten.

Die Bildung der politischen und militärischen Bündnisse war mit der 1949 erfolgten Gründung der NATO und der 1955 durchgeführten Unterzeichnung des Warschauer Vertrags vollzogen. Beide deutsche Armeen waren in diese Bündnisse einbezogen jedoch in dieser Phase nicht voll einsatzbereit. Insgesamt zeigt die Entwicklung auf beiden Seiten die für Aufbauphasen typischen Schwankungen mit Ausnahme des überproportionalen Zuwachses im EPl. 14 von etwa 23% im Jahre 1957. Dieser Zuwachs enthält Mittel für den Aufbau der Bundeswehr (u. a. auch für Kasernenbauten oder Reparaturen), er enthält aber auch Mittel, die im Zusammenhang mit der beginnenden Zuführung von Trägermitteln für Kernwaffen zu betrachten sind. Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägermitteln und die darüber hinaus gehende Forderung nach Verfügungsgewalt über Kernwaffen war ein sehr weit gehender Schritt des Wettrüstens, der seitens der UdSSR und besonders der DDR als gefährliche Bedrohung gewertet werden musste. Die vom polnischen Außenminister Rapacky unterbreiteten Vorschläge für eine atomwaffenfreie Zone beiderseits der Trennungslinie zwischen beiden Blöcken wurden durch die westlichen Staaten abgelehnt.

Phase 2, Zeitraum 1961 bis 1970

Zu Beginn dieser Phase bestand das Übergewicht der USA an strategischen Waffen, die USA waren jedoch durch das Kernwaffenpotenzial der UdSSR verwundbar. Die UdSSR verdoppelte von 1960 bis 1970 ihre Verteidigungsausgaben, um den Vorsprung der USA

aufzuholen¹², etwa 1970 wurde der Gleichstand, oft als „atomares Patt“ bezeichnet, erreicht. Die UdSSR versuchte auch über andere Schritte, einen ähnlichen Grad der Bedrohung der USA zu erreichen, wie er für die UdSSR bestand (Kubakrise). Die starken Landstreitkräfte der UdSSR blieben als wesentliche Komponente erhalten. Die Veränderungen des Kräfteverhältnisses führten in den USA zur Ausarbeitung neuer politischer und militärischer Strategien. Nach widersprüchlichen Diskussionen gab der Militärausschuss der NATO am 16.01.1968 die Direktive MC 14/3 heraus. Sie wurde als „Strategie der flexiblen Reaktion“ bezeichnet. Die Bundeswehr brachte als eigenen Anteil die so genannten „Vorwärtsverteidigung“, später „Vorneverteidigung“ genannt, in diese Strategiedebatte ein. Als gefährliche Entwicklung des Kalten Krieges spitzte sich die Situation in Deutschland, besonders in Berlin, erheblich zu. Die Gefahr militärischer Handlungen wurde durch die Schließung der Grenze zunächst gebannt. Im Zusammenhang mit der Kubakrise entstand 1962 erneut die Gefahr eines Weltkrieges, sie konnte durch kluges staatsmännisches Handeln entspannt werden.

Die Bundeswehr und die NVA befanden sich in der ersten Hälfte dieser Phase noch im Aufbau, sie waren nur begrenzt einsatzbereit. Die Führungsmächte und damit die Bündnisse stellten die Bedrohungssituation unterschiedlich dar und unterstellten sich gegenseitig Aggressionsabsichten. Für die UdSSR und für die DDR galten als Bedrohungsfaktoren besonders die Überlegenheit der USA bei strategischen Waffen, der Besitz von Trägermitteln in der Bundeswehr, verbunden mit den politischen Standpunkten der „Aufrechterhaltung der deutschen Frage in den Grenzen von 1937“ und dem Alleinvertretungsanspruch für Deutschland in Form der „Hallsteindoktrin“. In der BRD und der NATO wurden besonders die starken Landstreitkräfte mit dem hohen Anteil an Panzern in den Armeen des Warschauer Vertrags als Bedrohung gewertet. Beide Seiten begründeten ihre Rüstung mit diesen Bedrohungswahrnehmungen.

Die NVA der DDR wurde ab 1962 mit Raketentechnik für die Land- und Seestreitkräfte, darunter auch Trägermittel für Kernwaffen ausgerüstet. Diese Maßnahme war eine Reaktion auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägermitteln. Die Landstreitkräfte erhielten die operativ-taktischen Raketenkomplexe R-11M und die taktischen Komplexe LUNA¹³. Aus den mit dem Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte vereinbarten Protokollen

¹² Masljudow J.D. und Glubokow, E.S., Die Planung und Finanzierung der Militärindustrie der UdSSR, in „Die sowjetische Militärmacht von Stalin bis Gorbatschow“, Verlag „Vojenni Parad“ Ausgabe 1999, S. 90 und S. 113

¹³ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 111, Abkommen zwischen den Regierungen der DDR und der UdSSR vom 06.09.1961, Bl. 5f

ergaben sich auch die weiteren Entwicklungsrichtungen für die NVA. Die personelle Stärke der NVA erhöhte sich von 90 000 Mann 1960 auf 120 000 Mann im Jahre 1970. Die konventionelle Bewaffnung der NVA wurde modernisiert. Ab 1962 wurde die Panzerabwehr durch die Einführung der Panzerabwehrlenkkraketen SCHMEL verstärkt, die NVA erhielt die ersten 18 Stück Geschosswerfer BM-21¹⁴, die Ausstattung mit Panzern T-54 wurde fortgesetzt, ab 1965 begann die Ausstattung mit dem Panzer T-55, er war über Jahrzehnte der Hauptkampfpanzer der NVA. Die Ausrüstung mit Fliegerabwehrraketekomplexen DWINA wurde fortgesetzt, der Typ WOLCHOW wurde ab 1964 eingesetzt. Im Jahre 1963 begann mit der Lieferung von 25 Stück Jagdflugzeugen MiG-21 F-13¹⁵ die Umrüstung der Luftstreitkräfte auf diesen Flugzeugtyp. Die Volksmarine der DDR wurde mit den Küstenraketekomplexen SOPKA, den Schiff-Schiff-Raketen P-15, mit U-Jagdschiffen HAI und mit Landungseinheiten ausgestattet. „Zu Beginn der sechziger Jahre wurden die feldverwendungsfähigen Truppen der NVA in die erste strategische Staffel der Vereinten Streitkräfte eingegliedert, die Luftstreitkräfte/Luftverteidigung in das Diensthabende System der Luftverteidigung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und ab 1971 die Kräfte der Volksmarine in den gemeinsamen Gefechtsdienst der verbündeten Ostseefloten einbezogen.“¹⁶

Die Militärausgaben der DDR wuchsen in dieser Phase von 2.086 auf 5.524 Mio. Mark der DDR an. Das durchschnittliche Wachstum lag bei 12,44% jährlich. Für die NVA der DDR fand 1961 und 1962 ein „Schub“ mit einer Steigerungsrate bis zu 43,7% statt, er wurde vorwiegend durch die Ausrüstung mit Raketentechnik bewirkt. Auch die Wachstumsraten der Jahre 1966 und 1968 lagen über dem Mittelwert der Phase. Etwa ab 1968 beginnt die Umrüstung der operativ-taktischen, der taktischen und Panzerabwehrlenkkraketen auf modernisierte Typen, die Verstärkung der Artillerie mit Kanonen und Geschosswerfern und der Fliegerabwehr mit Fla-SFL SCHILKA.

Die Bundeswehr setzte die bereits in der ersten Phase begonnene Ausrüstung mit Trägermitteln fort und begann mit einer breit angelegten Modernisierungswelle die Kampfkraft der Bundeswehr zu erhöhen. In dieser Phase wuchs der EPl.14 von 11.185 Mio. DM im Jahre 1961 auf 19.244 Mio. DM im Jahre 1970 bei einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 7,40%. Ein „Schub“ von besonderer Bedeutung für den Zuwachs an Kampfkraft wurde in den Jahren 1960 bis 1963 mit Raten bis zu 33,9% vollzogen. Im

¹⁴ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 122, Lieferprotokoll vom 16.02.1962

¹⁵ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 123, Lieferprotokoll vom 30.01.1963

¹⁶ Nationale Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik – Fakten und Zahlen Juni 1990, S.8

Rahmen der Realisierung der Direktive MC 70 wurde als Wehrmaterial beschafft: die Kernwaffeneinsatzmittel HONEST JOHN, PERSHING, ab 1963 der Raketenkomplex SERGEANT und die in Gemeinschaftsproduktion unter Beteiligung von Unternehmen der BRD produzierten Jagdbomber STARFIGHTER. Als Doppelzweckbewaffnung wurden Haubitzen und Selbstfahrlafetten der Kaliber 155-mm und 203-mm eingeführt. Die Bundeswehr besaß „mit Stand vom 01. April 1967 insgesamt 472 atomare Waffensysteme“¹⁷. Der forcierte Ausbau der Panzerabwehr erfolgte offensichtlich als Reaktion auf die starke Panzerbewaffnung im Warschauer Vertrag. Ab 1965 führte die Bundeswehr den in der BRD hergestellten Panzer LEOPARD ein. Die genannten Rüstungsmaßnahmen spiegelten sich in den Einzelplänen- 1415 Feldzeugwesen (Bewaffnung des Heeres), 1419- Luftwaffe und 1413-Pionierwesen besonders deutlich wider¹⁸.

In dieser Phase entwickelten sich die Streitkräfte beider deutscher Staaten entsprechend der Aufgabenstellungen der NATO und des Warschauer Vertrags zu kampfstarken Armeen, sie waren mit Trägermitteln für den Einsatz von Kernwaffen und modernisierter herkömmlicher Bewaffnung ausgerüstet. In den konträren Bündnissen nahmen sie am Ende dieser Phase jeweils eine Vorrangstellung ein. Gemessen am Wachstum der Militärausgaben für die NVA und für die Bundeswehr bildete diese Phase einen Schwerpunkt im Wettrüsten während des Kalten Krieges, indem sich die Militärausgaben der NVA verdreifachten und die der Bundeswehr in etwa verdoppelten. Die Schübe bei den Militärausgaben für die Bundeswehr und für die NVA waren Bestandteil des Wettrüstens der beiden entscheidenden Militärblöcke. Sie sind vorwiegend auf die entsprechend Dokument MC 70 erfolgte Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägermitteln, auf die daraufhin erfolgte Nachrüstung der NVA mit ähnlichen Waffen und auf die in beiden Armeen durchgeführten Modernisierungen der Bewaffnung und Ausrüstung zurückzuführen. Aus den Auswertungen des Krieges der USA gegen Vietnam und der Kriege Israels gegen die arabischen Staaten ergaben sich für beide deutsche Armeen Schlussfolgerungen mit teilweise erheblichen materiellen Auswirkungen. Für die NVA hatte auch die Berlinkrise insofern Auswirkungen, das die Unterstellung der Grenztruppen der DDR unter das MfNV zu einer Erhöhung der Ausgaben dieses

¹⁷ Gablik, Axel F. Strategische Planungen in der Bundesrepublik Deutschland 1955-1967, Herausgegeben von der Stiftung Wissenschaft und Politik, Band 30/5 Nomos Verlag Baden-Baden, 1. Auflage 1996, Seite 477

¹⁸ Kern, U. / Köllner, L. Zur langfristigen Entwicklung des Verteidigungshaushaltes der Bundesrepublik Deutschland 1955 – 1983 und einiger ausgewählter Kapitel - eine Skizze -, in Berichte des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr (SOWI), Heft 36 1984, S. 36f

Ministeriums ab 1961/1962 um etwa 10% führte. Auch diese Erhöhung ist in dem Schub 1961/1962 einbegriffen.

Phase 3, Zeitraum 1971 bis 1980

Die militärpolitische Situation wurde durch den ungefähren Gleichstand der strategischen Waffen zwischen den USA und der UdSSR charakterisiert. In den USA wirkte im Ergebnis der im Kriege erlittenen Niederlage das „Vietnam-Syndrom“. Das entstandene Patt auf strategischer Ebene führte zum allmählichen Übergang zu Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Die Verhandlungen von Helsinki befanden sich in Vorbereitung und führten 1975 zur Unterzeichnung des „Helsinki-Protokolls“. Die erwartete Entspannung und Verringerung des Rüstungswettlaufes traten jedoch nicht ein. Als wichtiges Ergebnis dieser Phase sind die Abkommen der beiden Großmächte über die Begrenzung der strategischen Kernwaffeneinsatzmittel zu bezeichnen. Die Praxis Bedrohungsdarstellungen als Begründung für eigene Rüstungsvorhaben zu nutzen wurde fortgesetzt. Im Verlaufe des Kalten Krieges entstanden einige Bedrohungslagen, die eine ernste Gefahr für den Frieden bedeuteten. Nachdem das atomare Patt die Grundlage für erste Schritte zur Rüstungsbegrenzung oder Abrüstung bildete, bestand die Gefahr des „Aushebelns“ der Pattsituation u. a. auch durch konventionelle Rüstung. Die qualitative Entwicklung der Bewaffnung rückte in den Vordergrund. Qualitative Überlegenheiten sollten militärischen Vorteil erbringen. In diesem Sinne war und ist das Handeln in den Überlegenheitskategorien eine Gefahr. Oft wurden die Bedrohungsdarstellungen missbraucht. Mit Begriffen, wie „Fenster der Verwundbarkeit“, „Raketenlücke“ oder ähnlichen wurde die Bevölkerung verunsichert, sollte die Bereitschaft für neue Rüstungsvorhaben erhöht werden. Eigene Vorteile wurden unter-, Nachteile überbetont, Willkür herrschte bei Vergleichen, reale Angaben wurden vermischt mit unklaren Abgrenzungen der Territorien, der zu berücksichtigenden Truppen oder Verstärkungen u. a. m. Beide Seiten unterstellten einander Aggressionsabsichten. Die Bedrohungslage war Manipulationen unterworfen. Das so genannte Krisenmanagement erwies sich dabei als besonders geeignetes Instrument.

Die in der NATO-Direktive MC 14/3 festgelegte Strategie der „flexiblen Reaktion“ wurde durch die Planungsdirektive AD 70 mit Hilfe neuer Rüstungsvorhaben umgesetzt. Die europäischen NATO-Staaten beschlossen dazu das „Europäische Verstärkungsprogramm (EDIP)“. Dieses wurde im Wesentlichen bis 1975 realisiert und durch die so genannten „Ministerrichtlinien 1974“ faktisch prolongiert. Das Programm EDIP entstand auf Druck der

USA, die infolge ihres Krieges in Vietnam eine stärkere Beteiligung der europäischen NATO-Partner an den Rüstungskosten forderten. Die neue NATO-Strategie beinhaltete auch die Variante Kriege unterhalb der Schwelle des Kernwaffeneinsatzes führbar zu machen. Damit rückte die konventionelle Bewaffnung stärker in den Vordergrund. Das hatte Folgen für beide deutsche Armeen. Zu Beginn der 70er Jahre entwickelten sich in den USA Vorstellungen von einem „entscheidenden technologischen Krieg zwischen den USA und der UdSSR... In diesem unerbittlichem Ringen geht es um die technische und wirtschaftliche Vormachtstellung“¹⁹ Damit erhielt das Wettrüsten eine neue Richtung - das Erreichen einer qualitativen Überlegenheit.

Die sowjetische Doktrin orientierte nach Erreichen des atomaren Patts auf die Erhaltung dieses Status (des Gleichstands). In den 70er Jahren stieg auch hier die Bedeutung der konventionellen Bewaffnung, besonders bezüglich ihrer qualitativen Parameter.

Im „Protokoll über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik für die Vereinten Streitkräfte und ihre Entwicklung in den Jahren 1976 – 1980“ vom 20.11.1975, bestätigt durch den Ersten Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und Vorsitzendem des Nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik, wurde der NVA die Aufgabe gestellt: „...ihre Beweglichkeit, Schlag- und Feuerkraft durch die Einführung moderner Bewaffnung und Kampftechnik zu erhöhen.“²⁰ Die Personalstärke der NVA sollte 1980 145 000 bis 150 000 Mann erreichen. Die Landstreitkräfte wurden verstärkt, in den Divisionen wurde die Anzahl der Startrampen LUNA von 3 auf 4 Stück erhöht, die Anzahl der Panzer blieb bis 1990 konstant, die Feuerkraft der Artillerie erfuhr eine Stärkung durch die Erhöhung der Anzahl der Geschütze in der Mot.-Schützendivision auf 180 und die Einführung der Artillerie-Selbstfahrlafette (SFL) 152-mm AKAZIA. Damit wurde zugleich auch die Beweglichkeit der Artillerie erhöht und so ein Nachteil gegenüber der Artillerie der Bundeswehr verringert, die bereits 1971 mit Selbstfahrlafetten für größere Kaliber ausgerüstet war. Ein Panzerbataillon der NVA wurde zur Schaffung des Vorlaufs für die ab 1980 vorgesehene Umrüstung mit dem Panzer T-72 ausgerüstet. Eine quantitative Verstärkung erfuhr die Panzerabwehr. Die vorhandenen Panzerabwehrlenkraketen-Komplexe wurden durch 100-mm Panzerabwehrgeschütze und schwere Panzerbüchsen SPG-9 ergänzt. In

¹⁹ zitiert nach „Soldat und Technik“ Nr. 2/1972, S. 78

²⁰ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 358, Protokoll über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der Nationalen Volksarmee der DDR für die Vereinten Streitkräfte und ihre Entwicklung in den Jahren 1976-1980, Bl. 2

Auswertung des Krieges der USA gegen Vietnam und der beiden Nahost-Kriege sowie der dabei festgestellten Tendenzen zur Erringung der Luftüberlegenheit erhöhte sich die Bedeutung der Luftverteidigung. Eine besondere Verstärkung erfuhr die Luftabwehr der Landstreitkräfte durch den zusätzlichen Einsatz von Fla-Raketenkomplexen KRUG, KUB und STRELA. Die Luftverteidigung des Landes wurde mit den modernisierten Fla-Raketenkomplexen WOLCHOW und gegen niedrig fliegende Ziele mit den Fla-Raketenkomplexen NEWA-M ausgerüstet. Als neue Technik wurde der Abfangjäger MIG 23 MF eingeführt. Die Luftverteidigung erhielt ebenfalls verbesserte Aufklärungs- und Feuerleitsysteme. Als Gegenmaßnahme zum Doppelbeschluss der NATO, der zur zusätzlichen Stationierung von Mittelstreckenraketen führte, sowie gegen den zu erwartenden Einsatz von Marschflugkörpern wurde ein geschlossenes Funkmessfeld ab 300 m, in besonders gefährdeten Gebieten auch für niedrigere Höhen geschaffen. In allen Teilstreitkräften begann die Ausrüstung mit modernen Nachrichten- und Führungsmitteln. Die funkelektronische Gegenwirkung wurde verstärkt.

Der Militärhaushalt der DDR entwickelte sich in dieser Zeit von 5.862,5 Mrd. Mark der DDR im Jahre 1971 auf 11.558,1 Mrd. Mark im Jahre 1980 mit einem mittleren jährlichen Wachstum von 7,70 %. Das Wachstum der Militärausgaben für die NVA wurde durch einen Schub in den Jahren 1977 und 1978, sowie durch drei weitere überdurchschnittliche Wachstumsraten in Einzeljahren bewirkt.

Der EPl.14 für die Bundeswehr erhöhte sich von 21.816 Mio. DM im Jahre 1971 auf 38.852 Mio. DM 1980 bei einem durchschnittlichen Wachstum von 7,33% pro Jahr. Ein Wachstumsschub fand von 1971 bis 1975 statt. Dieser Schub ist vor allem auf die Durchführung des Programms EDIP zurückzuführen. Unter dem Verteidigungsminister Leber erfolgte die bis dahin größte Reform der Bundeswehr (prinzipielle Veränderungen in der Wehrstruktur, der Bildung und Ausbildung, Neuordnung des Rüstungsbereiches, neue Rüstungsvorhaben). Mit der Heeresstruktur 4, auch als Struktur 80 bezeichnet, erhöhte die Bundeswehr, ohne Erhöhung des Personalbestands die Anzahl ihrer Brigaden von 33 auf 35, verbunden damit war ebenfalls eine Erhöhung des Bestandes an Waffen. Damit wurde die Beweglichkeit und die Feuerkraft der Verbände erhöht. Die bereits seit Mitte der 60er Jahre laufenden Modernisierungen der Bewaffnung wurden beschleunigt, der Schwerpunkt lag auf der Erreichung einer höheren Qualität der Waffensysteme. In Auswertung des Krieges der USA gegen Vietnam und der israelischen Kriege im Nahen Osten erfolgte vor allem eine Verstärkung der Panzer- und Luftabwehr, die weitere Vervollkommnung der Panzer

LEOPARD und Einführung des Schützenpanzers MARDER. Die Modernisierung der taktischen Kernwaffeneinsatzmittel wurde fortgesetzt. Eine besondere Entwicklung erfuhr die Rüstungsindustrie der BRD, die faktisch alle Bewaffnungstypen der Landstreitkräfte und der Bundesmarine fertigte. Für die Luftwaffe begann die Gemeinschaftsproduktion des Kampfflugzeugs TORNADO. Die Ausrüstung der Marine erfolgte unter dem Gesichtspunkt der Einbeziehung der Nordsee als erweitertem Einsatzraum.

Am Ende dieser Zeitperiode erfolgte der sowjetische Einmarsch in Afghanistan, dieser wurde vor allem von den USA zum Anlass für weitere Rüstungserhöhungen genutzt.

Die Aufwertung der konventionelle Bewaffnung und Militärtechnik wirkte besonders auf die beiden deutschen Armeen. Die NVA und die Bundeswehr verdoppelten in diesem Zeitraum ihre Ausgaben. Entsprechend ihrer technischen Ausstattung, ihrem Ausbildungsstand und ihrer Lage unmittelbar an der Konfrontationslinie entwickelten sie sich zu den wichtigsten Partnern der Führungsmächte der Bündnisse. Der Zeitraum von 1970 bis 1980 stellte für beide deutsche Armeen einen weiteren Schwerpunkt des Wettrüstens im Kalten Krieg dar. Die Beratungen von Helsinki führten noch nicht zur Eindämmung des Rüstungswettlaufes. Die Grundrichtungen der Entwicklung der Bewaffnung und Militärtechnik zeigten für beide deutsche Armeen gleiche oder sehr ähnliche Tendenzen. Sie waren vordergründig auf die Erhöhung der Beweglichkeit, der Feuerkraft sowie die Verbesserung der qualitativen Parameter und damit vorwiegend auf die Steigerung der Waffenwirkung gerichtet. Das Wettrüsten nahm stärker qualitativen Charakter an. Auf beiden Seiten fanden neue Erkenntnisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts Eingang in Waffensysteme. Die Rüstung wurde forciert durch Maßnahmen zur Stärkung der Luftverteidigung und der Panzerabwehr, die in beiden Armeen in Auswertung der durch die USA und Israel geführten Kriege erfolgten. Beide Armeen begannen die Aufgaben der Truppenführung zu automatisieren.

Phase 4, Zeitraum 1981 bis 1989

Für die NATO blieb auch in diesem Zeitraum die in der Direktive MC 14/3 festgelegte Strategie der flexiblen Reaktion gültig. Sie wurde am nachhaltigsten durch die gemäß Doppelbeschluss der NATO erfolgte zusätzliche Stationierung von 576 Mittelstreckenraketen und das NATO-Langzeitprogramm umgesetzt. Nach Exbundeskanzler H. Schmidt befanden sich die Seiten „in einer vierten Phase der Gesamtstrategie – nämlich erneut im Kalten Krieg

und im Wettrüsten“.²¹ Außerdem realisierten die Teilnehmerländer der NATO mehrere kurzfristige Programme und auch weiterhin die bereits seit Bildung der NATO existierenden und periodisch fortgeschriebenen Infrastrukturprogramme. Unter Präsident R. Reagan verfolgten die USA erneut eine Politik zur Erreichung der militärischen Überlegenheit über die UdSSR. Diese betraf nicht nur die Einführung der Neutronenbombe oder den „Krieg der Sterne“, sondern erstreckte sich auch auf die konventionelle Bewaffnung und wurde unteretzt durch eine „gewaltige Steigerung des amerikanischen Verteidigungshaushalts.“²² Die maßgebenden Organe der NATO beschlossen den Einsatz neuer wirksamer Waffen zum Übergang auf die Verlegung des Gefechts in das Hinterland durch Anwendung des Airland-Battle-Konzeptes. Der Verteidigungsplanungsausschuss der NATO nahm im Juni 1983 die neue Ministerrichtlinie für den Zeitraum 1985-1990 an. Einen besonderen Schwerpunkt stellte dabei die Entwicklung der konventionellen Bewaffnung dar, ohne die Kernwaffen zu vernachlässigen. Der NATO-Militärausschuss verabschiedete zur Verwirklichung des FOFA-Konzeptes (Kampf in der Tiefe gegen die nachfolgenden Kräfte) am 09.11.1984 die Direktive MC 299. Auf dieser Grundlage entstand in der Bundeswehr das „Gesamtkonzept für die Bundeswehr im Übergang auf die 90er Jahre“.

Die Sowjetunion und damit auch der Warschauer Vertrag stellte der Öffentlichkeit eine neue Militärdoktrin vor, die erstmals offiziell die Hinlänglichkeit des Aufbaus der Streitkräfte für eine zuverlässige Verteidigung und damit auch des Systems der Bewaffnung und Ausrüstung proklamierte. Im Ergebnis der Wiener Verhandlungen konnten in der zweiten Hälfte der 80-er Jahre erste Abrüstungsmaßnahmen auf konventionellem Gebiet durch beide Militärblöcke abgestimmt und wirksam gemacht werden.

Die Militärausgaben für die NVA wuchsen besonders in den Jahren 1982, 1984 bis 1986 mit Raten über 5 % an, sie stiegen von 11. 855 Mio. Mark 1981 auf 14. 248 Mio. Mark im Jahre 1989. Die Entwicklung der Personalstärke der NVA war auf 148 000 bis 153 000 Mann vorgesehen. Für diese Periode war ein vorwiegend qualitativer Ausbau der Streitkräfte konzipiert. Zur Einführung gelangte eine Reihe neuer Nachrichten- und Funkmessmittel. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Ausstattung mit modernen Führungsmitteln. Im Protokoll vom 16.12. 1980 heißt es dazu: „Die Gefechtsmöglichkeiten der Truppen und Flottenkräfte sind durch ihre Ausstattung mit moderner Bewaffnung und Militärtechnik sowie

²¹ Schmidt, Helmut, Eine Strategie für den Westen, Siedler Verlag 1986, Berlin, S. 26

²² ebenda, S.26

die Einführung weiterentwickelter Führungssysteme zu erhöhen.“²³ In den Landstreitkräften kamen u. a. die neuen operativ-taktischen Raketenkomplexe OKA und die taktischen Raketen TOTSCHKA, die Panzer T-72, Panzerabwehrhubschrauber Mi-24, die 122mm-SFL GWOSDIKA und neue Panzerabwehrmittel zum Einsatz. Die Luftstreitkräfte wurden mit den Jagdflugzeugen MiG-23 ML und MiG –29, sowie mit den Jagdbombenflugzeugen MIG-23 BN und SU-22 M4 ausgerüstet, als neue Fla-Raketen wurde das System WEGA-Ä eingeführt. Für die Volksmarine wurden Raketenschnellboote 1241, Küstenschutzschiffe 1159Ä, U-Abwehrschiffe 133, die Küstenraketenkomplexe RUBESH beschafft und ein Marinefliegergeschwader gebildet. Die Umstellung auf die neue Militärdoktrin der Warschauer Vertragsstaaten begann in der NVA ab 1987, die Orientierung auf eine hinlängliche Verteidigung führte zu Strukturveränderungen, Umrüstungsvorhaben und zu Veränderungen in der Ausbildung. Ab 1989 begann die DDR mit der Realisierung von Schlussfolgerungen der Wiener Verhandlungen (Reduzierung von Truppen, Militärausgaben und Technik und der speziellen Produktion). Hier wurde spürbar, dass Rüstung dem Staat zweimal Ausgaben abfordert, bei der Auf- und bei der Abrüstung. Arbeitskräfteprobleme entstanden nur in Einzelfällen, bei dem chronischen Arbeitskräftedefizit der DDR-Wirtschaft, war der Zufluss aus der speziellen Produktion für die zivile Wirtschaft willkommen

Die Bundeswehr setzte die bereits ab 1978 begonnene Realisierung des „Langzeitprogramms“ und der kurzfristigen Programme fort, das führte besonders in den Jahren 1980 bis 1983 zu einem weiteren Schub mit einem durchschnittlich jährlichem Wachstum von 6,26 % bei der Steigerung der Militärausgaben. Dieser Schub stand offensichtlich im Zusammenhang mit der Realisierung des Doppelbeschlusses der NATO (Stationierung von Mittelstreckenraketen). Der EPl. 14 entwickelte sich von 42. 062 Mio. DM 1981 auf 53. 284 Mio. DM im Jahre 1989. Die Steigerungen konzentrierten sich besonders auf die Einzelpläne: 1419-Luftwaffe, von 1980 etwa 3,4 Mrd. DM auf 1981 etwa 5,5 Mrd. DM, vorwiegend zur Anschaffung der Kampfflugzeuge TORNADO; 1415-Feldzeugwesen, Einführung der Panzer LEOPARD 2, Feldhaubitzen 155-1, Panzerabwehrhubschrauber und weiterer Panzerabwehrmittel, Fliegerabwehrsysteme GEPARD und ROLAND 2; 1418-Marine, Einführung von 6 Raketenfregatten 122, 10 Raketenschnellboote 143A und Marineflieger TORNADO und Fernmeldewesen.

²³ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 359, Protokoll über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik in den Bestand der Vereinten Streitkräfte und ihre Entwicklung in den Jahren 1981 – 1985, Bl. 4

Für die Entwicklung der Bundeswehr und der NVA galten im Prinzip die gleichen Orientierungen, die bereits für die Zeit bis 1980 wirkten: Erhöhung der Beweglichkeit und Feuerkraft, Verstärkung der Panzer- und Luftabwehr, qualitative Verbesserung der Waffentechnik. Die Luftverteidigung verfügte über neue Fla-Raketen und über automatisierte Aufklärungs-, Feuerleit- und Führungsmittel. Ab Mitte der 70er Jahre zeichnete sich für die Landstreitkräfte ab, dass die weitere qualitative Entwicklung der Bewaffnung nur durch die Automatisierung und den Verbund der Aufklärungs-, Feuerleit- und Führungssysteme möglich ist. Diese Entwicklung vollzog sich unter Ausnutzung der Ergebnisse der Mikroelektronik in beiden Bündnissen, besonders in den 80er Jahren beschleunigte sich dieser Prozess. Die Bundeswehr stützte sich auf die Ergebnisse der USA und auf die Zusammenarbeit mit Frankreich, die DDR beteiligte sich intensiv an der über die RGW-Organisation INTERASU betriebenen Gemeinschaftsentwicklung des Automatisierten Feldführungssystems der Landstreitkräfte (AFFS). Nach Wertung von Spezialisten der NVA war der Warschauer Vertrag bei diesem System im Vorteil, während die Bundeswehr über die günstigeren Systeme für konkrete Arten der Waffentechnik verfügte. Auch hier zeigte sich, beide Seiten verfolgen sehr nahe liegende Entwicklungsrichtungen.

In der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts stiegen, vorrangig infolge der Realisierung des Doppelbeschlusses der NATO, die Rüstungskosten in beiden deutschen Staaten weiter an. Erst nach Abschluss der Wiener Beratungen und nach der Veröffentlichung der neuen Militärdoktrin des Warschauer Vertrags konnte mit Abrüstungsmaßnahmen begonnen werden. Die Hauptarten der Bewaffnung und Ausrüstung der konventionellen Streitkräfte beider Seiten waren am Ende des Kalten Krieges etwa als gleichwertig einzuschätzen, auch die wichtigsten Entwicklungsrichtungen der Bewaffnung und Militärtechnik hatten sich weitgehend angepasst. Es waren nicht mehr allein die quantitativen oder qualitativen Unterschiede bei strategischen Waffen, die als Schwerpunkt des Wettrüstens dienten. Im „technologischen Krieg“ verringerte sich die Schwelle für neue Sprünge im Wettrüsten, Veränderungen im Kräfteverhältnis konnten bereits durch höhere Wirkungsfaktoren bei konventioneller Bewaffnung auftreten. Masse an Bewaffnung der einen Seite konnte in gewissem Umfang durch Qualität der Gegenmittel der anderen Seite eliminiert werden. Das Ringen um die waffentechnische Überlegenheit stellte einen Schwerpunkt des Wettrüstens dar.

Zusammenfassend kann für die Analyse der untersuchten vier Phasen der Entwicklung der Militärausgaben der NVA und der Bundeswehr der unmittelbare Zusammenhang mit den Etappen des Kalten Krieges bestätigt werden.

Bei der Untersuchung der Phasen wurden die Schübe und ihre Bedeutung benannt (siehe auch Graphik 2 „Analyse der Schübe“), dieses konzentrierte Wachsen der Ausgaben in mehreren aufeinander folgenden Jahren und die damit verbundene schnelle Zuführung von Bewaffnung musste bei der Gegenseite besondere Aufmerksamkeit hervorrufen. Aus der Sicht der DDR stellten besonders die Schübe der Militärausgaben für die Bundeswehr von 1961 bis 1963, von 1971 bis 1974 und von 1981 bis 1983 gefährliche Schritte der Aufrüstung mit massiertem Zuwachs an Finanzmitteln dar. Dabei wurden jeweils in 3 bis 5 aufeinander folgenden Jahren überdurchschnittliche Zuwächse der Militärausgaben realisiert. In diesen Schüben vollzog sich auch der Hauptanteil des Zuwachses der jeweiligen Phase.

Die Schübe für die Bundeswehr stimmen zeitlich überein mit den Realisierungszeiträumen der in der NATO durchgeführten Rüstungsprogramme, bzw. mit der Annahme neuer Militärstrategien der NATO (Schema 1).

Bei den Militärausgaben der DDR erfolgte der erste Schub von 1961 bis 1962, die weiteren Schübe umfassten zwei und in einem Falle drei aufeinander folgende Jahre. Der Schub 1961 bis 1962 diente der Ausrüstung der NVA mit Fla-Raketentechnik und mit Trägermitteln für den Kernwaffeneinsatz. Er erfasst auch die Kosten, die sich durch die Eingliederung der Grenztruppen in das Ministerium für Nationale Verteidigung ergaben. Die Schübe für die NVA in den Jahren 1977-1978, 1981-1982 und 1984-1986 stehen in Übereinstimmung mit der Realisierung der Protokolle des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte mit der nationalen Führung der DDR. Bei beiden Armeen liegen auch Einzeljahre über dem Wachstumsdurchschnitt der Periode, offensichtlich wurden hier bestimmte Einzelvorhaben realisiert.

Die entscheidenden Entwicklungsschritte beider Armeen fanden in der zweiten und dritten Phase statt. Die Bundeswehr verdoppelte ihre Ausgaben in den Jahren von 1960 bis 1970, die NVA der DDR verdreifachte sie; in der Zeit von 1970 bis 1980 verdoppelten beide Armeen die Militärausgaben nochmals. Somit konzentrierten sich für beide Seiten die Rüstungsanstrengungen in den Jahren 1960 bis 1970 und 1970 bis 1980. Der Kalte Krieg war besonders in dieser Zeit gefährlich, mehrfach stand die Menschheit am Rande eines Weltkrieges. In dieser Zeit fanden die gefährlichsten Krisen (Berlin 1961 und Kuba 1962) und Kriege (USA gegen Vietnam; die Stellvertreterkriege Israels gegen arabische Staaten,

Einmarsch der Sowjetarmee in Afghanistan) statt. Als wesentliches Moment ist hervorzuheben, dass die Gefahr einer gegenseitigen Vernichtung mögliche Kriege zwischen den beiden Militärblöcken, bzw. zwischen den beiden Großmächten verhinderte.

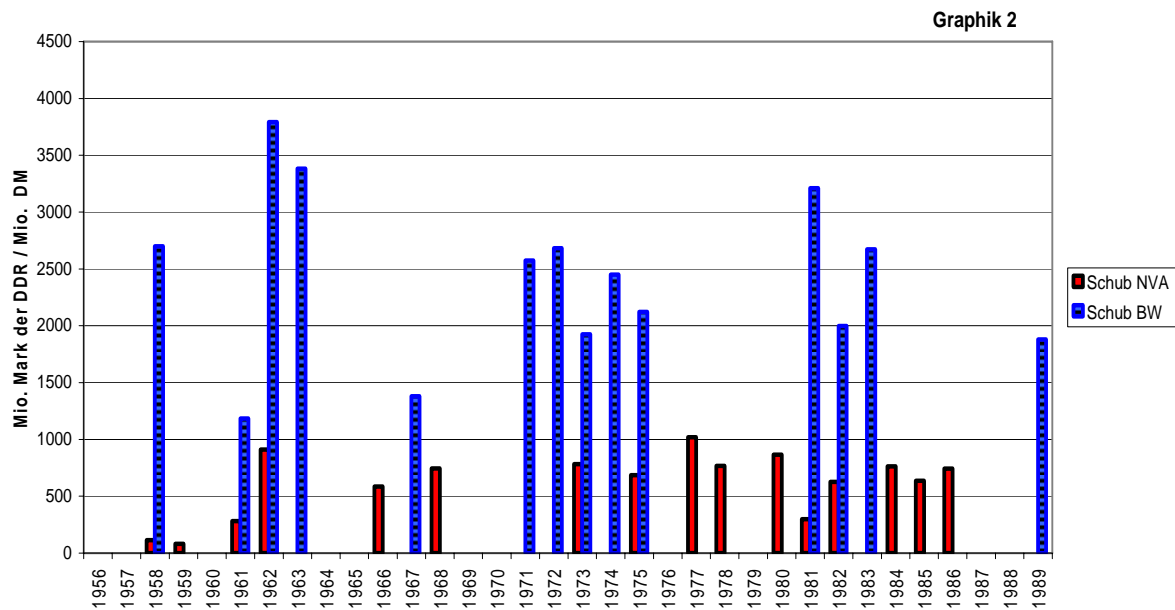
Beide Seiten lieferten sich gegenseitig die Argumente für die Aufrüstung. Die militärische Komponente der Politik spielte auf beiden Seiten eine überhöhte Rolle, das militärische Kräfteverhältnis galt als Maßstab der Sicherheit und der erforderlichen Rüstungsanstrengungen. Im Weißbuch der Bundesregierung 1983 heißt es dazu: „Der Friede ist abhängig vom militärischen Gleichgewicht zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt.“²⁴ Das bedeutete jedoch auch, dass Veränderungen im Kräftegleichgewicht zu neuen Runden des Wettrüstens führten. Im Weißbuch wird das wie folgt dargestellt: „Die westliche Bündnis- und Sicherheitspolitik ist darauf gerichtet, ein militärisches Gleichgewicht zu bewahren oder dort, wo es gestört ist, wiederherzustellen. Für die Lage in Europa ist das dort unmittelbar wirksame Kräfteverhältnis wesentlich, denn es bestimmt die Bedingungen der Sicherheit der europäischen Länder gegenüber möglichen Angriffsdrohungen.“²⁵

Die Militärausgaben in beiden deutschen Staaten dienten der Erfüllung der Aufgaben der Landesverteidigung, zugleich waren sie Teil des Wettrüstens. Die Bedrohung wurde in den Militärblöcken und auch in beiden deutschen Staaten unterschiedlich wahrgenommen und interpretiert, indem sich beide Seiten bedroht fühlten und ihre Streitkräfte darauf einstellten. Beide deutsche Staaten waren vordergründig an der Erhaltung ihrer Existenz interessiert, sie verbanden diese mit der Erhaltung des Friedens. Beide Seiten warfen einander Aggressionsabsichten vor und begründeten damit den Aufbau der Streitkräfte und ihre Aufrüstung. Während des Kalten Krieges stieg der Grad der Bedrohung zeitweise in einem solchen Maß an, dass akute Gefahr für den Frieden entstand. Auch die geführten Stellvertreterkriege bargen in sich Gefahren für ein Hinübergleiten in einen Weltkrieg. Bedrohungsdarstellungen dienten jedoch, wie so oft in der Geschichte und leider auch in der Gegenwart, zur Begründung neuer Wellen des Rüstens.

²⁴ Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland, 1983, Seite 13 Punkt 22

²⁵ ebenda S. 13

Analyse der Schübe DDR und BRD



Die Streitkräfte der BRD und der DDR entwickelten sich vor dem Hintergrund der Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen den USA und der UdSSR. Beide Weltmächte gewährleisteten durch ihre Präsenz und militärische Macht auch die Sicherheit ihrer deutschen Verbündeten. Ohne diese Rolle der Weltmächte wäre die geschilderte Entwicklung der beiden deutschen Staaten nicht denkbar gewesen, aber auch die jeweilige militärische Stärke der beiden deutschen Armeen war von Bedeutung für die Großmächte und die Bündnisse. Die Führungsmächte nutzten unterschiedliche Methoden zur Durchsetzung ihrer Interessen und zur Entwicklung der Bündnisstreitkräfte. In der NATO erfolgte das insbesondere in der Form verschiedener Rüstungsprogramme, im Warschauer Vertrag durch Protokolle des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte mit der Führung des jeweiligen Staates. Die Überbetonung des militärischen Faktors im Kalten Krieg führte zum Wettrüsten, daran waren auch beide deutsche Staaten beteiligt. Eine Methode des Wettrüstens bestand in der Reaktion (Nachrüstung) auf Vorrüstung der gegnerischen Seite. Beispiele dazu wurden dargelegt. Aber auch das Denken und Handeln in Kategorien der Überlegenheit barg Gefahren des Wettrüstens und des Aushebelns des Kräfteverhältnisses in sich. Ebenso diente das Wachstum der Militärausgaben, besonders in den festgestellten „Schüben“, der anderen Seite als Argument für höhere eigene Rüstungsausgaben und forcierte das Wettrüsten. Die Überbetonung des militärischen Faktors in der Außenpolitik beeinflusste den militärischen Auftrag der Streitkräfte und führte, wie auch das Handeln in den Kategorien der Überlegenheit, zu einer überhöhten Beanspruchung der wirtschaftlichen Kraft.

Bei diesen Vergleichen sei nochmals darauf verwiesen, die Militärausgaben der DDR beinhalten im Unterschied zu denen der BRD auch die Grenzsicherung, den Wohnungsbau und die Rentenversorgung. Die Untersuchungen dieses Abschnitts erfolgten in der jeweiligen Landeswährung, sie stellen daher keinen wertmäßigen Vergleich dar.

2.2. Der Verteidigungshaushalt der DDR, Vergleich mit dem Verteidigungshaushalt der BRD

Vergleiche der Volkswirtschaften der DDR und der BRD für diese Zeit belegen erhebliche Nachteile der DDR, die sich vor allem aus den für die DDR weiter reichenden Folgen der Teilung Deutschlands und den Reparationszahlungen ergaben. Zudem erhielt die BRD durch den Marshallplan wesentliche Impulse für ihre Entwicklung. Diese Ausgangspositionen gilt es bei der Analyse der Belastungen der Volkswirtschaften und der Staatshaushalte durch die Verteidigungsausgaben zu berücksichtigen.

Die Verteidigungsausgaben umfassen außer den bereits dargelegten Militärausgaben, auch die weiteren für die Landesverteidigung bereitgestellten Mittel. Der Verteidigungshaushalt war Gegenstand einer Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten. Interessante Untersuchungen führten u. a. C. Bielfeldt von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung²⁶ und das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI)²⁷ durch. C. Bielfeldt schreibt in der genannten Arbeit: „Bei der Bestimmung der Höhe der „Verteidigungsausgaben“ ergeben sich konzeptionelle Schwierigkeiten. In der Literatur finden sich erheblich voneinander abweichende Zahlenreihen mit unterschiedlichen Bezeichnungen, selten (liegen) eine ausreichende Definition bzw. Abgrenzungskriterien vor.“ Die Autoren dieser Arbeit orientieren sich im Folgenden an den Untersuchungen des Sozialwissenschaftlichen Instituts (SOWI) der Bundeswehr von 1984. Der Verteidigungshaushalt wurde dort als Summe folgender Ausgaben ermittelt: Militärausgaben in Form des EPl. 14, Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten, Bundesgrenzschutz, Pensionen für ehemalige Angehörige der Bundeswehr und der Wehrmacht, Ausgaben für den Zivilhaushalt und Verteidigungshilfen der NATO, Berlinhilfe, Zivile Verteidigung. In Analogie dazu wurde für die DDR die Summe ermittelt: Militärausgaben (diese beinhalten die Grenzsicherung und Renten für ehemalige NVA-Angehörige), Besatzungs- und Besatzungsfolgekosten, anteilige Ausgaben für die Gesellschaft für Sport und Technik (die GST hat 60% der Mittel für die vormilitärische

²⁶ Bielfeldt, Carola, Forschungsbericht 8/74, Verteidigungsausgaben der BRD – einige empirische Ergebnisse, Juli 1974, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, S. 1

²⁷ a.a.O. Berichte SOWI, Heft 36 Seiten 34ff

Ausbildung und 40% für Aufgaben des Sports eingesetzt²⁸) und für die Zivilverteidigung (dafür wurden 50% des Haushalts für militärische Zwecke zum Ansatz gebracht), Ausgaben für die operative Vorbereitung des Territoriums und weiterer Maßnahmen der Zivilen Verteidigung, Kredittilgung und Staatsreserve. Aus der Vielzahl möglicher Definitionen für „Verteidigungsausgaben“ entschieden sich die Autoren für die benannte, um weitgehende Analogie zum Material des SOWI der Bundeswehr zu wahren. Die Untersuchungen erfolgten in den Landeswährungen (Mark der DDR und DM), die Ergebnisse sind in Tabelle 2 und Graphik 3 dargestellt.

Über den Verteidigungshaushalt der DDR wurde die Öffentlichkeit unterschiedlich informiert, wobei auch Verschleierungen, Unter- oder Überbewertungen praktiziert wurden. Die dabei aufkommenden Zweifel behinderten vertrauensbildende Maßnahmen.

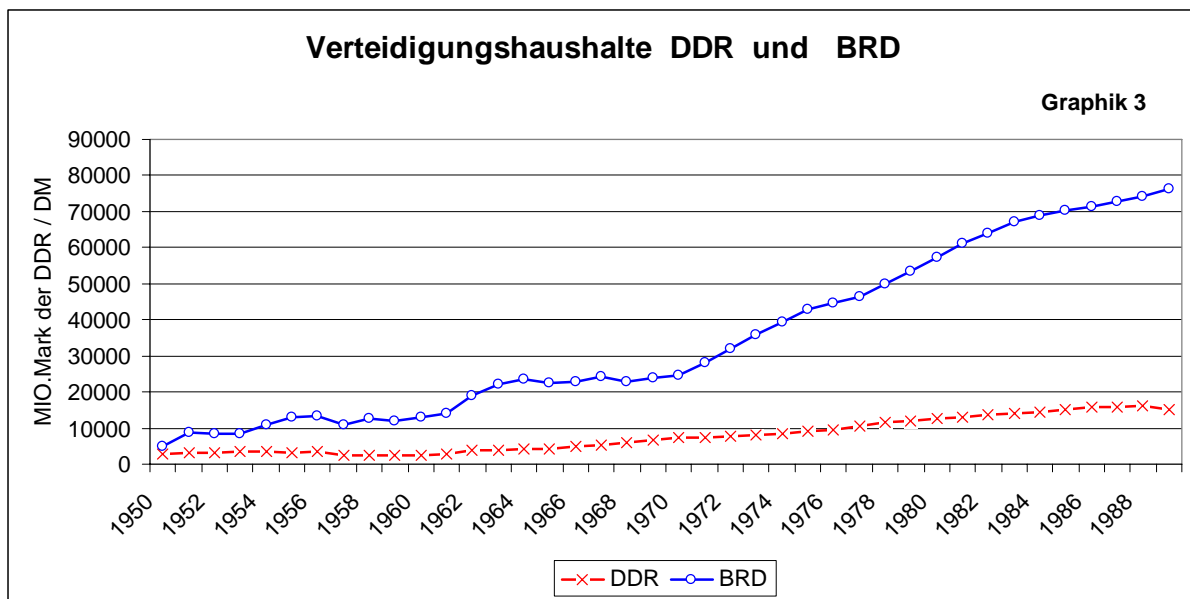
Im Abschnitt 2.1. wurde darauf verwiesen den Zeitraum 1950 bis 1955 im Zusammenhang mit dem Verteidigungshaushalt zu untersuchen. Aus der Tabelle 2 ergibt sich für die genannten Jahre folgendes Bild. Die Verteidigungsausgaben der DDR stiegen von 1950 bis 1955 um etwa 440 Mio. Mark an. Die Verteidigungsausgaben der BRD erhöhten sich im gleichen Zeitraum um etwa 8 Mrd. DM, wobei 1951 im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung von 3,7 Mrd. DM erfolgte, die vorwiegend durch Erhöhungen der Besatzungskosten entstand. Es sei darauf verwiesen, dass im April 1949 die Gründung der NATO erfolgte, dass mit dem Memorandum des Nationalen Sicherheitsrates der USA Nr. 20/1 vom August 1948 und mit der Direktive des NSC Nr. 68 vom April 1950 die militärische Charta des Kalten Krieges geschaffen wurde. Die auf dieser Grundlage basierende Strategie der „Realistischen Abschreckung“ wurde 1952 mit dem Dokument MC 14/1 faktisch auch für die NATO übernommen. Die genannte Steigerung von 1950 zu 1951 um 3,7 Mrd. DM (entspricht einem Zuwachs von 73,2%) dürfte somit kaum zufälliger Art sein, sie musste durch die UdSSR und die DDR als Schritt einer politischen und vor allem sicherheitspolitischen Bedrohung gewertet werden.

²⁸ G. Poller „Millionenhaushalte für Motorräder, Flugzeuge und Gewehre“ in Frust und Freude S. 91; GNN Verlag

Verteidigungshaushalte der DDR und der BRD

Tabelle 2
laufende Preise

Jahr	Deutsche Demokratische Republik			Bundesrepublik Deutschland				
	Staatshaushalt	Verteid.- Haushalt	Anteil	Belastung pro Kopf	Bundeshaushalt	Verteid.- Haushalt	Anteil	Belastung pro Kopf
	Mio. M	Mio. M	Prozent	Mark	Mio. DM	Mio. DM	Prozent	DM
1950	13481,4	2638	19,57	143,68	16271	5029	30,91	100,6
1951	25488	3185	12,5	173,57	15340	8711	56,79	172,4
1952	31736,6	3250	10,24	177,6	21073	8401	39,87	165,18
1953	34688,5	3348	9,65	184,85	27849	8467	30,4	164,89
1954	35696,1	3384	9,48	187,99	27174	10727	39,48	206,77
1955	38138,1	3089	8,1	173,23	30596	13138	42,94	250,81
1956	37113,5	3380	9,11	192	35022	13410	38,29	252,98
1957	39104	2445	6,25	140,43	37394	10997	29,41	204,95
1958	40128,7	2408	6	139,09	38724	12506	32,3	230,35
1959	45871,6	2493	5,43	144,22	39789	11934	29,99	217,47
1960	50800,7	2568	5,06	149,41	41938	12884	30,72	232,42
1961	51341,6	2842	5,54	166,4	48938	14163	28,94	252,12
1962	55802,1	3853	6,9	224,85	53404	19046	35,66	335,1
1963	55509,4	3862	6,96	224,78	57127	22315	39,06	388,84
1964	56806,1	4388	7,72	258,06	60346	23379	38,74	403,29
1965	60842,2	4148	6,82	243,43	63949	22448	35,1	382,95
1966	66387	4768	7,18	279,3	69906	22940	32,82	387,84
1967	71838,8	5195	7,23	303,98	78464	24398	31,09	411,53
1968	66272,2	6142	9,27	359,45	80657	22814	28,29	383,43
1969	64942,1	6589	10,15	385,89	83346	23822	28,58	396,59
1970	68229,3	7231	10,6	423,66	90946	24768	27,23	408,37
1971	85841,2	7500	8,74	439,78	98372	27978	28,44	456,56
1972	82244,3	7659	9,31	450,24	108978	31902	29,27	517,08
1973	90198,8	8056	8,93	475,25	121631	35854	29,48	578,41
1974	99517,9	8549	8,59	505,56	136392	39356	28,86	634,05
1975	106409,1	9265	8,71	550,83	161459	42809	26,51	692,18
1976	115882,4	9630	8,31	574,34	164047	44648	27,22	725,11
1977	122181	10677	8,74	637,13	171306	46487	27,14	756,88
1978	130617,5	11512	8,81	687,24	188704	49936	26,46	813,95
1979	137300,4	11906	8,67	711,23	203861	53286	26,14	868,1
1980	155339,5	12682	8,16	757,59	214274	57397	26,79	932,71
1981	164430	13054	7,94	781,4	231155	61315	26,53	994,36
1982	177837,7	13733	7,72	822,04	246378	64093	26,01	1040,54
1983	189568,2	13921	7,34	833,14	253205	67245	26,56	1095,5
1984	209495,1	14532	6,94	871,69	257175	68920	26,8	1127,51
1985	230944	15086	6,53	905,79	259340	70144	27,05	1150,37
1986	242719,8	15889	6,55	954,87	263480	71234	27,04	1167,58
1987	256136,1	15865	6,19	952,22	268545	72734	27,08	1190,85
1988	266634,4	16052	6,02	962,64	275100	74068	26,92	1205,33
1989	275059,4	15238	5,54	927,22	290255	76248	26,27	1228,57



In dieser Zeit erfolgte in beiden deutschen Staaten auch der Aufbau eigener militärischer Organisationen. Nachdem mit der Ablehnung der so genannten „Stalin-Note“ vom März 1952 durch die Westmächte die Chance für ein einheitliches Deutschland vertan war, begann in der DDR aufgrund konkreter sowjetischer Vorgaben der Aufbau der Kasernierten Volkspolizei. In der BRD unterhielten die Besatzungstruppen deutsche „Diensteinheiten“, in dieser Zeit stand auch die Aufstellung von Streitkräften der BRD und ihre Eingliederung in das westliche Militärbündnis auf dem Plan. Der für den Aufbau der Bundeswehr zuständige Bundestagsabgeordnete Th. Blank erläuterte am 19.01.1952 vor dem Deutschen Bundestag den erreichten Stand und erklärte: „Der größte Teil dieses Weges liegt inzwischen hinter uns und wir sind gewiss, in den nächsten Wochen auch das letzte Stück zu überwinden.“²⁹

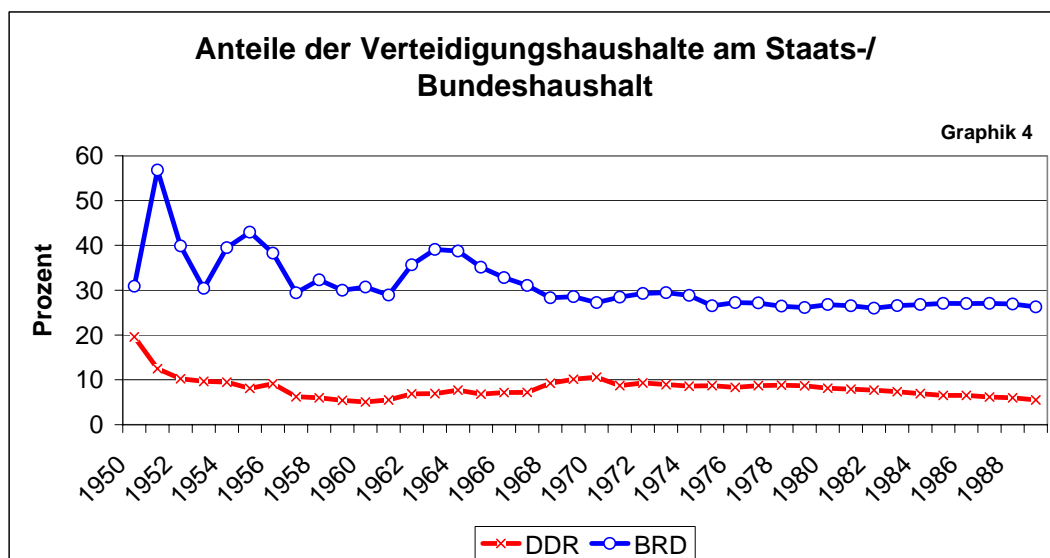
Die Untersuchung der Belastung der wirtschaftlichen Entwicklung durch die Verteidigungsausgaben erfolgt in Bezug auf die Staats-/Bundeshaushalte und die Nationaleinkommen (DDR)/Volkseinkommen (BRD), außerdem wird die Belastung pro Kopf der Bevölkerung ermittelt.

Die Aufkommens- und Verwendungsstrukturen des Staatshaushalts der DDR und des Bundeshaushalts unterscheiden sich voneinander, beide stellen jedoch die Basis für die Finanzierung der Aufgaben des Staates, und darunter auch für die Verteidigung dar. Der Anteil der Verteidigungslasten am Staats-/Bundeshaushalt ist somit eine Größe, die für die Handlungsfähigkeit des Staates Bedeutung besitzt. Die Tabelle 2 zeigt neben der Entwicklung

²⁹ Bauer, K. Deutsche Verteidigungspolitik 1947 – 1967, Dokumente und Kommentare, S.96

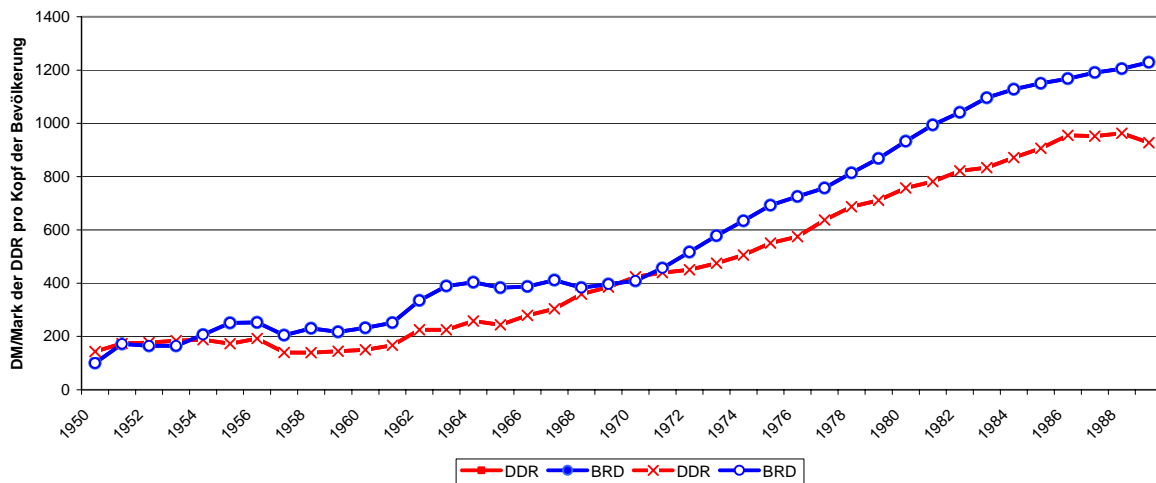
der Verteidigungshaushalte beider deutscher Staaten auch die Anteile der Verteidigungshaushalte am Staats-/Bundeshaushalt (siehe auch Graphik 4) sowie die Belastung pro Kopf der Bevölkerung (siehe Graphik 5).

Für die DDR entstand in den Jahren 1950 bis 1953 mit einem Anteil von 10 –19,6% am Staatshaushalt die höchste Belastung, diese verringerte sich ab 1956 auf Werte zwischen 5,1 bis 7,7%. Ab 1968 stieg der Anteil wieder auf Werte über 8% bis maximal 10,6% an, danach reduzierte er sich bis 1989 kontinuierlich. Der Anteil der Verteidigungsausgaben der BRD am Bundeshaushalt erreichte in den Jahren 1950 bis 1952, mit 56,79% für 1951 den Spitzenwert, in den Jahren 1962 bis 1965 betrug die Verteidigungsausgaben zwischen 35 und 39% des Bundeshaushalts. Dieser Anteil verringert sich und bewegt sich ab 1975 bei ca. 26%. Die Belastung des Bundeshaushalts durch die Verteidigungsausgaben der BRD war in der



Pro-Kopf-Belastung

Graphik 5



gesamten Vergleichsperiode höher als die Belastung des Staatshaushaltes der DDR durch die Verteidigung.

Die Belastungen pro Kopf der Bevölkerung beziehen sich auf die jeweilige Bevölkerungsstärke der beiden Staaten, die Erhöhung der Verteidigungsausgaben spiegelt sich auch in der Pro-Kopf-Belastung wider.

Abgesehen von der Tatsache, dass Verteidigungsausgaben an sich volkswirtschaftliche Belastungen darstellen, wurden für die DDR besonders zwei Perioden als problematisch erkannt, die Zeit von 1951 bis 1954 und 1968 bis 1972. In beiden Fällen stieg der Anteil der Verteidigungslasten am Staatshaushalt auf über 9% an. Die Verteidigungsausgaben 1951-1953 können eine der Ursachen darstellen, die zu den Ereignissen des 17. Juni 1953 führten, T. Diedrich verwies bei seinen Untersuchungen³⁰ auf diesen Zusammenhang.

Die Belastung in den Jahren 1968 bis 1972 ergibt sich durch steigende Verteidigungsausgaben bei gleichzeitiger Reduzierung des Staatshaushalts in zwei aufeinander folgenden Jahren. Die seit Mitte der 60-er Jahre spürbaren volkswirtschaftlichen Schwierigkeiten sollten durch das Neue Ökonomische Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft gelöst werden. Wahrscheinlich ist auch der Standpunkt von W. Ulbricht aus den steigenden Verteidigungslasten bei sinkender volkswirtschaftlicher Leistung zu erklären. Er relativierte den Druck des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte auf den weiteren Ausbau der NVA dadurch, dass er bei der Unterzeichnung des „Protokolls über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der Deutschen Demokratischen Republik für

³⁰ T. Diedrich: Aufrüstungsvorbereitung und -finanzierung in der SBZ/DDR 1948-1953; S. 303 ff

die Vereinten Streitkräfte und ihre Entwicklung in den Jahren 1971 bis 1975“ im Bestätigungsblatt auf folgender Aussage bestand: „Seine Durchführung erfolgt entsprechend den ökonomischen Möglichkeiten des Perspektivplanes.“³¹

Der Bezug der Verteidigungsausgaben auf das Nationaleinkommen der DDR und das Volkseinkommen der BRD bietet die Vergleichsmöglichkeit mit der wirtschaftlichen Stärke des Landes. Auch hier sei darauf hingewiesen, dass zwischen dem Nationaleinkommen (DDR) und dem Volkseinkommen (BRD) Unterschiede bestehen.

³¹ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 384, Bestätigungsschreiben des Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates für das „Protokoll über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der Deutschen Demokratischen Republik für die Vereinten Streitkräfte und ihre Entwicklung in den Jahren 1971 bis 1975“

Tabelle 3

**Vergleich der Verteidigungshaushalte zum Nationaleinkommen (DDR) und zum
Volkseinkommen(BRD)**

In Mrd. Mark der DDR/DM

Laufende Preise

Jahr	Deutsche Demokratische Republik			Bundesrepublik		
	Nationaleinkommen	VHH	Anteil %	Volkseinkommen	VHH	Anteil %
1955	50,0	3,1	6,18	142,1	13,1	9,22
1959	67,5	2,5	3,69	201,6	11,9	5,90
1967	93,0	5,2	5,58	380,7	24,4	6,41
1970	108,3	7,2	6,68	530,4	24,8	4,67
1975	142,4	9,3	6,51	800,6	42,8	5,35
1980	187,1	12,7	6,78	1139,6	57,4	5,04
1985	241,9	15,1	6,23	1406,8	70,1	4,98

Erläuterungen zur Tabelle 3

VVH - Verteidigungshaushalt

Anteil % jeweils Anteil des Verteidigungshaushalts am Nationaleinkommen (DDR) bzw. am Volkseinkommen (BRD)

Quellen: Nationaleinkommen DDR aus DDR-Haushaltrechnungen und statistischen Jahrbüchern, zitiert nach: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1995/2; Strukturveränderungen und Wachstumsschwankungen... in der DDR; L.Baar u.a. Seite 70-71

Statistisches Jahrbuch der BRD 2000 Metzger-Poeschel Verlag Stuttgart S.634

Aus Tabelle 3 ergibt sich, dass die Verteidigungsausgaben der DDR zwischen 6% und 7% des Nationaleinkommens der DDR betragen haben, eine Ausnahme betrifft die Zeit Ende der 50er Jahre bis in die 60er Jahre mit Anteilen zwischen 3,69% und 5,58%. Für die BRD ergibt sich folgendes Bild: die Anteile der Verteidigungsausgaben verringern sich von 9,22% bis auf 4,98% im Jahre 1985. Die wachsende Wirtschaftskraft der BRD war die Grundlage, um den

Anteil der steigenden Verteidigungsausgaben am Volkseinkommen zu verringern. Die Volkswirtschaft der DDR wurde durch die Verteidigungsausgaben stärker belastet als die Wirtschaft der BRD.

Vergleichen wir noch den Bestand einiger Hauptarten der Bewaffnung in den beiden deutschen Armeen im Jahre 1988 (siehe Tabelle 4). Im Vergleich zum Personalbestand der NVA zur Bundeswehr, der etwa bei 1:3,3 lag, hatte die NVA eine relative Überlegenheit bei einigen Arten der Bewaffnung der Landstreitkräfte, besonders bei der Anzahl von Panzern, Schützenpanzern, Artillerie und Startrampen für taktische Raketen, während die Landstreitkräfte der Bundeswehr bei Panzerabwehrlenkraketen im Vorteil waren. Die Bestände an Flugzeugen der Fliegerkräfte können als ausgeglichen betrachtet werden, wobei die Anzahl der Angriffsflugzeuge bei der Bundeswehr höher als die der NVA war. Die Anzahl der Kampfhubschrauber der Bundeswehr übertraf die der NVA wesentlich. Eindeutig überlegen war die Bundeswehr bei U-Booten (die NVA verfügte nicht über diese Waffe) und größeren Kampfschiffen.

Tabelle 4

Aufstellung wichtiger Hauptarten der Bewaffnung

Hauptart der Bewaffnung	Nationale Volksarmee	Bundeswehr
Kampfflugzeuge der Frontfliegerkräfte	307	850
davon Angriffsflugzeuge	65	615
Kampfhubschrauber	74	450
Startrampen für taktische Raketen	80	26
Panzer	3.140	4.900
Schützenpanzer und Schützenpanzerwagen	5.900	6.840
Panzerabwehrlenkraketenkomplexe	620	2.760
Geschosswerfer, Geschütze über 75 mm	2.435	3.190
U-Boote	0	24
Große Überwasserschiffe, darunter Zerstörer und Schiffe mit Flügelraketen	0	16

Die Tabelle wurde erarbeitet nach der Erklärung des Komitees der Verteidigungsminister der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags von 1988, hier in der Fassung des Informationsmaterials des Chefs des Hauptstabes der NVA vom 25.01. 1989.

Ein Vergleich der Militärausgaben (Abschnitt 2.1., siehe auch Graphik 1) und der Verteidigungshaushalte (Abschnitt 2.2., siehe auch Graphik 3) bestätigt die gleichen Entwicklungstendenzen beider Zeitreihen, die Zuwachsraten und auch die „Schübe“ der Militärausgaben finden sich bei den Verteidigungshaushalten für die Jahre ab 1955/1956 wieder. Damit ist die Aussage der Abhängigkeit der Militärausgaben von den Entwicklungsetappen des Kalten Krieges auch auf die Verteidigungshaushalte übertragbar.

Aus dem Vergleich der Anteile der Verteidigungshaushalte an den National-, bzw. Volkseinkommen der beiden deutschen Staaten ergibt sich, dass beide Staaten hohen Belastungen unterworfen waren. Aufgrund der unterschiedlichen wirtschaftlichen Stärke traf das die DDR härter als die Bundesrepublik. In diesem Zusammenhang steht auch die Frage, inwieweit waren die Verteidigungsausgaben Ursache am Untergang der DDR, die Meinungen darüber gehen weit auseinander. Ein bestimmter Kreis von Wissenschaftlern neigt zur Aussage: Es ist dem Westen gelungen den Sozialismus „totzurüsten“. So lautete die Zielstellung, von der mehrere Funktionsträger der USA u. a. als Begründung hoher Rüstungsbudgets ausgingen. Die Autoren dieser Schrift können sich dieser Meinung nicht anschließen, eine solche Aussage wäre anhand o. g. Zeitreihen nicht belegbar. Diese einseitigen Aussagen beruhen auf dem Fehler, dem manche derzeitige „DDR-Forscher“ unterliegen: Sie versuchen aus Einzelfakten generelle Schlussfolgerungen zu ziehen und betrachten dabei nicht die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge. Eine Methode, die stärker dem Delegitimierungsauftrag als der Objektivität verpflichtet ist.

Die Belastungen des Bundeshaushalts durch die Verteidigungslasten betragen das Mehrfache im Vergleich zu denen der DDR, der Vergleich mit dem National-, bzw. Volkseinkommen ergibt für die Zeit bis etwa 1970 stärkere Belastungen der Bundesrepublik und ab 1970 für die DDR. Die in den Tabellen dargestellten Zeitreihen weisen in den untersuchten 40 Jahren starke Unterschiede auf. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am Staatshaushalt der DDR reduzierte sich in zwölf aufeinander folgenden Jahren von 8,81% im Jahre 1978 auf 5,54% im Jahre 1989. Diese Entwicklung könnte schwerlich als Ursache des Zusammenbruchs gelten.

Zur Frage des „Totrüstens“ schreibt Prof. S. Schönherr³²: „Das hieße nämlich in der Endkonsequenz einen Umkehrschluss von fataler Fehlaussage zuzulassen: Wenn sich die Staaten des Warschauer Vertrages – und damit auch die DDR – nicht so vehement am Wettrüsten beteiligt hätten, wäre das System nicht zusammengebrochen.“

Aus der derzeit zur Verfügung stehenden Fachliteratur sind keine Aussagen über mögliche Grenzen der Belastung der Volkswirtschaft durch Verteidigungsausgaben bekannt. Verschiedenen Autoren nutzten einzelne Vergleichswerte, um derartige Aussagen zu begründen, diese stellen jedoch keine Grundlage für gesicherte Erkenntnisse dar. Offensichtlich ist die Wissenschaft zurzeit nicht in der Lage Grundlagen für derartige Bewertungen zur Verfügung zu stellen. In Anbetracht außergewöhnlich hoher Verteidigungsausgaben verschiedener Staaten könnte diese Frage jedoch an Bedeutung gewinnen. Die Autoren dieser Arbeit gelangen zu dem Schluss, dass nicht die Begründung der Verteidigungsausgaben, sondern ihre Reduzierung erforderlich ist.

2.3. Vergleich der Verteidigungsausgaben der DDR und der BRD mit den Ausgaben der Bündnisse

Durch die Folgen des Krieges trat die Volkswirtschaft der UdSSR erheblich geschwächt in die Nachkriegsperiode ein. Die Wirtschaft der USA hingegen erfuhr im Kriege einen Aufschwung. Somit ist die wirtschaftliche Basis beider Großmächte zu Beginn des Kalten Krieges völlig unterschiedlich zu bewerten. Auch die wichtigsten Bündnispartner der USA (Großbritannien, Frankreich, Bundesrepublik) verfügten über günstigere wirtschaftliche Bedingungen, als die im Wesentlichen auf landwirtschaftliche Produktion orientierten Verbündeten der UdSSR.

Die Zielstellung des Vergleiches beider Staaten im Rahmen ihrer Bündnisse setzt vergleichbare Maßstäbe auch der beiden Militärbündnisse voraus. In dieser Richtung bieten die „SIPRI-Jahrbücher“ durch die Berechnung auf der Basis des US-Dollar Vergleichsmöglichkeiten, obwohl auch diese Angaben mit Problemen behaftet sind: die SIPRI-Angaben beinhalten für die Jahre 1980 bis 1990 keine Angaben über die Verteidigungsausgaben der UdSSR; die Umrechnung der nationalen Währungen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in US-Dollar kann gewisse Unwägbarkeiten mit sich bringen.

³² Schönherr, S. Oberst a.D. Prof. Dr. sc., Rüstung in der DDR – Versuch einer kritischen Bestandsaufnahme. Kann Rüstung zur Zeit des Kalten Krieges Lehren für die Gegenwart vermitteln? In Information Nr. 14 der Arbeitsgruppe Geschichte der NVA und Integration ehemaliger NVA-Angehöriger in Gesellschaft und Bundeswehr beim Landesvorstand Ost des Deutschen Bundeswehrverbandes, Berlin 2004 S. 3

Die SIPRI-Jahrbücher erfassen die Verteidigungsausgaben der Staaten oder Militärkoalitionen, bezogen auf konstante Preise in folgenden Zeitreihen:

- für die Jahre von 1950 bis 1971 auf der Preisbasis von 1960³³
- für die Jahre von 1971 bis 1980 auf der Preisbasis von 1978³⁴ und
- für die Jahre von 1981 bis 1990 auf der Preisbasis von 1988.³⁵

Diese Angaben sind durch die Anwendung konstanter Preise nicht vergleichbar mit den Daten der Abschnitte 2.1. und 2.2. (Vergleich der Militärausgaben und der Verteidigungshaushalte der DDR und der BRD) dieser Arbeit, sie werden jedoch der Zielstellung vollauf gerecht die Rolle beider deutscher Staaten in ihren Bündnissen, und für die Zeit bis 1980 auch die Ausgaben der Bündnisse zu beurteilen. Die Verwendung konstanter Preise bietet auch die Möglichkeit im Gültigkeitszeitraum der Preisbasen Summen zu bilden

Die für die Studie relevanten Angaben aus den SIPRI-Jahrbüchern sind in der Tabelle 5 zusammengefasst.

1. Phase Zeitraum 1955 bis 1960

In dieser Phase betrug der Anteil der USA an den Gesamtausgaben der NATO zwischen 73,9% und 76,35% und der übrigen Teilnehmerstaaten der NATO dementsprechend zwischen 23,65% und 26,1%. Der Anteil der UdSSR an den Militärausgaben des Warschauer Vertrages belief sich zwischen 91,06% im Jahre 1955 und 86,59% im Jahre 1960. Der der anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betrug dem entsprechend zwischen 8,94% im Jahre 1955 und maximal 13,41% im Jahre 1960

Der Anteil der BRD an den Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten insgesamt entwickelte sich von 3,26% im Jahre 1955 auf 4,74% im Jahre 1960. Der Anteil der DDR an den Verteidigungsausgaben der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages betrug 1958 1,93% und im Jahre 1960 2,93% der Gesamtausgaben des Warschauer Vertrages.

Ein Vergleich der Gesamtausgaben der BRD zu denen der DDR für diesen Zeitraum wäre unreal, da Angaben zu den Ausgaben der DDR bei SIPRI nur für die Jahre 1958 und 1960 vorliegen.

Die Gesamtausgaben der NATO-Staaten betrugen nach konstanten Preisen auf der Basis des Jahres 1960 etwa das 2,35-fache der Ausgaben der Warschauer Vertragsstaaten, bzw. übertrafen sie diese um 210.704 Mio. \$. Vergleiche der Verteidigungsausgaben der BRD mit

³³ World Armaments and Disarmaments SIPRI Yearbook 1972, S.82ff

³⁴ World Armaments and Disarmaments SIPRI Yearbook 1981, S.156f

³⁵ World Armaments and Disarmaments SIPRI Yearbook 1990, S.191f

Verteidigungsausgaben der NATO und des Warschauer Vertrags

Tabelle 5

Jahr	NATO			NATO			Warsch. V.		Warsch. V.		DDR	Anteil
	Gesamt	Zuwachs		o. USA	Anteil	BRD	Anteil	Gesamt	Zuwachs	o. UdSSR		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1. Phase												
	Preis- Basis	1960										
1955	58.985		14.557	24,68	1.920	3,26	27.976		2.500	8,94	k.A.	
1956	60.682	2,88	15.375	25,34	1.837	3,03	25.917	-7,36	2.750	10,61	k.A.	
1957	62.382	2,80	15.539	24,91	2.236	3,58	25.890	-0,10	2.860	11,05	k.A.	
1958	60.811	-2,52	14.379	23,65	1.677	2,76	25.179	-2,75	2.893	11,49	487	1,93
1959	62.427	2,66	15.342	24,58	2.685	4,30	25.383	0,81	3.073	12,11	k.A.	
1960	61.335	-1,75	15.955	26,01	2.905	4,74	25.573	0,75	3.430	13,41	750	2,93
Summe:		366.622				13.260		155.918				1.237
Differenz	NATO-WV		210.704					BRD-DDR	12.023			
Relation	NATO-WV		2,40	1960				BRD-DDR	3,87	1960		
1960/55		1,04		1,10		1,51			0,91	1,37		
Mittelw:			0,81		24,86		3,61		-1,73		11,27	2,43
2. Phase												
	Preis- Basis	1960										
1961	63.689	3,84	16.354	25,68	3.082	4,84	31.342	22,56	3.723	11,88	750	2,39
1962	69.101	8,50	17.898	25,90	3.894	5,64	34.415	9,80	4.177	12,14	815	2,37
1963	68.935	-0,24	18.408	26,70	4.371	6,34	37.556	9,13	4.461	11,88	815	2,17
1964	67.578	-1,97	18.757	27,76	4.193	6,20	36.146	-3,75	4.479	12,39	815	2,25
1965	67.313	-0,39	18.695	27,77	4.131	6,14	34.960	-3,28	4.484	12,83	826	2,36
1966	76.782	14,07	18.831	24,53	4.057	5,28	36.752	5,13	4.847	13,19	974	2,65
1967	86.558	12,73	19.627	22,67	4.227	4,88	39.700	8,02	5.250	13,22	1.062	2,68
1968	87.790	1,42	19.140	21,80	3.746	4,27	45.997	15,86	6.217	13,52	1.711	3,72
1969	84.786	-3,42	19.034	22,45	4.080	4,81	49.122	6,79	6.979	14,21	1.873	3,81
1970	78.643	-7,25	19.324	24,57	4.112	5,23	50.114	2,02	7.495	14,96	1.990	3,97
Summe:		751.175				39.893		396.104				11.631
Differenz	NATO-WV		355.071					BRD-DDR	28.262			
Relation	NATO/WV		1970	1,57				BRD-DDR	1970	2,07		
1970/60		1,23		1,18		1,33			1,60	2,01		2,65
Mittelw:			2,73		24,98		5,36		7,23		13,02	2,84
3. Phase												
	Preis- Basis:	1978										
1971	187.124		66.469	35,52	18.024	9,63	102.753		8.853	8,62	2.745	2,67
1972	191.099	2,12	69.994	36,63	19.255	10,08	104.440	1,64	9.040	8,66	2.864	2,74
1973	186.261	-2,53	71.286	38,27	20.010	10,74	106.441	1,92	9.541	8,96	3.058	2,87
1974	186.866	0,32	73.200	39,17	20.885	11,18	108.303	1,75	10.003	9,24	3.172	2,93
1975	185.501	-0,73	75.272	40,58	20.791	11,21	110.424	1,96	10.624	9,62	3.364	3,05
1976	180.903	-2,48	76.642	42,37	20.641	11,41	112.403	1,79	11.103	9,88	3.444	3,06
1977	186.671	3,19	78.134	41,86	20.561	11,01	114.144	1,55	11.444	10,03	3.560	3,12
1978	189.715	1,63	80.468	42,42	21.417	11,29	115.774	1,43	11.574	10,00	3.738	3,23
1979	191.803	1,10	81.942	42,72	21.730	11,33	117.643	1,61	11.943	10,15	4.123	3,50
1980	193.910	1,10	82.674	42,64	22.003	11,35	119.550	1,62	12.250	10,25	4.470	3,74
Summe:		1.879.853				205.317		1.111.875				34.538
Differenz	NATO-WV		767.978					BRD-DDR	170.779			
Relation	NATO-WV		1980	1,69				BRD-DDR	1970	4,92		
1980/71		1,04		1,24		1,22			1,16	1,38		1,63
Mittelw:			0,41		40,22		10,92		1,70		9,54	3,09
4. Phase												
	Preis- Basis:	1988										
1981	369.569		148.614	40,21	34.216	9,26	k.A.		16.551		5.068	
1982	394.296	6,69	153.680	38,98	33.786	8,57	k.A.		16.912		5.357	
1983	415.474	5,37	156.646	37,70	34.054	8,20	k.A.		16.756		5.667	
1984	429.788	3,45	158.865	36,96	33.712	7,84	k.A.		17.968		6.075	
	NATO	NATO						Warsch. V.	Warsch. V.	Warsch. h.V.		
Jahr	Gesamt	Zuwachs	o. USA	Anteil	BRD	Anteil	Gesamt	Zuwachs	o. UdSSR	Anteil	DDR	Anteil
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13
1987	468.108	0,15	167.218	35,72	35.320	7,55	k.A.		22.008		7.176	
1988	462.637	-1,17	166.796	36,05	35.097	7,59	k.A.		22.399		7.419	
1989	456.360	-1,36	167.211	36,64	35.008	7,67	k.A.		19.602		7.048	
1990	436.318	-4,39	168.208	38,55	38.016	8,71	k.A.		10.234			
Summe:		4.350.443				347.796						56.647
Differenz	NATO-WV							BRD-DDR		291.149		
Relation								BRD-DDR	1989	4,96		

1990/81	1,18	1,13	1,11	0,62	1,39
Mittelw:	1,92	37,12	8,03		

Frankreich und Großbritannien belegen eine relativ untergeordnete Rolle der BRD. Die gleiche Situation ergibt sich bei den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zwischen der DDR und der Volksrepublik Polen (VRP) sowie der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (CSSR). Beide deutsche Armeen befanden sich im Aufbaustadium, offensichtlich hatten sie noch nicht den Stand erreicht, der ihnen später zugeordnet wurde.

2. Phase 1961 bis 1970

In dieser Phase betrug der Anteil der NATO-Staaten ohne USA an den Gesamtausgaben der NATO mit relativ geringen Schwankungen etwa 25%, der Anteil der Teilnehmerstaaten des WV ohne UdSSR an den Gesamtausgaben des Warschauer Vertrags stieg von 11,88 bis auf 14,96% an.

Der Anteil der BRD an den Gesamtausgaben der NATO entwickelte sich von 4,84% im Jahre 1961 auf 5,23% im Jahre 1970. Der Anteil der DDR an den Gesamtausgaben des Warschauer Vertrags stieg von 2,39% zu Beginn dieser Phase auf 3,97% im Jahre 1970.

Die Verteidigungsausgaben der BRD am Ende dieser Phase waren geringer als die Ausgaben der Atomkräfte Frankreich, bzw. Großbritannien, sie näherten sich jedoch den Ausgaben dieser Länder. Die Verteidigungsausgaben der DDR überstiegen zu diesem Zeitpunkt bereits die der CSSR, sie waren jedoch geringer, als die der VRP. Auch aus dieser Sicht wird die Aussage bestätigt, dass die Bundesrepublik und die DDR in diesem Zeitabschnitt des Kalten Krieges hohe finanzielle Aufwände erbrachten und sich zu den wichtigsten Partnern der Führungsmächte der beiden Militärblöcke entwickelten.

Die Summe der Verteidigungsausgaben der BRD für den Zeitraum 1961 bis 1970 betrug 39.893 Mio. \$, die der DDR 11.631 Mio. \$, damit setzte die BRD in diesem Zeitraum auf der Preisbasis 1960 28.262 Mio. \$, mehr, bzw. das 3,43-fache im Vergleich zur DDR ein. Die Gesamtausgaben der NATO lagen um 355.071 Mio. \$ über denen des Warschauer Vertrags, das entspricht dem 1,69-fachen der Summe der Verteidigungsausgaben der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags.

3. Phase 1971 bis 1980

In dieser Phase entwickelte sich der Anteil der NATO – Staaten ohne USA an den Gesamtausgaben der NATO auf 42,64% im Jahre 1980. Die USA bemühten sich die Lasten ihres Kriegs gegen Vietnam auf die Bündnispartner umzuverteilen. Der damalige US-Verteidigungsminister M. R. Laird erklärte vor dem Militärausschuss des Repräsentantenhauses als Ziel: „einen neuen Geist der wesentlichen Lastenteilung“³⁶ zu fördern. Präsident Nixon forderte: „Aber die Aufgabe Amerikas ist heute – wie die Nixon-Doktrin das widerspiegelt-, den Beitrag aus dem Bündnis herauszuholen, den es zu leisten imstande ist.“³⁷ Die genannte Erhöhung der Verteidigungsausgaben der Verbündeten der USA bestätigt den Druck der USA auf die NATO-Partner zur Übernahme höherer Verteidigungslasten. Der Anteil der Warschauer Vertragsstaaten ohne UdSSR an den Gesamtausgaben bewegte sich zwischen 8,62 und 10,25%.

Der Anteil der BRD an den Gesamtausgaben der NATO entwickelte sich von 9,63% im Jahre 1971 auf 11,35% zum Ende dieser Phase. Der Anteil der DDR an den Gesamtausgaben des Warschauer Vertrags stieg von 2,67% 1971 auf 3,74% der im Jahre 1980. Die Verteidigungsausgaben der BRD überstiegen seit dem Jahre 1971 die entsprechenden Ausgaben der Kernwaffenmächte Frankreich und Großbritannien. Die Verteidigungsausgaben der DDR überstiegen ebenfalls seit 1971 die Verteidigungsausgaben der CSSR und der VRP. Nach den Angaben von SIPRI wandte die BRD im Zeitraum 1971 bis 1980 in konstanten Preisen des Jahres 1978 205.317 Mio. \$ als Verteidigungsausgaben auf, die DDR dagegen 34.538 Mio. \$. Das entspricht dem 5,94-fachen der Verteidigungsausgaben der DDR. Damit vergrößerte sich die Differenz zwischen den absoluten Verteidigungsausgaben der BRD gegenüber der DDR erheblich gegenüber dem vorgehenden Betrachtungszeitraum. Für die Bundesrepublik und die DDR gehörte dieser Zeitraum zu denjenigen, die am stärksten mit Verteidigungsausgaben belastet waren. Beide festigten ihre Rolle in den Bündnissen.

Die Gesamtausgaben der NATO übertrafen die des Warschauer Vertrags um 767.978 Mio. \$ auf der Preisbasis des Jahres 1978. Das ist 1,69 Mal mehr als die Staaten des Warschauer Vertrags für diese Ziele aufwendeten.

4. Phase 1981 bis 1989

In dieser Phase senkte sich der Anteil der NATO-Staaten an den Gesamtausgaben der NATO ohne USA wieder etwas und bewegte sich um 36%. Der Anteil der Teilnehmerstaaten des

³⁶ Bericht am 09. März 1971 in „USIS“ vom 16. März 1971; zitiert nach NATO – Strategie und Streitkräfte, Militärverlag der DDR S. 340

³⁷ „Europa-Archiv“, Bonn 1971 8. Folge S.D177;

Warschauer Vertrages konnte, wie auch der Anteil der DDR an den Gesamtausgaben dieser Militärkoalition, nicht ermittelt werden, da SIPRI die Angaben der UdSSR nicht benannte. Es wird von der Annahme ausgegangen, dass die Ausgaben UdSSR in dieser Zeit etwa 90% und die übrigen Teilnehmer des WV ca. 10% der Verteidigungsausgaben dieses Bündnisses leisteten. Die Verteidigungsausgaben der DDR lagen im Zeitraum bis 1989 über denen der CSSR und der VRP.

Die Verteidigungsausgaben der BRD lagen zu Beginn dieser Phase über den Ausgaben von Frankreich und denen von Großbritannien, in den Jahren 1982 bis 1998 waren sie etwa gleich, sie übertrafen die Ausgaben dieser Staaten wieder im Jahre 1990. Es ist möglich, dass die Ausgaben der BRD für 1990 Kosten für die Übernahme der NVA enthalten.

Die Verteidigungsausgaben der BRD übertrafen die der DDR in diesem Zeitraum um 291.149 Mio. \$ oder um das 6,14-fache (Preisbasis 1988).

Insgesamt ergibt sich aus dem Vergleich der Verteidigungsausgaben der DDR und der BRD im Rahmen ihrer Bündnisse:

- Beide deutsche Staaten entwickelten sich im Verlaufe des Kalten Krieges zu wichtigen Verbündeten der Führungsmächte ihrer Bündnisse, ihre Streitkräfte gehörten zu den am stärksten ausgerüsteten in den Bündnissen. Beide deutsche Staaten hatten etwa ab 1971 neben den Führungsmächten die höchsten Verteidigungslasten zu tragen. Innerhalb ihrer Militärkoalitionen lasteten auf ihnen die unmittelbaren Folgen der Konfrontation und des Kalten Krieges, besonders weil sie die unmittelbare Grenze der beiden Bündnisse bildeten und sich hier die stärksten Gruppierungen gegenüberstanden. Die Schübe der Verteidigungsausgaben sind für die BRD und die DDR in ihren Bündnissen am prägnantesten ausgebildet. Daraus kann das Interesse und die Bereitschaft beider deutscher Staaten abgeleitet werden hohe Leistungen für die eigene Sicherheit und für die jeweilige Koalition zu erbringen.
- Entsprechend den vergleichbaren Daten von SIPRI lagen die Verteidigungsausgaben der Teilnehmerstaaten der NATO in allen berechneten Phasen über den Ausgaben der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags.
- Die Hegemonialmächte nutzten das Potenzial der beiden deutschen Staaten im Interesse ihrer eigenen Sicherheit und der Sicherheit der jeweiligen Koalition. Die Lastenverteilung in den Bündnissen unterschied sich wesentlich voneinander. Die UdSSR trug etwa 90% der Verteidigungsausgaben des Warschauer Vertrags, der Anteil USA an den Verteidigungsausgaben der NATO betrug zwischen 55% und 75%. Die

USA legten die Rüstungslasten aber auch einen Teil ihrer Kriegslasten stärker als die UdSSR auf die Verbündeten um. Diese Praxis des Kalten Krieges behielten die USA auch für die nach 1990 geführten Kriege bei.

Abschließende Bemerkungen zum Abschnitt: Die Planung des Bedarfs der Landesverteidigung.

Die Komplexität und sowie die wirtschaftliche und politische Bedeutung der untersuchten „Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung“ (Rüstung) erforderte die Auswertung einer breiten Skala von Kennziffern (Militärausgaben, Verteidigungshaushalte der beiden deutschen Staaten und der Koalitionen) und den Vergleich zwischen beiden Seiten. Diese Anlage der Untersuchung ermöglichte es die Ursachen des Wettrüstens zu erkennen um die Politik der Seiten auf dem untersuchten Gebiet bewerten zu können. Die Ergebnisse der Arbeit bestätigen, das bestimmende Merkmal dieser Zeit war der Kalte Krieg sowie die ihn gestaltenden Doktrinen, Strategien und Rüstungsprogramme. Der Kalte Krieg war der „Hauptgenerator des Wettrüstens“.

Für beide deutsche Staaten und für beide Bündnisse galt als Maßstab der Bedrohung und der eigenen Rüstungsanstrengungen vorrangig das militärische Kräfteverhältnis. Das war eine der Ursachen der beiderseitig praktizierten Überbetonung des militärischen Faktors in der Politik. Durch das Wettrüsten wandten beide deutsche Staaten hohe Anteile ihrer Staats-, bzw. Bundeshaushalte und ihrer National-/Volkseinkommen für die Rüstung auf. Die DDR und die im Warschauer Vertrag vereinte sozialistische Staatengemeinschaft verfügten nicht über die wirtschaftliche Stärke der Teilnehmerstaaten der NATO. Die Wirtschaft der DDR wurde durch das Wettrüsten stärker beansprucht, weil die Wirtschaft der Bundesrepublik auf Grund des Wirtschaftssystems hohes Interesse an durch den Staat abgesicherten Aufträgen besitzt und damit hohe Margen erzielen kann. Gleiches gilt für die sozialistischen Staaten im Vergleich zu den Teilnehmerstaaten der NATO.

Das militärische Kräfteverhältnis zwischen den Großmächten UdSSR und USA und damit auch zwischen den beiden Bündnissen wandelte sich vom Monopol der USA über Kernwaffen zum ungefähren Gleichstand der Seiten, dem Status quo. Diese Veränderungen des militärischen Kräfteverhältnisses führten zu neuen Doktrinen und militärischen Strategien, die ihrerseits durch die Realisierung neuer Rüstungsprogramme ihre materielle Grundlage erhielten. Dieses Herangehen war in der NATO stärker ausgeprägt, als bei den Warschauer Vertragsstaaten. Nach dem Erreichen des ungefähren Gleichstandes bei

strategischen Waffensystemen erlangten die konventionellen Waffen im Zusammenhang mit der Steigerung ihrer Wirkung durch deren qualitative Entwicklung eine höhere Bedeutung für das militärische Kräfteverhältnis. Der Status quo trug damit keinen einmal erreichten stabilen Charakter. Die quantitative Bewertung des Kräfteverhältnisses wurde zunehmend durch die qualitative ergänzt. Qualitative Überlegenheit sollte quantitative Vorteile eliminieren. Das Handeln in den Kategorien der „Überlegenheit“ stellt auch nach Ende des Kalten Krieges eine wichtige Maxime militärischer Planungen dar.

Durch neue bzw. modernisierte strategische oder konventionelle Waffensysteme stieg das Niveau des Gleichstands, entwickelte sich eine Spirale des Wettrüstens. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden konträren Bündnissen wurde vorwiegend durch die Großmächte bestimmt, die Untersuchung zeigt, dass auch beide deutsche Staaten nicht zu unterschätzende Beiträge dazu erbrachten.

Bei der Analyse der Militärausgaben wurden Perioden mit besonders hohen Wachstumsraten festgestellt und im Text als „Schübe“ bezeichnet. Die Autoren fanden diese Bezeichnung als zutreffend, da durch sie die prägnantesten Wachstumsraten der Militärausgaben entstanden, das Wettrüsten wurde durch sie „angeschoben“. Diese Schübe waren bei den Militärausgaben für die Bundeswehr stärker ausgebildet, als für die Nationale Volksarmee der DDR. Die Schübe für die Bundeswehr stimmen zeitlich mit der Realisierung der Rüstungsprogramme der NATO überein. Die Schübe bei den Ausgaben für die NVA stehen im Zusammenhang mit der Realisierung der Protokolle der Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte mit der Führung der DDR. Der erste und auch in der Zuwachsrate höchste Schub für die Bundeswehr diente ihrer Ausstattung mit Trägermitteln für den Kernwaffeneinsatz. Die NVA vollzog eine Nachrüstung mit Trägermitteln, dadurch entstand auch hier der erste Schub, der zugleich die höchsten Zuwachsraten bildete. Die ungleiche Entwicklung der Militärausgaben spiegelt sich auch bei der Analyse der Verteidigungshaushalte beider deutscher Staaten wider. Daraus kann abgeleitet werden, dass der Kalte Krieg mit seinen verschiedenen Etappen auch für die Verteidigungshaushalte die entscheidende Einflussgröße darstellt. Nur in diesen Zusammenhängen kann man diese gesellschaftlichen Probleme betrachten, was für das Teilgebiet ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung eine wichtige Herangehensweise der Autoren war.

Im Kalten Krieg spielten die Bedrohungsdarstellungen eine wichtige Rolle. Beide Seiten unterstellten der Gegenseite Aggressionsabsichten, sie begründeten damit jeweils ihre Rüstungsvorhaben, da der Erhalt des Friedens nur durch die eigene Stärke gesichert werden

könne. Im Kalten Krieg entstanden mehrfach Situationen, die eine Bedrohung des Friedens darstellten. Unter diesen Bedingungen verhinderte die Gefahr der gegenseitigen Vernichtung den möglichen Ausbruch von Kriegen zwischen den Großmächten und den beiden Bündnissen.

Die genannten Schübe, die zu nachhaltigen Steigerungen der Militär-/Verteidigungsausgaben führten, stellten für die gegnerische Seite ebenfalls Bedrohungen dar. Das Wettrüsten wurde durch Aktionen (Aufrüstung) der einen und Reaktion (Nachrüstung) der anderen Seite gesteigert. Bedrohungsdarstellungen wurden ideologisiert und manipuliert. Im Verlaufe des Kalten Krieges unterbreiteten beide Seiten eine Reihe Abrüstungsvorschläge, bzw. Vorschläge zur Begrenzung der Rüstung. Der größte Anteil dieser Vorschläge, besonders in den ersten Etappen des Kalten Krieges, verfiel der Ablehnung durch die gegnerische Seite. Die Ablehnung wurde oft mit den darin enthaltenen einseitigen Vorteilen der vorschlagenden Seite begründet. Sicher enthielten sie derartige einseitige Vorteile, jedoch gehörte meistens auch ein rationeller Kern dazu, auch dieser verfiel damit der Ablehnung. Es fehlte die Bereitschaft zum Kompromiss und die Bereitschaft zur Akzeptanz begründeter Interessen der Gegenseite. Die mit dem „Helsinki-Protokoll“ aufkommende Hoffnung zur Minderung der Auswirkungen der Konfrontation wurde erst Mitte der 80er Jahre schrittweise wirksam.

Die Streitkräfte der BRD und der DDR entwickelten sich im Verlaufe des Kalten Krieges zu den wichtigsten Partnern der Führungsmächte in ihren Bündnissen, diese Rolle nahmen sie bewusst wahr und erfüllten sie durch eigene Aktivitäten auf den militärischen und militär-ökonomischen Gebieten. Die Untersuchungen bestätigen, beide deutsche Staaten folgten weitgehend den Vorgaben der Hegemonialmächte für die Entwicklung der Streitkräfte, ihrer Bewaffnung und Militärtechnik. Die Armeen der BRD und der DDR waren in vorderster Linie den Bedingungen der Konfrontation ausgesetzt, ihre Bewaffnung und Militärtechnik entsprach den hohen Ansprüchen, die sich aus der direkten Konfrontation ergaben. Beide deutsche Staaten trugen in ihren Bündnissen nach den Führungsmächten die höchsten finanziellen Lasten des Kalten Krieges. Die Perioden 1960 bis 1970 und 1970 bis 1980 waren die Zeitabschnitte mit den höchsten finanziellen und materiellen Belastungen für beide deutsche Staaten; in jeder dieser Perioden verdoppelten sich die Militärausgaben für die Bundeswehr, für die DDR verdreifachten sie sich von 1960 bis 1970 und verdoppelten sich nochmals von 1970 bis 1980. Die Bewaffnung und Militärtechnik der Bundeswehr und der NVA der DDR können im Wesentlichen als gleichwertig betrachtet werden. Gewisse Vorteile

der Bewaffnung einer Seite wurden durch Vorteile bei anderen Waffen der Gegenseite eliminiert. Die Entwicklungstendenzen der Bewaffnung stimmten weitgehend überein.

Die Hegemonialmächte der Bündnisse waren an der Nutzung des militärischen, des wissenschaftlich-technischen und des wirtschaftlichen Potentials der beiden deutschen Staaten interessiert. Die politischen und militärischen Doktrinen und Konzepte entsprachen den Interessen der Führungsmächte, sie verfügten über das gesamte Arsenal der Bewaffnung und Militärtechnik, die wichtigsten militärtechnischen Entwicklungstendenzen entstanden bei ihnen. Ihre Rolle als Führungsnacht setzten sie unterschiedlich um. Die Methoden des Druckes auf die Partner und der Absprache mit ihnen wurden beiderseitig praktiziert. Die USA verteilten die Rüstungslasten (und auch Kriegskosten) wesentlich stärker auf ihre Bündnispartner, als die UdSSR, die etwa 90% der Verteidigungsausgaben des Warschauer Vertrags selbst trug. Beide deutsche Staaten akzeptierten die Rolle und die Vorgaben der Führungsmächte. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges wurde ihre Sicherheit vorwiegend durch diese gewährleistet.

3. Die spezielle Produktion der DDR

Die Verteidigungsindustrie nimmt in allen Staaten eine prononcierte Stellung ein und wird, wie kaum ein anderer Zweig, kritisch bewertet. In der DDR galt sie als Bestandteil der „Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR“ und entwickelte sich in Abhängigkeit von der Sicherheits- und der Wirtschaftspolitik des Landes. Nach den in der DDR geltenden Ansichten stellte die Verteidigungsindustrie „jenen Teil der Industrie dar, der die Gesamtheit der Betriebe und der ihnen angeschlossenen Einrichtungen umfasst, welcher unter Friedens- und unter Kriegsbedingungen zur Deckung des militärökonomischen Bedarfs genutzt wird und entweder ganz oder teilweise in den Prozess der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung (ÖSLV) einbezogen ist.“³⁸ Die weiteren Untersuchungen dieses Abschnittes beziehen sich auf den Teil der Verteidigungsindustrie, der Bewaffnung und militärische Technik entwickelte, produzierte und auch instand setzte. Der hier zu untersuchende Teil der Produktion wird oft als Rüstungsindustrie bezeichnet, in der DDR wurde dafür der Begriff der „speziellen Produktion“ verwandt. In den folgenden

³⁸ Studienmaterial der Militärakademie „Friedrich Engels“ „Zur Theorie der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung“, Lehrfach 102.13, Ausgabe 1981, Dresden, S. 26

Darlegungen behalten wir diese Bezeichnung bei, damit bei Bezugnahmen auf Gesetze, Vorschriften und Dokumenten der DDR Übereinstimmung besteht.

Von wesentlichem Einfluss auf die spezielle Produktion der DDR sowie der Rüstungsproduktion der BRD waren die Potsdamer Beschlüsse der Siegermächte zur Zerschlagung des faschistischen Staates und seiner Rüstungswirtschaft im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges. Diese sahen u. a. vor³⁹: „...die vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung Deutschlands und die Beseitigung oder Kontrolle der gesamten deutschen Industrie, die für Rüstungszwecke genutzt werden könnte.“

Aufgrund dieser Beschlüsse stellte jegliche Wiederaufnahme der Herstellung von Rüstungsgütern in beiden Teilen Deutschlands eine komplizierte politische Entscheidung dar, die ausschließlich den Signaturmächten des Potsdamer Abkommens oblag. Gemeinsame Entscheidungen der vier Besatzungsmächte wurden dazu nicht getroffen. Die sowjetische Besatzungsmacht entschied für das Territorium der DDR, die drei Westmächte entschieden für das Territorium der BRD. Schrittweise erhielten die beiden deutschen Staaten im Zusammenhang mit der Bildung bewaffneter Organe und ihrer Einbindung in die NATO bzw. den Warschauer Vertrag ihre Souveränität und damit auch Rechte zur Wieder-, oder Neuaufnahme militärischer Produktion. Die Produktion von Bewaffnung und militärischer Technik war in beiden deutschen Staaten durch die Auswirkungen des Kalten Krieges geprägt. In den Untersuchungen wird darauf noch einzugehen sein.

Die spezielle Produktion der DDR durchlief in ihrer etwa 40-jährigen Existenz verschiedene Entwicklungsstufen, beginnend von der Fremdbestimmung durch die sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) bei der Bildung der ersten Betriebe „spezieller Produktion“, bis hin zur völlig anders gearteten Organisation im Vergleich zur Rüstungsindustrie der Sowjetunion. Trotz unterschiedlicher Organisationsformen war sie stets auf die Erhaltung des einheitlichen Systems der Bewaffnung und Ausrüstung und die Erfordernisse der sozialistischen Militärkoalition gerichtet. Dieses einheitliche System war von Vorteil für die Streitkräfte, aber auch von Vorteil für den produzierenden Bereich. Auch die Eigenentwicklungen der Verteidigungsindustrie der DDR fügten sich in das einheitliche System der Bewaffnung und Ausrüstung der Warschauer Vertragsstaaten ein. Das Volumen und der Inhalt der speziellen Produktion der DDR waren zu gering, um über eigenständige Entwicklungen einen unabhängigen außenpolitischen Handlungsspielraum für die DDR zu

³⁹ Zitiert nach Materialien des „Gesamtdeutschen Instituts“ Bonn 5. Ausgabe Nov. 1988, S. 13, Punkt 3.1. der Vereinbarung der Siegermächte „Die politischen und wirtschaftlichen Grundlagen zur Behandlung Deutschlands während der ersten Kontrollperiode“

erhalten. Im Rahmen des genannten einheitlichen Systems der Bewaffnung und Ausrüstung der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags wurde die spezielle Produktion der DDR von Beginn an auf die Entwicklung und Herstellung von herkömmlichen Waffen und Geräten ausgerichtet, sie schloss die Herstellung von Massenvernichtungsmitteln aus, aber von Mitteln des ABC-Schutzes ein.

Die Entwicklung der speziellen Produktion der DDR verlief in Etappen, die im Folgenden dargestellt werden.

Die ersten Schritte der speziellen Produktion 1949 bis 1954.⁴⁰

Mit dem Befehl 154/181 vom 21.05.1946 ordnete die Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) an, die bis dahin zwangsverwalteten Betriebe in den Besitz und in die Nutzung der Deutschen Verwaltungen der damals noch bestehenden Länder zu übergeben. Zu gleicher Zeit wurden die nicht zerstörten oder demontierten Rüstungsbetriebe in Sowjetische Aktiengesellschaften (SAG) gewandelt. Die Realisierung des Bedarfs der bewaffneten Organe erfolgte durch die den Ländern unterstellten Betriebe. Nach der Bildung der Bezirke der DDR erfolgte die Realisierung auf der Grundlage des Gesetzes „Über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe“ vom 23. 07. 1952 in Verantwortung der Vorsitzenden der Räte der Bezirke. Zur Planung und Realisierung des Bedarfs der bewaffneten Organe der DDR wurde beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR das „Büro für Wirtschaftsfragen“ gebildet.

Die Deutsche Volkspolizei und die zunächst den Ländern, später der Hauptverwaltung Ausbildung unterstehenden Bereitschaften wurden aus Beutebeständen der Sowjetarmee mit Handfeuerwaffen der ehemaligen deutschen Wehrmacht ausgerüstet. Ihr Zustand entsprach dem Kriegsniveau, Munition war knapp bemessen. Über diese Zeit schrieben A Pankau und H. Tesche: „Anfang der 50er Jahre wurden erste Aktivitäten unternommen, um Ausrüstung in der Industrie der DDR herzustellen und zu beschaffen. Das war notwendig, weil die Ausrüstung der Pioniereinheiten in dieser Zeit noch fast nur aus der Kriegszeit stammte und ersetzt werden musste. Nachweisbar ist für diese Zeit, dass die Spreng- und Zündmittel in den Sprengstoffwerken T (Schönebeck) und TT (Gnaschwitz) sowie ab 1953 auch bei Pyrotechnik Silberhütte hergestellt wurden. Bugsierboote (Schiffswerft Brandenburg) und

⁴⁰ Die Ausarbeitungen zu diesem Abschnitt stützen sich auf den „Forschungsbericht zur historischen Entwicklung der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung durch die Volkswirtschaft der DDR (1949–1985)“, ausgearbeitet im Militärbereich der SPK durch H. Michael, W. Palm und D. Pretschker. Dieser Forschungsbericht befindet sich im Archiv des Autors dieses Abschnittes.

Autodrehkräne auf SIS 150 (Bleichert-Werke Leipzig) wurden aus dem Programm für Reparationsleistungen freigegeben.“⁴¹ In dieser Zeit wurden u. a. folgende Betriebe neu gebildet oder von der SMAD übernommen: das Panzerreparaturwerk Neubrandenburg, das Motorenreparaturwerk Wurzen, die KFZ- Instandsetzungsbetriebe in Altenburg und Friedrichsfelde Ost sowie weitere Unternehmen. Auch in der KVP bestanden zu dieser Zeit Betriebe, wie die Instandsetzungsbetriebe für Waffen in Doberlug-Kirchhain, für Pioniertechnik in Kirchmöser und das Lehrmittel- und Gerätewerk in Mittenwalde.

Für die Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe der DDR und die GSSD galt die „Verordnung über die Erteilung und Durchführung von Regierungsaufträgen“ vom 07.08.1952. Nach diesem Dokument konnten sowohl geplante, wie auch ungeplante Aufträge realisiert werden. Mit der überarbeiteten Fassung vom 17.12.1953 wurden die Lieferungen auf geplante Positionen beschränkt.

Im Wesentlichen nahmen diese Betriebe der speziellen Produktion ihre Tätigkeit in den Jahren 1953-1955 auf. Diese arbeiteten nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung und dienten unmittelbar der Sicherstellung des materiell-technischen Bedarfs der bewaffneten Organe der DDR. Außer den genannten Instandsetzungen wurden Nachbauten oder erste Lizenznahmen hergestellt, Eigenentwicklungen gab es kaum, in bestimmtem Umfang wurden handelsübliche Produkte militärischen Anforderungen angepasst.

Anders lagen die Dinge beim Projekt „Aufbau einer Flugzeugindustrie in der DDR“. Hier wurde das Ziel verfolgt, in der DDR einen Industriezweig auf der Basis fortschrittlicher Technologien zu schaffen. Der Aufbau dieses Zweiges wurde der speziellen Produktion zugeordnet, das war wohl weniger dem Grunde nach einer später vorgesehenen militärischen Anwendung geschuldet, als eher den hohen Geheimhaltungs- und Sicherheitsanforderungen, wie aber auch den Vorstellungen der sowjetischen Seite über die Leitung eines solchen Zweiges. Entsprechend einer Befragung des ehemaligen Leiters des Bereichs Bauwesen und Investitionen der Abteilung Technik des Ministeriums des Inneren der DDR, H. Michael, sollte das genannte Ziel in zwei Etappen realisiert werden. In der ersten Etappe war beabsichtigt durch einen Lizenznachbau des Verkehrsflugzeuges IL-14 Erfahrungen bei der Produktion und der Instandsetzung von Flugzeugen zu sammeln. Mit den produzierten Maschinen sollte auch der zivile Luftverkehr in der DDR aufgebaut werden. Für eine zweite

⁴¹ Pankau A., Tesche H. „Die Pioniertruppen der Nationalen Volksarmee der DDR“, S. 17f, Berlin und Strausberg 2 002

Etappe war die Eigenentwicklung und Produktion der Flugzeugtypen 151, 152 und 153 mit dem Triebwerk 014 in den Jahren 1957-1961 vorgesehen. Die militärische Komponente bestand im Aufbau von Instandsetzungskapazitäten für Militärflugzeuge und in der für später vorgesehenen militärischen Anwendung der o. g. Eigenentwicklungen.

Bei den Bemühungen zum Aufbau einer Flugzeugindustrie in der DDR und der BRD gibt es interessante Parallelen, aber auch gravierende Unterschiede. Beide Staaten beabsichtigten damit den Aufbau eines zukunftssträchtigen Industriezweiges zu unterstützen, der sich durch hochwertige Technologien, breite Anwendung von Wissenschaft und Technik, hohe Gewinnraten und eine günstige Ausstrahlung auf andere Zweige auszeichnet. Beide Seiten hatten die Absicht den Einstieg durch Lizenznahmen zu vollziehen, um somit den im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges entstandenen Rückstand aufzuholen, wobei in der DDR ein ziviles Flugzeug (IL-14) und in der BRD ein militärisches Gerät (Starfighter) ausgewählt wurde. Die Lizenznahme der IL-14 gelang. Diese Flugzeuge wurden lange Zeit in der „Lufthansa“ der DDR, später „Interflug“ und in afrikanischen Staaten geflogen. Über viele Jahre erfolgten Instandsetzungen und Ersatzteillieferungen durch die DDR-Flugzeugindustrie. Die geplante Eigenentwicklung war ein Misserfolg für die DDR. Nach dem Absturz einer Erprobungsmaschine wurde die Konzeption zum Aufbau einer Flugzeugindustrie nochmals geprüft, und die Entscheidung getroffen den Aufbau des Industriezweiges Flugzeugbau in der DDR einzustellen. Auch in der BRD traten erhebliche Probleme zutage. Die Starfighterverluste „betrugen bis zum 01.04.1970 insgesamt 118 Flugzeuge, davon 105 durch Absturz. Dabei haben 57 Piloten ihr Leben verloren.“⁴² In der BRD wurde die Produktion nicht eingestellt, es entwickelte sich eine weit verzweigte Luft- und Raumfahrtindustrie.

Insgesamt ist die erste Etappe als Beginn des Aufbaus der speziellen Produktion in der DDR und in ihrem Ergebnis als widersprüchlich einzuschätzen. Den auf den notwendigsten Bedarf der bewaffnete Organe, vorwiegend auf Instandsetzungen und die Herstellung von Gerät mit geringem Kampfwert orientierten begrenzten Kapazitäten für die spezielle Produktion, stand das hochgesteckte Ziel des Aufbaus des der speziellen Produktion zugeordneten Industriezweigs Luftfahrttechnik gegenüber. Standen dem ersten Teil nur geringe Entwicklungskapazitäten (Kraftfahrzeugbau, Schiffbau und teilweise für Pionier- und Nachrichtentechnik) zur Verfügung, so wurden für den zweiten Teil Hochschul-, Fachschul- und Industriekapazitäten für die Forschung und Entwicklung geschaffen. Trotz seiner Begrenztheit kann man den ersten Teil als späteren Grundstock der speziellen Produktion der

⁴² Weißbuch 1970 Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage der Bundeswehr S. 43

DDR betrachten. Die Absicht zur Schaffung der Flugzeugindustrie war mit hohen finanziellen Verlusten verbunden, sie überstieg die realen Möglichkeiten der DDR. Es verblieben die Reparaturbasen Flugzeugwerft Dresden für Kampfflugzeuge, das Instandsetzungswerk Ludwigsfelde für Triebwerke und der Turbinenbau der DDR, sämtlich in der Folge auf hohem Niveau und wirtschaftlich erfolgreich arbeitende Unternehmen.

Wenn man davon ausgeht, dass die ersten Schritte des Aufbaus der speziellen Produktion in der DDR weitgehend von der Besatzungsmacht bestimmt waren, so bleibt zu konstatieren, dass die sowjetische Seite zu diesem Zeitpunkt offensichtlich noch keine klare Vorstellung über die Rolle der Verteidigungsindustrie und wahrscheinlich auch über den militärischen Beitrag der DDR hatte. Die DDR verfügte zu dieser Zeit noch nicht über eine eigene Armee, der Warschauer Vertrag bestand noch nicht. Gleichzeitig ist jedoch festzustellen, dass die SMAD bei ihren Entscheidungen das Modell des Aufbaus sowjetischer Verteidigungsbetriebe auch für die DDR-Betriebe zugrunde legte. Die Betriebe waren abgesondert und nicht in die allgemeine Volkswirtschaft eingegliedert, sie wurden militärisch geführt.

Die Fortsetzung des Aufbaus der speziellen Produktion der DDR nach Gründung des Warschauer Vertrages (1955 bis 1961)

Die Volkswirtschaft der DDR hatte zu diesem Zeitpunkt das Vorkriegsniveau der Produktion von 1936 wieder erreicht. Damit wurde ein erster Schritt bei der Überwindung der Kriegsfolgen gegangen. Die durch die Trennung der ehemals einheitlichen deutschen Wirtschaft entstandenen Probleme hatten jedoch noch weittragende Auswirkungen. Die realisierten Entnahmen für Reparationen schwächten die Wirtschaft der DDR. Das System der Planwirtschaft hatte sich in der DDR etabliert. In beiden deutschen Staaten wurden reguläre Streitkräfte geschaffen. Die westlichen Besatzungsmächte, die USA, Großbritannien und Frankreich, erteilten der BRD Souveränität auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion. Das erfolgte im Zusammenhang mit der Dreimächteerklärung am 27. 05. 1952 anlässlich der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages und des EVG-Vertrages. In dieser Erklärung hieß es u. a.: „Sie gestatten die Beseitigung der besonderen Beschränkungen, die bisher der Bundesrepublik Deutschland auferlegt waren, und ermöglichen ihr, sich als gleichberechtigter Partner an der Verteidigung des Westens zu beteiligen.“⁴³ Damit erlangte die BRD auch die

⁴³ Dreimächte-Erklärung anlässlich der Unterzeichnung des Deutschland-Vertrages und des EVG-Vertrages am 27.05.1952, zit. nach K. Bauer, Deutsche Verteidigungspolitik 1947-1967 Dokumente und Kommentare, S.114

Souveränität auf dem Gebiet der Rüstungsproduktion, was die entsprechenden Vereinbarungen des Potsdamer Abkommens außer Kraft setzte.

Nachdem im Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR vom 25. Januar 1955 erklärt wurde: „Der Kriegszustand zwischen der Sowjetunion und Deutschland wird beendet ..“⁴⁴, beschloss der Ministerrat der UdSSR am 20. September 1955: „dass die in den Jahren 1945 bis 1948 in Ausübung der Besatzungsrechte der vier Mächte vom Kontrollrat in Deutschland erlassenen Gesetze, Direktiven, Befehle und anderen Verordnungen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik ihre Gültigkeit verlieren.“⁴⁵ Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass „... die Organisation der Landesverteidigung der DDR, deren Stärke, Bewaffnung, Ausrüstung, Dislozierung und Ausbildung stets den Ausgangsorientierungen aus Moskau untergeordnet“⁴⁶ war.

Für die spezielle Produktion der DDR ergab sich eine Situation, die u. a. durch folgende Faktoren charakterisiert war:

- die im Abschnitt 2.1. dargelegte Sicherheitslage der DDR,
- der Beitritt der DDR in den Warschauer Vertrag und der damit verbundene Aufbau regulärer Streitkräfte,
- die Bildung der Ständigen Kommission des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) für die Verteidigungsindustrie (SKV) und die Einbeziehung der DDR in diese.

Die spezielle Produktion hatte den hohen Instandsetzungsbedarf, der durch die Lieferung von Technik des Zweiten Weltkriegs entstand und den Übergang zur Entwicklung und Herstellung neuer Arten der Bewaffnung und militärischer Technik zu bewältigen. Die genannten Faktoren führten zu Veränderungen in der speziellen Produktion. Im Einzelnen betraf das

- die Verstärkung der Forschung und Entwicklung durch den Aufbau spezieller Institute. Die Aufgaben für Eigenentwicklungen erhielten eine höhere Rangordnung, bis dahin beschränkten sie sich auf Kraftfahrzeuge und Pioniertechnik.
- Die Realisierung einer Empfehlung der Ständigen Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie, nach der die Produktion von Schützenwaffen mit der

⁴⁴ Beziehungen DDR – UdSSR 1949 bis 1955 – Dokumentensammlung, 2. Halbband, Staatsverlag der DDR Berlin 1975, 1. Auflage, Seite 826

⁴⁵ ebenda Seite 1001

⁴⁶ „Grenzen der DDR“, edition ost, Berlin 2004, S. 9, Schreiben des ehemaligen Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte Marschall Kulikow und des Chefs des Stabes Armeegeneral Gribkow an das Landgericht Berlin vom 07. Juni 1996

dazugehörigen Munition in allen Teilnehmerländern zu organisieren war. Dazu erfolgten verstärkt Lizenznahmen für diese Erzeugnisse.

- Die Entwicklung der industriellen Instandsetzung zu einem tragenden Zweig der speziellen Produktion.

Insgesamt war in dieser Periode ein Ausbau der speziellen Produktion vorgesehen, der sich auch in den eingeleiteten organisatorischen Veränderungen niederschlug.

Mit Wirkung vom 01.09.1955 wurde auf der Grundlage der Anordnung 3/55 des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR als zentrales Staatsorgan das Amt für Technik im Ministerium des Inneren gebildet, es wurde durch einen Staatssekretär geleitet. Dem Amt für Technik wurden Betriebe, die bisher dem Büro für Wirtschaftsfragen unterstanden zugeordnet, weitere Betriebe waren als Neubauten geplant. Das Amt gliederte sich in 7 Zentralabteilungen, denen insgesamt 48 Betriebe nachgeordnet waren.

Die Beschaffung des Sonderbedarfs erfolgte im Ministerium des Inneren zentral. Mit der Gründung der Nationalen Volksarmee wurde die Beschaffung militärischer Güter zur Deckung des Bedarfs der verschiedenen Bedarfsträger des Ministeriums für Nationale Verteidigung zeitweise dezentralisiert und durch die einzelnen Bedarfsträger selbst realisiert. Im Sommer 1957 entschied sich die NVA für ein zentrales Beschaffungsorgan. Damit wurde einerseits die Vielzahl von Bedarfsträgern, die oft im gleichen Betrieb auftraten, verringert, andererseits aber auch ein einheitliches Beschaffungssystem geschaffen. Das vereinfachte in vielen Fällen die Zusammenarbeit mit den Produktions- und Instandsetzungsbetrieben, aber besonders stärkte es die Rolle des militärischen Partners in der Volkswirtschaft.

Im Zusammenhang mit der Weiterentwicklung der Volkswirtschaft der DDR und der Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) als wirtschaftsleitende Organe erfolgten Strukturänderungen die ebenfalls die Wirtschaftsorganisation der Betriebe der speziellen Produktion betrafen.

Die Lieferungen und Leistungen der Volkswirtschaft für die bewaffneten Organe wurden in einer Anordnung des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission vom 01.07.1959 neu geregelt.⁴⁷ Diese Anordnung bot den bewaffneten Organen die Möglichkeit der direkten Produktionskontrolle und der Qualitätsabnahme in Form der Militärabnahme für Erzeugnisse des militärischen Bedarfs. Mit dieser Anordnung fanden die allgemeinen staatlichen Bestimmungen der DDR ihre Anwendung für den militärischen Bereich, ansonsten lehnte sich diese Anordnung an die Allgemeinen Lieferbedingungen.

⁴⁷ Gesetzblatt der DDR Teil II Nr. 19 1959 S.221-224

Im Rahmen der Bildung von Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) in der DDR wurde für die Aufgaben der speziellen Produktion per 01.05.1958 die VVB „UNIMAK“ neu gegründet und dem Ministerium für Nationale Verteidigung unterstellt. Ihr wurden die Betriebe des mit dieser Strukturveränderung aufgelösten Amtes für Technik zugeordnet. Die Bildung der UNIMAK stellte einen weiteren Versuch dar, die spezielle Produktion der DDR ohne inhaltliche Verflechtung mit den regulären volkswirtschaftlichen Zweigen nach sowjetischem Modell in eine gesonderte strukturelle Einheit zu gliedern.

Diese Umstrukturierung wurde auch genutzt, um die Betriebe und Einrichtungen des Flugzeugbaus aus dem militärischen Verantwortungsbereich herauszugliedern und eine eigenständige, nicht zur speziellen Produktion gehörende VVB „Flugzeugbau“ zu bilden.

Die Produktionsbetriebe der UNIMAK arbeiteten nach dem Prinzip der wirtschaftlichen Rechnungsführung. Die Betriebe stellten folgende Erzeugnisse her:

Eigenentwicklungen: Minenlege- und Räumschiffe der Typen HABICHT und KRAKE, Torpedoschnellboote ILTIS, Landungsschiffe und Landungsboote, geländegängige Kraftfahrzeuge PKW P-2 und LKW G-5, Leucht- und Signalmittel sowie Pioniermunition.

Lizenznahmen: Maschinenpistole AK-47, die zugehörige Munition M43 Handgranaten, Pistole Makarow mit entsprechender Munition.

Im Rahmen dieser Erzeugnisgruppen bildeten sich bereits wichtige Richtungen für die künftige Entwicklung der speziellen Produktion der DDR heraus, im Einzelnen betraf das:

- die Herstellung von Schützenwaffen mit der entsprechenden Munition,
- Pioniermunition,
- die Produktion von Kriegsschiffen ohne die spezifischen militärischen Ausrüstungen. Diese Waffensysteme mit den erforderlichen Aufklärungs- und Feuerleiteinrichtungen sowie die Torpedos hierfür waren stets Zulieferungen aus der UdSSR,
- die Produktion von speziellen Kraftfahrzeugen.
- die industrielle Instandsetzung von Bewaffnung und Militärtechnik, die sich zu entwickeln begann und vorerst auf Panzer, Kraftfahrzeuge und Motoren konzentriert war.

Es zeichnete sich als günstig ab, dass die Produktion sowohl Lizenznahmen als auch Eigenentwicklungen umfasste, damit konnten die Konsequenzen der hierfür ungenügenden wissenschaftlichen Kapazitäten in der DDR gering gehalten werden.

Sehr nachteilig wirkte sich die offene Grenze zu Westberlin und Westdeutschland aus. Spionage, Sabotage und gezielte Abwerbungen führten zu Rückschlägen.

Die wissenschaftliche Basis der UNIMAK und ihrer Betriebe war begrenzt, das Produktionsprofil weit gefächert, es mangelte an Kooperationsmöglichkeiten, die in anderen Zweigen der Volkswirtschaft vorhanden waren. Durchgeführte Untersuchungen zeigten, dass es zweckmäßiger wäre die Betriebe der UNIMAK in die normalen volkswirtschaftlichen Strukturen einzubinden. Damit verbunden war die Entscheidung über die Auflösung der UNIMAK. Auf der Grundlage des Beschlusses des Nationalen Verteidigungsrates der DDR vom 03.05.1961, des Beschlusses des Ministerrates vom 29.06.1961 und des Befehls des Ministers für Nationale Verteidigung wurde diese wirtschaftliche Organisation mit Wirkung vom 31. 12. 1961 aufgelöst und die Betriebe den anderen volkswirtschaftlichen Bereichen zugeordnet. Die Eingliederung der speziellen Produktion in die regulären volkswirtschaftlichen Bereiche entsprach den wirtschaftlichen Gegebenheiten der DDR, sie stellte einen wichtigen und langfristigen Schritt zur Schaffung eines im Vergleich zur UdSSR und anderen Mitgliedsstaaten des Warschauer Vertrages spezifischen, in die reguläre Volkswirtschaft integrierten Systems der ÖSLV der DDR dar.

Die Verteidigungsindustrie der Bundesrepublik entwickelte sich in diesem Zeitabschnitt wesentlich schneller als die der DDR. Das Beschaffungsvolumen aus der Volkswirtschaft für die NVA hatte im Jahre 1960 einen Umfang von 317,7 Mio. Mark. Die inländischen Rüstungsausgaben für die Bundeswehr betragen im gleichen Jahr 2.118 Mio. DM⁴⁸

Die Entwicklung der speziellen Produktion in den Jahren 1961 bis 1970

In diesem Zeitraum traten wichtige Veränderungen mit spürbaren Auswirkungen auf die weitere Entwicklung der speziellen Produktion der DDR ein. Die mit dem Neuen Ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft eingeleiteten Schritte und organisatorischen Veränderungen wirkten positiv auf die Betriebe, Einrichtungen und VVB (Kombinate) der speziellen Produktion. Die häufigen Veränderungen auf der staatlichen Ebene hingegen behinderten die Entwicklung (so u. a. die Bildung - 1961 - und Wiederauflösung -1965 - des Volkswirtschaftsrates und damit die Trennung der Jahresplanung von der Fünfjahresplanung).

Die Schließung der Grenze zu Westberlin und zur BRD bewirkte eine Stabilisierung der Volkswirtschaft und der politischen Situation in der DDR. Auf die Entwicklung der speziellen

⁴⁸ a.a.O. Weißbuch 1970 S. 148

Produktion wirkten die Veränderungen der militärpolitischen Lage. Die nun bestehende Staatsgrenze zur BRD galt nach Vorgaben der sowjetischen Seite als vorderste Berührungslinie zwischen den beiden Militärblöcken und war militärisch zu sichern. Der letzte Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrags, Marschall der Sowjetunion Kulikow, schreibt dazu: „... die Staatsgrenze der DDR zur BRD (*wurde*) von den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags und vor allem von der Führung der Sowjetunion als eine Grenze zwischen zwei sich feindlich gegenüberstehenden Blöcken betrachtet und behandelt. Es war die sensible Trennlinie zwischen den beiden mächtigen militärischen Gruppierungen, deren zuverlässige militärische Sicherung eine erstrangige Bedeutung hatte.“⁴⁹

Nach der Auflösung des Volkswirtschaftsrates und der Bildung von Industrieministerien wurden diesen auch die Betriebe und Einrichtungen und damit auch die Verantwortung für die spezielle Produktion übertragen. Mit dieser Lösung wurde die spezielle Produktion auch endgültig in die volkswirtschaftlichen Strukturen integriert. Die eigenständige Gestaltung der speziellen Produktion der DDR unterschied sich vom sowjetischen Modell nicht nur durch unterschiedliche Strukturen. In der DDR wurden z.B. Forschungs- und Entwicklungsaufgaben nicht in militärischen Instituten, sondern in volkswirtschaftlichen Einrichtungen nach volkswirtschaftlichen Prinzipien durchgeführt, das Beschaffungswesen beruhte auf der Basis von Verträgen und die Preisbildung auf den volkswirtschaftlichen Preisbildungsprinzipien. In der UdSSR dagegen bestand für die Beschaffung von Bewaffnung ein Auftragssystem. Die Haupt- und mittleren Instandsetzungen wurden in der DDR in Betrieben der Volkswirtschaft durchgeführt, in der UdSSR und den anderen Ländern des Warschauer Vertrags realisierten Armeebetriebe diese Leistungen.

Aufgrund der eingetretenen Veränderungen wurden die normativen Dokumente für die Ökonomische Sicherstellung überarbeitet, bzw. neu erarbeitet und erlassen, darunter: die „Verordnung über Lieferungen und Leistungen an die bewaffneten Organe (LVO) vom 31. 05. 1968⁵⁰, die „Verordnung über die Aufgaben und das Zusammenwirken der Kontrollbeauftragten des Ministeriums für Nationale Verteidigung und der Betriebe der DDR zur Sicherung der materiell-technischen Versorgung der Nationalen Volksarmee – Kontrollordnung“ vom 02.11.1966,⁵¹ beide erlassen durch den Vorsitzenden des

⁴⁹ a.a.O. Schreiben des ehemaligen Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte Marschall Kulikow und des Chefs des Stabes Armeegeneral Gribkow an das Landgericht Berlin vom 07. Juni 1996, S. 9

⁵⁰ Gesetzblatt der DDR Teil II, Nr. 63, S. 407ff

⁵¹ Gesetzblatt der DDR Teil II, Nr. 130, S. 823

Ministerrates. Bereits die LVO vom 22.04. 1965 enthielt für die Betriebe die Pflicht zum Vertragsabschluss mit den Bestellern der bewaffneten Organe. In der neuen LVO wurde diese Pflicht als Vorrang eingestuft und den in dieser Zeit volkswirtschaftlich bedeutenden „Strukturbestimmenden Vorhaben“ gleichgestellt. In allen Fällen galt jedoch der bilanzierte Plan als Grundlage für die Vertragsbeziehungen. Diese Einstufung erfolgte um die geltenden volkswirtschaftlichen Planungs- und Realisierungsgrundlagen auch für die bewaffneten Organe anzuwenden. Auch hier zeigte sich der Unterschied zur ÖSLV in anderen Staaten des Warschauer Vertrages.

Die Richtungen der speziellen Produktion blieben im Wesentlichen wie in der vorhergehenden Periode bestehen, als Beispiele gelten:

Eigenentwicklungen: Torpedoschnellboote Projekt 63.3 ILTIS, Landungsschiffe und –boote, U-Jagdschiff HAI (in Entwicklung); Brückenlegepanzer auf der Basis des T-55-Fahrgestells, eine Baureihe leicht absetzbarer Kofferaufbauten, Kabelverlegefahrzeug, Trägerfrequenz- und Wechselstromtelegraphiegeräte, Tarnnetze, Leucht- und Signalmunition.

Anpassungen an

mil.Verwendungen: zivile LKW-Typen W-50 und ROBUR

Lizenznahmen: die neue Maschinenpistole AKM.

Eine der Reaktionen auf die in der DDR als besondere Bedrohung gewerteten Bemühungen der Bundeswehr Verfügungsgewalt über Kernwaffen zu erhalten bestand in der Entscheidung einen Schwerpunkt in der technischen Entwicklung des ABC-Schutzes zu sehen. Zu diesem Komplex gehörten die Eigenentwicklungen der DDR: Personen- und Gruppensdosimeter, radiologische Messgeräte, Schwellenmessgeräte, spezielle Duschanlagen, Desinfektionsmittel, fahrbare Labors, Antidots, Schnellspritzen gegen den Einsatz chemischer Kampfstoffe, Schutzbrillen gegen Atomblitze, schwere und leichte Schutzbekleidung, aber auch eine Familie von Wasserfilterstationen u. a. Gerät. In diesem Zusammenhang wurden auch weitere Betriebe für die spezielle Produktion festgelegt, wie z.B. Gummiwerke Odera in Frankfurt (Oder), Labortechnik Ilmenau u. a. Die genannten Erzeugnisse erhielten in den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags eine hohe Wertschätzung, offensichtlich fanden sie auch bei der Bundeswehr und den US-Streitkräften (Einsatz im Golfkrieg 1991) großes Interesse.

Somit blieben in diesem Zeitabschnitt die Hauptrichtungen der speziellen Produktion bestehen, die sich bereits vorher herausgebildet hatten: Kriegsschiffbau, Schützenwaffen und Munition, Pioniermunition und Kraftfahrzeuge. Sie wurden ergänzt durch den ABC-Schutz und durch gewisse Arten der Pionier- und Nachrichtentechnik. Die industrielle Instandsetzung wurde auf weitere Arten der Bewaffnung und Technik ausgedehnt. Außer den Kriegsschiffen wurden keine Hauptarten der Bewaffnung hergestellt. Bei der Herstellung der Kriegsschiffe und der Brückenlegepanzer war die DDR abhängig von Zulieferungen aus dem Ausland. Diese Art der Arbeitsteilung brachte oft Probleme bei der Lieferbereitschaft, der Termintreue, bei technischen Anpassungen u. a. mit sich. Der dazu erforderliche Aufwand war jedoch unvergleichlich geringer als er bei einer Eigenproduktion dieser Zulieferungen gewesen wäre. Eine Alternative hätte nur im Verzicht auf diese Produktionen bestanden.

Die spezielle Produktion in der Zeit von 1971 bis 1980

Die eingetretenen Veränderungen im strategischen Kräfteverhältnis der USA und der UdSSR führten zu einer höheren Bedeutung der konventionellen Waffen. Die Verbündeten der beiden Weltmächte wurden stärker in das Wettrüsten einbezogen. Das betraf auch beide deutsche Staaten, deren spezielle Produktion ausschließlich auf konventionelle Bewaffnung und Militärtechnik ausgerichtet war. Wichtige Konsequenzen für die Gestaltung der militärtechnischen Forschung, Entwicklung und Produktion hatte die in der zweiten Hälfte der 70-er Jahre von den USA ausgehende Orientierung auf den Vorrang der qualitativen Waffenentwicklung.

In den Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags setzten sich die Integrationsbestrebungen stärker durch. Gefördert wurde das u. a. auch durch die im Jahre 1969 vollzogene Bildung des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte. Diese Maßnahme bewirkte auch eine Intensivierung der Arbeiten der Ständigen Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie. In den militärdoktrinären Ansichten der Sowjetarmee widerspiegelte sich der Übergang vom Vorrang der quantitativen zur qualitativen Entwicklung wider. Die neuen Waffensysteme zeichneten sich durch die Anwendung neuer Materialien, den Einsatz der Elektronik, die Anwendung von Feuerleit- und Führungssystemen aus.

Die Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR und insbesondere die Ergebnisse von Wissenschaft und Technik, aber auch die Eingliederung der speziellen Produktion in die

volkswirtschaftlichen Strukturen, wirkten sich für die Entwicklung der speziellen Produktion vorteilhaft aus. Im Rahmen der Bildung von Kombinat in der Volkswirtschaft der DDR wurde im Ministerium für Allgemeinen-, Landmaschinen- und Fahrzeugbau auch das Kombinat „Spezialtechnik“ gebildet, das einzige Kombinat, welches ausschließlich aus Betrieben der speziellen Produktion bestand. Die Rechtsvorschriften für die Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung wurden den veränderten Bedingungen angepasst.

Als Beispiele der Entwicklung und Produktion spezieller Erzeugnisse in diesem Zeitabschnitt in der DDR können dienen:

Eigenentwicklungen: die Serie der Minensuch- und Räumschiffe Projekt 89.2, die Landungsschiffe Pr. 108, die kleinen Torpedoschnellboote Pr. 131.4; Grenzsicherungsboote, weiterhin die Flugzeugfanganlage, das Brückenlegegerät BLG, leichtabsetzbare Kofferaufbauten in verschiedenen Varianten, Fallschirme aller Art, Schießplatzanlagen und Simulatoren, technische Textilien in verschiedener Fassung, mobile Rundfunk-, Kino- Fernseh- und Lautsprecheinrichtungen, die Produktion für militärische Zwecke modifizierter Nutzkraftfahrzeuge, Küstenbefeuerungsanlagen STUSNO.

Lizenznahmen: Werfer für Funkmessstöraketen PK-16. für Boden-Luft Raketen STRELA die Werfer MTU, weiterhin Maschinenpistolen AKM mit Munition, Infanteriemine PPM-2, Zielsuchkopf für Luft-Luft-Raketen R-13 (INEJ), Laserentfernungsmesser für den Panzer T-72 TPKD-1, weitere Baugruppen für den Panzer T-72 (Kette, Antrieb).

Die industrielle Instandsetzung erstreckte sich faktisch auf das gesamte Spektrum von Bewaffnung und Militärtechnik aus der DDR und aus Importen. 1980 wurden in der Volkswirtschaft der DDR für die NVA Instandsetzungsleistungen im Umfang von 741,5 Mio. Mark erbracht. Zur Vorbereitung neuer Instandsetzungen dienten wissenschaftlich-technische Leistungen im Werte von 28,8 Mio. Mark.

Die neuen Lizenznahmen der DDR stellten Zulieferungen dar, die an sich keine eigenständige Verwendung ermöglichten. Diese Art der Arbeitsteilung war erklärtes Ziel der Tätigkeit der Ständigen Kommission Verteidigungsindustrie des RGW, sie war Bestandteil der Politik der Führungsmacht UdSSR gegenüber den Bündnispartnern, sie entsprach aber auch dem Verständnis der DDR und ihrer Rolle in der sozialistischen Staatengemeinschaft bei der Verteidigungsproduktion. Auch die industrielle Instandsetzung von Importtechnik war

abhängig von Ersatzteillieferungen aus dem Herstellerland. Der Ersatzteilbedarf konnte nach U. Gall⁵² nur zu etwa 60-70% abgedeckt werden, Damit wurden dennoch die Instandsetzungsleistungen der Volkswirtschaft für die NVA zu 98-99% erfüllt. Die Betriebe erhielten Aufgaben zur Erhöhung der Eigenproduktion von Ersatzteilen.

Die spezielle Produktion der Zeit von 1981 bis 1989

Der Aufbau der speziellen Produktion der DDR war zu Beginn dieses Zeitabschnittes im Wesentlichen abgeschlossen, organisatorische Veränderungen hielten sich in Grenzen, es wurden nur wenige Unternehmen neu in die Kategorie der speziellen Betriebe aufgenommen. Vorhandene Rechtsvorschriften für die spezielle Produktion wurden bei Weiterentwicklungen und Überarbeitungen auch der für die Volkswirtschaft generell gültigen Rechtsvorschriften angepasst.

Die kontinuierliche Entwicklung der speziellen Produktion in den letzten Jahren hatte auch zu einer gewissen Stabilität der Deckung des Inlandbedarfs geführt. Besondere Steigerungsraten traten bei der industriellen Instandsetzung und der damit verbundenen Ersatzteilmontage auf. Eine andere Bedarfsentwicklung ergab sich in der Militärkoalition. Die bisher durch die Ständige Kommission für Verteidigungsindustrie eingeleiteten Gemeinschaftsproduktionen wurden fortgesetzt, weitere befanden sich in Vorbereitung; die sowjetische Seite meldete beachtlichen Bedarf an Eigenentwicklungen der DDR und an Lizenzprodukten an.

Eine dieser neuen Gemeinschaftsproduktionen, zum Teil war sie auch eine gemeinsame Entwicklung, wurde für das Automatisierte Feldführungssystem (PASUW) vorbereitet. Die DDR beteiligte sich im Rahmen ihrer technologischen Möglichkeiten. Das betraf vorwiegend die Nutzung der elektronischen Rechen-technik. Durch die Wende in den Jahren 1989/1990 wurde diese Aufgabe jedoch nicht abgeschlossen. Aus dem Entwicklungsprogramm der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags bis 2.000 waren weitere Maßnahmen der Integration zu erwarten.

Nach den von der Sowjetunion unterbreiteten Vorschlägen zur Produktion und Lieferung militärischer Erzeugnisse durch die Volkswirtschaft der DDR, ragte besonders das Schiffbauprogramm hervor, welches im Ergebnis der Besuche (1980 und 1983) des Oberkommandierenden der sowjetischen Seekriegsflotte, Flottenadmiral Gorschkow, entstand und ein Volumen für 1986-1990 von ca. 2.920 Mio. Mark umfasste. Daraus wurden bis 1989

⁵² U. Gall, Dreiunddreißig Jahre zentrale Realisierung des Bedarfs der NVA, Berlin, September 1990, S. 32. Dieses Material befindet sich im Archiv des Autors

auf der Basis der für die Volksmarine der DDR gelieferten 16 U-Jagd-Schiffe Projekt 133.1 auch 12 solcher Schiffe in einer modernisierten Variante für die sowjetische Seekriegsflotte realisiert. Die Waffen sowie die Ortungs- und Feuerleitgeräte für den Kriegsschiffbau der DDR, damit auch für diese Lieferungen wurden nach wie vor aus der Sowjetunion importiert. Der sowjetische Bedarf an 14 Hilfsschiffen (Hebeschiffe und Truppentransporter) wurde durch die Neptunwerft in Rostock nicht mehr realisiert, ebenso auch die Entwicklung und Produktion eines Raketenschnellbootes (Projekt 151) mit einer neuen Seezielrakete. Die erforderliche Zusammenarbeit für den Zielsuchkopf kam nicht zustande, die DDR war allein nicht in der Lage diese Aufgaben zu meistern.

Im Zusammenhang mit den Auswirkungen des Kalten Krieges und den damit steigenden qualitativen Anforderungen an die konventionelle Technik machten sich Maßnahmen zur effektiveren Nutzung des wissenschaftlich-technischen Potentials der DDR erforderlich. Die Forschungs- und Entwicklungsforderungen (FE-Aufgaben) aus den bewaffneten Organen der DDR, besonders aus der NVA, stellten mehr oder weniger Einzelaufgaben dar. Sie orientierten, mit Ausnahme des militärischen Schiffbaus, kaum auf Entwicklungslinien oder Komplexe. Die Führung der Forschung und Entwicklung in den bewaffneten Organen war unbefriedigend, es fehlte die Koordinierung zwischen ihnen, vorhandene FE-Kapazitäten wurden ungenügend genutzt. Im Militärbereich der Staatlichen Plankommission wurde nach Analyse des Standes der speziellen Produktion, der Forschung und Entwicklung und der Lizenznahmen, aber besonders auch auf der Grundlage der Wissenschaftsentwicklung der DDR und der erkennbaren Tendenzen der Waffenentwicklung eine Konzeption erarbeitet. Ihr Titel lautete „Hauptrichtungen, Grundanforderungen und Schwerpunkte der Erhöhung der Wirksamkeit und der effektiveren Gestaltung des Prozesses von Wissenschaft und Technik zur Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung und für die innere Sicherheit und Ordnung für den Zeitraum bis 2000“⁵³. Der Schwerpunkt dieser Konzeption lag auf dem bewussten Ausbau der Verflechtungen zwischen militärischer und ziviler Forschung und Entwicklung (unter dem Begriff multivalente Nutzung der Ergebnisse). Für die DDR war das der einzig gangbare Weg, er unterschied sich prinzipiell von der sowjetischen Lösung, denn diese aber war für die DDR nicht anwendbar. Die Konzeption orientierte auf Festlegungen strategischer FE-Richtungen, die sowohl dem Wissenschafts- und Produktionsprofil der DDR-Volkswirtschaft sowie der möglichen Entwicklung der Waffentechnik entsprachen. Zum Zeitpunkt der Ausarbeitung der genannten Konzeption (1984) betrug der FE-Aufwand

⁵³ BA-MA Freiburg, AZ 31 587, GVS-Nr: A 676 544

der NVA 55,1 Mio. Mark, der Einzelplan 1420 (Wehrforschung) für die Bundeswehr umfasste 1.982 Mio. DM

Wesentliche Vorhaben der speziellen Produktion in dieser Phase waren:

Eigenentwicklungen: das Unterseebootabwehrschiff Projekt 133.1 für die Volksmarine und die UdSSR, Patrouillenboote Projekt 151, Rammfähren und schwere Rammfähren, Rettungs- und Sicherungsboote (Pionierwesen), eine neue Generation von Tarnnetzen.

Lizenznahmen: Maschinenpistole AK-74 und Munition, Panzerbüchse RPG-18, Panzerabwehrlenkraketenkomplex „Konkurs“, modernisiertes Feuerleitgerät für T-72, Panzermine T-62.

Neu wurde ebenfalls die Hauptinstandsetzung für das Flugzeug MIG-23 und die Modernisierung des Panzers T-55 organisiert.

Bereits in den Jahren 1985/1986 wurden durch die NVA, bei steigendem Importbedarf an Bewaffnung, Bedarfsreduzierungen an Inlandsleistungen vorgenommen. Das betraf zunächst Positionen, wie Schützenwaffen und die zugehörige Munition, setzte sich dann aber bei anderen Erzeugnissen fort. Die geforderten Stückzahlen der zu modernisierenden Panzer T-55 wurden, infolge des bei den Wiener MBFR-Verhandlungen bestätigten Überbestands an Panzern verringert. Auf der Grundlage des Beschlusses des Politbüros der SED vom 07.02. 1989 entstand in der Staatlichen Plankommission in Zusammenarbeit mit den bewaffneten Organen und den Industriezweigen ein Konversionsprogramm mit der ersten Stufe ab 1989 und einer zweiten Stufe, die ab 1990 und in den weiteren Jahren wirksam werden sollte. Die vorgeschlagenen Reduzierungen sollten im Jahre 1990 ein Volumen von 685 Mio. Mark der DDR umfassen und vorwiegend zur Herstellung von Erzeugnissen für den Bevölkerungsbedarf und den Export ziviler Erzeugnisse in das nichtsozialistische Ausland genutzt werden. Mit der Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen wurde begonnen, die politische Entwicklung machte die weitere Umsetzung hinfällig.

Der Gesamtbeschaffungsumfang aus der DDR betrug 1989 3.632,8 Mio. Mark, darunter 1.198,7 Mio. Mark Instandsetzungen, 110,3 Mio. Mark Schiffbau und 228,5 Mio. Mark handelsübliche Importe. In diesen Zahlen sind Exporte der speziellen Produktion nicht enthalten, nähere Angaben dazu enthält der Abschnitt 4.3. „Der spezielle Außenhandel.“ Als Beispiele seien jedoch erwähnt: bis Ende 1988 wurden an die UdSSR insgesamt 21.280 Zielsuchköpfe für die Luft-Luft-Rakete R 13 im Wert von etwa 710 Mio. Mark/Valutagegenwert und bis Ende 1989 insgesamt 6.200 Entfernungsmess- und Feuerleitgeräte

für den Panzer T-72 an die UdSSR und die anderen Endhersteller der Panzer -Polen und CSSR- im Werte von 2.017 Mio. Mark/Valutagegenwert geliefert.

Zur Rüstungsproduktion der BRD

Der Aufbau der Verteidigungsindustrie der BRD begann im Wesentlichen ab 1955. Nach Th. Benecke und G. Schöner war für den Aufbau mit entscheidend, dass „der kriegs- und nachkriegsbedingte Rückstand in wichtigen Bereichen, wie Elektronik-, der Computer-, Triebwerks- und der Werkstofftechnologie“⁵⁴ nur mit Hilfe der Rüstungsproduktion aufgeholt werden konnte. Dazu erfolgten ab 1958/1959 Lizenznahme für Kampfflugzeuge F-104 G (STARFIGHTER), G 91 (FIAT), Fla-Raketen HAWK und Luft-Luft-Raketen SIDEWINDER. Als Orientierung galt: „Die Rüstung hatte die Begrenzung des militärischen Auftrags der Bundeswehr zu berücksichtigen hinsichtlich der Einschränkung auf Verteidigung sowie hinsichtlich auf das Operationsgebiet der Bundeswehr“⁵⁵. Die Rüstungsindustrie der BRD wurde weitgehend auf privatwirtschaftlicher Basis aufgebaut. Sie verfügt über eigene Strukturen in den Interessenverbänden der Industrie mit weit reichendem Einfluss auf die Politik.

Th. Benecke hebt besonders die günstigen Bedingungen für die Rüstungsindustrie hervor, welche die USA für die Betreuung der kostenlos gelieferten Waffen und für die Lizenznahmen erteilten. Die Bundeswehr sollte im Gegensatz zur DDR weitgehend mit Ausrüstung aus deutscher Produktion versorgt werden. Im Weißbuch 1979 heißt es dazu: „Partnerschaft im Bündnis verlangt selbständige Leistungen“⁵⁶. Die Kontinuität dieser Orientierung wirkt bis heute und beeinflusst den möglichen Waffenexport beträchtlich. Nach Aussagen des ehemaligen Leiters des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB), Th. Benecke betrug in den 80er Jahren die „der deutschen Industrie erteilten BW-Aufträge ... im mehrjährigen Durchschnitt rund 80% des Haushaltvolumens für wehrtechnische FE, militärische Beschaffung und Materialerhaltung ...“⁵⁷. Die restlichen 20% wurden über Importe realisiert. Die Teilstreitkräfte der Bundeswehr wurden überwiegend mit Waffensystemen aus BRD-Betrieben ausgerüstet; für das Heer sind das die Panzer LEOPARD 1 und II, der Schützenpanzer MARDER, Fla-Panzer, Artilleriesysteme,

⁵⁴ Benecke Th. und Schöner, G., Wehrtechnik für die Verteidigung, S. 39, Bernard und Graefe Verlag Koblenz 1984

⁵⁵ ebenda S. 14

⁵⁶ Weißbuch 1979, Zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Entwicklung der Bundeswehr, S. 35

⁵⁷ ebenda S. 23

Aufklärungsdrohnen verschiedene Hubschrauber und weitere Militärtechnik; die Luftwaffe verfügt über Jagd-, Aufklärungs- und Trägerflugzeuge für Kernwaffen aus NATO-Gemeinschaftsproduktionen bei hohem BRD-Anteil, die Fla-Raketen HAWK und die Luft-Luft-Raketen SIDEWINDER stellen Lizenzproduktionen der BRD bzw. Gemeinschaftsproduktionen dar; die Marine erhält ihre Zerstörer, Fregatten, U-Boote und weitere Kampfschiffe aus den Werften der BRD. Seit den 70er Jahren wurde mit staatlicher Förderung ein Konzentrationsprozess eingeleitet, der zur Verringerung der Wettbewerber führte. Die geförderte Monopolbildung schwächt die Wettbewerbsbedingungen erheblich, führt zu wirtschaftlichen Nachteilen. Die Rüstungsindustrie wurde vorwiegend in Bayern zusammengeführt.

Abschließende Bemerkungen

Der Aufbau der Rüstungsindustrie in der DDR und in der BRD konzentrierte sich ausschließlich auf die Herstellung konventioneller Waffen, in beiden Staaten waren Arbeiten zu verzeichnen, die dem Schutz vor der Anwendung von ABC-Waffen dienten. Die Konzeption für den Aufbau der westdeutschen Rüstungsindustrie war wesentlich breiter angelegt, als die der DDR. Die wichtigsten Hauptarten der Bewaffnung der Bundeswehr stammen aus Betrieben der BRD. Sie orientierten auf einen größeren Umfang an Eigenentwicklungen, wobei eine völlige Rüstungsautarkie der BRD nicht angestrebt wurde. In beiden Staaten war der Anteil der Rüstung an der Gesamtproduktion gering, in der BRD betrug er etwa 2,1% des Produktionswertes des verarbeitenden Gewerbes. In der DDR war der Anteil etwa 1% der industriellen Warenproduktion. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass die überwiegend privatwirtschaftlich orientierte Rüstungsindustrie der BRD durch den zu erzielenden Profit stimuliert wird, die speziellen Betriebe der DDR wurden dagegen planwirtschaftlich geleitet. Die Rüstungsindustrie der BRD organisierte sich zur Durchsetzung ihrer Interessen eine Lobby und bildete Interessenverbände. In der DDR hatte die Rüstungsindustrie keine Lobby, es gab keine Interessenvertretung. Die Rüstungsindustrie der BRD nimmt Einfluss auf die Erhöhung der militärischen Produktion. Das hat sich auch nach der Auflösung des Warschauer Vertrags nicht geändert. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) formuliert Forderungen an die Regierung der BRD und nimmt somit direkten Einfluss auf die Politik. So wurden u. a. im Jahre 2 002 vom Präsidenten des BDI Rogowski „Forderungen der wehrtechnischen Industrie an die Bundesregierung“ veröffentlicht, die besagen: „Die Bundesregierung muss mehr in militärische Forschung und

Entwicklung investieren“ und „... den investiven Anteil des Verteidigungsetats zur Modernisierung der Ausrüstung der Bundeswehr um 3 Mrd. Euro jährlich erhöhen.“

Der Aufbau der Rüstungsindustrie in der BRD wurde gefördert durch die USA, der in der DDR durch die UdSSR. Das bestätigt die Absicht beider Hegemonialmächte das militärische und auch das wirtschaftliche Potential der deutschen Staaten für die Verteidigung ihrer Interessen einzubeziehen.

Die spezielle Produktion der DDR war orientiert auf die Erfüllung der Aufgaben der Landesverteidigung der DDR und auf die Stärkung der sozialistischen Militärkoalition. In ihren Anfängen war sie weitgehend fremdbestimmt und sollte nach dem Modell der sowjetischen Verteidigungsindustrie aufgebaut werden. Seit den 60er Jahren wurde sie integrierter Bestandteil der volkswirtschaftlichen Strukturen und nach den für die Wirtschaft gültigen Prinzipien geleitet. Bis in die 60er Jahre wurden Grundsatzentscheidungen, später eher Einzelentscheidungen zu konkreten Projekten in Gremien der politischen Führung getroffen. Ihrem Inhalt nach entsprachen sie dem Auftrag zur Verteidigung des Territoriums gegen Aggressionen und damit dem politischen Verständnis der Sicherung des Friedens. Wichtige Arten von Erzeugnissen der speziellen Produktion im Sinne von Kampfmitteln waren Kriegsschiffe, Schützenwaffen sowie der Beginn der Produktion von Panzerabwehrkraketen. Als Sicherstellungstechnik erfolgte die Produktion von Brückenlegegeräten, Mitteln des ABC-Schutzes und weitere. Die bedeutende Stellung des Kriegsschiffbaus ist u. a. darauf zurückzuführen, dass für die speziellen seehydrographischen Bedingungen der westlichen Ostsee und für die unmittelbare Konfrontation mit der NATO nur begrenzte Importmöglichkeiten zu Verfügung standen.

Die spezielle Produktion der DDR entwickelte sich in Abhängigkeit von den Etappen des Kalten Krieges zwischen den beiden Bündnissen. In zunehmendem Umfang erbrachte die spezielle Produktion der DDR Leistungen für die Militärökonomische Integration des Bündnisses. Diese Leistungen stellten in großem Umfang Zulieferungen dar, andererseits waren Eigenentwicklungen oft von ausländischen Zulieferungen abhängig. Dieses Ergebnis der Arbeitsteilung im Bündnis war von wirtschaftlichem und militärischem Vorteil, bedeutete aber auch Abhängigkeit. Eine eventuell mögliche Erhöhung des außenpolitischen Spielraumes der DDR durch eigene Waffensysteme war dem Willen zur Erfüllung der Koalitionsverpflichtungen untergeordnet. Ein solches Herangehen entsprach den Interessen der DDR und ihrer Auffassung zur Rolle in der Koalition, wonach die Sicherheit der DDR nur mit der UdSSR, nur mit dem Bündnis des Warschauer Vertrags zu gewährleisten sei. Die

Abhängigkeit auf militär-ökonomischem Gebiet war nur ein Teil der für die DDR existenziellen politischen und wirtschaftlichen Abhängigkeit von der UdSSR. Diese Abhängigkeit der speziellen Produktion der DDR diente zugleich der Führungsmacht des Bündnisses zur Durchsetzung ihrer Hegemonieansprüche. Der Grad der Abhängigkeit änderte sich im Verlaufe der Jahre. Waren es in der Aufbauphase direkte Festlegungen der SMAD zu Form und Gegenstand der speziellen Produktion, so trugen in den 80er Jahren die gegenseitigen Beziehungen partnerschaftlichen Charakter, ohne dass die Führungsrolle der UdSSR je in Frage stand. Mit Zunahme der wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR, insbesondere der negativen Entwicklung des Außenhandelsaldos steigerte sich der Druck seitens der verantwortlichen Wirtschaftspolitiker zur Erhöhung von Exporten in das nichtsozialistische Wirtschaftsgebiet.

4. Die Militärökonomische Integration der DDR mit den Bündnispartnern

Die Militärökonomische Integration (MÖI) nahm einen bestimmenden Platz im Rahmen der Maßnahmen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR (ÖSLV) ein. Ihre Aufgaben wurden durch die „Ordnung für die Leitung und Planung der Aufgaben der sozialistischen Militärökonomischen Integration“ – Militärökonomische Integrationsordnung geregelt. Die letzte gültige Ordnung wurde vom Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR erlassen und durch die Anordnung des Vorsitzenden des Ministerrates der DDR am 15. März 1984 in Kraft gesetzt.⁵⁸ Diese Ordnung regelte Ziele, Aufgaben, Gegenstand und Verfahrensregeln der Integration und galt für alle zentralen und örtlichen Staatsorgane, Kombinate, Betriebe und Einrichtungen, die Aufgaben im Sinne dieser Ordnung zu erfüllen hatten. Sie galt nicht für Aufgaben, die durch die bewaffneten Organe der DDR im Rahmen des Warschauer Vertrags oder mit anderen Partnern zu erfüllen waren.

Die Militärökonomische Integration wurde multilateral über die Ständige Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie (SKV) organisiert. Bilaterale Maßnahmen wurden über die Zweiseitigen Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit realisiert.

⁵⁸ BA-MA Freiburg, archivarisches noch nicht aufgearbeitetes Bestandsstück des Militärbereichs der Staatlichen Plankommission, Karton Nr. 39

Auch bei der Konzipierung und Realisierung von Integrationsmaßnahmen stützten sich die Teilnehmerstaaten auf das einheitliche System der Bewaffnung und Ausrüstung des Warschauer Vertrages. Für die Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages war das mit wirtschaftlichen Vorteilen verbunden, denn sie konnten auf eine Vielzahl von Eigen- und damit Doppelentwicklungen verzichten. Die einheitliche Ausrüstung der verbündeten Armeen sicherte höhere Seriengrößen. Die Bindung an das sowjetische System führte andererseits zu einem gewissen Grad der Abhängigkeit. Für die DDR war durch die Erstausrüstung der KVP und der NVA mit sowjetischer Technik und durch die entscheidende Einflussnahme der Sowjetischen Militäradministration und später der Sowjetischen Kontrollkommission in Deutschland der Weg vorgezeichnet. Die DDR wäre politisch, wirtschaftlich und wissenschaftlich-technisch nicht in der Lage gewesen wichtige Zweige einer eigenen Rüstungsindustrie aufzubauen, ganz abgesehen davon, dass ein solches Herangehen weder innenpolitisch, noch außenpolitisch gewollt, bzw. möglich war. Den Teilnehmerländern bot sich andererseits auch genügend Freiraum für eigene Entscheidungen, sie machten unterschiedlich Gebrauch von diesen Möglichkeiten. Auch Eigenentwicklungen der DDR, wie der Brückenlegepanzer, Kriegsschiffe, radiologische Geräte, Leucht- und Signalmittel u. a. fanden Eingang in das einheitliche System der Bewaffnung und Ausrüstung. Insgesamt kann man davon ausgehen, dass die Bindung der Länder an das sowjetische System der Bewaffnung und Ausrüstung sowohl für die sowjetische Seite, als auch für die übrigen Teilnehmerländer von Vorteil war, jedoch auch Probleme mit sich brachte.

In den meisten Armeen der NATO-Staaten nimmt die Bewaffnung und Ausrüstung der USA einen dominierenden Platz ein, es besteht jedoch kein einheitliches System der Bewaffnung und Ausrüstung. Die nationalen, aber auch die Interessen der Wirtschaft der Mitgliedsländer führten in großem Maße zu eigenen Waffensystemen. Ohne die verschiedenen Wege der NATO und des Warschauer Vertrags detailliert zu untersuchen zeichnen sich zwei Aussagen ab. In einer Reihe von Weißbüchern der Bundeswehr wird auf die mangelnde „Interoperabilität“ der in der NATO verbündeten Armeen hingewiesen (so auch im Krieg der NATO gegen Jugoslawien). Ein solches Problem stand im Warschauer Vertrag nicht. Zum anderen bestehen auch für die Bewaffnung der Bundeswehr Abhängigkeiten von den USA, einige Waffensysteme sind ohne Zulieferungen aus den USA in der BRD nicht herstellbar.

4.1. Militärische Ausgangspunkte für die MÖI

In Vorbereitung auf die Fünfjahrpläne übergab der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages den Teilnehmerländern „Empfehlungen“ für die Ausrüstung im bevorstehenden Zeitraum, die Länder organisierten Ausstellungen der Bewaffnung und Militärtechnik, die sie produzierten und den anderen Ländern zur Übernahme vorschlugen. Aus der Tätigkeit des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte ergaben sich Auswirkungen auf die Planung in den Ländern. Im Ergebnis dieser Vorbereitungsarbeiten vereinbarte der Oberkommandierende der Vereinten Streitkräfte mit den nationalen Führungen „Protokolle über die Entwicklung der Armee und die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften für die Vereinten Streitkräfte“, Kurzfassung „Protokolle“, ab. Über die Realisierung und Abrechnung dieser Dokumente stellte die Sowjetarmee ihren Führungsanspruch sicher.

In den Protokollen wurde die Gesamtstärke der Armee, die den Vereinten Streitkräften zu unterstellenden Verbände und Einheiten, ihr Kampfbestand an Personal und Technik sowohl für die Einheiten und Verbände der ständigen Gefechtsbereitschaft, wie auch für die Mobilmachung, wesentliche Entwicklungsrichtungen der jeweiligen Armee, vorzuhaltende Reserven sowohl in der Armee als auch in anderen Bereichen, Mobilmachungsmaßnahmen, Maßnahmen zur operativen Vorbereitung des Territoriums und andere wichtige Entwicklungen festgelegt. Die Protokolle wurden vom Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte für das Vereinte Oberkommando und für die DDR vom Minister für Nationale Verteidigung unterzeichnet und vom Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates bestätigt. Die Protokolle stellten das wichtigste Instrument der Einflussnahme des Vereinten Kommandos auf die Entwicklung der NVA dar. Bezogen auf die Erfordernisse der Ausrüstung der NVA waren sie zugleich Grundlage für die Integrationsaufgaben. Andererseits konnten sich die Forderungen der Protokolle nur auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Länder und auf die in der Verteidigungsindustrie erreichten Ergebnisse der militärtechnischen Forschung, Entwicklung und Produktion stützen. Die Protokolle enthielten keine Forderungen über die Höhe der Militärausgaben oder des Verteidigungshaushalts der DDR.

Wichtige Voraussetzungen für die MÖI wurden mit der Tätigkeit des 1969 aufgrund einer Entscheidung der Politisch – Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags gebildeten Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte geschaffen. Dem Chef des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte war ein „Militärwissenschaftlich-

Technischer Rat (MWTR)“, bestehend aus den Stellvertretern der Verteidigungsminister der Länder für Technik, beigeordnet. Das Technische Komitee der Vereinten Streitkräfte war zuständig für die mehrseitige Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der Armeen der Teilnehmerstaaten. Diese Koordinierung erfolgte nur für Themen, die von den Ländern dazu eingebracht wurden. Sie konnte verbunden werden mit der Ausarbeitung „Einheitlich Taktisch-Technischer Forderungen“ (ETTF) oder für den Fall, dass diese Daten Gruppierungen von Waffen oder Militärtechnik betrafen, mit der Erarbeitung „Einheitlicher Allgemein-Taktisch-Technischer Forderungen“ (EATTF). Die Sowjetarmee brachte ihre Forschungs- und Entwicklungsthemen nicht in die Koordinierung ein, jedoch ihre Vertreter nahmen an der Erarbeitung der meisten ETTF oder EATTF teil. Insgesamt stellte dieses Herangehen eine wirkungsvolle Verbesserung dar. Bis dahin konnten die Länder ihre Themen dem Generalstab der Sowjetarmee zur Stellungnahme übergeben, nach der Prüfung trafen Antworten in folgender Form ein: Thema ist (oder ist nicht) zweckmäßig; bzw. entsprechende Geräte bestehen bereits, oder Konsultation kann gewährt werden.

Durch rechtzeitige Information über die Entwicklungsvorhaben der Armeen konnten Doppelentwicklungen vermieden oder zumindest verringert werden. Eine „ETTF-gemäße“ Produktion hatte bessere Chancen für die Verwendung dieser Technikart in anderen Armeen. An der Abstimmung dieser ETTF/EATTF konnten alle interessierten Armeen teilnehmen. Ein wesentlicher Mangel dieser Methode bestand darin, dass die Teilnahme an der Erarbeitung der ETTF/EATTF nicht verbunden war mit der Beteiligung dieses Landes an der späteren Entwicklung oder Produktion, bzw. nicht zu Importen verpflichtete. Damit wurden die wirtschaftlichen Konsequenzen ausgeklammert. Das Verfahren konnte zu überhöhten taktisch-technischen Forderungen führen, ohne dass das fordernde Land diese Technik bei sich einführte.

Insgesamt kann diese Methode mehrseitiger Koordinierung der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten durchaus als praktikabel und nutzbringend bewertet werden. In den 21 Jahren des Bestehens des Technischen Komitees wurden 288 ETTF/EATTF erarbeitet und bestätigt, die NVA der DDR war daran mit 18,4% beteiligt. In der zweiten Hälfte der 80er Jahre unterbreitete die sowjetische Seite ein Entwicklungsprogramm der Bewaffnung und Ausrüstung der Vereinten Streitkräfte bis zum Jahre 2 000. Es enthielt u. a. etwa 325 Themenvorschläge für die Forschung und Entwicklung, davon 36% als Kooperationsthemen, 43 Themen zur Modernisierung der Bewaffnung und Ausrüstung der Teilnehmerstaaten. Dieser Schritt stellte eine interessante Weiterentwicklung der Koordinierungsmaßnahmen für

die Forschung und Entwicklung dar. Das Programm kam nicht mehr zum Tragen, es wurde durch die politische Entwicklung überrollt. Es ist aber auch nicht zu übersehen, dass es trotz der beschriebenen Maßnahmen nicht gelang Doppelentwicklungen von Bewaffnung und Militärtechnik auszuschließen. Aus der dem Programm der Entwicklung der Bewaffnung und Militärtechnik vorhergehenden Analyse und aus der Analyse der Ausstellungen von Militärtechnik ist ersichtlich, dass von etwa 260 zur Koordinierung eingereichten Forschungs- und Entwicklungsthemen ca. 30% wegen Doppelungen zur Streichung vorgeschlagen worden sind, darunter befanden sich 9 Strahltrainer, 4 Staaten bemühten sich um die Endproduktion für Panzer usw.

Von Bedeutung war auch das Verfahren des Technischen Komitees der WV Ausrüstungsempfehlungen zu erteilen. Danach konnte eine Armee eine durch sie entwickelte Waffe oder ein militärisches Gerät einer internationalen Arbeitsgruppe interessierter Armeen zur Prüfung vorstellen. Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden, so wie auch im Falle der Erarbeitung von ETTF/EATTF, dem Militärwissenschaftlich-Technischen Rat vorgelegt und auch in den meisten Fällen im Protokoll der entsprechenden Tagung bestätigt. Der MWTR bestätigte während der Zeit seines Bestehens 470 Ausrüstungsempfehlungen, 14% davon wurden durch die NVA erarbeitet.

Integrationsmaßnahmen im Rahmen der NATO erfolgen nach einem anderen Schema. An der Ausarbeitung der Taktisch-Technischen Forderungen sind nur die Länder beteiligt, die später auch an der Entwicklung und der Produktion des Gerätes partizipieren. Damit sind von vornherein auch die ökonomischen Konsequenzen eingebunden.

4.2. Die Ständige Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie

Die Ständige Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie (SKV) wurde auf der Grundlage eines Beschlusses der VII. Tagung des RGW (12.- 18. 05. 1956 in Berlin) mit dem Ziel „der weiteren Entwicklung der ökonomischen Verbindungen zwischen den interessierten Teilnehmerländern des Rates und der Organisation direkter mehrseitiger Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklung und Produktion von Bewaffnung und Militärtechnik zwischen den entsprechenden Ministerien, Ämtern und Planungsorganen im gegenseitigen Interesse“⁵⁹ gebildet.

⁵⁹ BA-MA Freiburg, DVW - 14/1- 52748, Statut der Ständigen Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie vom 10. Juli 1957, Bl. 00034ff

Die Aufgaben der Kommission sind in den Statuten festgeschrieben. Obwohl sich im Verlaufe der Zeit Bedingungen veränderten und die Statuten diesen Veränderungen auch angepasst wurden, blieben die der Kommission 1957 gestellten wichtigsten Aufgaben bis zum Abschluss ihrer Tätigkeit relativ konstant. Anpassungen an veränderte Lagebedingungen erfolgten in marginalen Größenordnungen.

Das Statut vom 10. Juni 1957 beinhaltet u. a. folgende Aufgaben:

„Zur Erfüllung der oben genannten Ziele wird die Kommission Vorschläge erarbeiten:

- für die rationelle Nutzung der vorhandenen Kapazitäten und zur Entwicklung neuer Kapazitäten zur Produktion von Bewaffnung und Militärtechnik im Rahmen des angenommenen Systems der Bewaffnung...,
- für gegenseitige Lieferungen militärischer Technik zwischen den Ländern auf der Grundlage der weiteren Erweiterung der Spezialisierung und Kooperation...,
- für die Lösung aktueller technischer Probleme auf dem Gebiet der Produktion von Bewaffnung und Militärtechnik...,
- zur Anpassung der Pläne der Forschungs-, Entwicklungs- und Konstruktionsarbeiten...
- für die Unifizierung der Bewaffnung und Militärtechnik⁶⁰

Die hier genannten Aufgaben zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion der Verteidigungsindustrie entsprachen den Arbeitsrichtungen des RGW insgesamt, sie blieben, wie auch die weiteren genannten Aufgaben, Schwerpunkte im gesamten Tätigkeitszeitraum der Kommission.

Im genannten Dokument wurde u. a. auch die Pflicht zur Berichterstattung vor dem RGW, die Bildung eines Sekretariats der Kommission, die Möglichkeit, zeitweilige Arbeitsgruppen zu bilden und als Sitz für die Kommission Moskau festgelegt. Besonders in der Anfangsphase wurde den Maßnahmen der gegenseitigen Hilfe und Unterstützung durch Konsultationen und die Übergabe technischer Dokumentationen große Aufmerksamkeit gewidmet. Das Statut der SKV des Jahres 1957 sah auch die Bildung von Sektionen vor für die Fachrichtungen Flugzeugbau; Panzertechnik und Artilleriezugmittel; Schützenwaffen, Granatwerfer und Artilleriebewaffnung; Munition, Sprengstoffe und Pulver; Radioelektronik und Nachrichtenmittel; Kriegsschiffbau. Diese Sektionen wurden später aufgelöst und ihre Aufgaben durch die SKV übernommen.

Die Ausarbeitung von Empfehlungen zur Spezialisierung und Kooperation der Produktion stellte von Anfang an eine der wichtigsten Arbeitsrichtungen der Kommission dar. Die

⁶⁰ ebenda, Bl.00034ff, Übersetzung des Verfassers

Verfahrensweise dafür wurde durch „Prinzipien der internationalen Spezialisierung und Kooperation der Produktion in den Mitgliedsländern der Ständigen Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie“ festgelegt. Erstmals wurde ein derartiges Dokument auf der 8. Tagung der Kommission beschlossen⁶¹. Im Verlaufe der Zeit erfolgten bei Beibehaltung der Grundlinie mehrere Anpassungen dieser Richtlinien an veränderte Bedingungen. Eine Spezialisierung konnte durch ein oder mehrere Länder für ein Erzeugnis oder auch für eine zentrale Baugruppe beantragt werden. Das jeweilige Land übernahm mit der Spezialisierung die Verpflichtung, den Bedarf der übrigen Länder, einschließlich Ersatzteillieferung, Übergabe der Dokumentation, der Verpflichtung zur Weiterentwicklung u. a. zu sichern. Die übrigen Länder hatten ihren Bedarf am spezialisierten Erzeugnis beim „spezialisierten“ Land anzumelden. Die Kommission sprach die Empfehlung nach Prüfung der erforderlichen Unterlagen aus. Die Behandlung von Spezialisierungsanträgen erfolgte schwerpunktmäßig in der Vorbereitungsphase für einen neuen Fünfjahrplan. Der sowjetische Teil der Kommission, später die Vertreter des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte, nutzte diese Gelegenheiten zum Vergleich mit der Realisierung der o. g. Empfehlungen des Oberkommandierenden. Für den Zeitraum 1971–1975 nahm die SKV 85 Spezialisierungsvorschläge, darunter 8 für die DDR, an. Für den Fünfjahrplanzeitraum 1981–1985 waren es 132 Vorschläge, darunter 16 für die DDR. Unter diesen Vorschlägen befanden sich u. a. der Panzer T-72, Schützenpanzerwagen BTR-60, Schützenpanzer BMP, Zugmittel MTL-B, Strahltrainer.

In Übereinstimmung mit dem sich entwickelnden Profil der speziellen Produktion (siehe Abschnitt 3.) übernahm die DDR die Spezialisierung für die Produktion von:

1971-1975: Brückenlegepanzern, Rettungsgeräten für die Unterwasserfahrt, Fallschirmleuchtgeschossen, Raumbildentfernungsmessern, Fernmeldekabel, UKW-Breitbandpeiler, Tarnsätzen und Personendosimeter und

1981-1985: Flugzeugfanganlagen, Brückenlegepanzern, Zielsuchköpfen „INEJ“, Raumbildentfernungsmessern, Handleuchtzeichen, Pistolenschießständen PSA-80, Fallschirmleuchtgeschossen FLG-5000, Wechselstromtelegraphiegeräten, Grenzbooten, automatischen Küstenbefeuerungsanlagen „STUSNO“, Startanlagen „FASTA“ und PK-16, Tarnsätzen, Personendosimetriegegeräten und für Systeme zur Bearbeitung topographischer Karten.

⁶¹ BA-MA Freiburg, VA-01/36 041, Anlage zum Protokoll der 8. Tagung, Bl. 309ff

Die internationale Spezialisierung entwickelte sich zu einer wirksamen Form der Zusammenarbeit. Ein wichtiger Vorteil bestand in der Verringerung der Anzahl von Doppelentwicklungen. Die Methode der Spezialisierung der Produktion stützte sich auf das in den Teilnehmerländern weitgehend einheitliche System der Planwirtschaft. Den Autoren dieser Studie liegen keine Erkenntnisse über ähnliche Verfahren im marktwirtschaftlichen System und damit auch für die Integration in der NATO, vor. Im Protokoll der 19. Tagung der SKV (11.-14.11. 1969) wird eingeschätzt: "In den Ländern wird die Produktion komplizierter Technik organisiert, es entsteht in den Ländern Interesse für die Fertigung von Engpasserzeugnissen an Bewaffnung, es steigerte sich, im Gegensatz zur vergangenen Periode, die Anzahl an Muster militärischer Technik, die nur in einem Land spezialisiert ist, es vollzieht sich eine wesentliche Erneuerung spezialisierter Erzeugnisse."⁶² Die sowjetische Seite beantragte für sich selbst keine Spezialisierungsvorschläge, da sie das gesamte Spektrum der Bewaffnung und Militärtechnik produzierte. Für sie war die Übernahme der Produktion durch andere Länder eine Entlastung der eigenen Produktion, sie importierte in einer Reihe von Fällen spezialisierte Erzeugnisse aus den dafür vorgesehenen Ländern. Es war jedoch nicht zu übersehen, dass bei der Realisierung der Empfehlungen mitunter ernste Probleme auftraten, wie: Zeitverzögerungen bei der Produktionsaufnahme spezialisierter Erzeugnisse, Qualitätsprobleme, fehlende Kapazitäten für ausreichende Ersatzteillieferungen. Diese Erscheinungen führten zu Verzögerungen bei der planmäßigen Ausstattung der Streitkräfte und auch zu Problemen bei der Nutzung dieser Technik

Die Fragen der Kooperation der Produktion wurden in engem Zusammenhang mit der Spezialisierung betrachtet, sie wurden auch in einem einheitlichen Dokument geregelt. Auch die Gemeinschaftsproduktionen im Rahmen der SKV stellten eine Variante der Spezialisierung dar. Der Finalist, und oft auch die Zulieferer wichtiger Baugruppen, waren zugleich auch spezialisiert für diese Produktion. Die Delegation der UdSSR in der SKV unterbreitete bereits 1963 eine Reihe Vorschläge für mögliche Gemeinschaftsproduktionen, denen zunächst kein Erfolg beschieden war. Als erfolgreich können die Gemeinschaftsproduktionen der Panzer T-54, T-55 und später T-72, die Modernisierung des Panzers T-55 und die Produktion des automatisierten Feldführungssystems für die Ebene Verband AFFS eingeschätzt werden. An den drei zuletzt genannten Projekten beteiligten sich alle Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages.

⁶² BA-MA Freiburg, VA-01/36 045, Bl. 173

Auch die Teilnehmerländer der NATO verweisen auf eine Reihe erfolgreicher gemeinsamer Produktionen, sie betrafen Lizenznahmen und Eigenentwicklungen. Der Vorteil der NATO bestand darin, dass vor Beginn eines solchen Projektes der Anteil am Endprodukt bestimmend für die Aufteilung des Produktionsanteils und der Kosten war. Offensichtlich bestehen jedoch auch bei Integrationsmaßnahmen der Teilnehmerstaaten der NATO größere Probleme. Die Anzahl der Gemeinschaftsproduktionen ist zu gering, immer wieder steht die Forderung nach besserer Interoperabilität. Integrationsmaßnahmen werden durch nationale Interessen behindert, Kompromisse führen oft zur Verteuerung der Produktion.

Eine hohe Bedeutung wurde den zur Vorbereitung auf die Ausarbeitung der Fünfjahrpläne durchgeführten Maßnahmen der SKV zur internationalen Koordinierung der Pläne der gegenseitigen Lieferungen von Bewaffnung und Militärtechnik beigemessen. In ihnen kulminierten die Ergebnisse der Spezialisierung und der Kooperation der Produktion. Es wurden Preise, Stückzahlen, Liefertermine benannt, sie stellten eine Grundlage zur Planung des Bedarfs und auch zur Überprüfung der Realisierungsmöglichkeiten der Empfehlungen des Oberkommandierenden und der „Protokolle“ dar. Oft waren die Beratungen zu dieser Frage mit Kritik verbunden. So kritisierte der Vorsitzende der Kommission 1962 auf der 6. Tagung: „dass die DDR, da sie bisher nur einen geringen Beitrag für die Verteidigungsindustrie geleistet hat, größere Anstrengungen unternehmen muss um ihren Beitrag zu erhöhen.“⁶³ Auf unterschiedlicher Ebene orientierten sowjetische Persönlichkeiten auch in den weiteren Jahren mit Nachdruck auf die Erhöhung der Verteidigungsproduktion der DDR.

Eine exakte Übersicht des Gesamtumfangs der gegenseitigen Lieferungen besteht zurzeit nicht. Aus den Berichterstattungen der Kommission über die Ergebnisse der Plankoordinierung geht jedoch hervor, dass z.B. der Lieferumfang für 1971-1975 um 59% gegenüber 1966-1970 gestiegen ist, für den Zeitraum 1976-1980 erfolgte wiederum eine Steigerung von 41,6%. Der Anteil der Lieferungen aus den übrigen Ländern im Vergleich zu den Lieferungen aus der UdSSR steigerte sich im Zeitraum 1976-1980 gegenüber dem vorhergehenden Zeitraum von 50% auf 51 %, und in den Jahren 1981-1985 auf 60%. Dazu ist jedoch zu vermerken, dass die Hauptarten der Bewaffnung, wie Raketentechnik, Kampfflugzeuge, Artilleriebewaffnung u. a. nach wie vor aus der UdSSR importiert wurden. Weiterhin schätzte das Sekretariat der Kommission ein, dass 1976-1980 etwa 86% der Lieferungen aus den mit der UdSSR verbündeten Staaten auf der Basis von Spezialisierungsempfehlungen beruhten. Eine wesentliche Steigerung erfuhren auch die

⁶³ BA-MA Freiburg, VA-01 3604, Aktennotiz zur Berichterstattung über die Ergebnisse der Tagung;

Lieferungen an Kooperations- und Komplettierungsteilen, für 1981-1985 betragen sie 2,8 Mrd. Rubel im Vergleich zu 1,8 Mrd. Rubel im vorhergehenden Fünfjahrplan. Vergleichbare Angaben über die Integration in den Teilnehmerstaaten der NATO liegen nicht vor, für die Warschauer Vertragsstaaten kann man von einer beträchtlichen Arbeitsteilung ausgehen.

Diese Ergebnisse befriedigten offensichtlich die Kommandostellen des Warschauer Vertrags nicht. Der Chef des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte kritisierte, dass für den Fünfjahrplanzeitraum 1981-1985 von 80 unterbreiteten Empfehlungen des Oberkommandierenden zu Lizenznahmen nur 30 realisiert wurden. Auf der 48. Tagung der SKV stellte er fest, dass die Empfehlungen des Oberkommandierenden für den Fünfjahrplanzeitraum 1985-1990 nur etwa zu 85% eingehalten wurden. Demnach bestanden Differenzen zwischen den militärischen Forderungen und den ökonomischen Realitäten.

Die internationale Koordinierung der Lieferpläne für Bewaffnung und militärische Technik war Bestandteil des planwirtschaftlichen Systems, sie erwies sich als wirksames Instrument für die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags, sie erhöhte die Planungssicherheit und förderte die Arbeitsteilung.

Über die genannten Aufgabengebiete hinaus standen vor der Ständigen Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie weitere Aufgaben, wie z.B.:

- Unifizierungs- und Standardisierungsmaßnahmen,
- Ausarbeitung und Einführung des Einheitlichen Materialkodes (EMK),
- rationellen Gestaltung der Produktionsprozesse in der Verteidigungsindustrie,
- Auswertung von Vorkommnissen in der Pulver- und Sprengstoffindustrie und die Einführung hoher Sicherheitsstandards,
- Maßnahmen zur Ablösung von Produkten aus den westlichen Staaten und Maßnahmen, die sich aus den Beschränkungen der COCOM-Liste ergaben .

4.3. Der spezielle Außenhandel

Der spezielle Außenhandel der DDR war zunächst fast ausschließlich auf die Realisierung der Importe für die bewaffneten Organe der DDR und den Abschluss und die Realisierung von Lizenzverträgen für die spezielle Produktion der DDR orientiert. Der spezielle Export erreichte erst in den späteren Jahren nennenswerte Größenordnungen. Für den Aufbau und die weitere Entwicklung der Streitkräfte der DDR stellten Importe von Bewaffnung und Ausrüstung, vorwiegend aus der UdSSR, den Grundpfeiler dar. Die Importe der DDR konzentrierten sich in

den ersten Jahren des Bestehens bewaffneter Kräfte vorwiegend auf Lieferungen und Leistungen aus der UdSSR. Später stiegen anteilmäßig die Importe auch aus den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags. Im Abkommen 1986-1990 betragen die Lieferungen aus der UdSSR 60,3% der gesamten speziellen Importe.

Für die Periode des Aufbaus nationaler Streitkräfte der DDR gewährte die UdSSR Sonderbedingungen in Form von Krediten und zeitweiliger Übergabe durch sie genutzter Bewaffnung und Militärtechnik. Im „Abkommen zwischen der Regierungen der DDR und der Regierung der UdSSR über die Verrechnungsbedingungen für Lieferungen von Waffen und militärtechnischer Ausrüstung an die DDR in den Jahren 1956 - 1961“ vom 07. Juni 1957⁶⁴ wurde festgelegt, dass für 2/3 des zu liefernden Warenwertes durch die sowjetische Seite ein Kredit erteilt wird, der in Höhe von 2% verzinst wird und innerhalb von 10 Jahren zu tilgen ist. Die Zahlung des restlichen Drittels erfolgt nach den Bedingungen der gültigen Handelsabkommen zwischen beiden Ländern. Im Protokoll vom 10. Mai 1957 Artikel 1⁶⁵ heißt es: „ Die Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken übergibt im Jahre 1957 der Deutschen Demokratischen Republik zur zeitweiligen Nutzung 300 Stück Panzer T-34-85, die sich schon in Betrieb befinden, mit einer Betriebsreserve von nicht weniger als 100 Motorstunden und je 3 Kampfsätzen 85 mm Panzermunition als bewegliche unantastbare Reserve.“ 1958 wurde ein weiteres Protokoll⁶⁶ zur zeitweiligen Nutzung weiterer 200 Panzer gleichen Typs unterzeichnet. In einem Abkommen von 1961 wurde über diese Protokolle hinaus und gegen Bezahlung die Lieferung folgender genutzter Bewaffnung und Militärtechnik geregelt: Flugzeuge MIG-15; MIG-17; IL-28; Panzer T-34-85; 122-mm Haubitzen; 85-mm Kanone D-44 (alle genannten Typen mit Munition), sowie die Lieferung von Maschinenpistolen des Typs PPSch. Die genannten Vergünstigungen waren für die DDR eine wichtige Voraussetzung zum Aufbau der Nationalen Volksarmee. Die Gewährung derartig günstiger Bedingungen kurze Zeit nach Beendigung des Zweiten Weltkrieges zeugt vom Interesse der sowjetischen Seite am schnellen Aufbau von Streitkräften in der DDR. An dieser Stelle sei nochmals darauf verwiesen, dass auch die Bundeswehr für ihren Aufbau kostenlose Militärtechnik aus Beständen der US-Armee erhielt. Sicher diente auch hier das Interesse der USA an einem schnellen Aufbau der Bundeswehr als Grundlage dieser Entscheidung. Die

⁶⁴ BA-MA Freiburg, DVW 1/ 53 062, Abkommen zwischen der Regierungen der DDR und der Regierung der UdSSR über die Verrechnungsbedingungen für Lieferungen von Waffen und militärtechnischer Ausrüstung an die DDR in den Jahren 1956 - 1961“ vom 07. Juni 1957

⁶⁵ BA-MA Freiburg, DVW 1/53104, „Protokoll über die Übergabe von Panzern T 34-85 an die DDR“ für 1957, Blatt 1f

⁶⁶ BA-MA Freiburg, DVW 1/ 53 065, „Protokoll über die Übergabe von Panzern T 34-85 an die DDR“ für 1958, Blatt 1f

Armeen beider deutscher Staaten wurden somit fast gleichzeitig mit Waffen des Zweiten Weltkrieges aus Beständen der Hegemonialmächte ausgerüstet.

Für die Ausrüstung der Teilstreitkräfte der NVA mit Raketentechnik, darunter auch mit Trägermitteln wurde am 06. September 1961 ein gesondertes Abkommen⁶⁷ abgeschlossen. Danach erhielt die DDR in den Jahren 1961 bis 1965 die Fla-Raketenkomplexe SA-75M (DWINA) und ab 1962 die operativ-taktischen Raketen R-11M (8K11), ungelenkte taktische Raketen „LUNA“, Panzerabwehrkomplexe „SCHMEL“, den Küstenraketenkomplex „SOPKA“, Raketenschnellboote Projekt 205 mit Flügelraketen P-15 und als Raketenbewaffnung der Jagdflieger die Luft-Luft-Raketen K-13. Im genannten Lieferabkommen für die NVA Artikel 1 wird über die Spezialköpfe festgelegt: „Der Wert der Spezialköpfe, deren Verrechnung von diesem Abkommen nicht vorgesehen wird, ist in der genannten Summe nicht enthalten“, und in der Anlage zum Abkommen heißt es dazu. „Die Spezialköpfe werden in der UdSSR gelagert.“

Die Ausrüstung der Bundeswehr mit Trägermitteln erfolgte bereits ab 1958. Der Bundeswehr wurde dabei, im Gegensatz zur DDR, ein „Mitspracherecht“ für die Zielauswahl zugesprochen, die BRD wurde in die nukleare Planungsgruppe (NPG) aufgenommen.

Der Importanteil an den materiellen Gesamtausgaben der NVA wuchs von etwa 29% im Jahre 1972 bis auf etwa 40% in den 80er Jahren.

Im Rahmen der MÖI erfolgten Lieferungen von Erzeugnissen der speziellen Produktion der DDR an die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags. Die ersten Lieferungen sind wahrscheinlich darauf zurückzuführen, dass Betriebe der DDR bzw. der damaligen SBZ, für die Besatzungsmacht Lieferungen erbrachten. Diese Positionen wurden offensichtlich auch in den weiteren Jahren an die UdSSR geliefert. Als Beispiele dafür gelten, Kettenglieder und Kettenbolzen für Panzer, Feldfernkabel und optische Geräte. Erstmals erscheinen im Lieferabkommen zwischen der DDR und der UdSSR 1963-1965 Lieferungen aus der DDR, ohne Benennung des Gesamtwertes. Als Positionen wurden aufgeführt: Feldfernkabel, Kettenglieder und Kettenbolzen für den Panzer T-54, Ersatzteile für das Flugzeug IL-14, Funkpeiler und Objektive. Das Abkommen für die Jahre 1966-1970 enthielt die gleichen Positionen mit erhöhtem Lieferumfang, darüber hinaus waren Ersatzteile für die Panzer T-34 und IS-2 sowie Schutzhandschuhe enthalten. Für die Jahre ab 1971 gilt folgende Tabelle:

Tabelle 7

⁶⁷a.a.O. BA-MA Freiburg, DVW 1/ 53 111, Abkommen vom 06.09.1961, Bl.1 und Anlage

Lieferabkommen zwischen der DDR und der UdSSR von 1971 bis 1990

Angaben in Rubel

Zeitraum	Lieferungen aus der UdSSR		Lieferungen aus der DDR	
	Lieferumfang	Zuwachs in %	Lieferumfang	Zuwachs in %
1971-1975	1.168.000.000		32.600.000	
1976-1980	1.620.000.000	38,6	142.000.000	335
1981-1985	2.520.000.000	55,5	350.000.000	146
1986-1990	3.310.000.000	31,3	2.000.000.000	471

Die Lieferpositionen für die Zeiträume bis 1971 blieben auch für die weitere Zeit erhalten. 1971-1975 wurden Tarnsätze, Abdeckplanen für Kfz und abgestellte Militärtechnik sowie Pistolenschießstände als neue Positionen aufgenommen. Die Lieferungen für den Panzer T-34 wurden durch Lieferungen für modernere Panzertechnik ersetzt. Die Steigerung der DDR-Exporte in die UdSSR für den Zeitraum 1976-1980 ergab sich aus Erhöhungen der Liefermengen bei den ständigen Lieferpositionen und durch Lieferungen von 4 Systemen der automatischen Küstenbefeuerng „STUSNO“. Waren die bisherigen Steigerungsraten von Lieferungen aus der DDR in die UdSSR vorwiegend auf quantitative Erhöhungen zurückzuführen, so sind für die späteren Jahre, bei Beibehaltung der bisherigen Lieferpositionen qualitative Veränderungen zu verzeichnen.

Das Lieferabkommen 1981-1985⁶⁸ enthielt u. a. folgende Lieferungen aus der DDR:

Lizenzproduktion:	- Zielsuchkopf „INEJ-70“ der Luft-Luft-Rakete K-13	9.500 Stück
	- Startvorrichtungen der Typen PK-16 und FASTA (MTU-49 für die Raketen STRELA 3)	je 3.000 Stück
Eigenproduktion:	- LKW-Fahrzeugplanen,	32.500 Stück
	- Tarnsätze,	165 T Satz
	- Pistolenschießstände.	3.500 Stück

Das Lieferabkommen für den Zeitraum 1986-1990⁶⁹ sah eine weitere Steigerung für Lieferungen aus der DDR an die UdSSR vor, darunter:

⁶⁸ BA-MA Freiburg, DVW 1/53149, Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über die gegenseitigen Lieferungen von Rüstungsgütern in den Jahren 1981-1985

⁶⁹ BA-MA Freiburg, DVW 1/53194, Abkommen zwischen der Regierung der DDR und der Regierung der UdSSR über die gegenseitigen Lieferungen von Rüstungsgütern in den Jahren 1986-1990

Lizenzproduktion: Zielsuchkopf „INEJ-70“; Feuerleitgeräte TPKD-1 für den Panzer T-72; Panzerabwehrkraketen 9M113 „KONKURS“.

Eigenproduktion: Unterseebootjäger 131.1M; Raketen-Artillerieboot 151; Transport- und Hebeschiffe; Brückenlegepanzer für den Panzer T-72 (ohne Fahrgestell); Flugzeugtarnsätze; Kino-Rundfunkwagen; Metalldetektoren

Die Mehrzahl dieser Positionen war auch für Lieferungen an die anderen Teilnehmerländer der SKV vorgesehen.

Real wurden die im Abkommen 1986-1990 festgeschriebenen Größen besonders in den Jahren 1989 und 1990 aus folgenden Gründen nicht erreicht: etwa ab dem Jahre 1988 wurden die Ergebnisse der Wiener Abrüstungsverhandlungen wirksam, die Länder reduzierten ihre Importe; die vorgesehenen Lieferungen des Raketen-Artillerieboots 151 und die Lieferungen der Transport- und Hebeschiffe an die UdSSR erwiesen sich als nicht realisierbar; die politischen Veränderungen in den Vertragsstaaten zeigten ihre Wirkung.

Für die DDR war der hohe Importanteil der kampfkraftbestimmenden Bewaffnung und militärischen Ausrüstung ein unbestreitbarer Vorteil (Verzicht auf Entwicklungskosten, Erprobungen, Investitionen, zusätzliche Arbeitskräfte u. a.). Entsprechend den Festlegungen des RGW erfolgte der Warenaustausch zwischen diesen Staaten auf der Basis gegenseitiger Verrechnungen (Clearing). Die Differenz zwischen Import- und Exportleistungen auf speziellem Gebiet wurde mit zivilen Erzeugnissen (Schwermaschinenbau, Schiffe, Schienenfahrzeuge, Krane, Konsumgüter etc.) ausgeglichen.

Auf die Preisbildung für Bewaffnung und Militärtechnik wirkte eine Reihe von Faktoren unterschiedlicher Art. Innerhalb der SKV bestand kein einheitliches Preissystem. Die strukturellen Voraussetzungen der Verteidigungsindustrie in den Ländern waren differenziert. Das System der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR unterschied sich, wie bereits erwähnt, in wesentlichen Punkten von dem der UdSSR und der anderen Länder. Die Preisbildung für Bewaffnung und Militärtechnik in der DDR erfolgte, unter Berücksichtigung bestimmter Besonderheiten, nach den in der Volkswirtschaft der DDR geltenden Prinzipien. Einflüsse nationalen Ursprungs, wie z.B. die Kalkulationsbedingungen, die Industriepreisreform der DDR, und auch internationale Einflüsse, wie z.B. der Auftrieb der Erdölpreise in den 70er Jahren, wirkten in unterschiedlicher Art und Weise auf die Herstellerbetriebe für Waffen und militärische Ausrüstung. Die Beschaffung von Bewaffnung und Militärtechnik erfolgte in der DDR auf vertraglicher Grundlage, das in der UdSSR bestehende Auftragssystem führte zu einer anderen Preisstruktur und damit zu niedrigeren

Preisen, als es beim Vertragssystem der Fall war. Trotz der genannten Unterschiede wirkten auch übergreifende Tendenzen auf die Preisentwicklung. Aus diesem Grunde wurden, u. a. auch wegen der Preisentwicklung bei Erdöl, in den 70er Jahren in drei Etappen Preiskorrekturen vorgenommen, die insgesamt zu einer etwa 30%-gen Preissteigerung führten. Besonders bei den Lieferungen aus der UdSSR wurden diese Kostenfaktoren, bestimmt auch dadurch, dass der größte Umfang der produzierten Erzeugnisse für die eigenen Streitkräfte vorgesehen war, nur minimiert auf die Außenhandelspreise übertragen. Damit wurde ein Teil der innerstaatlichen Regularien der UdSSR auch für die Außenhandelspartner wirksam. Grundsätzlich war die UdSSR nicht an hohen oder überzogenen Außenhandelspreisen interessiert, da die finanziellen Auswirkungen zwangsläufig zu Kürzungen oder Reduzierungen in der militär-technischen Ausrüstung der anderen Vertragsstaaten geführt hätten.

Kompliziert war die Preisgestaltung bei Gemeinschaftsproduktionen. Der Gesamtpreis des gemeinschaftlichen Erzeugnisses beruhte auf der Summe der Einzelpreise der Zulieferer, er konnte demzufolge erst nach Abschluss der Preisberechnungen aller beteiligten Produzenten ermittelt werden. Bis dahin bestand für potentielle Abnehmer eine preisliche Grauzone, die wiederum für Lieferverhandlungen hinderlich war. Als Beispiel dieser komplizierten Preisgestaltung kann die Gemeinschaftsproduktion des Panzers T-72 in der CSSR und der VRP dienen. Im Jahre 1983 lieferte die UdSSR den Panzer T-72 für 805.000 Rubel (entspricht etwa 3,7 Mio. Mark der DDR Valutagegenwert), ein gemeinschaftlich hergestellter Panzer gleichen Typs wurde für 1.381.485 Rubel (etwa 6,4 Mio. Mark Valutagegenwert), also für den 1,7-fachen Preis geliefert.

Preise und Effizienzbedingungen des militärischen Beschaffungssystems der UdSSR waren Gegenstand mehrerer Untersuchungen. Aus den USA wurden die Untersuchungen des Pentagon und der Rand-Corporation bekannt, in den europäischen NATO-Staaten gab es ähnliche Studien. Im Großen und Ganzen gehen diese Untersuchungen nach Vergleichen der Technik aller Teilstreitkräfte von etwa gleichwertiger Qualität sowjetischer und westlicher Waffentechnik aus. Es wurden u. a. Konstruktionsprinzipien der Waffen und Bedingungen des Waffenentstehungs- und -beschaffungsganges untersucht.

Von den Konstruktionsprinzipien der sowjetischen Bewaffnung werden hervorgehoben:

- die technologische Einfachheit und
- konsequente Einhaltung bewährter Konstruktions- und Entwicklungslinien,
- Vermeidung von „technologischen Sprüngen“, sowie,

- der hohe Standardisierungsgrad in den Armeen des Warschauer Vertrages, der durch das einheitliche System der Bewaffnung und Ausrüstung erreicht wurde.

Alle diese Faktoren wirken preismindernd und vorteilhaft für die Ausbildung und Nutzung der Technik und besonders im Falle erforderlich werdender gemeinsamer Kampfhandlungen der verbündeten Armeen. Die Autoren dieser Untersuchungen stellten dagegen die bei westlicher Militärtechnik oft überzogene und militärisch nicht unbedingt erforderliche „Komplexität“ der Waffen fest. So schreibt u. a. B.J. Köppl: „Die Rüstungsindustrie fordert hohe Technologien, weil sich mit ihr erhebliche Vorteile erzielen lassen. Zum einen gehen mit einer hohen Technologie umfangreiche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten einher, die von der öffentlichen Hand bezahlt werden, sich aber auch für den zivilen Geschäftsbereich vorteilhaft nutzen lassen. Zum anderen ist sie sich der Vorzüge bewusst, wenn sie sich im Zuge der Tendenz zu hochkomplexen Rüstungsgütern und der damit einhergehenden Spezialisierung dem Konkurrenzmarkt entzieht und den Monopolisierungsprozess beschleunigt.“⁷⁰ Und weiter: „Und ein zusätzlicher Vorteil dürfte ausreichende Anreize zur Steigerung der Komplexität verschaffen: Mit hochkomplexen Waffen, die in der Truppe eingeführt werden, wird die Materialhaltung, Wartung und Instandsetzung zwangsläufig von der Truppen- zur begehrten Industrieinstandsetzung hin verlagert.“⁷¹ Die Problematik der überhöhten taktisch-technischen Forderungen an neue Bewaffnung erscheint auch für die heutige Situation von Bedeutung, sie hat außer der „gewinnträchtigen“ Seite ihre Ursachen auch im „Überlegenheitsdenken“ und äußert sich u. a. in Bezeichnungen, wie „die beste Artillerie“, das „teuerste Kriegsschiff“ u. a.

Bezüglich des Waffenentstehungs- und -beschaffungsganges in der UdSSR werden als Vorteile gegenüber westlichen u. a. erwähnt:

- der um etwa 30% geringere Aufwand an Ingenieurstunden bei der Entwicklung von Flugzeugen (ermittelt durch Rand-Corporation S. 169) und
- der in der UdSSR existierende „Prototypwettbewerb“ von mindestens 2-3 Anbietern für jede Entwicklung, der, im Vergleich zum gleichfalls untersuchten Herangehen in den NATO-Staaten, einen echten Wettbewerb darstellt

Außer den genannten Faktoren ist noch ein weiteres Ergebnis der Untersuchungen von Köppl und anderen Autoren interessant, sie weisen nach, dass die Beschaffungspreise bei Waffensystemen der NATO etwa um 30% überhöht sind.

⁷⁰ Köppl, Bruno J. „Rüstungsmanagement und Verteidigungsfähigkeit der NATO“, Donau Verlag München 1979, in der Reihe Münchener Hochschulschriften, Reihe Staatswissenschaften, S. 125

⁷¹ ebenda S. 126

Im Ergebnis der Untersuchung ist festzustellen, die Militär-ökonomische Integration (MÖI) stellte im Rahmen der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR (ÖSLV) ein bedeutsames Teilgebiet dar. Über sie erfolgten die Arbeiten zur Vorbereitung und Realisierung des Imports der Bewaffnung und Militärtechnik und die Gestaltung der Prozesse der Arbeitsteilung. Für die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags bot sie die Möglichkeit der gemeinsamen Realisierung von Aufgaben der ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung und somit zur Wahrnehmung ihrer Interessen. Der Führungsmacht bot sie die Möglichkeit ihre Interessen zu sichern. Das einheitliche System der Bewaffnung und Militärtechnik dient als Grundlage der MÖI. Die Organisationsform und die Methoden der Tätigkeit gewährleisteten das erforderliche Zusammenwirken zwischen der militärischen Seite und der Wirtschaft (Industrie). Die praktizierten Methoden der Spezialisierung der Produktion, der Kooperation und der internationalen Plankoordination waren nutzbringend, sie entsprachen dem sozialistischen Planungssystem der Teilnehmerstaaten. Die Maßnahmen der MÖI verliefen nicht problemlos, sie erforderten einen hohen Zeitaufwand, nicht immer gelang es die verschiedenen Interessen der einzelnen Länder in Übereinstimmung zu bringen. Die internationalen Treffen fanden stets in einer sachlichen, oft freundschaftlichen Atmosphäre statt. Die Wirtschaftlichkeit der einzelnen Prozesse wurde bei der Vorbereitung von Entscheidungen unterschätzt, das wirkte sich oft nachteilig auf die Prozesse der Integration aus. Die DDR leistete im Rahmen der MÖI ihren Beitrag zur materiell-technischen Ausstattung der Armeen der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrags.

5. Die Planung von Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand

Die Vorbereitung von Maßnahmen für einen möglichen Verteidigungszustand ist Bestandteil der Sicherheits- oder Verteidigungspolitik von Staaten und Bündnissen. Das trifft zu für die NATO, traf zu für den Warschauer Vertrag, wie auch für die DDR und die BRD. Die Teilnehmerstaaten der NATO erarbeiteten und realisierten faktisch von der Gründung der NATO an Infrastrukturprogramme zur Vorbereitung der Territorien auf einen möglichen Verteidigungszustand als Kriegsschauplatz, regelten die Reservebildung von Treibstoffen und Verbrauchsmaterialien. Praktiziert wurde die Einlagerung von Bewaffnung und Ausrüstung ganzer Divisionen der USA auf dem Territorium der BRD. Die gesetzgebenden Organe der Bundesrepublik erließen zu einem frühen Zeitpunkt die so genannten „Notstandsgesetze“ als

juristische Grundlage für die Handlungsfähigkeit der Exekutive in einem „Verteidigungsfall“. Zu diesen Vorbereitungsmaßnahmen ist auch die Errichtung von Schutzbauten für militärische und zivile Führungsorgane zu zählen, sowie die Durchführung von Übungsmaßnahmen der zivilen Organe sowie im Zusammenwirken mit den Organen der Verteidigung. In der BRD ist das Bundesamt für „Zivile Verteidigung“ das zuständige Organ für diese Aufgaben.

In einer Betrachtung zu dieser Problematik schreiben Wissenschaftler der Bundeswehruniversität in einer Gesamtbetrachtung zur Bundeswehr:

"Solange Sicherheitspolitik darauf beruht, einer denkbaren Bedrohung ein einigermaßen gleichgewichtiges Abwehr-Potential entgegen zu halten um das Risiko eines Angriffs für einen Gegner unvertretbar hoch erscheinen zu lassen, solange gehören nicht nur die *präsenten* Mittel einer Abwehr zu dieser Abschreckung sondern auch die Fähigkeit, die bereits vorhandenen Abwehrkräfte jederzeit *vor Kriegsbeginn* auf einen Stand zu bringen, der den Anforderungen entspricht, die eine *volle* Verteidigungsbereitschaft an die Gesamtkräfte stellt. Dies wird umso wichtiger, je weniger Kriege mit Kriegserklärungen beginnen und besonders dort, wo die Verteidigungspolitik ausschließlich auf Defensive ausgerichtet ist."⁷² Diese Auffassung der Wissenschaftler der Bundeswehruniversität München traf auch für die Arbeiten zur Vorbereitung der Volkswirtschaft der DDR auf einen möglichen Verteidigungszustand zu, die auch in der DDR Bestandteil der Sicherheitspolitik waren.

Die konkreten Arbeiten zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand in allen gesellschaftlichen Bereichen (im Folgenden Vorbereitungsarbeit genannt) in der DDR begannen Ende der 50er Jahre. Zunächst konzentrierten sie sich auf das Ministerium für Nationale Verteidigung und die Ministerien für Verkehrswesen, Post- und Fernmeldewesen. Erstmals werden im „Protokoll“ vom 11. April 1958 unter dem Punkt Fragen der „Operativen Vorbereitung des Territoriums des Landes“ diese Aufgaben behandelt und festgelegt: „Der Plan der operativen Vorbereitung des Territoriums des Landes wird nach Bestätigung durch die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bis 1. Januar 1959 dem Stab der Vereinten Streitkräfte zugestellt.“⁷³

Die nicht befriedigenden Ergebnisse der zuständigen Organe der DDR auf diesem Gebiet

⁷² Bертold, Heinz, Dr. und Oberst i. G., Leppig, Georg, "Die Bundeswehr – Eine Gesamtdarstellung" hier Band 12, Zivil – Militärische Zusammenarbeit (ZMZ), Kernfunktion der Gesamtverteidigung, Walhalla u. Pretoria Verlag 1980

⁷³ BA-MA Freiburg, DVW-1 / 53 105; Protokoll der Verhandlungen zur Vereinbarung der Veränderungen des Planes der Entwicklung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik“ 08.bis 10. April 1958, Bl. 5

waren besonders 1960 Gegenstand mehrerer Konsultationen und Beratungen mit der sowjetischen Seite.

Die Bemühungen, die Mobilmachungsaufgaben über die Ständige Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie zu lösen führten zu keinem Ergebnis, da diese Kommission eine Organisation der Verteidigungsindustrie, aber nicht der Ministerien für Verteidigung darstellte. Deshalb erfolgten mehrseitige Koordinierungen ab 1960 über die „Gemeinsamen Beratungen der Generalstäbe und der Staatlichen Plankommissionen der Teilnehmerstaaten“. Mit der Zuspitzung der Berlinkrise erhöhte sich auch die Gefahr militärischer Handlungen. „Vom Frühjahr bis zum Herbst 1961 führten sowohl die NATO als auch der Warschauer Pakt militärische Demonstrativhandlungen durch, erhöhten die Gefechtsbereitschaft ihrer Streitkräfte und bekräftigten ihre Entschlossenheit, auch vor einer atomaren Auseinandersetzung nicht zurückzuschrecken.

Für die militärischen Erwägungen des Warschauer Vertrags war die gemeinsame zweistufige Kommandostabsübung unter Leitung von Marschall Gretscho (23. bis zum 30. Mai 1961) von entscheidender Bedeutung⁷⁴ Diese Übung zeigte u. a., die DDR war zu diesem Zeitpunkt völlig unzureichend auf eine Mobilmachung vorbereitet. Der Minister für Nationale Verteidigung berichtete darüber dem Nationalen Verteidigungsrat (NVR) auf seiner Sitzung am 23. Juni 1961. Der Nationale Verteidigungsrat traf deshalb Entscheidungen, die auf den Aufbau der Grundlagen einer Vorbereitungsarbeit in der DDR gerichtet waren. Bereits auf seiner Sitzung vom 29.11.61 bestätigte der NVR eine „Vorläufige Ordnung für die Berechnungsarbeit in der Volkswirtschaft“, mit der die Verantwortlichkeiten und Aufgaben für die ersten Schritte auf diesem Gebiet bestimmt wurden. Die Gesamtverantwortung wurde dem Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR übertragen. Zu diesem Zeitpunkt wurden auch die Termini „Berechnungsarbeit“ bzw. „Berechnungsplanung“ eingeführt. Dabei handelte es sich um eine aus der russischen Übersetzung abgeleitete deutschsprachige Version, die zum Ausdruck bringen sollte, dass die Pläne nur zu berechnen, ihre Inkraftsetzung und Realisierung jedoch erst für den Verteidigungszustand vorgesehen waren. Diese Begriffe hielten sich bis zum Ende der DDR, vor allem in Verbindung mit Plandokumenten und Planungsarbeiten. Daneben und als Oberbegriff bürgerte sich in den 70er Jahren immer mehr die Bezeichnung „ökonomische Vorbereitungsarbeit“ ein, die eine gewisse Abgrenzung z.B. gegenüber Zivilverteidigungsaufgaben zum Ausdruck bringen

⁷⁴ Schunke, Joachim Dr. Oberst a.D. 13. August 1961 – die Sicherung der Staatsgrenze, in „Die Grenzen der DDR“, Berlin 2004, Edition Ost, Seite 162

sollte. Außerdem wurde 1961 als Tarnname für die damit befassten Organe und Struktureinheiten der Begriff „Wirtschaftsstatistik“ eingeführt, der jedoch schon 1967 durch Bezeichnungen wie „Abteilung I“ ersetzt wurde⁷⁵.

Der Nationale Verteidigungsrat der DDR behandelte die Fragen der Vorbereitung des Territoriums und der Volkswirtschaft auf den Verteidigungszustand auf mehreren Sitzungen. Auf die endgültige Gestaltung der Vorbereitungsarbeit in der DDR wirkten insbesondere zwei Einflussrichtungen, das waren einmal die sich in qualitativer und quantitativer Hinsicht verändernden Forderungen der Vereinten Streitkräfte und es waren zum anderen die in der DDR vorgenommenen Veränderungen in der Organisationsstruktur und damit auch in den Zuständigkeiten für diese Aufgaben.

Die Veränderung der Forderungen der Vereinten Streitkräfte wird aus dem Vergleich folgender Protokolle sichtbar. Das Protokoll vom 31. März 1961⁷⁶ enthält im Rahmen der Mobilmachung neben der Einberufung von Arbeitskräften aus der Wirtschaft bereits Aufgaben zur Aufstellung von Spezialformationen, wie Eisenbahnbaubrigaden, Straßenbau- und Kommandantenbrigaden sowie Brückenbaubrigaden die aus volkswirtschaftlichen Kapazitäten erfolgen sollten. In diesem Dokument wird weiterhin gefordert Treibstoffe aus dem Aufkommen der DDR für die Versorgung der verbündeten Streitkräfte vorzuhalten und der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland Kfz-Einheiten zur Verfügung zu stellen. Damit erfolgte 1961 erstmals eine konkrete Aufgabenstellung für die Vorbereitung von Mobilmachungsmaßnahmen. In diesem Dokument wurde ebenfalls eine Präzisierung des Mobilmachungsplanes im Verlaufe des Jahres 1961 festgelegt. Entscheidende Veränderungen der Forderungen der Vereinten Streitkräfte ergaben sich mit dem Protokoll vom 17.05.1967. Dieses Dokument enthielt außer den bereits in vorhergehenden Protokollen enthaltenen Aufgaben ein spezielles „Verzeichnis der wichtigsten Maßnahmen zur operativen Vorbereitung des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik als Teil des Kriegsschauplatzes für den Zeitraum 1966 bis 1970“ In diesem Verzeichnis wurden konkrete Maßnahmen bei der Eisenbahn, den Straßen, den Binnen- und Hochseewasserstraßen, den Luftwegen, dem Nachrichtenwesen sowie der Einrichtung von Basen und speziellen Lagern

⁷⁵ Nach Ausführungen des ehemaligen Mitarbeiters der Staatlichen Plankommission, Frank Mühlefeld, der als Zeitzeuge seine Erinnerungen aufgeschrieben hat. Eine Ausfertigung befindet sich im Archiv des Autors

⁷⁶ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 109; „Protokoll zwischen den Verteidigungsministerien der Deutschen Demokratischen Republik, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und dem Oberkommando der Vereinten Streitkräfte über Fragen der weiteren Entwicklung der Streitkräfte der Deutschen Demokratischen Republik, die sich aus dem Warschauer Vertrag ergeben“ vom 31.03.1961, Bl. 4f

gefordert⁷⁷. Die genannten Veränderungen der Organisationsstruktur wirkten sich auf die Entwicklung der ökonomischen Vorbereitungsarbeit der DDR z. B. besonders durch solche Maßnahmen aus:

- Die bereits im Abschnitt „Entwicklung der speziellen Produktion“ beschriebene Bildung und spätere Wiederauflösung des Volkswirtschaftsrates der DDR. Damit war jeweils eine Umverteilung der Verantwortung verbunden. Die Auswirkungen auf die Vorbereitungsarbeit zeigten sich ähnlich, wie die im genannten Abschnitt auf die Volkswirtschaft wirkenden.
- Eine weitere organisatorische Veränderung ergab sich durch die 1967 vollzogene Bildung der Hauptverwaltung Planung beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR. Dieses Organ sollte die Vorbereitungsarbeit planen und leiten, ohne dass es im volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozess eine Verantwortung zu tragen hatte. Damit stand die Hauptverwaltung Planung neben der im System der Planwirtschaft wirkenden Verantwortungslinie – Staatliche Plankommission – Industrieminister – Kombinat – Betrieb. Im Jahre 1973 wurde die Gesamtverantwortung für die ökonomische Vorbereitungsarbeit wieder der Staatlichen Plankommission übertragen. Es wurde so auch auf diesem Gebiet die Entscheidung getroffen, wie sie bei der speziellen Produktion bereits Praxis war – die Verantwortung dort wahrzunehmen, wo sie auch insgesamt für die wirtschaftliche Entwicklung lag.

Die weiteren Darlegungen dieses Abschnitts beziehen sich auf die seit 1973 in der DDR wirkenden Organisationsformen und Verantwortungsprinzipien.

5.1. Forderungen an die Volkswirtschaft für den Verteidigungszustand

Bei der Planung von Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand war davon auszugehen, dass in einem solchen Fall das Territorium der DDR Aufmarsch-, Durchmarsch- und Handlungsgebiet wurde. Daraus leiteten sich Anforderungen aus der Sicht der DDR und der Vereinten Streitkräfte ab.

Die Maßnahmen zur Vorbereitung auf den Verteidigungszustand umfassten zwei Richtungen:

- die Operative Vorbereitung des Territoriums zum Zwecke der Gewährleistung der Handlungsmöglichkeiten der Streitkräfte auf dem Territorium; und

⁷⁷ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 112, „Protokoll zu Fragen der weiteren Entwicklung der Nationalen Volksarmee der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1967 bis 1970“ vom 17. 05. 1967, Bl. 6 und Bl. 18ff

- die Vorbereitung der Handlungen der staatlichen Organe, der Wirtschaft
- sowie der Bevölkerung auf die Verkündung eines Verteidigungszustandes durch die dafür kompetenten Organe.

Darin eingeschlossen waren solche Maßnahmen wie:

- die Vorbereitung der wirtschaftlichen Mobilmachung sowie der Mobilmachung der nichtmateriellen Bereiche,
- die Erfüllung der den staatlichen Organen übertragenen Aufgaben für die militärische Mobilmachung,
- der Bau von Schutzräumen für Führungsstellen, für den Zivilschutz der Bevölkerung und von Schutzbauten für festgelegte Wirtschaftsobjekte bzw. der Vorbereitung ihrer kurzfristigen Realisierung in einer Spannungsperiode nach Entscheid der Führung, sowie
- die Anlage von Reserven für die Erfüllung der vorgenannten Aufgaben.

Die Anforderungen an die Volkswirtschaft der DDR seitens der Vereinten Streitkräfte sind in den bereits o. g. Protokollen des Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte mit der DDR-Führung enthalten, sie umfassen im wesentlichen Maßnahmen zur Vorbereitung der Mobilmachung, der Bevorratung, der Vervollkommnung der rückwärtigen Sicherstellung der Streitkräfte und ihrer technischen Sicherstellung und Maßnahmen zur Vorbereitung des Territoriums der DDR auf den Verteidigungszustand.

Um die Größenordnungen darzustellen, die hier eine Rolle spielten, sei auf Folgendes verwiesen:

In dem Protokoll für den Zeitraum 1971 – 1975 wurden u. a. die Stärken der NVA abgestimmt. Danach war Gesamtstärke vorgesehen:

in der Friedenszeit: 145-150.000Mann

in der Kriegszeit: 340.340 – 360.000 Mann.

Dazu kamen die sich daraus ergebenden materiellen Anforderungen, die die NVA selbst an die Volkswirtschaft zur Realisierung ihrer Entfaltung stellte. Das bedeutete für die Volkswirtschaft die Einberufung von ca. 200.000 Mann vorzubereiten, ihre materielle Sicherstellung zu organisieren und die voraussichtlichen Wirkungen zu mindern. Es ist also festzustellen, dass erhebliche Kapazitäten aus der Volkswirtschaft für die Streitkräfte zur Verfügung zu stellen waren und diese sich bei den vorhandenen Verflechtungen gravierend auf die ihre Funktionsfähigkeit auswirkten. Die Ermittlung der Auswirkungen auf die Industriezweige und Territorien war Bestandteil der volkswirtschaftlichen Planungs- und

Bilanzierungsarbeiten der Staatlichen Plankommission und der anderen Staats- und Wirtschaftsorgane.

Das oben bereits benannte „Verzeichnis der wichtigsten Maßnahmen zur operativen Vorbereitung des Territoriums der DDR als Teil des Kriegsschauplatzes“ aus dem Protokoll vom 17.05.1967 umfasste einen Katalog von zumeist Investitionsmaßnahmen, die im Rahmen der Volkswirtschaftspläne im Frieden zu realisieren waren. Sie hatten zum Ziel, Voraussetzungen zu schaffen, die Bewegung der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der DDR zu erleichtern und basierten daher auf Forderungen des Oberkommandos der Vereinten Streitkräfte. Sie bezogen sich vor allem auf das Transport- und Nachrichtenwesen, in geringerem Umfang auch auf das Gesundheitswesen und andere Bereiche. Die Forderungen sind nach Hauptrichtungen, Rochadestrecken und Umladeräume gegliedert. Es war in den Jahren nach 1973, nach Wiederherstellung ihrer Verantwortung für diese Aufgaben, Auffassung und Handlungsweise der Staatlichen Plankommission eine Optimierung dieser Anforderungen mit der konzipierten volkswirtschaftlichen Entwicklung zu erreichen. Das Problem bestand darin, dass die Nachrichten- und Verkehrsverbindungen in der Volkswirtschaft der DDR im Prinzip von Süd nach Nord verliefen, während die militärischen Anforderungen im wesentlichen Verbindungen von Ost nach West verlangten. Auch spätere Protokolle stützen sich auf die benannte Gliederung. Ergänzungen erfolgten für die „Technische Sicherstellung“, so z.B. enthält das Protokoll vom 05.12.1985 die Aufgabe zur „Bereitstellung von Instandsetzungs- und Industriebetrieben der DDR zur Durchführung der mittleren und Hauptinstandsetzungen von Bewaffnung und Kampftechnik der Vereinten Streitkräfte sowie die Entfaltung technischer Hilfsposten auf den Marschstraßen der verbündeten Truppen ...“⁷⁸. Dieser Teil der Aufgaben wurde Bestandteil des Berechnungsplanes (B-Plan), insbesondere seines Teiles, der die wirtschaftlichen Mobilmachungsaufgaben beinhaltete, also nach Entscheid der politischen Führung in einer Mobilmachungsphase zu realisieren war. Eine weitere Forderung des Vereinten Oberkommandos in diesem Protokoll bestand darin, Erdölproduktenleitungen zu schaffen, deren Realisierung durch die Staatliche Plankommission auf Grund der geforderten Trassen und des damit verbundenen hohen, nicht zu erbringenden Aufwandes nicht zugestimmt werden konnte.

⁷⁸ BA-MA Freiburg, DVW 1/53 360, „Protokoll über die Bereitstellung von Truppen und Flottenkräften der Deutschen Demokratischen Republik in den Bestand der Vereinten Streitkräfte und ihre Entwicklung in den Jahren 1986 – 1990“ vom 05.12.1985, Bl.13

Die Infrastrukturprogramme der NATO-Staaten weisen ähnlich Richtungen aus, sie werden jedoch im Unterschied zum Warschauer Vertrag, nicht zwischen dem Oberkommando und dem betreffenden Land, sondern nach einer Aufgabenstellung der militärischen NATO-Führung durch die Länder gemeinsam erarbeitet und auf Realisierbarkeit geprüft.⁷⁹

5.2. *Aufgaben zur Unterstützung der militärischen Mobilmachung*

Die Mobilmachungssicherstellung umfasste die Realisierung von Aufgaben der Volkswirtschaft zur Unterstützung der militärischen Mobilmachung bei gleichzeitiger Gewährleistung der Funktionsfähigkeit von Staat und Wirtschaft. Die ursprünglich ausschließlich durch die NVA geplanten Unterstützungsmaßnahmen wurden mit der Entwicklung der B-Organen im Staats- und Wirtschaftsapparat mehr und mehr an Organe, Einrichtungen und Betriebe der Volkswirtschaft zur Planung übertragen. Diesen Prozess zu ordnen oblag dem Militärbereich der Staatlichen Plankommission und betraf im Einzelnen:

- die Sicherstellung der personellen Mobilmachung durch Vorbereitung der Entfaltung von Empfangspunkten für Einberufene, die Vorbereitung der Zurückstellung unabhkömmlicher Spezialisten in verteidigungswichtigen und lebensnotwendigen Betrieben sowie die Aufbereitung der Mobilmachungsgrößen zur Berücksichtigung in der B-Planung;
- die Vorbereitung der Sicherstellung von Sach-, Unterbringungs- und Versorgungsleistungen z. B. durch Vorbereitung von Sammelpunkten für Transportmittel und Technik, die im Mobilmachungsfall aus der Volkswirtschaft für die NVA bereitzustellen waren sowie die Aufbereitung dieser Größen für die B-Planung;
- die Vorbereitung der Umwandlung von geplanten Krankenhäusern in Reservelazarette
- die Vorbereitung der Aufstellung ziviler Spezialformationen in Betrieben und in Einrichtungen des Transport- und Nachrichtenwesens, des Bauwesens und des Gesundheitswesens. Wobei diese Aufgabe im eigentlichen Sinne nicht Teil der militärischen Mobilmachung war, sich jedoch ihrer Methoden bediente. Zivile Spezialformationen waren z. B. vorgesehen, um nicht oder nicht völlig realisierte Maßnahmen der operativen Vorbereitung des Territoriums kurzfristig zu realisieren oder abzuschließen.⁸⁰

Bei der Vorbereitung der Maßnahmen der operativen Vorbereitung für die Fünfjahrpläne der Volkswirtschaft wurde durch die Staatliche Plankommission besonders bei den rein

⁷⁹ Weißbuch 1985, Zur Lage und Entwicklung der Bundeswehr, S. 177ff, Abschnitte 392, 393

⁸⁰ Nach einem Interview mit Frank Mühlefeld. Die Aufzeichnungen liegen dem Autor vor.

militärischen Maßnahmen darauf orientiert diese in einer Spannungsperiode zu realisieren, nach Entscheid der politischen Führung, so dass vor allem Maßnahmen realisiert wurden, die mit der konzipierten volkswirtschaftlichen Entwicklung optimiert waren.

5.3. *Die Berechnungsplanung (B-Planung)*

Grundlage der B-Planung bildeten die Aufgabenstellungen des Nationalen Verteidigungsrates und des Vorsitzenden des Ministerrates. Der B-Planung oblag die Aufgabe, abgeleitet aus den Planungen der Streitkräfte für die ersten Operationen und konzeptionell aus der Planung der Folgeoperationen, die Zielrichtung der wirtschaftlichen Mobilmachung sowie die nachfolgende Arbeitsrichtung zu bestimmen. Sie stützte sich auf die im sozialistischen Wirtschaftssystem bestehende Volkswirtschaftsplanung. Sie war andererseits nur eine Modellrechnung und bildete die Grundlage für der jeweiligen Lage entsprechende operative Entscheidungen.

Auf der Grundlage prinzipieller Festlegungen der Verantwortung für die B-Planung durch Beschluss des Nationalen Verteidigungsrates im Jahre 1973 und des Ministerrates wurde der erste B-Plan der DDR im Jahre 1974 erarbeitet und zum fiktiven B-Jahr 1976 vorgelegt. Er "...enthält Richtung und Hauptaufgaben zur Umstellung der Volkswirtschaft der DDR auf die Kriegswirtschaft."⁸¹ Sein Aufbau war prinzipiell so gegliedert wie der Volkswirtschaftsplan, damit waren Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Volkswirtschaftsplan sofort erkennbar und einfacher umzusetzen.

Mit dem B-Plan wurden die Schwerpunkte für die Umstellung der Volkswirtschaft im Falle einer Mobilmachung herausgearbeitet und eine einheitliche, gesamtstaatliche Orientierung für eine zügige Umstellung der Volkswirtschaft auf die dann zu bewältigenden Aufgaben sowie die Vorbereitung derselben vorgegeben. Diese Aufgaben sind so abgefasst und dargestellt, dass sie auch die Rangfolgeordnung für ihre Realisierung bestimmen. Das Prinzip der Festlegung von Rangfolgen war in der Volkswirtschaft der DDR Praxis und ist als Reaktion auf Versorgungsschwierigkeiten in der Volkswirtschaft zu verstehen. Daher wurde es als bekanntes Instrument der Leitung der Volkswirtschaft auch für die B-Planung angewendet, es enthält folgende Aufgaben und Rangfolgen:

1. Aufrechterhaltung der politischen und staatlichen Führung;
2. Gewährleistung und Sicherung bzw. Wiederingangsetzung der verteidigungswichtigen und lebensnotwendigen Produktion sowie die maximale

⁸¹ BA-MA Freiburg, AZN 34.1, Auszug aus dem "B-Plan der Volkswirtschaft für das B-Jahr 1976"

Sicherstellung des Bedarfs der bewaffneten Organe;

3. Sicherung der personellen und materiellen Auffüllung der Streitkräfte und der anderen bewaffneten Organe;
4. Unterstützung der Handlungen der Vereinten Streitkräfte auf dem Territorium der DDR;
5. Mobilisierung der gesellschaftlichen Kräfte zur Erfüllung der Aufgaben für die Verteidigung und der dazu festgelegten staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Maßnahmen;
6. Sicherstellung der Abverfügung von Kräften sowie der Inanspruchnahme von Sach-, Unterbringungs- und Versorgungsleistungen;
7. Aufstellung, Einsatz und Führung von zivilen Spezialformationen und mobilen Instandsetzungsbrigaden;

Bei der Berechnung des B-Planes wurden Prämissen vorgegeben, die sich in der Zeit, für die ein solcher Plan ausgearbeitet wird, kapazitätsmindernd auf die Volkswirtschaft auswirken würden. Solche Prämissen waren u. a.

- die Veränderung der Rangfolgen für die Bedarfsdeckung, was im Einzelnen zu einer wesentlichen Erhöhung von Leistungen für die Bewaffneten Organe geführt hätte. So war z. B. im B-Plan für das B-Jahr 1976 vorgesehen, die direkten Aufwendungen für die Verteidigung gegenüber dem Volkswirtschaftsplan auf 328% zu erhöhen bei gleichzeitiger Senkung der Industriellen Warenproduktion auf 61%. Das war nur möglich bei starker Einschränkung von Leistungen für andere Bereiche. Im B-Plan für das Jahr 1986 waren diese Leistungen auf schon 640% zu erhöhen. Für die Industrielle Warenproduktion wurde ein Rückgang auf 54% ermittelt,
- der Kapazitätsverlust, der in der Volkswirtschaft durch die Einberechnung des Abgangs an Kapazitäten für den Mobilmachungsbedarfs der Armee entsteht. Das betraf u. a. die Transportkapazitäten auf Schiene und Straße, die umfangreiche Einberufung von Reservisten, die Einschränkung der Nachrichtenkapazitäten für zivile Zwecke. So wurde erstmals mit der Ausarbeitung des B-Planes für das B-Jahr 1986 konkret berechnet, was der Volkswirtschaft an Kräften und Mitteln nach den Entnahmen für die bewaffneten Organe verbleibt. Das ergab sich aus der Abberufung von z. B.
 - ca. 195 000 Reservisten
 - Nutzfahrzeugen ab 1,3 t 43%
 - Auto- und Mobildrehkränen 70%

- Baggern	77%
- Planierdraht	67%
- Dieselschweißaggregaten	67%
- Notstromaggregaten	56%

Auch aus folgenden Fakten ergab sich die Einschätzung des Rückganges bei der Kennziffer „Produziertes Nationaleinkommen“ auf 59% mit dem B-Plan 1976 gegenüber dem Volkswirtschaftsplan 1976 sowie auf 54 % gegenüber dem Volkswirtschaftsplan 1986:

- der Ausfall sämtlicher Importe aus dem Nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet, was für die Wirtschaft der DDR enorme Probleme aufgeworfen hätte, wie Erfahrungen des Wirtschaftsembargos der westlichen Länder zu verschiedenen Zeiten der Entwicklung der DDR ergaben,
- eine erhebliche Einschränkung der Investitionen, die auf die kurzfristige Nutzung von Kapazitäten insbesondere für die bewaffneten Organe konzentriert werden,
- die Beschränkung der Versorgung der Bevölkerung auf die im B-Plan gegenüber dem Volkswirtschaftsplan festgelegte Versorgungsnormative, wobei vor allem auf die Versorgung mit Nahrungsmitteln Wert gelegt wurde. Dabei sind auch mögliche Schwierigkeiten sichtbar geworden, die sich aus der Berechnung der Kennziffer "Geldeinnahmen und –ausgaben der Bevölkerung" ergaben, denn die "Nettogeldeinnahmen" wurden aus politischen Gründen auf 98% des Volkswirtschaftsplanes berechnet aber die "Verbrauchswirksamen Geldausgaben" wurden auf Grund der Berechnungen zum möglichen Warenfonds nur auf 26% des im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen berechnet. Damit stellten die Berechnungen zum B-Plan auf diesem Gebiet u. a. eine Grundlage dar, für Maßnahmen zur Eindämmung des Geldumlaufs in der Zeit einer möglichen Umstellung des Lebens auf die Bedingungen eines Verteidigungszustandes. Dabei konnte leider auch auf Erfahrungen aus der laufenden Realisierung des Volkswirtschaftsplanes zurückgegriffen werden, da ja eine große Diskrepanz zwischen den Geldeinnahmen der Bevölkerung und dem bereitgestellten Warenfonds herrschte.

Für den B-Plan wurden mit den Hauptkennziffern die zu erwartenden prinzipiellen Veränderungen gegenüber den Hauptkennziffern des Volkswirtschaftsplanes und damit die

generellen Änderungen im Wirtschaftsgeschehen verdeutlicht, dargestellt in Prozent des B-Planes 1986 zum Volkswirtschaftsplan 1986:

	In Prozent
Produziertes Nationaleinkommen,	54
darunter: direkte Aufwendungen für bewaffnete Organe	640
Produktion an Material, Ausrüstung, Nahrungsgüter	447
Instandsetzungen	942
Industrielle Warenproduktion	54
Arbeitsproduktivität d. Industrieministerien (Basis IWP)	43
Produktion des Bauwesens	67
Geldeinnahmen und –Ausgaben der Bevölkerung,	
darunter: Nettogeldeinnahmen	98
verbrauchswirksame Geldausgaben	26

Der B-Plan enthielt weiter folgende Aufgaben:

- Konzentration der Bau- und Ausrüstungskapazitäten auf die kurzfristige Herstellung der militärischen Nutzungsfähigkeit von Vorhaben des Weitverkehrsnetzes des staatlichen Nachrichtenwesens, der Großraumnetze Eisenbahn und Straße sowie der Funktionsfähigkeit der Häfen, Anleger und Fahrwasser, Inbetriebnahme verteidigungswichtiger Kapazitäten der Industrie sowie auf den Ausgleich bei Zerstörungen;
- Umverteilung von Fonds zur schnellstmöglichen Erhöhung der Produktion von militärischen Gütern sowie von der Umstellung von festgelegten Betrieben auf die Instandsetzung von Militärtechnik bei gleichzeitiger Einschränkung festgelegter Produktion anderer Erzeugnisse wie Landmaschinen, Hafenkrane u. a.
- Erhöhung der Vorräte und Reserven bei strategisch wichtigen Rohstoffen, Materialien und Versorgungsgütern...
- Konzentrierte Fortsetzung der technologischen Vorbereitung der Umstellung von Betrieben auf die Instandsetzung von Militärtechnik...
- Erhöhung der Standhaftigkeit der Produktion durch Einsatz der Baukapazitäten der Industrie und Landwirtschaft sowie in den Infrastrukturbereichen durch Einsatz von Kapazitäten des zentralgeleiteten Bauwesens...

- Komplettierung, Ausbau und Neuerrichtung von ca. 8,2 Mio. Schutzplätzen, darunter 1,7 Mio. in den Bereichen der Volkswirtschaft sowie 6,5 Mio. in den Wohngebieten zu Lasten des Wohnungsbaus und der Baureparaturen...
- Durchführung von Maßnahmen zum Schutz besonderer Reichtümer des Kulturgutes in Berlin, Dresden, Leipzig, Potsdam und Weimar.

Mit diesen in den B-Bilanzen materiell untersetzten Aufgaben war eine Orientierung für eine mögliche Auslösung der Mobilmachung des Landes durch die Partei- und Staatsführung gegeben. Damit war eine wesentliche Funktion des B-Planes erreicht.

Ein weiterer Bestandteil der B-Planung in der DDR war die Abstimmung gegenseitiger Lieferungen mit den anderen Staaten des Warschauer Vertrages im B-Jahr. Dazu wurden anlässlich der "Tagungen der Vertreter der Zentralen Planungsorgane und der Generalstäbe der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages" die Prämissen für diese Abstimmungen sowie die Zeitpläne vereinbart. Die Regeln für die Abstimmungen wurden mehrseitig verabschiedet. Sie traten in Kraft nach Bestätigung der Vorsitzenden der Zentralen Planungsorgane der Teilnehmerländer. Die Abstimmungen selber erfolgten ausschließlich zweiseitig.

In der Regel konnten die Anforderungen der Partner nicht in der angemeldeten Größenordnung zugesagt werden. Für die Verhandlungen bei den Abstimmungen der gegenseitigen Lieferungen im B-Jahr wurde durch die Staatliche Plankommission nach Abstimmungen mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung vor allem auf solche Vereinbarungen orientiert, die den so genannten "Westlichen Kriegsschauplatz", betrafen. Alle anderen Lieferungen hätten keine Chance auf Realisierung gehabt.

Die Ausarbeitung des B-Planes erfolgte nach den Prinzipien der Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne. Am Beispiel der Ausarbeitung des B-Planes für das B-Jahr 1986 soll dieses veranschaulicht werden:

Durch die Staatliche Plankommission wurde eine "Konzeption für die Vorbereitung des B-Planes der Volkswirtschaft für das B-Jahr 1986" erarbeitet. Darin flossen ein

- die zu diesem Zeitpunkt vorliegenden Konzeptionen für die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes 1985,
- Abstimmungen mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung über die Entwicklung des B-Bedarfs dieses Bereiches,
- die bis zu diesem Zeitpunkt bekannten bzw. nach eigener Einschätzung in Aussicht

stehenden Bedarfübergaben aus den anderen Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, allerdings bereits unter Beachtung der reellen Bedingungen, diesen Bedarf auch realisieren zu können sowie

- Erkenntnisse aus den gesamtstaatlichen Schulungsmaßnahmen und Kommandostabsübungen wie "MEILENSTEIN" und "MEISTERSCHAFT" sowie den in Räten der Bezirke durchgeführten Kommandostabsübungen "RAT".
- Darüber hinaus wurden die durch andere Bereiche für den Fall der Mobilmachung erarbeiteten vorbereiteten Veränderungen staatlicher Normative berücksichtigt.

Diese Konzeption wurde vom Vorsitzenden des Ministerrates am 28. 03. 1984 bestätigt. Auf dieser Basis sind den zentralen Staatsorganen sowie den Räten der Bezirke Staatsaufgaben zur Ausarbeitung der B-Pläne übergeben worden, die diese weiter auf ihre Nachgeordneten in einem durch sie festgelegten Umfang aufgeschlüsselt haben. Für die inhaltliche und methodische Gestaltung des B-Planes wurde eine B-Planungsordnung herausgegeben, die ebenfalls vom Vorsitzenden des Ministerrates bestätigt wurde.

Darauf basierend haben die zentralen Staatsorgane und Räte der Bezirke Planentwürfe an die Staatliche Plankommission eingereicht, die zu einem B-Planentwurf zusammengefasst wurden. Zu den Planentwürfen fanden in den jeweiligen Führungsgremien der Einreicher Planberatungen statt, die zu einer Optimierung mit den Vorschlägen der Staatlichen Plankommission führten.

Nach seiner Fertigstellung und Beratung in den Gremien der staatlichen Plankommission wurde der B-Plan durch den Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission dem Generalsekretär des ZK der SED und Vorsitzenden des Nationalen Verteidigungsrates zur Bestätigung vorgelegt, die am 12 Juni 1986 erfolgte.

Danach wurden die staatlichen B-Planaufgaben den Zentralen Staatsorganen und Räten der Bezirke übergeben, durch diese auf die betreffenden Nachgeordneten aufgeschlüsselt und entsprechend den geltenden Ordnungen als B-Dokumente hinterlegt.

5.4. Bildung staatlicher Reserven

Die zentralen staatlichen Reserven bildeten einen Teil des vorzuhaltenden Mobilmachungsbedarfs der Streitkräfte, hier wurden aber auch Reserven des Staates für die Gewährleistung der Funktionsfähigkeit der Wirtschaft vorgehalten. Dazu gehörten auch Katastrophenfälle.

Die Reserven wurden untergliedert in zentrale staatliche Reserven und in B-Reserven.

Die Staatsreserven wiederum unterteilte sich in:

- Staatsreserve A, Teil I: Militärische Reserve für die NVA, als ergänzender Teil für die Mobilmachung
- Staatsreserve A, Teil II: Strategische Rohstoffe und sonstige wichtige Erzeugnisse, für die Sicherung der Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft im Falle von Embargomaßnahmen wie sie im Verlaufe der Geschichte der DDR des Öfteren durch die BRD oder andere NATO-Staaten angewendet wurden bzw. zu Beginn eines Verteidigungsfalles.
- Staatsreserve B Zu Überbrückung zeitweiliger Versorgungsschwierigkeiten der Volkswirtschaft.

Die beiden Gruppen der Staatsreserve A waren vorgesehen für die Mobilmachung, bzw. für einen möglichen Verteidigungszustand, sie wurden aber auch zum Ausgleich von Versorgungsschwierigkeiten oder zur Erwirtschaftung von konvertierbarer Währung eingesetzt.

Die erwähnten B-Reserven sollten der Umstellung der Produktion bei der Mobilmachung dienen, sie enthielten schwer zu beschaffende Materialien oder Ausrüstungen besonders für spezielle Erzeugnisse. Diese Positionen wurden aus dem Staatshaushalt finanziert und belasteten die Betriebe nicht. Im Laufe der 80 er Jahre wurde deren Anteil erheblich reduziert. Die Staatsreserven wurden von der Staatlichen Plankommission geplant und durch die Staatliche Verwaltung der Staatsreserve verwaltet. Die B-Reserven waren in Verantwortung der Wirtschaftsbereiche anzulegen und zu warten. Ihre Planung erfolgte ebenfalls durch die Wirtschaftsbereiche, sie bedurfte der Zustimmung der Staatlichen Plankommission und des Ministeriums der Finanzen. Inanspruchnahmen der Staatsreserven bedurften der Antragstellung bei der Staatlichen Plankommission und nach Abstimmung mit dem Ministerium für Nationale Verteidigung eines Beschlusses des Politbüros des ZK der SED und einer Verfügung des Vorsitzenden des Ministerrates.

Die Maßnahmen der BRD zur Einbeziehung anderer Gesellschaftsbereiche in die Vorbereitung und Sicherstellung von Verteidigungsmaßnahmen

In diesem Abschnitt werden im Wesentlichen Erkenntnisse einer Veröffentlichung des Militärverlages der DDR im Jahre 1989 wiedergegeben, die sich ausführlich mit der

Militärsgeschichte der BRD befasste und nach Ansicht der Autoren eine sehr übersichtliche und komplexe Darstellung ist. Sie ist eingefügt worden, um die für diese Aufgaben fast übereinstimmende Herangehensweise in beiden deutschen Staaten und Bündnissen darstellen zu können.⁸²

Auch in der BRD ging man von Beginn der Remilitarisierung nach dem Zweiten Weltkrieg davon aus, dass das nicht alleine die Streitkräfte betrifft, sondern auch die Voraussetzungen in anderen Gesellschaftsbereichen zu schaffen waren.

Am 8. Dezember 1956 äußerte sich F. J. Strauß als Verteidigungsminister zum zweiten Mal öffentlich. Er erläuterte das Gesamtsystem der Kriegsvorbereitung und -führung der BRD gemäß den damaligen Vorstellungen. Nach seinen Worten sollte es aus vier Säulen bestehen: den NATO-unterstellten Verbänden von drei Teilstreitkräften; der « bodenständigen Verteidigung » — im Wesentlichen in Gestalt der Territorialorganisation der Bundeswehr; der Heimatluftverteidigung mit Jagdfliegerkräften, Flakartillerie, Boden-Luft-Raketen und einem Warnsystem; der Zivilverteidigung. Das entsprach der sich ausformenden Theorie der Gesamtverteidigung. Sie war ein wesentlicher Bestandteil der Militärdoktrin der BRD. Die Theorie der Gesamtverteidigung verlangte die allseitige Vorbereitung der Streitkräfte und des Landes auf einen Kriegsfall unter den Bedingungen eines modernen Krieges. Bereits am 6. Oktober 1955 war die Bildung des Bundesverteidigungsrates (BVR) als Organ zum Koordinieren der Maßnahmen der Gesamtverteidigung beschlossen worden. Unter Vorsitz des Bundeskanzlers gehörten ihm ständig die Bundesminister für besondere Aufgaben, Verteidigung, Äußeres, Inneres, Wirtschaft und Finanzen an. Andere Minister — vor allem, wenn wirtschaftliche Aspekte auf der Tagesordnung standen — und gegebenenfalls auch Spitzenmilitärs oder die Geheimdienstchefs wurden hinzugezogen.

Unter Beachtung des Vorrangs der militärischen Aufrüstung wurden bis Ende 1956 auch Anstrengungen zur Entwicklung der nichtmilitärischen, aber kriegswichtigen Bereiche unternommen. Grundlage dafür waren Festlegungen, die die NATO 1955 zur zivilen Notstandsplanung getroffen hatte. Schon am 11. Juli 1955 hatte die Bundesregierung das vorläufige Luftschutzprogramm gebilligt. Es sah ein Warnsystem und einen Luftschutzhilfsdienst in einer Kriegsstärke (LSHD) von 260 000 Mann sowie andere Maßnahmen des Zivilschutzes vor. Die damit zu lösenden Hauptaufgaben bestanden in der kriegswirtschaftlichen Unterstützung der Streitkräfte.

⁸² Militärsgeschichte der BRD, Abriss 1949 bis zur Gegenwart, Militärverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1989, Autorenkollektiv unter Leitung v. Tibor Dobias

Anfang und Mitte der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts entwickelte der Bundeskanzler Erhard die Idee der „formierten Gesellschaft“. Das war eng mit der These von einer „anzustrebenden „umfassenden Wehrgemeinschaft verbunden. Sie zielte auf eine weitere geistig-moralische Militarisierung aller Bereiche der Gesellschaft...und stand in engem Zusammenhang mit dem militär-theoretischen Denken. Generell ging es darum,... wie die Vorbereitung auf einen Krieg von Seiten dieser Organe vorzunehmen und wie die Zusammenarbeit zwischen ihnen vor und während eines Krieges sowie im inneren Krisenfall zu gestalten sei.

Zu diesem Zeitpunkt erreichte die Diskussion um die Gesamtverteidigung einen gewissen Abschluss. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich relativ einheitliche Vorstellungen über den Gesamtkomplex der militärischen und anderen Maßnahmen zur Vorbereitung und Führung eines Krieges sowie zur inneren Niederhaltung in ihren direkten und indirekten Formen herausgebildet“.⁸³

Im Juli 1961 wurde durch den Innenminister der BRD in einem Rundschreiben „Begriffsbestimmungen auf dem Gebiet der zivilen Verteidigung“ herausgegeben.⁸⁴ Mit diesen Begriffsbestimmungen wurde die Auffassung zur Gesamtverteidigung der BRD definiert und damit die Aufgabenstellung für den militärischen und zivilen Teil der Verteidigung festgelegt. Damit wurden auch für den zivilen Bereich der Gesellschaft die Aufgaben für die Vorbereitung auf einen Krieg festgelegt und die Grundlage für die Vorbereitung der Notstandsgesetzgebung geschaffen, von der ein Teil im Juni 1965 den Bundestag passierte. Das war auch die Grundlage, um eine umfassendere Notstandsgesetzgebung zu erproben, was z. B. bei den NATO-Kommandostabsübungen der Fall war. An diesen Übungen nahmen auch Vertreter der zivilen staatlichen Behörden, wie Bundeskanzleramt, Innen-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Ernährungs- und anderen Ministerien sowie der Landesregierungen, der Regierungsbezirks- und der kommunalen Ebene teil. In diesen Übungen wurden Situationen durchgespielt von der Entstehung einer Spannungssituation bis zum Raketenkernwaffenkrieg. In einem Bunker in der Eifel wurde dazu ein Notstandskabinett dargestellt welches die Inkraftsetzung der Notstandsgesetze bis zur Kreisebene simulierte. Durch ein ebenfalls simuliertes Notstandsparlament wurden Gesetze und Verordnungen simuliert, die die personelle und materielle Sicherstellung der Mobilmachung und damit die Entfaltung der Streitkräfte sicherstellen sollten.

⁸³ ebenda

⁸⁴ Gemeinsames Ministerialblatt, Bonn, Nr. 20, 20.Juli 1964, S. 324

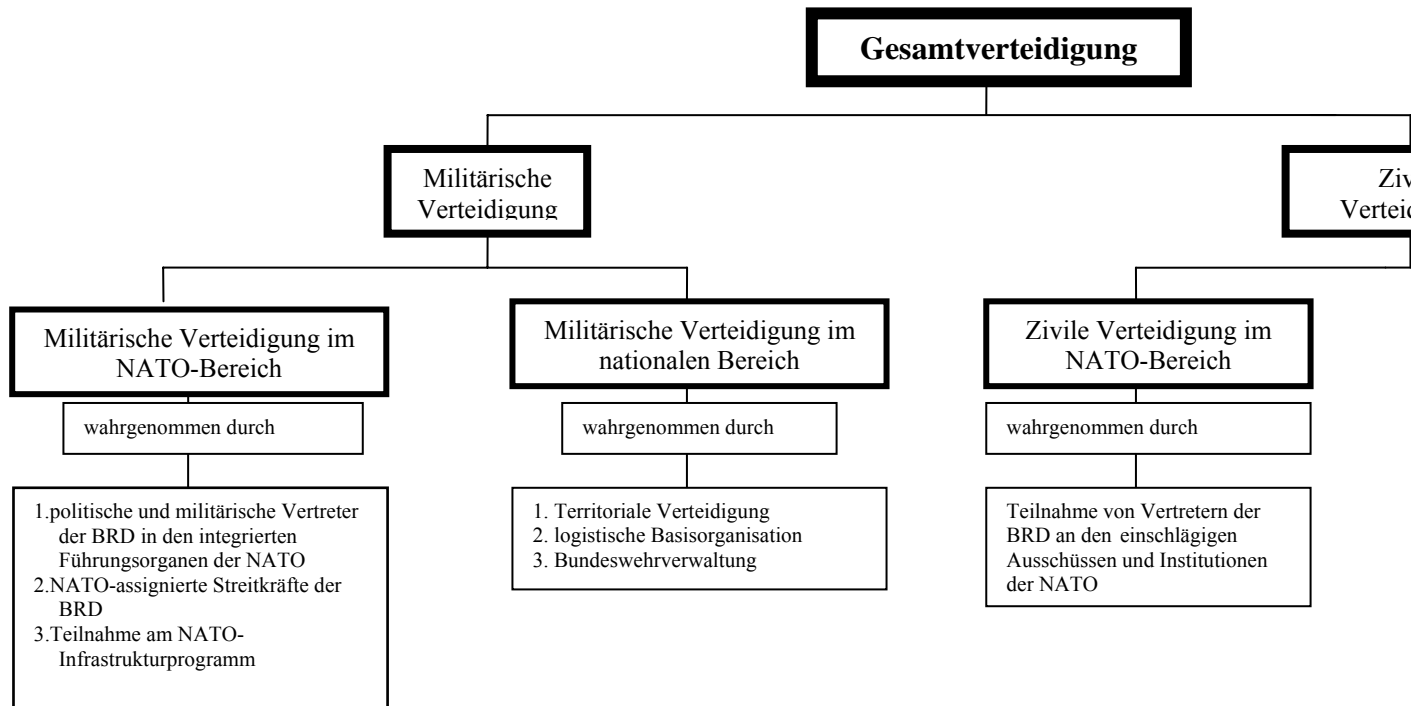
Nach Bildung der Regierung der Großen Koalition 1966 wurde an der Weiterentwicklung der Militärdoktrin der BRD im Rahmen der NATO gearbeitet. Ein wesentlicher Faktor war auch hier der Ausbau der zivilen Komponenten der Verteidigung zur umfassenden indirekten und direkten Unterstützung der Feldtruppen. Diese neue Orientierung fand sich wieder in der Regierungserklärung des seinerzeitigen Verteidigungsministers Schröder vor dem Bundestag am 6. Dezember 1967.

Am 30. Mai 1968 wurde eine Änderung des Grundgesetzes vorgenommen, indem 28 der 146 Artikel neu formuliert wurden und damit eine umfassende Notstandsgesetzgebung erreicht wurde. In den Jahren zwischen 1965 und 1969 sind verschiedene Gesetze auf der Grundlage der Notstandsgesetzgebung erlassen worden. Das betraf z. B. das „Wirtschaftssicherstellungsgesetz“ vom 3. Oktober 1968 (BGBl. I 1968, S. 1069) oder das „Ernährungssicherstellungsgesetz“ (BGBl. I ... Neugefasst vom 27. August 1990 BGBl. I S. 1802 und zuletzt geändert durch Artikel 143 V vom 25. November 2003 BGBl. I S. 2321).

Eine Weiterentwicklung der Notstandsgesetzgebung und hier insbesondere der Leistungsgesetze erfolgte in der zweiten Hälfte der 70er Jahre so z. B. mit der „Verordnung über die Sicherstellung der Elektrizitätsversorgung vom 21. Juli 1976 (BGBl. I, S. 1833) oder die „Verordnung über Verkehrsleistungen der Eisenbahnen für die Streitkräfte“ vom 10. August 1976, BGBl. I S. 2128).

Viele dieser Gesetze sind in den letzten Jahren weiter angepasst worden.

Die Aufgliederung der „Gesamtverteidigung“ mit Wirkung vom 7. Juli 1964⁸⁵



⁸⁵ Nach MILITÄRGESCHICHTE DER BRD Abriss Militärverlag der DDR 1989, ISBN 3-327- 00493-5, Seite 228

6. Schlussbetrachtungen für die gegenwärtige Sicherheitspolitik

Die Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR erfüllte im Rahmen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten wichtige Aufgaben der Landesverteidigung. Die NVA war die einzige Armee Deutschlands, die an keinem Krieg beteiligt war. Der Anspruch: „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ war Bestandteil des Selbstverständnisses und wichtiges Motiv der Beteiligten an der ÖSLV. Damit leistete die ÖSLV der DDR ihren Beitrag zur Vermeidung eines Krieges in Europa.

Die Sicherheit der DDR war nur gemeinsam mit der UdSSR und dem Warschauer Vertrag zu gewährleisten. Die NVA war eine Koalitionsarmee, daraus leitete sich ab, dass sich auch die ÖSLV auf die Leistungen der Koalition stützte und zunehmend eigene Beiträge für die Stärkung der Verbündeten erbrachte. Das Einheitliche System der Bewaffnung und Ausrüstung hatte militärische Vorteile, diese brauchten zum Glück nie unter Beweis gestellt werden, es stellte gleichzeitig eine Voraussetzung für wirtschaftliche Lösungen dar. Das Einheitliche System der Bewaffnung und Ausrüstung ermöglichte der UdSSR ihren Führungsanspruch gegenüber den Verbündeten durchzusetzen.

Das Interesse an der Nutzung des deutschen militärischen Potenzials für die Ziele der eigenen Sicherheitspolitik war für die USA spätestens zum Zeitpunkt der Gründung der NATO (1949) erkennbar. Für die sowjetische Seite ist dieser Schritt spätestens nach der Ablehnung der Stalin-Note im Frühjahr 1952 festzustellen. Die Sicherheitspolitik in beiden deutschen Staaten entwickelte sich von der weitgehenden Fremdbestimmung in den ersten Jahren zu einer aktiven Politik im Rahmen der Koalitionen, beide deutsche Armeen waren gut ausgebildet und gehörten zu den bestausgerüsteten Armeen ihrer Bündnisse.

Die Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR entwickelte sich nach den wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Gegebenheiten der DDR, sie unterschied sich vom sowjetischen Modell. Die in den ersten Jahren des Bestehens der DDR praktizierten Versuche das sowjetische Muster zu kopieren erwiesen sich für das Wirtschaftsmodell der DDR als ungeeignet.

Der Kalte Krieg hatte entscheidenden Einfluss auf die Aufgaben der ÖSLV. Die Rüstungsausgaben wuchsen in Abhängigkeit von der Sicherheitspolitik, den Militärstrategien und den darauf basierenden Rüstungsprogrammen. In das Wettrüsten auf konventionellem Gebiet wurden auch die beiden deutschen Staaten durch Aktionen oder Reaktionen auf Rüstungsmaßnahmen der anderen Seite einbezogen. Der ehemalige Erste Stellvertreter des

Außenministers der UdSSR, G.M. Kornienko, Teilnehmer an einer Reihe von Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR, bezeichnet den Kalten Krieg als den „Hauptgenerator des Wettrüstens“⁸⁶. Die Untersuchungen dieser Studie bestätigen diese Aussage. Der militärische Faktor wurde von beiden Seiten im Vergleich zu politischen oder diplomatischen Lösungen überbewertet. Das militärische Kräfteverhältnis spielte bei der Entwicklung neuer Strategien, Doktrinen und Rüstungsprogrammen zu ihrer Durchsetzung eine entscheidende Rolle. Bereits zu einem frühen Zeitpunkt des Kalten Krieges handelten die USA nach dem Motto: „Verhandeln mit der Politik der Stärke“. Eine besondere Charakteristik des Wettrüstens stellten die „Schübe“ von Militärausgaben nach der Festlegung entsprechender Strategien der Bündnisse für die Sicherheitspolitik dar.

Die Hegemonialmächte haben ihre Führungsansprüche auch über die Beeinflussung der Rüstung wahrgenommen, sie nutzten dazu unterschiedliche Methoden. Rüstungsprogramme auf der einen Seite, durch die Staatsführung bestätigte Festlegungen in Form der Protokolle auf der anderen Seite dienten als Mittel zur Durchsetzung ihrer Forderungen und Führungsansprüche. Die diesen Entscheidungen vorausgehenden Abstimmungsprozesse wiesen Unterschiede auf, sie fanden jedoch auf beiden Seiten, auch unter Nutzung von Mitteln des Drucks statt. Die Lastenverteilung erfolgte unterschiedlich, die USA legten bis 42 % der Verteidigungslasten der NATO auf ihre Bündnispartner um und beteiligten diese an den Lasten der durch die USA geführten Kriege. Die UdSSR trug den größten Anteil der Verteidigungslasten selbst, ihre Verbündeten hatten im Schnitt 10-11% und als Maximum etwa 15% der Gesamtausgaben des Bündnisses für die Verteidigung zu tragen.

Im Kalten Krieg spielten Drohung und Bedrohung eine zentrale Rolle. Drohung setzt ein Potenzial voraus, welches sie ernsthaft (heute oft als glaubwürdig bezeichnet) erscheinen lässt. Im Zusammenhang mit der Diskussion um die Strategie der flexiblen Reaktion äußerte der ehemalige General der Bundeswehr W. Meyer-Detring: „Militärische Macht ist noch immer ein entscheidender Faktor in der Weltpolitik. Sie wirkt durch Drohung oder Aktion“⁸⁷. Die Bedrohungsdarstellungen, oft auch manipuliert, dienten der Begründung eigener militärischer oder auch Rüstungsvorhaben und der Beeinflussung der Bevölkerung.

Die finanzielle Belastung der BRD und der DDR im Kalten Krieg war sehr hoch, sie wurde vor allem durch das Wettrüsten initiiert. Beide deutsche Staaten standen bei den

⁸⁶ Kornijenko, G.M., Der Kalte Krieg als Hauptgenerator des Wettrüstens, in: Die sowjetische Militärmacht von Stalin bis Gorbatschow; Verlag „Militärparade“, russische Ausgabe 1999, Seiten 37ff

⁸⁷ Wehrkunde, München, H.11/1968 S.553, zitiert nach NATO – Strategie und Streitkräfte; Militärverlag der DDR Berlin 1976

Verteidigungsausgaben mit an der Spitze der Verbündeten der Führungsmächte ihrer Bündnisse. Die Auswirkungen dieser hohen Belastungen konnten zwar in Grenzen gehalten werden, sie waren aber eine schwere Bürde für beide Seiten und behinderten die wirtschaftliche Entwicklung, besonders der DDR. Möglichkeiten, diese Belastungen durch Rüstungsbegrenzungen oder Abrüstungen auf konventionellem Gebiet zu verringern, verhinderte der Kalte Krieg. Erst ab 1987 wurden Schritte in dieser Richtung real. Die in der DDR praktizierte Verschleierung der Verteidigungsausgaben führte zu Vertrauensverlusten, und war der für Verhandlungen erforderlichen Atmosphäre nicht dienlich.

Der Rüstungswettlauf hatte sich seit Mitte der 70er Jahre stärker auf qualitative Faktoren orientiert.

Mit der Auflösung des Warschauer Vertrags haben sich die sicherheitspolitischen Bedingungen grundlegend verändert, ungeachtet dessen werden auch heute noch Praktiken des Kalten Krieges fortgeführt. Die Verstärkung der militärischen Komponente in den zwischenstaatlichen Beziehungen wird besonders durch die USA, die NATO und die Staaten der Europäischen Union betrieben. Ausgehend von den Untersuchungen der Studie gehen besonders von den folgenden Richtungen Gefahren für die Erhaltung des Friedens aus:

Der Aufbau von Drohkulissen ist auch heute gängiges Mittel der Globalisierungspolitik zur Erpressung missliebiger Staaten. Die Gefahr des Hinüberwachsens der Drohung in Kriege wurde mit den Kriegen gegen Jugoslawien und Irak bestätigt. So wie während des Kalten Krieges dienen Bedrohungsdarstellungen auch heute als Begründung neuer Vorhaben des Wettrüstens und der Manipulierung der Bevölkerung. Die Praktiken des Kalten Krieges haben sich nicht geändert. Es ist von Bedeutung, sowohl möglichen Drohungen wie auch dem Missbrauch von Bedrohungsdarstellungen rechtzeitig entgegen zu treten.

So wie im Kalten Krieg erweist sich auch heute dass geostrategische, wirtschaftliche und politische Interessen von Staaten oder Staatengruppen den entscheidenden Hintergrund militärischer Handlungen, darunter auch der Aufrüstung, bilden. Diese Interessen wurden und werden weitgehend verschleiert. Politische Aktivitäten für die Erhaltung des Friedens erfordern besonders diese Interessen und damit die Ursachen möglicher Kriege als Gegengewicht zu manipulierten Bedrohungsdarstellungen offen zu legen.

Die Erarbeitung und Realisierung von Rüstungsprogrammen praktizieren die NATO-Staaten auch heute, obwohl der Warschauer Vertrag als Gegner nicht mehr zur Verfügung steht. Terrorismus oder andere mögliche Risiken dienen der Begründung für militärische Interventionen oder Waffeneinsätze. Die Überbewertung militärischer Lösungen blieb

bestehen. Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem kapitalistischen System wurden durch Rüstungsprogramme nicht gelöst, auch der Terror ist auf diese Art nicht zu beseitigen. Während des Kalten Krieges fanden die betroffenen Länder darauf asymmetrische Antworten, auch heute gibt es sehr unterschiedliche Reaktionen auf die Hochrüstung, bzw. wird Widerstand auf breiter Basis organisiert, und ihre Wirkung damit weitgehend eliminiert. Die Widersprüche in der Welt der Globalisierung sind nur auf politischen Wegen und durch Beseitigung der sozialen Ursachen oder anderer Benachteiligungen zu beseitigen.

Der Führungsanspruch der Hegemonialmacht USA besteht bis heute. Die Art seiner Durchsetzung gegenüber „Verbündeten“ blieb im Wesentlichen erhalten. Es ist aber auch eine neue Form der Durchsetzung der Interessen außerhalb der bestehenden Koalitionen oder internationalen Organisationen festzustellen, die heute unter dem Begriff „Koalition der Willigen“ bekannt geworden ist. Gegenüber missliebigen oder „Schurkenstaaten“ ist die Art und Weise der Durchsetzung von Interessen offensichtlich seit Bestehen der unilateralen Welt brutaler geworden. Kriege wurden wieder zu „Normalität“. Auch die Bundesregierung handelt zunehmend nach diesem Motto.

Die Beteiligung der NATO-Partner an den Kriegskosten der USA wird bis heute praktiziert und als „Bündnistreue“ bewertet.

Die Bestrebungen qualitative Überlegenheit zu erlangen bilden heute den Mittelpunkt der Rüstungsentwicklung. Das betrifft besonders die USA mit Rekordausgaben für die Forschung und Entwicklung. Damit beabsichtigen die USA auf dem Rüstungsgebiet uneinholbar zu werden. Auch europäische Staaten, besonders die BRD und Frankreich, sind bemüht, zumindest auf Teilgebieten Überlegenheit zu schaffen. Die in der Bundesrepublik häufig genutzten Äußerungen, wie „die beste Artillerie“, „Informationsüberlegenheit“ u. a. sind Ausdruck des Denkens in Überlegenheitskategorien. Starke Impulse für eine solche Politik gehen von der Rüstungsindustrie aus, die an der Lieferung möglichst komplexer und entwicklungsaufwendiger Bewaffnung interessiert ist. Die Gefahr, dass einmal geschaffene Bewaffnung auch zur Anwendung kommt, ist, aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen, besonders Deutschlands, nicht von der Hand zu weisen.

Die Untersuchungen über die volkswirtschaftlichen Belastungen durch die Verteidigungsausgaben wiesen auf folgende Quellen hin:

- Dem militärischen Faktor wurde in der Außen- und Sicherheitspolitik eine überhöhte Bedeutung zugeschrieben, der politische Auftrag an die Streitkräfte stützte sich auf überzogene Bedrohungsszenarien.

- Infolge des „Technologischen Kriegs“ stiegen die qualitativen Anforderungen an die Bewaffnung erheblich an. Auch heute wird durch das Handeln „Überlegenheitskategorien“ ein übersteigerter Aufwand betrieben.
- Die Rüstungsausgaben der NATO und der BRD sind durch ineffektives Beschaffungswesen und überhöhte Preise der Industrie über das notwendige Maß belastet.

Das Potenzial für Einsparungen der Rüstungsausgaben erfasst daher den politischen Auftrag an die Streitkräfte durch die Orientierung auf die verfassungsgemäße Verteidigung, den Verzicht auf überhöhte militärische Forderungen zur Sicherung einer militärtechnischen Überlegenheit und umfasst Maßnahmen zur Reduzierung des Einflusses und der Profite der Rüstungsindustrie.

Ausgehend von den Bedrohungen und Gefahren des im Kalten Krieg praktizierten Wettrüstens für die friedliche Entwicklung der Menschheit und unter Berücksichtigung der dafür erforderlichen hohen finanziellen und wirtschaftlichen Belastungen stellt dieses Modell nicht die Zukunftslösung für den Erhalt des Friedens dar.

Ungeachtet der Personal- und Waffenreduzierungen der Bundeswehr ist die Konversion nur schwach entwickelt, die Bundeswehrführung ist nicht bereit Verantwortung dafür zu übernehmen. Anstatt die durch Standortverringerungen freiwerdenden Mittel den betroffenen Gemeinden für die Schaffung von Arbeitsplätzen zur Verfügung zu stellen, werden diese für Zwecke der Umrüstung der Bundeswehr zu Interventionsmöglichkeiten verwendet.

Ludwig Marum, Wolfgang Neidhardt

Vortrag über aktuelle Fragen der Rüstung

(Gehalten am zweiten Tag des Seminars)

Vorbemerkung:

Die zweite Studie, die anlässlich des Seminars vorgestellt wurde befasste sich mit „Aktuellen Probleme(n) von Rüstung, Abrüstung und Rüstungsbegrenzung“. Auch diese Studie wurde im Auftrage der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefertigt. Die Erarbeitung erfolgte im Jahre 2003. Die Studie ist in der Stiftung vorhanden und ist ebenfalls in einem Workshop der Stiftung ausführlich behandelt worden. Die Autoren sind der Auffassung, diese Studie dem vorliegenden Material auf Grund der aktuellen Entwicklungen auf diesem Gebiet nicht beizulegen. Dafür wird der Eingangsvortrag zu dieser Studie beim Seminar in Moskau veröffentlicht. Dadurch sind einige der Aussagen in Beiträgen anderer Teilnehmer besser zu verstehen.

"Aktuelle Probleme der Entwicklung von Rüstung, Abrüstung und Rüstungsbegrenzung"

Am gestrigen Tag haben wir uns mit historischen Betrachtungen zur Rüstungsentwicklung und ihren Zusammenhängen mit Außen- und Sicherheitspolitik in den beiden politischen und militärischen Blöcken der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg befasst. Wolfgang Neidhardt hat auch einige aktuelle Ableitungen daraus getroffen.

Selbstverständlich gehen wir davon aus, dass Geschichtsbetrachtungen an sich nicht ausreichen. Diverse aktuelle Gedanken im Kontext zu historischen Entwicklungen entsprechen unseren Auffassungen von historischer Arbeit. Daher hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung neben der historischen Studie auch eine aktuelle Studie zur Rüstungsentwicklung in der heutigen Zeit am Beispiel der Umrüstung der Bundeswehr in Auftrag gegeben. Zu einigen Gedanken, die sich aus dieser Studie ergeben möchte ich sprechen. Beide Studien sind im Zusammenhang zu sehen, sie stellen Auffassungen dar, deren Schlussfolgerungen Gedanken für die Formulierung linker Politikauffassungen sein könnten. Daher sollen sie hier vorgetragen werden und zu einer Diskussion beitragen. Unser Ziel ist es, für die Politik Angebote zu unterbreiten, die mit verschiedenen kompetenten Persönlichkeiten diskutiert

sind. Wolfgang Neidhardt wird dazu in der Diskussion ebenfalls noch einige Gedanken darlegen.

Rüstung und Abrüstung sind eine politisch gewollte Richtung, die die verschiedenen Staaten oder Gruppierungen beeinflussen. Aus der Rüstungskonzeption einer Regierung lässt sich zumindest ableiten, welche Rolle sie ihren Streitkräften in Zukunft beimisst. Solche Frage stellt sich auch in Deutschland. Manch einer vergisst, dass eine der Vorbedingungen für den 2 + 4 – Vertrag die Forderung war, von Deutschland darf kein Krieg mehr ausgehen. Diese Forderung war eigentlich die kontinuierliche Fortsetzung der Festlegungen des Potsdamer Abkommens von 1945, der die Erkenntnisse aus den beiden Weltkriegen und Deutschlands Rolle dabei berücksichtigte. Daher sind auch die Positionen der Kriegsgegner und damit der Rüstungsgegner in Deutschland und in anderen Staaten eigentlich keine andere Position als die eben genannten. Unter diesen Gesichtspunkten ist auch diese Studie konzipiert worden. Es zeigte sich aber, dass die Entwicklung eine europäische und darüber hinaus eine weltpolitische wurde, weil sich nach dem Ende des Warschauer Vertrages und dann der Sowjetunion ein anderes Bündnis unter Führung der Führungsmacht USA daran machte, eine neue Weltordnung herzustellen, die auf das Interesse der USA ausgerichtet war. Damit im Zusammenhang stehen Entwicklungen in der Sicherheitspolitik, die bisherige Rüstungsbegrenzungsabkommen, internationales Recht und damit auch generelle Fragen der Erhaltung der Menschheit, zum Beispiel die Gewährleistung ausreichend sauberer Luft, Wasser, Energie, Bildung, Gesundheit und Kultur in Frage stellen. Daraus leiten sich auch einige Fragen ab, deren Diskussion Anregungen für die Politik beinhalten könnte. Das sollte heute hier versucht werden.

Nach dem Ende der Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Vertrag ist bekanntlich die Welt nicht sicherer geworden. Aus diesem Grunde gewinnen alle Fragen, die mit Rüstung zu tun haben wieder an Bedeutung, weil deren Entwicklung immer die Gefahr ihrer Anwendung in größeren oder kleineren Kriegen in sich bergen. Besonders trifft das zu bei der Disparität, wie sie sich seit Anfang der 90er Jahre unter dem Gesichtspunkt der so genannten „alleinigen Weltmacht USA“ darstellt. Mit dieser Thematik verbinden sich selbstverständlich auch alle Fragen der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung. Lassen Sie mich daher dazu einige ergänzende Gedanken zur Studie äußern:

1. Grundsätzliche Überlegungen

Rüstung und ihre Anwendung sind ein komplexes philosophisches, politisches, soziales, ökonomisches und militärisches Problem. Eine besondere Bedeutung kommt dabei den sozialen Problemen zu.

Daher wird sie richtigerweise auch als solches in die Debatte um die Abrüstung oder um die Vergeudung von Mitteln gebracht, die zur Beseitigung der von mir schon erwähnten großen Menschheitsprobleme – soziale Probleme wie Hunger, wirtschaftliche Entwicklung einschließlich des entsprechenden Umganges mit den natürlichen Ressourcen, Umwelt, Gesundheit und damit Beseitigung von Krankheiten u. a. – genutzt werden könnten. Insofern ist die ständige Analyse der Rüstungen und ihrer Wirkungen auf die Gesellschaft im eigenen Lande aber auch auf die Welt von besonderer, leider zum Teil vernachlässigter Bedeutung. Die Darstellung der Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung in der DDR und im Warschauer Vertrag aber auch in der Bundesrepublik Deutschland und der NATO hat bereits auf die geschichtlichen Erfahrungen hingewiesen.

Beschäftigen wir uns also mit Problemen der Entwicklung der Rüstungen in der heutigen Zeit. Ich möchte mich dabei zunächst auf Veröffentlichungen des renommierten SIPRI-Institutes berufen, bei aller Vorsicht, denn über Rüstungen und ihren Umfang wird ja bekanntlich nicht immer die ganze Wahrheit veröffentlicht.

Der im Juni veröffentlichte Bericht 2003 konstatiert nach Jahren mit eher rückläufiger Tendenz einen weltweit kräftigen **Anstieg der Militärausgaben**. Als Auslöser des Rüstungsbooms wird der von den USA erklärte „Krieg gegen den Terror“ gesehen. Gegenüber dem Vorjahr wurden die Militärhaushalte um 6% auf 794 Milliarden US-\$ (674 Milliarden Euro) erhöht. Allerdings lagen die Ausgaben noch 16% unter dem Niveau von 1988, also einem Höchststand vor dem Ende der Blockkonfrontation, aber 14% höher als 1998, wo ein Tiefstand in der Zeit nach Ende des Kalten Krieges verzeichnet wurde. Zu diesem Zeitpunkt war der offizielle Krieg gegen den Terror noch nicht begonnen. Man müsste dabei allerdings von den Kampfhandlungen im ehemaligen Jugoslawien und den Kampfhandlungen gegen Irak in den so genannten Flugverbotszonen absehen, die ja der Vorbereitung des Irakkrieges durch Schwächung der Luftabwehr dienten.

Nach Berechnungen des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) betragen die weltweiten Militärausgaben 2002 sogar rund 900 Milliarden Dollar; im Jahr zuvor lagen sie bei 870 Milliarden Dollar. Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang die Frage, wie viel

sicherer ist die Welt dadurch geworden, dass die Rüstungsausgaben so unermesslich hoch sind? Und daran schließt sich noch die Frage an, ist denn die Beschaffung von militärischer Großtechnik das geeignete Mittel den Terrorismus zu bekämpfen? Hat denn ein Flächenbombardement, ganz gleich wo in dieser Welt, den Terrorismus eingeschränkt? Ist mit militärischer Großtechnik und den dafür aufzuwendenden Milliarden der ausufernde Fundamentalismus, insbesondere der religiöse zu bekämpfen, der zu solchen Auswüchsen des Terrors und der Menschenverachtung führt? Ist die Welt mit militärischer Großtechnik zu befrieden? Der deutsche Politiker Lafontaine stellte kürzlich fest, Flächenbombardements sind unmenschlich, weil sie immer Unschuldige treffen. Aber dafür wird ja eigentlich militärische Großtechnik u. a. beschafft.

Eine weitere Frage in diesem Zusammenhang ergibt sich aus den Rüstungsexporten. Die konkurrierenden Wirtschaftszonen, z. B. USA, Europäische Union und Russland, konkurrieren auch beim Rüstungsexport. Europa ohne Russland hat 2003 die USA nach vorläufigen Angaben des SIPRI-Institutes erstmals bei den Rüstungsexporten überholt. Im Verlaufe des Vortrages komme ich darauf zurück. Nur soviel jetzt: Gibt es auf der Welt nicht andere Probleme als Länder, vor allem die armen Länder mit Rüstungsgütern zu beglücken?

2. Zu einigen Schwerpunkten der Studie

Nach Beendigung der Blockkonfrontation zwischen NATO und Warschauer Vertrag entstand die Hoffnung, dass die während des Kalten Krieges praktizierte Überbetonung des militärischen Faktors in der Sicherheitspolitik durch politische und diplomatische Zusammenarbeit ersetzt wird, Kriege in einer friedlichen Welt keinen Platz mehr finden, dass die riesigen Summen an finanziellen, materiellen und geistigen Mitteln, die in der Welt für Rüstung ausgegeben werden, für die Lösung der großen Menschheitsprobleme wie ich sie vorher genannt habe umgeleitet werden. Damit könnte ein Beitrag dafür geleistet werden, dass die Erde eine sichere Zukunft für nachfolgende Generationen besitzt.

Die Entwicklung ging jedoch in eine andere Richtung:

- Nach der Auflösung des Warschauer Vertrages begann eine Neuaufteilung der Machtpositionen und Einflussphären. Die entstandene Hoffnung auf eine Welt ohne Rüstung und ihrer Anwendung in Kriegen wurde u. a. durch die USA und die NATO

zerstört;

- Mit zunehmender Zeit entwickelte sich eine Politik des Unilateralismus der USA, dem aber zunehmend Interessen anderer Regionen der Erde entgegenstanden, wie
 - die Osterweiterung der Europäischen Union und der NATO;
hier kann man feststellen: Die gegenwärtige Rüstung behält die alte Stoßrichtung, sie ist nur an ihr Ziel näher herangerückt. Der frühere baltische Militärbezirk ist jetzt NATO-Gebiet, trotz der Aussagen über Partnerschaft für den Frieden.
 - das wirtschaftliche Erstarken Asiens, besonders Chinas,
 - die Anstrengungen zur Wiederherstellung der Bedeutung Russlands als Weltmacht, die auch andere Faktoren seiner Sicherheit, wie zum Beispiel der ökonomischen beinhaltet sowie
 - die Interessen anderer Schwellenländer.

Damit entstand ein Wettbewerb um zunehmende Einflüsse. Verbunden damit geht eine Verstärkung der Militarisierung der Außenpolitik vor sich, die sich auch auf die Zunahme der Rüstungsausgaben auswirkt. Das ist auch nichts neues, wie das durch die gestern behandelte Studie eindrücklich nachgewiesen worden ist. Unter dem Begriff des Kampfes gegen den Terror sollen geostrategische und wirtschaftliche Interessen durchgesetzt werden; das erfolgt mit militärischen Mitteln, also Gewalt (Terror) gegen Terror. Dabei wird das Prinzip verfolgt „Macht geht vor Recht“, wie es der machtpolitische Berater des USA-Präsidenten, Robert Kagan, als höchsten Wert der amerikanischen Außenpolitik verkündet, wenn er sagt: „...denn Recht reicht nur soweit, wie die Macht, die es schützt“⁸⁸. Aber die Ursachen, die zum Terror führen, insbesondere die sozialen Ursachen, werden nicht beseitigt.

- Es ist eine Wandlung in den Ansichten politischer Parteien zu Fragen der Militarisierung und damit der zunehmenden Macht der Monopole festzustellen. Besonders trifft das für die „linken Parteien“, also z. B. den sozialdemokratischen Parteien oder den „Grünen“ in den G 7 Staaten zu, denn es macht sich auch bei ihnen die Auffassung breit, diese Staaten vor der Zuwanderung aus armen Ländern

⁸⁸ Nach Berliner Zeitung vom 17./18. April 2004, Seite

abzuschotten. Gestatten Sie mir hier einen angesehenen Theatermann aus Berlin zu zitieren: „Hier wirken nicht mehr die Gesetze der Marktwirtschaft, also die der freien Konkurrenz, sondern die außerökonomische Zwangsgewalt, die Europa in eine Festung verwandelt um das Eindringen unerwünschter Marktteilnehmer zu verhindern. Das hat mit Globalisierung und Marktwirtschaft nichts zu tun sondern mit einfacher Besitzstandswahrung. Marktwirtschaft scheint weder als ökonomische noch als zivilisatorische Kraft zu funktionieren. Stattdessen tauchen archaische Muster auf: Rette sich wer kann! Für alle reicht es nicht!“⁸⁹

Man will einen gewissen sozialen Standard in den eigenen Ländern erhalten und diesen nicht teilen, schon gar nicht unter der neoliberalen Richtung, wie sie zunehmend auch von den Sozialdemokraten und den Grünen vertreten wird. Auch aus diesem Grunde wird zunehmend versucht in den armen Ländern imperialen Einfluss zu gewinnen, um zusätzliche Quellen des Reichtums zu erschließen aber die Einwanderung aus diesen Staaten zu verhindern. Dabei werden zunehmend so genannte Interessen vorgeschoben, die notfalls an allen Punkten der Erde zu verteidigen sind. Können denn aber nicht vernünftige Beziehungen zwischen den Staaten – solchen aus denen die Rohstoffe kommen und solchen die Rohstoffe beziehen – ohne Drohungen und kriegerischen Einsatz hergestellt werden? Wäre es nicht vernünftiger die schwachen Länder statt mit Krieg oder mit Waffen, die zum Kriegführen verleiten, mit Hilfe zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu unterstützen und dafür Milliarden aus der Rüstung abzuzweigen?

- Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass mit der zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik auch Verschärfungen in der Innenpolitik der Industriestaaten, zum Beispiel in Deutschland, nach dem USA-Beispiel einhergehen, die sowohl die ausländischen Mitbürger als auch entsprechende soziale und Friedensbewegungen behindern.

Es erfolgt eine enorme Verschärfung von Anwendungsszenarien für die innere Sicherheit. Unter dem Slogan der „inneren Sicherheit“ erfolgt ein Abbau der bürgerlichen Freiheiten in den jeweiligen Staaten, besonders für Ausländer und zwar solcher, die andere Kulturen repräsentieren. Das Misstrauen in diesen Gesellschaften wird geschürt. Es wird aber ungenügend ein Dialog der Kulturen geführt mit dem man

⁸⁹ Fran Castorf: „Afrika rechnet sich nicht“ Berliner Zeitung 8./9. Mai 2004 Seite 4

auch auf die unterschiedliche Herangehensweise bei bestimmten Traditionen und die Herstellung einer Übereinstimmung mit der durch die UNO verkündeten Gesamtheit der Menschenrechte eingeht. Ich betone ausdrücklich Gesamtheit, denn es gibt Politiker in einigen Staaten, die nur den Teil der UNO-Deklaration über Menschenrechte – übrigens auch anderer UNO-Grundsätze, wie die der Kriegführung oder der Genfer Konventionen – herausuchen, die gerade beim anderen Kontrahenten nicht zur Wirkung kommen. Ich denke dabei nur an das Recht auf Arbeit, welches in den westlichen Industrienationen nicht realisiert wird.

- Gleichzeitig wird aber darüber diskutiert, wie nach den USA, nunmehr auch in Europa und damit auch in Deutschland die neuen Strategien der vorbeugenden Militäreinsätze (Preemptive Strikes) eingeführt werden können. Es ist doch von Bedeutung, wenn im Entwurf der Verfassung der Europäischen Union – die im übrigen ja keine „europäische Verfassung“ sein kann, wenn viele europäische Staaten gar nicht Mitglied der EU sind – nichts über Prinzipien für eine gemeinsame Außenpolitik, die dem Frieden und der friedlichen Lösung von Konflikten verpflichtet sind, enthalten ist, aber die Verpflichtung zur Militarisierung und zur Aufrüstung festgeschrieben wird.

In diesem Zusammenhang wird die Frage zu beantworten sein „Gibt es einen guten und einen bösen Terror?“

- Für die Entwicklung der militarisierten Politik in der Welt tragen die USA eine besondere Verantwortung. Ihre Auffassung, als „einzig“ verbliebene Weltmacht könnten sie nunmehr ihre Interessen ohne Rücksicht auf andere durchsetzen, hat eine verhängnisvolle Entwicklung in Gang gesetzt. Es ist aber auch die Befürchtung vor Einflussverlust, die eine besondere Aggressivität fördert.

Welches könnten den die Ursachen dafür sein?

Ich gestatte mir hier einen Gedanken des amerikanischen Wissenschaftlers Paul Kennedy aufzugreifen, welchen er in seinem Buch „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ dargelegt hat:

In dem Abschnitt „Die vereinigten Staaten: das Problem der Nummer eins im relativen Abstieg“ führt er u. a. aus:

“Die Prüfung der amerikanischen Fähigkeiten ist umso härter, als die Vereinigten

Staaten – wie das spanische Reich um 1600 oder das britische Empire um 1900 – eine enorme Reihe von Verpflichtungen geerbt haben, die sie Jahrzehnte zuvor übernahmen, als die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fähigkeiten der Nation so viel gesicherter erschienen. Folglich unterliegen die Vereinigten Staaten heute jener Gefährdung, die Historikern, die sich mit dem Aufstieg und Fall ehemaliger großer Mächte beschäftigen, so vertraut ist und die grob „imperiale Überdehnung“ genannt werden. Die Entscheidungsträger in Washington müssen nun der unangenehmen Tatsache ins Auge sehen, dass die Gesamtsumme der globalen Interessen und Verpflichtungen heutzutage weit größer ist als die Kraft des Landes, sie alle gleichzeitig zu erfüllen.“⁹⁰

Ich denke dass der Verlauf der Ereignisse und dem was sich in der Welt damit im Zusammenhang abspielt, sowohl in Afghanistan als auch im Nahen Osten und im Irak diese These der Imperialen Überdehnung bestätigt.

Gestatten sie mir in diesem Zusammenhang hier Bemerkungen, die auf die Stellung der USA hinweisen und die bei der Bewertung der Lage in der Welt eine Rolle spielen sollten:

Zunächst eine Bemerkung von Christoph Bertram, Leiter der deutschen Stiftung Wissenschaft und Politik:

“Dass Amerika nicht mehr die alte, auch selbstsichere, auch großzügige Führungsmacht ist, sondern sich in einer Mischung zwischen militärischer Überschätzung und dem Gefühl des Bedrohtseins befindet und deswegen meint, ohne große Rücksicht auf andere handeln zu müssen, das ist wohl die wichtigste internationale Auswirkung des 11. Septembers. Die Welt hat sich nicht geändert. Amerika hat sich geändert.“

Von Immanuel Wallerstein, einem in Yale lehrenden Kritiker der USA-Politik ist zu lesen:

“Wie sind wir in diese katastrophale Sackgasse geraten? Wir müssen mit der Tatsache beginnen, dass die Vereinigten Staaten weit weniger mächtig sind, als sie selbst und als große Teile der Welt glauben Die Hegemonie der USA befindet sich seit rund 30

⁹⁰ Paul Kennedy „Aufstieg und Fall der großen Mächte“ Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main 1996

Jahren im Niedergang. Ihre Vormachtstellung gründete sich zumindest zu Zeiten ihres Höhepunktes zwischen 1945 und 1970 auf einem dreifachen Vorteil:

Erstens: einer wirtschaftlichen Überlegenheit über alle anderen Staaten der Welt.

Zweitens: der politischen Führung in einer außerordentlich mächtigen internationalen Staatenkoalition und

Drittens: seiner militärischen Potenz.

Doch schon am Ende der 60er Jahre zeichnete sich ab, dass der ökonomische Aufstieg Westeuropas und Japans diese beiden Regionen den Vereinigten Staaten wirtschaftlich einigermaßen ebenbürtig werden ließ (und in den kommenden 30 Jahren werden sie die USA in dieser Hinsicht vermutlich übertreffen).

Mit dem Abbau der wirtschaftlichen Überlegenheit ging einher, dass die amerikanische Führung der internationalen Staatenkoalition langsam untergraben und schließlich maßgeblich geschwächt wurde durch den Zusammenbruch der Sowjetunion, weil dieser in Westeuropa und Japan das Gefühl schwinden ließ, man sei auf ewig den USA politisch untergeben. Das Einzige, was unbestritten übrig blieb, ist die gewaltige militärische Überlegenheit⁹¹

Damit sind eigentlich die Voraussetzungen gegeben, international zu erreichen, dass die internationalen Rechtsnormen für alle Staaten gelten. Das Recht des Stärkeren darf nicht zum Allgemeinrecht werden. Das betrifft sowohl die militärischen Aktivitäten als auch andere Rechtsnormen und Verträge, die das Zusammenleben auf diesem Planeten betreffen und sein Überleben sichern. Es muss auch Staaten aus dem ehemaligen Verbund des Warschauer Vertrages klar werden, dass die Mitgliedschaft in der NATO nicht unbedingt zu Vorteilen in der Souveränitätssicherung sowie bei der wirtschaftlichen Entwicklung führen.

Es gibt ja auch kein Beispiel in der Geschichte, das ein so schneller Übergang von einem Bündnis in das andere bewältigt worden ist und dabei solche großen Summen aufgebracht werden müssen für eine Umrüstung. Aber diese Umrüstung dient der bisherigen Stoßrichtung der NATO, nämlich gegen Osten. Sie hat die NATO näher an die russischen Grenzen gebracht und die Hauptmächte der NATO verdienen an der Umrüstung dazu noch gutes Geld.

Warum haben die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates das Recht auf Kernwaffen sowie die Entscheidung, welche anderen Staaten zu verurteilen sind oder

⁹¹ (Süddeutsche Zeitung, 12.08.2002).

nicht? Warum haben die anderen Staaten, die sich durch diese Staaten bedroht fühlen, nicht gleiche Rechte? Wenn aber Staaten wie Indien, Pakistan (immerhin Staaten mit weit über einer Milliarde Bevölkerung) u. a. solche Fragen stellen, dann wäre doch die Antwort, die mit Hilfe der UNO und den internationalen Verträgen gegeben werden könnte nicht, diese Staaten des Terrors zu bezichtigen, sondern der Welt die eigenen Kernwaffen oder andere Rüstungen zu ersparen und die Mittel für die Entwicklung der Menschheit zur Verfügung zu stellen. Es ist also die Politik gefragt, die über Sicherheitspolitik entscheidet und damit auch über den Umfang der Rüstungen.

3. Einiges zur Rolle Deutschlands in diesen Prozessen

Der Drang nach Einfluss in der Welt kann, wie das am Beispiel deutscher Außenpolitik seit der Wiedervereinigung ablesbar ist, über die Forderung nach einem Mandat als ständiges Mitglied des Sicherheitsrates gehen. An dieser Stelle sei zu bemerken, dass Deutschland zu Beginn der Amtszeit der Regierung Schröder/Fischer noch ein Mandat für die europäische Union forderte. Inzwischen will man ein Kerneuropa und damit auch eine größere deutsche Rolle, daher die Forderung nach einem deutschen Sitz im Sicherheitsrat. In Deutschland gibt es aber auch Forderungen nach militärischer Macht, wie es bereits Formulierungen zeigten, die der seinerzeitige Bundesverteidigungsminister Scharping zur Begründung der Bundeswehrreform verwendete wie: „Die Streitkräfte müssen qualitativ und quantitativ dem politischen Gestaltungsanspruch und Gewicht Deutschlands... entsprechen“, „Gewicht und Mitsprache im Bündnis hängen vom militärischen Beitrag..“ oder „von der Rolle der BRD auf Grund ihres politischen und wirtschaftlichen Gewichts“ ab.⁹² Es sollte ruhig in der Geschichte Deutschlands nach ähnlichen Formulierungen gesucht werden um zu verstehen, warum sich linke Kräfte in Deutschland, aber auch anderswo Gedanken machen. Schließlich, und das kann nicht oft genug betont werden, sind die Lehren aus dem letzten Weltkrieg noch frisch genug, als das die entsprechenden Abkommen (Potsdamer Abkommen und 2 + 4 Vertrag) vergessen werden können. Die Deutung der Ereignisse, die vom Münchner Diktat von 1938 bis zu der im Potsdamer Abkommen 1945 niedergelegten Nachkriegsordnung führten, ist nicht nur Gegenstand fachwissenschaftlicher Auseinandersetzungen. Politische Kampagnen unter einprägsam verkürzten Schlagworten wie "Beneš-Dekrete", "Vertreibungsunrecht", und "Zentrum gegen Vertreibungen" begründen in den betroffenen

⁹² "Die Bundeswehr – sicher..." Orientierungen für die Bundeswehrreform

Nachbarländern der BRD, wachsende Befürchtungen. So artikuliert z. B. besonders die von der bayerischen Staatsregierung offiziell, ideell und materiell geförderte Sudetendeutsche Landsmannschaft Ansprüche an Tschechien. Man muss daher in diesem Zusammenhang verstehen, warum der Widerstand in Deutschland, in Europa und zwar auch durch die Staaten, die Opfer deutscher Großmachtspolitik wurden, erstarken muss, gegen die Umkehrung der deutschen Sicherheitsdoktrin von der Verfassungsgrundlage der reinen Verteidigung in eine Interventionspolitik an jedem Punkt der Erde. In diesem Zusammenhang ist auch das Bestreben der Bundesregierung zu sehen, auch über einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Einfluss zu gewinnen.

Die wirtschaftlichen Interessen der USA und der NATO-Mächte und damit auch Deutschlands haben sich seit der Auflösung des Warschauer Vertrages und der Sowjetunion noch stärker auf die Erdölgebiete Golf, Kaspi-Senke, Mittelasien sowie den geostrategischen Interessen auf der Linie Balkan – Kaukasus – mittelasiatische GUS-Staaten bis an die Grenze von China sowie das Gebiet Vorderasien bis Indien konzentriert, wie u. a. in für die Rosa-Luxemburg-Stiftung gefertigten Studien erkennbar und überzeugend nachgewiesen wurde;⁹³

Anstatt die Politik der USA und der NATO an der Beseitigung der Ursachen für mögliche Krisen oder Terror auszurichten werden militärische Einsätze geplant und durchgeführt. Zum Teil verhindern diese die Ursachenbeseitigung, wie das in Afghanistan, dem Irak sowie nunmehr erneut und aktuell auch im Kosovo sichtbar wird und verhindern, dass die für Rüstung und Kriege eingesetzten Mittel zur Beseitigung der sozialen Ursachen eingesetzt werden, in dem die Entwicklungshilfe nicht auf den in der UNO verabredeten Anteil an den Haushalten bzw. dem jeweiligen Sozialprodukt angehoben wird;

Mit der Neuorientierung der Außenpolitik nach der Blockkonfrontation, insbesondere ihrer Militarisierung durch die stärkere Betonung der militärischen Komponente werden Bedrohungsszenarien, Schuldzuweisungen, Bündnisverpflichtungen nach Bedarf (Jugoslawien, Afghanistan ja, Afrika ja, Irak nicht), die Gefahr von Arbeitsplatz- und damit Sozialabbau durch Abrüstung u. ä. ins Spiel gebracht, wie es schon zu Zeiten des Kalten Krieges der Fall war. Es werden praktisch neue Feindbilder erzeugt. In einem Artikel von Til

⁹³ U. a. Studie "Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland", Berlin, Dezember 2000
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bastian⁹⁴, einem Friedensforscher in Deutschland, wird die Frage aufgeworfen „Brauchen wir Feinde?“ Er schreibt u. a.: „Die Hoffnung auf bessere Zeiten und eine „Friedensdividende“, die Anfang der 90er Jahre viele gehegt haben mochten, waren trügerisch. Heiße Kriege gibt es nach dem Ende des kalten noch übergenug, die Welt ist nicht friedlicher geworden. Und auch Feindbilder sind wieder reichlich zur Hand. Hellsichtige Beobachter meinten schon damals, während des Golfkrieges 1991: „Die Kosaken sind abgesehen, doch etwas weiter östlich zurren die Tataren bereits die Sattelgurte fest“. So der Tübinger Orientalist Heinz Halm. Und sein Bochumer Kollege Reinhard Schulze ergänzte: „Kaum war das Brandenburger Tor wieder offen, als der zweite Golfkrieg begann... Die rasche Umwidmung eines Feindbildes, das für das Selbstverständnis des Westens als Ort der Freiheit und des Rechtes von entscheidender Bedeutung erscheint, deutet auf die Vitalität eines tiefer liegenden kulturellen Konfliktes hin.“ Soweit aus dem Artikel von Til Bastian. Diese Einschätzung war leider nur allzu richtig. An die Stelle des kalten Krieges ist der Huntingtonsche „Clash of Civilisations“ (Zusammenstoßen von Zivilisationen) getreten“. In diesem Zusammenhang ist auch eine Zunahme der Forderungen nach der Einbeziehung „Christlicher Werte“ in die Politik zu beobachten, was auch zu einem Kampf der Religionen deklariert wird. Dabei werden bessere religiöse Werte gegen schlechtere ins Feld geführt. Es scheint, als ob die Zeit der Kreuzzüge wieder in die heutige Zeit projiziert wird. Auch das führt zu einer Verschärfung der oben beschriebenen Maßnahmen der inneren Sicherheit. Da als neuer Feind der Islam generell angesehen wird mehren sich auch die Stimmen, die das christliche Abendland in Gefahr sehen. Das ist auch der Grund warum man in solchen politischen Gruppierungen, die besonders christlich geprägt sind, repräsentiert z. B. durch die Parteien CDU und CSU, Kampagnen gegen die Aufnahme der Türkei in die EU geführt werden. Als es gegen die Sowjetunion ging war es gut die Türkei in die NATO zu integrieren.

4. Einige ökonomische Aspekte der Umrüstung der Bundeswehr

Im Zusammenhang mit der Umrüstung der Bundeswehr ist ein Prozess der Privatisierung und Rationalisierung militärischer Prozesse zu beobachten. Dabei werden Standorte geschlossen, bestimmte Rüstungsgüter nicht mehr benötigt und damit soziale Probleme für betroffene Soldaten, Zivilbeschäftigte und Kommunen relevant. Gleichzeitig ist eine Tendenz der

⁹⁴ Neues Deutschland vom 16. April 2004 Seite 13 „Die Kosaken sind fort, die Tataren kommen...“ von Til Bastian

Auslagerung bestimmter militärischer Prozesse, insbesondere der Logistik in Form eines aus der Wirtschaft bekannten Outsourcings zu beobachten. Sowohl durch Produktion als auch durch Auslagerung von Leistungen, die derzeit "nur" Logistik für die im Frieden präsen- te Armee darstellen, wird ein großes Geschäft zu Lasten des Steuerzahlers erwartet. Besonders die Auslagerung von Leistungen aus der deutschen Bundeswehr scheint für die Industrie ein lohnendes Geschäft zu sein. Offensichtlich wird dabei auf amerikanische Erfahrungen zurückgegriffen. Denn bei der Ausgliederung von Leistungen der Streitkräfte waren die USA Vorreiter. Die „Informationsstelle Militarisierung“, ein in Tübingen ansässiges Friedensforschungsinstitut, informierte im vergangenen Jahr in seinem Informationsdienst unter der Überschrift "Der große Jackpot" u. a. folgendes Bemerken- swerte: "Die Zusammenarbeit mit Dick Cheney (derzeitiger Vizepräsident der USA – Einfügung durch den Autor) geht auf die Zeit nach dem Golfkrieg 1991 zurück. Damals betrieb Cheney als Verteidigungsminister die Privatisierung einzelner Bereiche des Militärs. "Brown and Root" wurde ausgewählt, um diese Pläne umzusetzen. 1995 ging Cheney, längst nicht mehr Verteidigungsminister, weil Georg Bush Sen. die Wahl gegen Bill Clinton verloren hatte, als Vorstandsvorsitzender zu Halliburton. 2000 zog es ihn zurück in die Politik und er wurde Vizepräsident. Auch danach liefen Halliburtons Geschäfte mit der Regierung wie geschmiert".⁹⁵ Halliburton ist der größte Auftragnehmer für Leistungen der Wirtschaft im Irak. In Deutschland ist eigens für solche Fälle eine gesonderte Gesellschaft nach privatrechtlichen Gesichtspunkten gegründet worden, die die Auftragsvergabe der Bundeswehr managt. In die Führungsgremien dieser Gesellschaft sind vor allem Vertreter von Konzernen berufen worden, die von dieser Auftragslage profitieren. Zum gleichen Zeitpunkt wird eine Diskussion um die Abschaffung der Wehrpflicht forciert, die dann ebenfalls zur Privatisierung von Kampfeinsätzen führen kann, wozu es in der jüngeren Geschichte der Kriege Beispiele gibt. Zum Teil hat man es mit den Folgen dieser Privatisierung von Kampfeinsätzen heute noch zu tun, wenn man zum Beispiel an die Armeen der Warlords in Afghanistan denkt oder so manche Auseinandersetzung, die in Afrika heute noch geführt wird. Aber auch die zunehmende Beteiligung von privaten Gesellschaften am Krieg im Irak ist ein deutliches Signal hierfür. Die zweitstärkste bewaffnete Gruppe im Irak nach den US-Streitkräften sind die privaten Dienste. Mit privatisierten Gesellschaften kann man international geltende Rechtsnormen leichter umgehen und die Regierungen können sich auf die Regeln der freien Marktwirtschaft berufen. Die USA haben bekanntlich auf diesem

⁹⁵ Informationstelle für Militarisierung Tübingen

Gebiet langjährige Erfahrungen und Traditionen. Besonders geschah das unter Leitung des in der Regierung Bush Senior amtierenden Verteidigungsministers Cheney, der ja dann in entsprechenden Unternehmen tätig gewesen ist. Mit der Übernahme von weltweiter Macht durch die internationalen Konzerne wird auch die Sicherheitspolitik im Interesse dieser Gesellschaften zunehmend privatisiert und den Regierungen aus der Hand genommen. Hier setzt sich fort, was auf dem amerikanischen Kontinent schon länger üblich ist, wenn ich an die United Fruit Company denke. Im Übrigen betrifft das auch immer mehr die Vorbereitung von Entscheidungen der Verteidigungsministerien durch private Unternehmensberatungsgesellschaften, die weniger die Sicherheitspolitik sondern die Wirtschaftsprozesse zu Grunde legen, wie das in letzter Zeit des Öfteren für das Bundesverteidigungsministerium geschah. Man könnte daraus wieder den Schluss ziehen, dass Sicherheitspolitik in erster Linie den Konzernen und nicht der Sicherheit des Landes zu dienen hat.

Im Zusammenhang mit der vordem beschriebenen Rationalisierung der militärischen Prozesse und der Freisetzung von Ressourcen, aber auch mit der so notwendigen Abrüstung, wird es dringend sich den Fragen der Konversion stärker zuzuwenden.

In Deutschland werden seit 130 Jahren Rüstungsmaßnahmen in Größenordnung betrieben. In anderen Ländern sicher nicht weniger und auch nicht weniger umfangreich.

Viele Jahre und Jahrzehnte ist um Abrüstung in der Welt gerungen worden. Oft war es nur noch ein kurzer Schritt zur Anwendung der Waffen, für die Existenz der Menschheit gefährlichster Waffen. Viele Millionen haben sich um die Abrüstung bemüht, ob in realen, machbaren Schritten oder mit Idealen, die eine sofortige Abschaffung aller Waffen bewirken sollten.

Abrüstung hat enorme sozioökonomische Wirkungen. Diese werden von der Rüstungslobby als Gespenst verwendet, mit dem man die Weiterführung der Rüstung begründen kann.

Dabei ist ein Phänomen zu beobachten:

Jahrzehntlang haben die Staaten, die Armeen betrieben haben alles für die Herstellung ihrer Einsatzbereitschaft getan. Sie haben Liegenschaften eingerichtet, die sich auch als Ausbildungs- bzw. Übungsgelände nutzen lassen, sie haben Waffen hergestellt und immer mehr modernisiert, was zur Aussonderung veralteter Waffen aber kaum zu ihrer Vernichtung führte, sie haben den Beruf des Soldaten kreiert und entsprechende Menschen rekrutiert und in diesen Beruf gebracht. Nun aber, da die Anzahl der Soldaten und der für sie benötigten

Anlagen, Waffen und Geräte durch zunehmende automatisierte Wirkung der Waffen und durch Rationalisierung der militärischen Prozesse reduziert bzw. ausgewechselt wird erklären Regierungen, dass sie mit den Folgen nichts zu tun haben wollen. Das aber bedeutet, dass sowohl die betroffenen Kommunen, die betroffenen Unternehmen als auch die ehemaligen Militärangehörigen ungenügend bei der Bewältigung der Folgen der militärischen Rüstungen unterstützt werden.

Ich will ein Beispiel aus Deutschland nennen: Das Land Mecklenburg-Vorpommern, in dem sich viele ehemalige Militärstandorte befinden, bekommt vom ehemaligen Betreiber des Militärs, bzw. demjenigen, der die Rechtsnachfolge hat, nämlich die Bundesrepublik, also den Staat, für 2004/2005 keinerlei finanzielle Mittel für die Konversion von militärischen Standorten. Durch die EU werden 3,7 Mio. € bereitgestellt, die durch das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gegenzufinanzieren sind. Zur gleichen Zeit aber werden in diesem Bundesland, auf dem bekannten Flugplatz Laage, die ersten Eurofighter stationiert, die eigentlich für die Verteidigung nicht gebraucht werden, weil Deutschland jetzt gegenüber früher eine andere Sicherheitslage hat. Wenn jedoch ein einziges Flugzeug weniger beschafft würde, könnten große Projekte der Konversion in diesem Bundesland realisiert werden. Dieses Flugzeug wird aber für die Verwirklichung der neuen Strategie der Bundesrepublik Deutschland benötigt, die auf Intervention ausgerichtet ist. Daher hat der Verteidigungsminister Struck gefordert, Deutschland an jedem Punkt der Erde „verteidigen“ zu können. Der Eurofighter war ja als Abwehrwaffe konzipiert, jetzt wird er zu einer Angriffswaffe umfunktioniert. Das aber kostet wieder mehr Geld, das für andere soziale Aufgaben, die im Zusammenhang mit der Konversion stehen nicht zur Verfügung steht. Dabei könnten die Erkenntnisse aus der Organisation und der Realisierung der Rüstung in den verschiedenen genannten Bereichen zu wirtschaftlicher Kraft genutzt werden. Es gibt dazu Beispiele in ausreichender Zahl. Diejenigen, die Interesse daran haben, dass die ehemaligen Militärs, die sich an den Rüstungen sowie an den aktiven militärischen Tätigkeiten beteiligt haben ihre Erfahrungen für eine friedlichere Welt nutzen, sollten sich aktiv dafür einsetzen. Es gäbe genügend Möglichkeiten diese Ressourcen zu nutzen. Hier sollten ehemalige Militärs aus verschiedenen Ländern zusammenarbeiten. Es gibt doch genügend Kader, die auch die armen Länder kennen und dort auch bekannt sind. Könnte man nicht hier etwas Gemeinsames tun? Sowohl im eigenen Lande als auch in den Entwicklungsländern könnte dafür vieles getan werden.

Ein wichtiges Kapitel der Konversion, welches die Politik beeinflussen könnte, ist es, die

COCOM-Wirkungen zu beenden. Das könnte ein echter Schritt zur Abrüstung, zur Vertrauensbildung und zur internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit sein. Außerdem könnten wissenschaftlich-technische Erkenntnisse viel schneller für die Lösung der beschriebenen großen Menschheitsprobleme nutzbar sein, wie Hunger, Umwelt u. ä. Gerade dieses Beispiel von Konversion könnte im Interesse der Lösung von Menschheitsfragen stehen, in dem die schnellere Übernahme der wissenschaftlich-technischen Erkenntnisse der Rüstungsindustrie für die zivile Nutzung nutzbar gemacht wird. Das ist ein Faktum, der aus der Erfahrung in den sozialistischen Ländern herrührt, die diesen Schritt viel zu langsam gegangen sind und dadurch auch vorhandene Fortschrittserkenntnisse für die Erhöhung der Wirtschaftskraft viel zu wenig genutzt haben.

Bei den Untersuchungen zur wehrtechnischen Industrie Deutschlands zeigte sich, dass gegenwärtig größere Veränderungen erfolgen, die insbesondere auch hier zu einer forcierten Globalisierung tendieren. Es wird zu beobachten sein, ob sich die europäische Rüstungsindustrie so entwickelt, dass sie zu einem Konkurrenten der US-amerikanischen Rüstungsindustrie wird, zumindest auf bestimmten Gebieten oder sie durch diese, wie zum Teil bei der deutschen Rüstungsindustrie zu beobachten ist, vereinnahmt wird. Das vor allem auf Gebieten der Hochtechnologie, wie z. B. beim U-Boot-Bau. Das aber ist ja bei imperialen Mächten nichts Neues.

Es werden dabei aber auch politische Entscheidungen zugunsten der wirtschaftlichen Interessen getroffen. Das war am Beispiel der Entscheidung zur Beschaffung der Ferntransportflugzeuge durch die Bundeswehr und andere europäischen NATO-Armeen zu beobachten. Obwohl schon gemeinsame Planungsarbeiten zu einem Kooperationsgerät mit den Produzenten der Antonow-Serie liefen und die technisch-taktischen Daten wie auch die ökonomischen Daten günstiger waren ist die Beschaffung auf der Basis des Airbus entschieden worden. Im Übrigen wird auf die Transportflugzeuge Russlands und der Ukraine jetzt schon für militärische Transporte zurückgegriffen, wenn es um Einsätze der Bundeswehr geht. Ähnlich wird bei Entscheidungen zum Jagdflugzeug verfahren.

Wenn sich Europa stärker unabhängig von den USA machen will, dann wäre eine engere Zusammenarbeit mit Russland sicher angebrachter – auch aus ökonomischen Gründen. Noch günstiger wäre zur Überzeugung, wenn sich diese Zusammenarbeit auf dem Gebiete der Hochtechnologie nicht nur auf militärische sondern auch doppelt nutzbare Erzeugnisse und auf zivile Erzeugnisse orientieren würde. Allerdings würde das die Klärung einiger politischer

Grundfragen voraussetzen.

5. Prinzipielle Überlegungen zur Entwicklung der Beziehungen der verschiedenen Interessengruppen

Mit der Studie wurden einige Aspekte aus der Beschaffungsplanung der Bundeswehr abgeleitet, die sich auf die strategische Sicherheitspolitik sowie aus der Entwicklung der Rüstungswirtschaft auf künftige politische Entwicklungen in der Sicherheitspolitik und im Verhältnis der Staaten oder Staatengruppen richten. Daraus ergab sich eine Ableitung auf künftige Spannungsfelder, die möglicherweise beträchtliche Konsequenzen im Verhältnis der Staaten oder Staatengruppen nach sich ziehen können, obwohl die Aufrüstung der Bundeswehr prinzipiell sowohl der von den USA vorgegeben Entwicklung der NATO und auch den Orientierungen der EU entspricht. Im Einzelnen könnten diese Spannungsfelder sich wie folgt darstellen:

▪ Spannungsfeld BRD - Russische Föderation

Die zur Beschaffung vorgesehenen strategischen Mittel der Bundeswehr stellen bezüglich ihrer Reichweiten und qualitativen Parameter ein bedeutendes Bedrohungspotenzial für Russland dar. Ähnliche Auswirkungen ergeben sich auch aus weiteren Beschaffungsvorhaben, wie z.B. den operativ-taktischen Verlegemöglichkeiten, den für die Einsatz-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte vorgesehenen Ausrüstungen, aber auch aus den vielfach geäußerten „Überlegenheitsabsichten“, wie z.B. Informations- und Führungsüberlegenheit. Damit werden die technischen Möglichkeiten geschaffen, wiederholt geäußerte Interessen auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen. Die Neuausrüstung der Bundeswehr kann damit auch eine reale Gefahr für Russland darstellen, insbesondere wenn NATO-Interessen durchgesetzt werden sollen. Dass das nicht weit her gegriffen ist zeigt u. a. die BRD-Absage an eine Zusammenarbeit zum Transportflugzeug AN 70 bzw. die schwankende Haltung zum amerikanischen Raketenabwehrsystem.

Der Versuch auf anderen Feldern diese potentiellen Konflikte zwischen Russland und Deutschland bzw. der EU auszugleichen ist auch von den jeweils aktuellen Problemen der Beziehungen zwischen den USA und Europa abhängig. Sie werden von jeder Seite zum

jeweils eigenen Vorteil genutzt werden. Darunter wird jedoch die Kontinuität dieser Beziehungen leiden.

- Spannungsfeld BRD(EU) – USA

Zwischen der Europäischen Union bzw. einigen ihrer Mitgliedsstaaten und den USA haben sich in den letzten Jahren die Spannungen erhöht. Ausgangspunkt dürften die Vergrößerung der Europäischen Union und ihr damit verbundenes Wachsen als Wirtschaftsmacht mit einem größeren Markt sowie die damit verbundenen Interessen nach einem größeren Einfluss in der Weltpolitik sein. Darüber sind jedoch die Meinungen innerhalb der EU differenziert. Zunächst sind an einem größeren, von den USA unabhängigeren Einfluss in der Weltpolitik besonders die älteren EU-Mitgliedsländer interessiert, allerdings mit Einschränkungen Großbritanniens. Nicht so sehr sind die Länder interessiert, die sich von den so genannten "Kernmächten" der EU an die Seite gedrängt sehen, obwohl sie ökonomisch von ihrer Mitgliedschaft als Nettoempfänger profitiert haben. Zu diesen Staaten gehörte Spanien, was dann auch zunächst in der Unterstützung der USA beim Golfkrieg zum Ausdruck kam. Dabei zeigt sich, dass diese Haltung zu anderen Problemen Spaniens innerhalb der EU führt, was zu einer Kursänderung dieser Politik beigetragen haben dürfte.

Auch die Beitrittsländer wie Polen, Ungarn, Tschechien u. a. fühlen sich den USA zugezogen, weil sie zum Teil noch von der europäischen Geschichte und den Erfahrungen insbesondere mit Deutschland und der Sowjetunion geprägt sind.

Im Übrigen führen die oben beschriebenen Entwicklungen in Deutschland, wie sie durch Vertriebenenverbände und ähnliche Organisationen aber auch durch bestimmte Historiker publik gemacht werden ebenfalls zu einer Hinwendung dieser Länder zur vermeintlichen Schutzmacht USA.

Aber auch die Bestrebungen von EU-Mitgliedsländern gegenüber den USA eine unabhängigere Politik zu betreiben führen zu Differenzen in der praktischen Koordinierung der NATO-Politik. Man spricht schon darüber, dass die NATO ihren Sinn nicht mehr in dem Umfang besitze wie vordem. So muss man auch die seinerzeitigen Diskussionen im Sicherheitsrat der UNO um eine neue Irak-Resolution verstehen. Hier haben europäische Staaten eine große Chance, den USA einige Grenzen ihrer Bewegung in der Weltgemeinschaft aufzuzeigen.

- Spannungsfelder innerhalb der EU

Aber auch der zeitweilige Umgang mit den neuen oder kleineren Mitgliedern der EU durch die alten Mitgliedsländer ist geeignet, Vorbehalte in diesen Ländern zu befördern. Als Beispiel sei auf die Forderungen von deutschen Landsmannschaftsverbänden verwiesen, die entgegen den Festlegungen des Potsdamer Abkommens umfangreiche Forderungen an diese Länder stellen. Wobei diese Forderungen in Deutschland auch von hochrangigen Politikern, wie dem Bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber massiv unterstützt werden, wie das erst bei den Pfingsttreffen im Jahre 2004 wieder sehr deutlich wurde. Es gibt Politiker in Deutschland die vergessen haben von wem der zweite Weltkrieg ausging und das die Völkergemeinschaft sich vorgenommen hatte dieses ein weiteres Mal zu verhindern. Wenn jetzt dieses in Vergessenheit geraten soll oder die Geschichte, wie auch auf anderen Gebieten umgeschrieben wird, dann sehe ich die Gefahr heraufziehen, dass deutsche Politiker sich auf den Wegen bewegen, wie sie sich ausgangs der zwanziger Jahre auftraten. Solche Überlegungen führen aber auch innerhalb der Europäischen Union zu Sorgen, die ja nicht unverständlich sind.

Aus dieser generellen Überlegung leitet sich aber die Frage ab, ob es zweckmäßig ist, wenn durch die EU das Kopieren von Rüstungsanstrengungen sinnvoll ist, wie sie die USA vornehmen und damit der Ausbau zu einer größeren europäischen Militärmacht und damit eine bedeutendere Stellung in der Weltpolitik zu erreichen ist. In der Wirtschaft ist derzeit ein solcher Trend zum Neoliberalismus nach amerikanischem Vorbild erkennbar, der mit einem größeren Sozialabbau verbunden ist. Das wiederum ist eine Entwicklung, die vor allem durch die Globalisierung der Wirtschaft befördert wird aber den historischen Bedingungen des europäischen Kontinents und seiner sozialen Grundlagen nicht entspricht. Damit werden aber auch die Probleme des Wirtschaftswachstums, wie derzeit die EU belasten, nicht bewältigt. Das führt oder kann auch zu sozialen Konflikten führen, die Einfluss auf die Stabilität der EU oder einzelner ihrer Mitgliedsstaaten haben. Ein Beispiel dafür sind auch die Auseinandersetzungen um die Einhaltung von ökonomischen Kriterien der großen Mitgliedsstaaten, wie Deutschland, Frankreich oder Italien.

Damit im Zusammenhang wird die Frage aufgeworfen, zum Beispiel durch Egon Bahr⁹⁶, ob Europa überhaupt Interesse daran haben sollte, ein genau so großer Globalplayer zu

⁹⁶ Egon Bahr "Der deutsche Weg" Karl Blessing Verlag 2003

werden wie die USA. Egon Bahr sagt dazu unter dem Gedanken "Die europäische Vision":

"Die alte Größe Europas ist nicht wiederzuerlangen. Die neue Größe liegt unterhalb der militärischen Gleichwertigkeit mit den USA...Es könnte ein Ziel Europas sein, ein Globalplayer zu werden, den die Welt nicht entbehren möchte. Ein solches Europa setzt die amerikanische Supermacht voraus. Sie kann doppelt nützlich werden. Zum einen wird sie zuverlässig ihre imponierende Wirkung behalten; der universale Nationalismus Amerikas sorgt dafür. Zum anderen liefert sie den klaren Kontrast zu der ganz anders gearteten Stärke Europas. Dort die militärische Hardware – hier die militärische Software"...

Nach der Begründung für eine eigenständige europäische Armee geht Bahr auf die mögliche Funktion Europas ein:

"...Ungleich bedeutender (als die militärische Arbeitsteilung ist hier gemeint,) wäre die politische Arbeitsteilung. Europa könnte sie zu einer Doktrin entwickeln. Ihr Kern wäre friedliche Konfliktlösung durch Verträge, die durch alle beteiligten oder interessierten Staaten, möglichst auch die USA, garantiert werden. Präventive Diplomatie soll präventive Schläge unnötig machen."⁹⁷ Wenn man auch über die vor allem zur über die militärischen Aspekte getroffenen Feststellungen Bahrs anderer Meinung sein kann, so ist doch der Gedanke der präventiven Diplomatie als der dominierende Teil der Konfliktlösungen zu begrüßen.

Diese Politik umzusetzen erfordert eine stärkere Übereinstimmung der europäischen Staaten und die engere Zusammenarbeit dieser mit Russland und China. Dann wäre es möglich eine größere Kraft der Weltpolitik gegen den Unilateralismus der gegenwärtigen USA-Politik einzusetzen.

Es müsste aber von der auch von Bahr beschriebenen Unmöglichkeit ausgegangen werden, mit den USA im Punkte Rüstung gleichzuziehen. Das ist nicht erforderlich und entspricht nicht den aus den historischen Erfahrungen zu ziehenden Schlussfolgerungen europäischer Politik. Übrigens könnte das auch zur Stärkung der europäischen Ökonomie führen, was den Zielstellungen der EU besser entspräche. Hier eine enge Vernetzung der Potentiale der EU mit denen Russlands herbeizuführen würde auch manche Gemüter abkühlen können.

⁹⁷ ebenda Seite 130

Jedoch ist dies noch nicht zum Allgemeingut europäischer Politik geworden. So sind neben den aktuellen Spannungen zwischen Deutschland und den USA, die sich um den Irak-Krieg ranken, auch die Spannungen zwischen der EU und den USA aus dem Aufbau einer europäischen Militärmacht zu konstatieren. Sie widerspiegeln sich auch bei den Beschaffungsplänen und der Entwicklung der Rüstungsindustrie. Die Schaffung des Satellitenaufklärungssystems der Bundeswehr ist nicht Bestandteil der von den USA initiierten DCI (Rüstungsplanung der NATO), die USA sind bestrebt, die militärische Nutzung des Kosmos durch europäische Staaten zu kontrollieren, was in der Diskussion um die Abstimmung der Wellenlängen für das europäische Satellitensystem Galileo zum Ausdruck kam.

Der Chef der amerikanischen Pilotenvereinigung, Martin Agnera, äußerte sich in der Zeitschrift „Europäische Sicherheit“ (11 / 2000) folgendermaßen: „Warum sollten die USA gewichtige Kompetenzen, die den Erhalt ihres Status als Supermacht sichern, an die Europäer abgeben, wenn sie ganz oben an der Spitze stehen?“

Der gebildete europäische Rüstungskonzern EADS ist ein ernstzunehmender Konkurrent der beiden Großkonzerne der USA. Der Konkurrenzkampf zwischen den Rüstungsgiganten umfasst sowohl zivile Produkte (z.B. die Airbusreihe) als auch militärische Erzeugnisse u. a. die Raketen für den Eurofighter 2000 (ein Projekt von etwa 1,5 Mrd. €). Unternehmen der USA sind bestrebt, über Anteilskäufe in europäische Rüstungsunternehmen einzusteigen (Panzerproduktion in Spanien mit BRD-Know-how; Rheinmetall, Turbinenproduktion MTU,). Andererseits zeigt sich seit der Amtsübernahme durch Präsident Bush ein gewachsener Druck seitens der USA auf höhere Rüstungsausgaben in Europa.

Darüber hinaus gibt es aber auch im militärischen Bereich Auseinandersetzungen zwischen einigen EU-Staaten und den USA über die Einrichtung eines europäischen Hauptquartiers für selbstständige Militäroperationen. Dabei sind aber die Auffassungen in der Europäischen Union sehr differenziert. Hier gibt es vor allem Widersprüche zwischen den Gründungsstaaten der EU (Frankreich, Deutschland, Belgien, Luxemburg u. a.) und vor allem den neuen Mitgliedsstaaten, die sich besonders auf die USA orientieren und damit auch im Rüstungsbereich vor allem dort ihren künftigen Partner sehen. Da die Armeen der Mittel- und osteuropäischen Beitrittsländer in ihrer Ausrüstung auf NATO - Standard umgerüstet werden müssen, bahnen sich hier größere Rüstungsaufträge an, die sehr umkämpft sind. Dabei hat die europäische Rüstungsindustrie natürlich Interesse am

Absatz ihrer Erzeugnisse. Wenn jedoch neue EU-Staaten ihre Rüstungseinkäufe in den USA tätigen, wie z. B. Polen mit Jagdflugzeugen, dann kann man sich die Frage stellen, warum ein Netto-Empfänger von EU-Mitteln, die von anderen EU-Staaten aufgebracht werden, diese oder andere Gelder des Haushaltsaufkommens nicht für europäische Produkte verwenden.

Man könnte noch mehr solcher Spannungsfelder aufführen, die sich bei der praktischen Politik mal mehr oder weniger verdeutlichen. Es sollte aber die eingangs von mir erwähnten Auseinandersetzungen der verschiedenen Interessengruppen um mehr Einfluss auf die Entwicklung in der Welt verdeutlicht werden, wie sie nach dem Zusammenbruch des Warschauer Vertrages vor sich gehen.

Das Anliegen der Autoren mit der aktuellen Ergänzung der historischen Studie war, am Beispiel der Bestrebungen des Interesses der deutschen Außen- und Sicherheitspolitiker im internationalen Kontext darauf zu verweisen, welche Entwicklung in Deutschland nach der Wiedervereinigung vor sich geht, nämlich dem Verlangen über militärische Komponenten und Stärke und damit über die Rüstung zu größerem Einfluss in der Weltpolitik zu gelangen. Dieser Einfluss soll auch mit Hilfe der EU, aber an führender Position erreicht werden. Nun gibt es unter den Linken in der EU und auch in Deutschland Diskussionen darüber, ob dieser Weg zeitweilig unterstützt werden sollte, um eine bestimmte Unabhängigkeit von den USA zu erreichen. Die unterschiedlichen Auffassungen darüber traten z. B. im europäischen Parlament bei dem Verhalten zur Abstimmung über den Entwurf der europäischen Verfassung zu Tage. Nach unserer Auffassung sollte alles, was die Entwicklung über die Rüstung oder über kriegerische Auseinandersetzungen befördert in jeder Form abgelehnt werden. Nur die friedliche Entwicklung sichert die Zukunft der Menschheit.

8. Bericht über das Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung und dem Institut für Militärgeschichte Verteidigungsministerium der Russischen Föderation zu historischen und aktuellen Fragen der Rüstung und Abrüstung

Auf der Grundlage der Einleitungsvorträge der durch die Autoren vorgestellten Studien traten auf dem Seminar prominente Vertreter verschiedener Akademien und Institute mit eigenen Vorträgen und Diskussionsbeiträgen auf. Hervorzuheben ist das breite Interesse der russischen Einrichtungen an diesen Problemen der Sicherheitspolitik. Das wird u. a. dadurch bestätigt, dass sich Vertreter von fünf Akademien, deren Arbeitsgebiet mit dem Inhalt der Studien in Relevanz steht, an der Diskussion beteiligten. Allein die Russische Akademie der Wissenschaften war mit 3 Instituten präsent. (Die Liste der Seminarteilnehmer und der beteiligten Akademien und Institute sowie eine Reihe gehaltener und schriftlich vorliegender Vorträge sind dieser Veröffentlichung beigelegt).

Diese breite Beteiligung ermöglichte eine vielseitige Bewertung der Studien, wobei besonders die Betrachtungsweise von Angehörigen der ehemaligen Führungsmacht über die Entwicklung von Streitkräften in beiden deutschen Staaten Interesse hervorrief. In mehreren Beiträgen erfolgte eine vergleichende Einschätzung dieser Entwicklung in Ost und West, was ermöglichte, den Untersuchungsgegenstand in Zusammenhängen zu betrachten. Dieses Herangehen ist insbesondere deshalb von Nutzen, da in wesentlichen Teilen der heutigen Geschichtsschreibung der Bundesrepublik die Einseitigkeit, d.h. eine Delegitimierung der DDR praktiziert wird. Gleichzeitig wurde mehrfach das Interesse hervorgehoben die Zusammenarbeit zu dieser Thematik weiterzuführen und für die politische Bildung in beiden Staaten zu nutzen sowie die Materialien (Studien und Vorträge) des Seminars in beiden Staaten und Sprachen zu veröffentlichen.

Die Teilnehmer der russischen Seite betrachteten die in den Studien untersuchten Probleme der Sicherheitspolitik der beiden deutschen Staaten in engem Zusammenhang mit der Politik der beiden Großmächte nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Kalten Krieg. Mehrere Redner (so u. a. die Generaloberste Iwaschow und Lobow, sowie N. W. Wassiljewa aus dem Militärgeschichtlichen Institut der Russischen Armee widmeten ihre Beiträge den Fragen der Entstehung des Kalten Krieges, den Bemühungen zur Revision der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges und den Ursachen der Blockbildung.

Generaloberst Iwaschow brachte u. a. zum Ausdruck, dass die USA aus dem Zweiten Weltkrieg militärisch und wirtschaftlich gestärkt, die UdSSR hingegen wirtschaftlich geschwächt hervorging. Die USA sammelten Erfahrungen bei der Expansion ihrer Macht, in Hiroshima und Nagasaki demonstrierten sie ihre Entschlossenheit alle zur Verfügung stehenden Waffen zur Erreichung ihrer Ziele einzusetzen. Das waren die Ausgangsbedingungen, um ihre Macht auf große Teile der Welt auszudehnen. Bereits ab 1945 entwickelte sich in den USA eine Politik, die gegen die Sowjetunion gerichtet war. In der 1947 beschlossenen Trumandoktrin nahmen sie sich das Recht, in beliebige Prozesse der Welt einzugreifen. Mit der Bildung der Militärpakte 1948 in Brüssel und der NATO im Jahre 1949 wurde die Wende zu einer Politik der Konfrontation mit der UdSSR vollzogen. Damit wurde gleichzeitig die Chance für die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems verhindert. Das Interesse der Sowjetunion war vordringlich auf den Wiederaufbau der im Kriege zerstörten Wirtschaft und die Beseitigung der Kriegsschäden gerichtet. Sie sei nicht an einer Konfrontation mit den ehemaligen Verbündeten interessiert gewesen.

Mehrfach wurde es als richtig erachtet aus der historischen Entwicklung die Ursachen für die Konfrontationen, für die Entstehung von Kriegen und die damit verbundenen Verluste an Menschen und Gütern von Staaten oder Allianzen herauszuarbeiten, um Möglichkeiten einer Wiederholung auszuschließen. In diesem Zusammenhang wurden aus russischer Sicht die Hintergründe und Ursachen für den Aufbau von Streitkräften in der Bundesrepublik und der DDR nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und für die Gründung der NATO und des Warschauer Vertrages analysiert (dazu gab es u. a. Beiträge von Oberst M.G. Ljoschin, I.F. Maksimytsschew und F.I. Nowik). Die Gründung des Warschauer Vertrags stellte eine Reaktion auf die vorher vollzogene Bildung der NATO dar. Der Kalte Krieg, sowie seine Ursachen und Zusammenhänge bildeten einen Schwerpunkt der Diskussion. Der Kalte Krieg war ein Krieg! Er schloss zwar die direkte militärische Konfrontation und damit den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln zwischen den beiden Großmächten und den entscheidenden militärischen Blöcken aus, jedoch mehrfach stand die Menschheit am Rande eines solchen Krieges, große Verluste entstanden durch die Stellvertreterkriege oder andere Kämpfe um Machtpositionen in der Welt, das Wettrüsten erforderte auf beiden Seiten erhebliche Mittel. Insofern wurde er, bezogen auf seine Auswirkungen, zum Teil mit dem Ersten und Zweiten Weltkrieg verglichen.

Mehrere Redner, so u. a. Lobow, Iwaschow und Maksimytsschew, wandten sich dem Gedanken eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems zu. Reale Chancen zur Bildung eines

solchen Instituts bestanden nach dem Ersten und dem Zweiten Weltkrieg und auch nach der Auflösung des Warschauer Vertrages. Leider wurden sie jedoch, trotz aller Notwendigkeit vertan.

Generaloberst L. G. Iwaschow analysierte die Möglichkeiten zur Bildung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Sowjetunion und die mit ihr im Krieg verbündeten Staaten verfügten über große Erfahrungen bei der Zerschlagung des faschistischen Aggressors und bei der Schaffung der Grundlagen für die friedliche Entwicklung der Völker. Die in der UNO vereinten Staaten bestätigten die von den Siegermächten geschaffenen Grundlagen des Völkerrechts und sicherten deren Rechte für die Zukunft. Das sind Werte, die ihre Bedeutung für ein sicheres Europa und für die Erhaltung des Friedens in der Welt bis heute nicht verloren haben. Auch die beabsichtigten Maßnahmen zur Entwicklung einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU-Staaten und zur Bildung militärischer Streitkräfte der EU stellen keinen Ersatz für ein gesamteuropäisches Sicherheitssystem dar. Russland und weitere bedeutsame Potenziale und Gebiete des Kontinents Europa werden ausgegliedert, ihre legitimen Interessen finden kaum Berücksichtigung.

Einen breiten Raum nahmen die Betrachtungen über die Methoden und Verfahren der Führung des Kalten Krieges und die Auseinandersetzungen in verschiedenen Etappen ein. I.F. Maksimytschew sprach über die Rolle der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland bei der Sicherung des militärischen Gleichgewichts in Deutschland und Europa. A.S. Orlow untersuchte die militär-politischen Aspekte der Großmächte im Verlaufe der Berlinkrise 1958-1961. Durch die beiderseitige Überbetonung des militärischen Faktors in den Beziehungen zwischen den Staaten der gegensätzlichen Blöcke erhielt das Wettrüsten immer wieder neuen Auftrieb.

Zu einigen Problemen des Wettrüstens äußerte sich der Vizepräsident der Akademie für Probleme der Sicherheit, Verteidigung und Rechtsordnung der Russischen Föderation, Professor R.F. Stepanow. Er informierte über Zusammenhänge der wichtigsten Entwicklungsetappen des Verteidigungshaushalts der UdSSR und über amerikanisch-sowjetische Besprechungen, die 1988-1989 im Hauptquartier der NATO und auch in den USA über die Bewertung der Verteidigungsausgaben der Sowjetunion stattfanden. Bezüglich der Entwicklung des Verteidigungshaushaltes der UdSSR stellte er anhand von Tabellen und Graphiken die Abhängigkeit von politischen Ereignissen während des Kalten Krieges und der militärtechnischen Entwicklung dar. So betrachtete die Sowjetische Seite u. a. die vorrangige

Entwicklung der Raketentechnik in den 50er und 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts als asymmetrische Reaktion auf die Überlegenheit der USA bei Kernwaffenträgern der strategischen Luftwaffe und damit als Schritt zur Herstellung des strategischen Gleichgewichts. Die Besprechungen mit der NATO über die Verteidigungsausgaben der UdSSR seien wichtige Maßnahmen zum gegenseitigen Verständnis und zur Vertrauensbildung gewesen. Zugleich konnten damit Zweifel an den sowjetischen Angaben über den Verteidigungshaushalt und die Preise für Bewaffnung und Militärtechnik beseitigt werden. Als sicherste der dabei besprochenen Vergleichsmethoden bezeichnete er den Vergleich des Arbeitsaufwands in den USA und der UdSSR zur Forschung, Entwicklung und Herstellung des jeweiligen Waffensystems bei etwa gleichwertiger Bewaffnung. Auf diese Art und Weise konnten spezifische Koeffizienten für die Umrechnung von Rubel in Dollar ermittelt werden. Für den Kauf von Bewaffnung betragen diese Koeffizienten zwischen 0,47 und 0,62, für die Forschung und Entwicklung 0,27 – 0,53. Spezialisten der UNO empfahlen derartige Studien periodisch in allen Ländern durchzuführen. Der Redner brachte seine Genugtuung zum Ausdruck, dass nach langer Zeit eine internationale Beratung, wie die der Rosa-Luxemburg-Stiftung zu dieser auch heute sehr aktuellen Problematik in so ruhiger und sachlicher Atmosphäre stattfindet.

Zu den Methoden des Kalten Krieges gehörten auch die gegenseitigen Zuweisungen von Aggressionsabsichten, die verschiedenen Bedrohungsdarstellungen, der Aufbau von Bedrohungsszenarien u. a. Beide Seiten nutzten diese Methoden, Bedrohungsdarstellungen wurden oft manipuliert, sie wurden ideologisch motiviert, auch Geheimdienstinformationen waren mitunter auf die politischen Absichten der Seiten zugeschnitten. Besonders A.M. Filitow vom Institut für allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften widmete seinen Beitrag diesen Problemen. Er ging davon aus, dass durch diese ideologisierten Bedrohungsdarstellungen gegenseitige Anschuldigungen und

Unsachlichkeiten gefördert, aber gleichzeitig Wege zur Lösung von Krisen behindert wurden. Leider wird das auch heute, nach Beendigung der Blockkonfrontation, auf diese Art und Weise praktiziert. Mehrere Diskussionsredner wiesen darauf hin, dass auch heute die öffentliche Meinung der Manipulierung unterliegt. Wie ein Teilnehmer betonte: „Der Krieg beginnt in den Köpfen“. Es liegt auch in der Verantwortung gesellschaftlicher Einrichtungen dagegen anzugehen. Maßnahmen, wie diese Treffen seien dazu gut geeignet.

Auf dem Seminar wurden eine Reihe Fragen der Deeskalation von Spannungen, einer möglichen Verhinderung von Kriegen und der Vertrauensbildung behandelt. Diesen und

ähnlichen Problemen widmeten sich die Beiträge von B.G. Putilin: „Einige Probleme der Verhinderung von Kriegen in Europa Ende des XX Jahrhunderts“; N.J. Schtschepowa: „Die Entwicklung der vertrauensbildenden Maßnahmen und der Sicherheit als Grundlage der gesamteuropäischen Sicherheit“ und von O.A. Belosudzew, der zu einer Reihe von Schlussfolgerungen gelangte, wie:

- dem Erfordernis nüchterner Analysen des Kräfteverhältnisse,
- dem Suchen nach Lösungswegen in kritischen Situationen, besonders unter Berücksichtigung der Interessen der Gegenseite,
- der Dringlichkeit, die berechtigten Interessen aller beteiligten Seiten beim Aufbau einer neuen Weltordnung zu berücksichtigen und
- dem Vorrang langfristiger Stabilität anstelle kurzfristiger Vorteile bei der Konzipierung der Sicherheitspolitik von Staaten und Gruppierungen.

Auf dem Seminar kamen auch die Fragen der Konversion zur Sprache. Professor V.N. Spektor, Präsident der internationalen Akademie für Probleme der Sicherheit, sprach über den hohen Aufwand, der auf die Entwicklung der Waffen gerichtet ist, aber mit Waffen wurden weder die Probleme, die zum Ersten Weltkrieg führten, noch die Probleme, die zum Zweiten Weltkrieg führten gelöst. Auch die jetzige Orientierung auf Präzisionswaffen löst nicht die anstehenden politischen und wirtschaftlichen Probleme. Als 1987 in der UdSSR der Auftrag zur Ausarbeitung und Realisierung eines Konversionsprogramms erging waren die Verantwortungsträger nicht vorbereitet, sie verfügten über keine Kultur der Überleitung wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse aus dem Militärwesen in die zivile Produktion. Es wurden jedoch ca. 100 Betriebe auf zivile Produkte umgestellt, ohne dass Arbeitslose dabei entstanden. Heute steht ein solches Programm leider nicht auf der Tagesordnung, es wäre jedoch nötig zur staatlich geförderten Konversion zurückkehren.

Durch die Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrags bot sich die Chance die Sicherheit der europäischen Staaten auf neue Art, gleichberechtigt und stabil zu gestalten. Leider wurde diese Möglichkeit vertan, die Hoffnung internationale Probleme ohne die Anwendung von Kriegen zu lösen konnte nicht verwirklicht werden. Ein entscheidender Schritt dazu war das neue strategische Konzept der NATO, welches anstelle der bis dahin gültigen Doktrin der Verteidigung der Territorien der Teilnehmerstaaten dieses Bündnisses auf den weltweiten militärischen Einsatz orientierte. Die seit dem geführten Kriege belegen die Gefahr dieses Konzepts.

Die Thematik des Seminars und die Auswahl der Teilnehmer ermöglichten Verbindungen und Schlussfolgerungen aus der historischen Entwicklung für die heutige Sicherheitspolitik abzuleiten. Mehrfach äußerten die russischen Redner ihre große Besorgnis über die geostrategische Ausweitung der NATO, deren Osterweiterung bekanntlich mit der Aufnahme der Türkei begann. Damit, so wurde betont, erfolgt eine zunehmende Gefährdung Russlands. Detailliert analysierte so z.B. H.J. Schtschepowa, wie durch die noch während des Bestehens der Organisation der Warschauer Vertragsstaaten abgeschlossenen Maßnahmen der Vertrauensbildung, nach der Osterweiterung der NATO die Sicherheitslage zuungunsten der Russischen Föderation verändert wurde.

Im Zusammenhang mit Darstellungen zur Analyse der Ergebnisse der Rüstungsbegrenzung nach dem Ende der Blockkonfrontation haben Teilnehmer über die immer sichtbarer werdende Disparität bei der Anwendung der Rüstungsbegrenzungsabkommen zu Gunsten der NATO gesprochen. Sie verwiesen darauf, dass zwar über eine Zusammenarbeit zwischen der NATO und Russland gesprochen wird jedoch praktische russische Vorschläge in der Regel einer Ablehnung verfallen. Redner der deutschen und der russischen Seite verwiesen auf die Überbetonung des militärischen Faktors in der Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, die sich ebenfalls hinderlich auf die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen mit der Russischen Föderation auswirken könnte. Bereits der häufig genutzte Begriff „Europa“ grenzt Russland aus. Die Praxis lässt auf keine ausreichende Akzeptanz und gleichberechtigte Partnerschaft für Russland schließen.

Durch die russischen Wissenschaftler wurden Fragen nach der Entwicklung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland gestellt, wie sie sich aus den Überlegungen ergeben könnten, die in der Rede des Präsidenten der Russischen Föderation vor dem Deutschen Bundestag geäußert wurden. Bisher waren noch zu wenige Anzeichen zu erkennen, die auf eine Realisierung dieser Vorschläge deuten.

Übereinstimmend kamen die Teilnehmer des Seminars zur Meinung, dass die behandelte Thematik und weitere Fragen der Sicherheit und der nationalen Interessen das gegenseitige Verständnis fördern, dass derartige Maßnahmen öfter auch auf gesellschaftlicher Basis organisiert werden sollten. Der bevorstehende 60. Jahrestag der Befreiung Deutschlands vom Faschismus bietet den geeigneten Rahmen für eine breite Behandlung von Fragen der gegenwärtigen und künftigen Sicherheitspolitik besonders in Europa auch als eine notwendige Schlussfolgerung aus der Periode des Kalten Krieges.

Schriftlich vorliegende Beiträge von Teilnehmern des Seminars

Dr. hist. Michail G. Ljoschin,
Höherer wissenschaftlicher Mitarbeiter, Institut für Militärgeschichte des
Verteidigungsministeriums der RF

Die Politik der Großmächte beim Aufbau der Streitkräfte der Bundesrepublik und der DDR (1945-1955)

Vor 50 Jahren wurde auf der Konferenz der 9 Westmächte in Paris ein Komplex diplomatischer Dokumente unterzeichnet, der in die Geschichte unter dem Namen „Pariser Abkommen“ eingegangen ist. Dieses Ereignis war der endgültige Verzicht der führenden Westmächte – USA, Großbritannien und Frankreich – auf die von ihnen nach dem Sieg über den Nazismus verkündeten Politik der Entmilitarisierung Deutschlands. Es war zugleich der Wendepunkt in der Geschichte Westeuropas, er hatte weitreichende Folgen für die Geschicke des in zwei Teile geteilten Deutschlands und verhärtete die Ost-West-Konfrontation insgesamt. Das Inkrafttreten der Abkommen im Frühjahr 1955 bot Westdeutschland die Möglichkeit, die nationale Souveränität zu erlangen, sich aus einem Objekt in ein Subjekt der Weltpolitik zu verwandeln, Teilnehmer in den zwei größten militär-politischen Gruppierungen – der Westeuropäischen Union und der NATO - zu werden; ihm wurde die Möglichkeit gewährt, mit dem Aufbau eigener Streitkräfte – der Bundeswehr – anzufangen. All das war die Folge jener komplizierten und mitunter widersprüchlichen geopolitischen Prozesse, die sich in der zweiten Hälfte der 40er – ersten Hälfte der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts vollzogen und die bis heute unsere Aufmerksamkeit auf sich lenken.

Mehrere Dokumente zeugen, dass das Problem der Verhinderung künftiger Aggressionsmöglichkeiten Deutschlands und der mit ihm verbündeten Staaten von den wichtigsten Teilnehmern der Antihitlerkoalition recht frühzeitig erörtert wurde, wobei mindestens die notwendige Abrüstung der besiegten Aggressoren zunächst bei keinem der Teilnehmer der „großen Drei“ Zweifel ausgelöst hat.

Bereits auf dem ersten Treffen während des Zweiten Weltkrieges, das vom 9. bis 12. August 1941 an der Bucht Ardentia an der Neufundlandküste stattfand, verkündeten USA-Präsident F. Roosevelt und der Ministerpräsident Großbritanniens W. Churchill in einer gemeinsamen Deklaration, die den Namen Atlantikcharta bekam, unter anderem, dass „kein Frieden in Zukunft bewahrt werden kann, wenn die Staaten, die mit der Aggression außerhalb eigener Grenzen drohen bzw. drohen können, die boden-, see- und luftgestützten Rüstungen weiterhin nutzen können...Künftig müssen solche Staaten, bis ein umfassendes und zuverlässiges System der allgemeinen Sicherheit hergestellt wird, entwaffnet werden.“⁹⁸ Diese und andere Feststellungen der Charta, die von der Sowjetunion auf der Verbündetenkonferenz in London am 24. September 1941⁹⁹ präzisiert wurden, fanden die Unterstützung der sowjetischen Seite

⁹⁸ Text der englisch-amerikanischen Deklaration siehe in: Wneschnjaja politika Sowetskogo Sojuza w period otetschestwennoj wojny: Dokumenty i materialy. Bd. 1. Moskau, Gospolitizdat, 1946. S. 167. Die Feststellung über die Entwaffnung wurde in den Text der Deklaration auf Vorschlag von F.Roosevelt aufgenommen. (Vgl.: Sowetsko-amerikanskije otnoschenija wo wremja Welikoj Otetschestwennoj wojny, 1941-1845: Dokumenty i materialy. Bd. 1. Moskau: Politizdat, 1984, S. 177).

⁹⁹ Text der Deklaration der UdSSR-Regierung siehe in: Wneschnjaja politika Sowetskogo Sojuza w period Otetschestwennoj wojny. Bd. 1 S.163-166

unter der Voraussetzung, dass ihre Umsetzung mit den Gegebenheiten, Belangen und historischen Besonderheiten eines jeden konkreten Staates in Einklang gebracht werden.

Es gibt auch andere Beweise. Im Dezember 1941 erklärte W. Churchill im Gespräch mit dem UdSSR-Botschafter I. M. Majskij, dass er als Hauptaufgabe die Beseitigung der deutschen Bedrohung ein für alle Mal betrachtet, wofür die „vollständige Entwaffnung Deutschlands mindestens auf die Dauer einer Generation notwendig ist“.¹⁰⁰ Die juristische Ausgestaltung fand dieser Gedanke allerdings in einer vorsichtigeren Form im Vertrag zwischen der UdSSR und Großbritannien vom 26. Mai 1942, in dem beide Seiten sich verpflichtet haben, „nach der Beendigung der Kriegshandlungen alle Maßnahmen <zu ergreifen>, die ihnen zur Verfügung stehen, um die Wiederholung der Aggression und die Verletzung des Friedens durch Deutschland unmöglich zu machen“.¹⁰¹

Laut den Memoiren des ehemaligen amerikanischen Botschafters in der UdSSR A. Harriman informierte ihn I. W. Stalin während des Krieges einige Male über seine Besorgnis, „dass sich die Geschichte wiederholt und dass nach dem Krieg der deutsche Militarismus wieder ins Leben gerufen wird, wenn wir nicht Maßnahmen ergreifen, um das zu verhindern“.¹⁰²

Ende 1943 wurde die Frage nach der Entwaffnung Deutschlands zur Beratung an die Europäische Konsultativkommission übergeben, die mit Beschluss der Konferenz der Außenminister der UdSSR, der USA und Großbritanniens (19.-30. Oktober 1943) gegründet wurde. In seinem Beitrag auf der Kommissionssitzung am 3. März 1944 betonte der sowjetische Vertreter F. T. Gussew im Namen der Regierung der UdSSR: „In Deutschland gibt es die Armee, die Luftwaffe und die Flotte, die seine Streitkräfte ausmachen, außerdem gibt es noch Verbände und Truppenteile der SS, SA, Gestapo, die militärisch und zivil zugleich sind. Das Regime des Zivillebens in Deutschland ist durch den militärischen bzw. halb-militärischen Apparat durchdrungen und gefesselt. Die Alliierten stehen vor sehr großen Aufgaben, die Streitkräfte Deutschlands nicht nur im offenen Kampf zu zerschlagen, sondern die ganze Kriegsmaschinerie des deutschen Staates zu brechen und zu zerschlagen.“¹⁰³

Anhand der Ergebnisse der Konferenz in Jalta (4.-11. Februar 1945) verkündeten die Alliierten die Grundsätze der Behandlung Deutschlands am Anfang der Kontrollperiode, wo es unter anderem hieß: „Wir sind voll entschlossen, die deutschen Streitkräfte zu entwaffnen und aufzulösen, ein für allemal den deutschen Generalstab zu vernichten, der zur Wiedergeburt des deutschen Militarismus mehrmals beigetragen hat, das ganze deutsche Kriegsmaterial zu beschlagnahmen bzw. zu vernichten, die gesamte deutsche Rüstungsindustrie, die für die Rüstungsproduktion verwendet werden könnte, zu liquidieren bzw. unter Kontrolle zu stellen; alle Kriegsverbrecher gerecht und schnell zu bestrafen...“¹⁰⁴

⁹⁹ Sowetskij Sojuz na meshdunarodnych konferenzijach perioda Welikoj Otetschestvennoj wojny, 1941-1945. Sbornik dokumentow. Bd. 4. Krymskaja konferenzija rukowoditelej trech sojuznych dershaw – SSSR, SSchA i Welikobritanii (4-11 Fewrala 1945). Moskau, Politizdat, 1984, S. 247-248.

¹⁰⁰ Sowetsko-anglijskije odnoszenija wo wremja Welikoj Otetschestvennoj wojny, 1941-1945: Dokumenty i materialy. Bd. 1, Moskau. Politizdat, 1983, S. 182

¹⁰¹ Wneschnjaja politika Sowetskogo Sojuza w period Otetschestvennoj wojny. Bd. 1, S. 271

¹⁰² Harriman W.A.; Abel E. Special Envoy to Churchill and Stalin. 1941-1946. N.Y., 1975. P. 273.

¹⁰³ Zitiert nach: Istorija diplomatii. Bd.IV. Diplomacija w gody wojny. Moskau. Politizdat. 1957. S. 557

¹⁰⁴ Sowetskij Sojuz na meshdunarodnych konferenzijach perioda Welikoj Otetschestvennoj wojny, 1941-1945. Sbornik dokumentow. Bd. 4. Krymskaja konferenzija rukowoditelej trech sojuznych dershaw – SSSR, SSchA i Welikobritanii (4-11 Fewrala 1945). Moskau, Politizdat, 1984, S. 247-248.

Somit wurden auf der Krim-Konferenz die Grundlagen für die abgestimmte Politik der UdSSR, der USA und Großbritanniens in Bezug auf die Entmilitarisierung Deutschlands festgelegt. Bei der Auswertung der Konferenz betonte W. Churchill in seiner Rede am 1. März 1945 vor dem Unterhaus: „Die Alliierten haben definitiv beschlossen, dass Deutschland vollkommen entwaffnet wird, dass die Kriegsverbrecher gerecht und schnell bestraft werden und die gesamte Industrie, die zur Rüstungsproduktion fähig ist, liquidiert oder unter die Kontrolle gestellt wird...“¹⁰⁵ Im gleichen Monat sprach F. Roosevelt kurz vor seinem Tode über die Wichtigkeit der Tatsache, dass Deutsche nie mehr eine Militäruniform tragen müssen, die auf sie so schlechten Einfluss ausübt.¹⁰⁶

Im Protokoll der Berliner (Potsdamer) Konferenz der Siegermächte (Juli-August 1945) wurde festgestellt, dass das Ziel der Besetzung Deutschlands seine „vollständige Entwaffnung und Entmilitarisierung“ ist. Dafür „a) [werden] alle Heeres-, Marine- und Luftwaffentruppen Deutschlands, die SS, SA, SD und Gestapo mit all ihren Organisationen, Stäben und Einrichtungen, einschließlich Generalstab, Offizierkorps, Reservistenbestand, Offiziersschulen, Organisationen der Kriegsveteranen und alle andere militärischen und halb-militärischen Organisationen mit ihren Klubs und Verbänden, die den Interessen der Erhaltung der Militärtraditionen in Deutschland dienen, vollständig und endgültig beseitigt, um die Wiederbelebung oder die Reorganisation des deutschen Militarismus und Nazismus für immer zu verhindern; b) [müssen] alle Waffen, Ausrüstungen und Kriegsmaterial und alle speziellen Mittel für ihre Herstellung in der Verfügungsgewalt der Alliierten stehen bzw. vernichtet werden. Die Wartung und die Produktion aller Flugzeuge und sonstiger Waffen, Ausrüstungen und Kriegsmaterial werden eingestellt.“¹⁰⁷

Nach der Kapitulation wurde die gesamte oberste Gewalt auf dem Gebiet Deutschlands bis zur Bildung der beiden deutschen Staaten von den Oberkommandierenden der Streitkräfte der UdSSR, der USA, Großbritanniens und Frankreichs ausgeübt, sie wirkten als Mitglieder des Kontrollrates, jeder handelte in seiner Besatzungszone nach den Anweisungen der jeweiligen Regierung sowie gemeinsam in den Fragen, die Deutschland insgesamt betrafen.

Während seines Bestehens 1945-1948 hat der Kontrollrat 5 Gesetze, 3 Verordnungen und 11 Richtlinien, die in dieser oder jener Hinsicht mit der Entmilitarisierung Deutschlands zusammenhängen, ausgearbeitet und beschlossen.

Mit dem am 20. August 1946 unterzeichneten Gesetz Nr. 34 über die Liquidierung der Wehrmacht¹⁰⁸ beschloss der Kontrollrat: „Deutsche Militärministerien: das Oberkommando der Wehrmacht (OKW), das Oberkommando des Heeres (OKH), das Oberkommando der Luftwaffe (OKL) und das Oberkommando der Marine (OKM); alle deutsche boden-, see- und luftgestützten Streitkräfte mit allen ihren Organisationen, Stäben und Institutionen, einschließlich Generalstab, der Offizierkorps, Reservistenkorps, Offiziersschulen, Organisationen der Kriegsveteranen und andere militärische und halb-militärische Organisationen mit ihren Klubs und Verbänden, die für die Erhaltung der militärischen Traditionen Deutschlands bestimmt waren, gelten als aufgelöst und werden als gesetzeswidrig

¹⁰⁵ Archiv wneschnej politiki Rossijskoj Federazii (im weiteren: AWP RF)- F. 0428. Op. 1. P. 3. D. 20. L.93

¹⁰⁶ Vgl. Murphy R. Diplomat Among Warriors. N.Y., 1964. P. 247.

¹⁰⁷ Sowetskij Sojuz na meshdunarodnych konferenzijach perioda Welikoj Otetschestwennoj wojny, 1941-1945. Sbornik dokumentow. Bd. 4. Krymskaja konferenzija rukowoditelej trech sojuznych dershaw – SSSR, SSChA i Welikobritanii (4-11 Fewrala 1945). Moskau, Politizdat, 1984. S. 430

¹⁰⁸ AWP RF. F. 0455. Op. 1. P. 2. D. 11. L.89-90

erklärt“. Das gesamte Vermögen der aufgezählten Organisationen war zu beschlagnahmen. Auch die „Bildung, Formierung oder der Wiederaufbau einer jeden der aufgezählten... Einrichtungen und Organisationen unter beliebigem Namen oder in jeder Form bzw. die Übernahme aller bzw. eines Teils der Funktionen solcher Einrichtungen oder Organisationen durch andere Einrichtungen in der Zukunft“ wurde als gesetzeswidrig erklärt und verboten. Das Gesetz schuf das gesamte Kriegsrecht des faschistischen Deutschlands ab. Personen, die sich der Verletzung dieses Gesetzes bzw. des Versuches einer Verletzung schuldig machten, „unterlagen der Gerichtsbarkeit der Militäradministration, sie waren gerichtlich zu belangen je nach dem Urteil, was gesetzlich bestimmt war, einschließlich die Todesstrafe“. Das Gesetz Nr. 34 trat am 26. August 1946 um 18.00 in Kraft.

Zugleich waren in der Antihitlerkoalition neben den zentripetalen auch zentrifugale Tendenzen festzustellen. Mit dem näher kommenden Sieg erschien im Bewusstsein einiger Vertreter der militär-politischen Führung der mit Russland verbündeten Mächte als Feindbild nicht so sehr Deutschland, sondern eher Russland, welches mindestens für Großbritannien zum „schwierigsten Problem wurde“.¹⁰⁹

Der W. Churchill nahe stehende Lord Moran schrieb im August 1944 in seinem Tagebuch: „Er (Churchill – M.L.) hörte auf, in diesen Tagen Hitler zu erwähnen. Immer wieder spricht er hartnäckig von der Gefahr des Kommunismus. Immer wieder erscheint ihm die Rote Armee als Krebsgeschwulst, die ein Land nach dem anderem befällt.“¹¹⁰ Nach der Einschätzung W. Churchills selbst „zog die Vernichtung der Militärmacht Deutschlands grundlegende Veränderungen zwischen dem kommunistischen Russland und den westlichen Demokratien nach sich. Sie verloren den gemeinsamen Feind, der Krieg gegen ihn war fast das einzige Bindeglied, das ihr Bündnis zusammengehalten hat. Von nun an haben der russische Imperialismus und die kommunistische Doktrin keine Grenzen für ihren Vormarsch und ihr Streben zur endgültigen Herrschaft gesehen und haben sich auch keine gesetzt.“ Daraus zog W. Churchill die Schlussfolgerung, dass „Sowjetrusland zur tödlichen Gefahr für die freiheitliche Welt wurde“, das „es darauf ankommt, eine neue Front gegen seinen ungestümen Vormarsch unverzüglich zu schaffen“ und dass „diese Front in Europa sich so weit wie möglich in den Osten ziehen soll.“¹¹¹

Nach dem Besuch des Ministerpräsidenten im Mai 1945 berichtete der persönliche Vertreter des US-Präsidenten J. Davis, dass er „von der krassen Veränderung seiner (Churchills – M.L.) Einstellung zu den Sowjets überrascht wurde... Als ich hörte, mit welcher Wut er über die Gefahr der Verbreitung des Kommunismus in Europa sprach..., dachte ich daran, dass er vielleicht vor hat als Ministerpräsident nun vor der ganzen Welt zu erklären, dass er und England einen Fehler gemacht haben, als sie Hitler nicht unterstützt hatten, weil er, soweit ich ihn verstehen konnte, nun die Doktrin predigt, die Hitler und Göbbels gepredigt und in den letzten vier Jahren wiederholt hatten in dem Versuch, die Einheit zwischen den Alliierten zu stören und „zu teilen und zu herrschen“.“¹¹² Wie W. Churchill später selbst zugab, „löste die

¹⁰⁹ Im Gespräch mit F.Roosevelt erklärte A.Eden am 15. März 1943: „Rußland ist unser schwierigstes Problem“. (Zitiert nach: Truchanowskij W.G. Winston Churchill. Moskau. Meshdunarodnyje otnoschenija. 1989. S. 313)

¹¹⁰ Zitiert nach: Swanadze L.N. Welikobritanija: konservatory i problemy poslewojennogo rasvitija, 1945-1955. Moskau, Mysl, 1984, S. 228

¹¹¹ Churchill W. Wtoraja mirowaja wojna. Buch 3. Gekürzte Übersetzung aus dem Englischen. Moskau. Wojenizdat. 1991. S. 574.

¹¹² Zitiert nach: Truchanowskij W.G. Winston Churchill. S. 360

sowjetische Gefahr ‹in seinen Augen› in den ersten Friedenstagen den nazistischen Feind ab“.¹¹³

Die Einstellung des Ministerpräsidenten zur UdSSR musste Einfluss haben auf die Haltung der Militärführung Großbritanniens. Im Komitee der Stabschefs und im Stab für die Nachkriegsplanung wurde bereits Ende Sommer 1944 bei der Vorbereitung der Dokumente über die Nachkriegsproblematik die mögliche Konfrontation mit Russland in Betracht gezogen.¹¹⁴ Auch in den amerikanisch-sowjetischen Beziehungen nahmen die Spannungen zu. Der Präsident F. Roosevelt, der während des Krieges die Meinung vertrat, die „USA werden von der Sowjetunion durch die ideologische Kluft getrennt, vereint werden sie von der Brücke der Staatsinteressen“,¹¹⁵ sah sich gezwungen, in seiner Botschaft an den Kongress über die Lage des Landes am 6. Januar 1945 zuzugeben: „Unvermeidlich werden wir uns immer mehr der Differenzen zwischen den Siegern bewusst.“¹¹⁶

Dennoch beeinflussten die wachsenden Spannungen in den Beziehungen zwischen den führenden Mächten eine Zeit lang nicht ihre offizielle Politik gegenüber dem niedergeschlagenen Gegner. In der Richtlinie Nr. 1067 des Komitees der Stabschefs der USA, die im April 1945 an den Oberkommandierenden der amerikanischen Truppen in Europa D. Eisenhower gerichtet wurde und die das Leitdokument für die amerikanische Besatzungsadministration bis Juli 1947 blieb, wurde darauf hingewiesen, dass „Deutschland nicht mit dem Ziel der Befreiung besetzt wird, sondern als die feindliche Nation, die eine Niederlage erlitten hat.“¹¹⁷ „... das erste Stadium - betonte im Januar 1945 W. Churchill in seinem Informationsschreiben an A. Eden - wird offensichtlich das Stadium der harten Militärkontrolle sein. Es kann mehrere Monate oder vielleicht ein-zwei Jahre dauern, falls die deutsche Untergrundbewegung aktiv wirken wird.“¹¹⁸ In der Anfangsetappe der Arbeit des Kontrollmechanismus der Alliierten in Deutschland trug eine derartige Position der westlichen Alliierten zweifellos dazu bei, dass die Vier Mächte die oben erwähnten wichtigsten Beschlüsse über die Entmilitarisierung Deutschlands fassen konnten und einige davon auch umsetzten.

Insgesamt kann man in der Evolution der Politik der Siegermächte gegenüber den deutschen Streitkräften zwei wichtige Etappen unterscheiden: die Etappe der Liquidierung der Streitkräfte des nazistischen Deutschlands, der Herstellung der Kontrolle über ihren Personalbestand und die Verwendung der früheren Wehrmachtssoldaten im Interesse der Besatzungsmächte sowie die Etappe der separaten Ausarbeitung der Bedingungen und Formen für die Einbeziehung der zwei Deutschlands in die militär-politische Integration im Westen und im Osten sowie der Realisierung praktischer Maßnahmen im Rahmen der unmittelbaren Vorbereitung auf den Aufbau der west- und ostdeutschen Streitkräfte. Während des Zweiten Weltkrieges und nach seiner Beendigung fielen nach unterschiedlichen Quellen 8 bis 9 Millionen Soldaten der Wehrmacht in die Hände der westlichen Alliierten.¹¹⁹ Weitere

¹¹³ Churchill W. Ibidem. S. 631

¹¹⁴ Vgl.: Titkow A.E. Sojuzniki-soperniki (K istorii antigermskogo sojuza SSSR s SSchA i Welokobritanijej w 1941-1945 gg.) Sowetskaja wneschnjaja politika, 1917-1945. Poiski nowych podchodow. Moskau. Meshdunarodnyje otnoschenija. 1992, S. 308-310.

¹¹⁵ Zitiert nach: Lan W.I. SSchA w wojennyje i poslewojennyje gody. Moskau. Nauka, 1978. S. 112.

¹¹⁶ Zitiert nach: Lan W.I. SSchA w wojennyje i poslewojennyje gody. S. 105

¹¹⁷ Zitiert nach: Wiskow S.I., Kulbakin W.D. Sojuzniki i „germskij wopros“ (1945-1949). Moskau, Nauka, 1990, S. 59

¹¹⁸ Churchill, W. Ibidem, S. 514

¹¹⁹ Nach den Angaben der westdeutschen wissenschaftlichen Kommission für die Geschichte der deutschen Kriegsgefangenen, die 1957 mit dem Beschluß der Bundesregierung gegründet wurde, kamen in die Gefangenschaft der westlichen Alliierten 7 745 000 Deutsche (Maschkw E., u.a. Die deutschen

2 388 000 Kriegsgefangene waren in der Gewalt der Sowjetunion.¹²⁰ Einige davon wurden von den Siegern in verschiedenen Arbeits- und Wachschutzformationen sowie in Serviceeinheiten verwendet.

So wurde beispielsweise vom Kommandierenden der 3. Amerikanischen Armee im Juli 1945 aus den Angehörigen der ehemaligen rückwärtigen Dienste die „Dienststelle General Fritsch“ gebildet, die bis März 1947 existierte. Sie wurde nach dem Namen des Chefs – des früheren Leiters des Wirtschafts- und Finanzdienstes des Kommandos „West“ Generalstabsintendant F. Fritsch genannt.¹²¹ Diese Dienststelle befasste sich hauptsächlich mit der Logistik der Lager für deutsche Kriegsgefangene in der amerikanischen Besatzungszone.

Außerdem haben die Amerikaner aus früheren Wehrmachtsoldaten verschiedene Arbeits- und Wacheinheiten gebildet, die bis in die 2. Hälfte der 50er Jahre des vergangenen Jahrhunderts bestanden. Nach dem Abbau dieser Einheiten fast um das 10fache blieben den Amerikanern noch 235 Einheiten zur Verfügung. Die Aufrüstung der Dienstgruppen der amerikanischen Zone begann seit Juni 1950, jedoch bereits seit August 1949 wurde mit ihrem Personal Schießausbildung durchgeführt. Seit Frühjahr 1949 wurden einige Dienstgruppen mit der taktischen Unterstützung der US-Streitkräfte als zusätzliche Aufgabe im Falle einer Ausnahmesituation beauftragt. Diese Gruppen waren entsprechenderweise ausgerüstet und ausgebildet. Die deutsche Marineeinheit, die seit der Endperiode des Krieges bei der USA-Marine in Europa in Bremerhaven bestand, wurde 1951 reorganisiert und an ihrer Stelle wurden drei neue Arbeitsgruppen der Marine gebildet, die auch an NATO-Truppenübungen beteiligt waren. Bei der Bildung der Bundeswehr in den Jahren 1957-1958 wurde der größte Teil des Personals dieser Gruppen mit Schiffen und der Küsteninfrastruktur in die Marine und die Pioniertruppen der Bundesrepublik aufgenommen.

Im Februar 1947 wurde die nach dem Kriege aus Deutschen gebildete so genannte „Industriepolizei“ der amerikanischen Polizei direkt unterstellt, die zu dieser Zeit auch eine einheitliche Uniform und Waffen bekam. Nach einer Reduzierung 1949 zählte ihr Personalbestand noch 9 000 Personen.

Das englische Oberkommando fasste bereits Anfang Juni 1945 den Beschluss über die Notwendigkeit der Verwendung Deutscher in verschiedenen Dienstgruppen. Der „Arbeitsdienst“, der aus den deutschen Kriegsgefangenen mit freiwilliger Mitgliedschaft gebildet wurde und 140 000 Mann zählte, wurde 1947 in die „Deutsche zivile Arbeitsorganisation umgewandelt“ und 1950 in die „Deutsche Dienstorganisation“, die auch bis zur zweiten Hälfte der 50er Jahre des 20. Jahrhunderts bestand. Die zahlenmäßige Stärke der letzteren Formierungen schwankte von 30 000 bis 60 000 Personen. Parallel dazu existierte in der englischen Zone in den Jahren 1945-1948 der Deutsche Dienst der Minenräumung und von 1948 bis 1951 der auf dieser Grundlage gebildete Deutsche Verband der Minensuchboote.

Kriegsgefangenen des Zweiten Weltkrieges. Eine Zusammenfassung. München, 1974, S. 206). Der Wissenschaftler aus Kanada J. Bacque, der in den westlichen Archiven mit den Dokumenten der alliierten Expeditionskräfte gearbeitet hat, führt die Zahl von 9 040 839 Personen an (Bacque. Other Losses. Toronto, 1989. P. 180).

¹²⁰ Russkij Archiv: Welikaja Otetschestwennaja. Nemezkiye wojennoplennyje w SSSR: Dokumenty i materialy. 1941-1955. Bd. 24 (13-2). Moskau. TEPPA. 1999, S. 9.

¹²¹ Vgl. Nothnagel K. Die "Dienststelle Fritsch" // Militärgeschichtliche Mitteilungen. 1977. № 1. S. 53-75.

In der französischen Besatzungszone begann man mit der Bildung der Dienstgruppen Mitte 1950. Bis dahin existierte 1945 das Polizeibataillon aus Deutschen unter französischem Kommando. Gegen März 1951 betrug der Personalbestand der Dienstgruppen 10 000 Mann. Die Gruppen wurden in Pionier-, Transport- und Wachgruppen unterteilt.

Im Sommer und Herbst 1950 wurden von der deutschen Seite Pläne für den Aufbau westdeutscher Kadereinheiten aus dem Bestand der Transport- und Wartungstruppenteile in der amerikanischen und englischen Besatzungszone sowie aus einigen Einheiten der Industriepolizei ausgearbeitet. Ähnliche Pläne hatten auch die Amerikaner.¹²² Nach dem Beschluss über den Aufbau des westdeutschen Kontingents im Rahmen der europäischen Armee wurden diese Pläne vorläufig zurückgestellt, jedoch in den Jahren 1951-1954 wurde eine mögliche Verwendung der Dienstgruppen beim Aufbau der Streitkräfte der Bundesrepublik weiterhin geprüft.

Letztendlich erfolgte beim Aufbau der Bundeswehr die Übernahme aus dem Personalbestand der Dienstgruppen bei den Truppen der westlichen Alliierten in Europa nach dem Prinzip der individuellen Auswahl. Nur einige Dienstgruppen wurden in die Bundeswehr in ihrem vollen Bestand übernommen.

Die ersten aktiven Diskussionen über die Erweiterung des Teilnehmerkreises des Nordatlantikbündnisses und über die Zweckmäßigkeit der Verwendung des personellen und militärisch-industriellen Potenzials der Bundesrepublik im Interesse des Westens begannen in der NATO-Führung nach dem Beschluss des NATO-Rates vom 18. Mai 1950 über die Vergrößerung der Landstreitkräfte des Blocks in Westeuropa bis 30 Divisionen zum 1. Juli 1954.

Auf die Ebene der offiziellen Verhandlungen wurde dieses Problem nach dem Ausbruch des Krieges in Korea gebracht, der als Anlass für die Revidierung der Einstellung der Westmächte zur Entmilitarisierung diente. Auf der Konferenz der Außenminister der Westmächte und auf der Tagung des NATO-Rates, die im September 1950 stattfanden, wurde eine grundsätzliche Übereinkunft über die Beteiligung der Bundesrepublik an der militär-politischen Integration der westlichen Staaten erreicht. Zugleich wurde festgestellt, dass der Aufbau unabhängiger nationaler Streitkräfte in Westdeutschland den „Interessen Europas nicht entspreche“.¹²³ Seit diesem Zeitpunkt suchten die militär-politischen Führungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs nach gegenseitig akzeptablen Wegen für den Aufbau einer westdeutschen Armee unter ihrem Kommando.

Die Analyse mehrerer Dokumente zeigt, dass dabei folgende Varianten der Verwendung des Potenzials der Bundesrepublik im Interesse des Westens geprüft wurden:

- Aufbau deutscher Freiwilligentruppen im Bestand der Streitkräfte der Westalliierten;
- Umwandlung der deutschen Dienstgruppen bei den Besatzungstruppen der USA, Großbritanniens und Frankreichs in Kampfeinheiten;
- Aufbau einer westdeutschen Polizei auf Bundesebene und ihre weitere Umwandlung in Kampfverbände;

¹²² Stürm W. Überlegungen über die Verwendung der deutschen Dienstgruppen als Verteidigungsbeitrag seit 1950 // Borgert H.-L., u.a. Dienstgruppen und westdeutscher Verteidigungsbeitrag. Boppard am Rhein, 1982. S. 139-158.

¹²³ AWP RF. F. 07. Op. 23a, P. 11. D. 143. L. 5-6

- Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und der Aufbau des westdeutschen Truppenkontingents in die vereinten Streitkräfte des Nordatlantikblocks;
- Aufbau eines westdeutschen Truppenkontingents im Rahmen Vereinter Streitkräfte Westeuropas.

Die ersten zwei Varianten wurden bald von der Tagesordnung gestrichen, weil daran weder die Westmächte noch die Bundesregierung besonderes Interesse hatten. Die weiteren drei Varianten wurden zum Gegenstand sorgfältiger Prüfung und Diskussion.

Da bereits Anfang Herbst 1950 klar wurde, dass die Verhandlungen über den Aufbau westdeutscher Streitkräfte lange dauern werden, wurde auf der Septemberkonferenz der Außenminister der USA, Großbritanniens und Frankreichs als eine gewisse Interimsvariante beschlossen, der Bundesregierung als Ergänzung zu den bereits bestehenden Polizeioorganen zu erlauben, mit dem Aufbau einer kasernierten motorisierten Polizei von 30 000 Mann zu beginnen. Auf der Grundlage dieses Beschlusses wurden in Westdeutschland der Bundesgrenzschutz (BGS) und die Bereitschaftspolizei der Länder mit einer zahlenmäßigen Stärke von jeweils 10 000 Personen gebildet. Gegen Ende 1955 wurde die zahlenmäßige Stärke dieser Formierungen bis auf je 15 000 Mann erhöht. Bei der Bildung der Bundeswehr wurden in den Militärdienst 58% der Angehörigen der BGS (Seegrenzschutz praktisch in kompletter Zusammensetzung mit der gesamten Infrastruktur) und rund 50% des Personalbestandes der Bereitschaftspolizei übernommen.

Das Hauptziel der Westmächte war jedoch bereits seit Herbst 1950 der unmittelbare Aufbau westdeutscher Streitkräfte. Die Ausgangspositionen der wichtigsten Verhandlungsteilnehmer sahen wie folgt aus: die USA schlugen vor, westdeutsche Divisionen in die vereinten NATO-Streitkräfte aufzunehmen¹²⁴, das Komitee der Stabschefs Großbritanniens empfahl, in Westdeutschland 20 kampfbereite und 10 Reservedivisionen sowie eine taktische Luftwaffe und Marine zu schaffen¹²⁵, der Ministerrat Frankreichs unterbreitete einen Plan für die Beteiligung der Deutschen an den vereinten Streitkräften Westeuropas als möglichst kleine Einheiten, der später in die Geschichte als „Pleven-Plan“ einging.

Seit Juni 1951 verschob sich das Zentrum der politischen Auseinandersetzung um die Wege des Aufbaus der westdeutschen Streitkräfte nach Paris, wo seit dem 15. Februar 1951 die auf Initiative Frankreichs einberufene Konferenz für die Bildung der vereinten Streitkräfte der westeuropäischen Staaten (die so genannte europäische Armee) tagte. Allmählich kamen die Konferenzteilnehmer zur Einsicht, dass in der gegebenen Situation die Bildung einer Europaarmee der kürzeste Weg zur Herbeiführung des gewünschten Kompromisses ist. Das ermöglichte die Unterzeichnung des Gemeinsamen Vertrages am 26. Mai 1952, der vorsah in Westdeutschland unter der Voraussetzung des Inkrafttretens des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) das Besatzungsregime abzuschaffen. Am folgenden Tag wurden auch der Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft und einige Zusatzabkommen unterzeichnet.

Es wurde geplant, dass 1954 das westdeutsche Kontingent in der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft eine Friedensstärke von 420 000 und eine Kriegsstärke von etwa 563 000 Personen haben wird. In organisatorischer Hinsicht sollte es sich aus dem Heer mit einer Stärke von ca. 360 000 Mann (4 Panzerdivisionen, 2 Panzergrenadierdivisionen und 4 Infanteriedivisionen); der Luftwaffe mit etwa 40 000 Mann (20 Luftgeschwader, 1326

¹²⁴ Foreign Relations of the United States, 1950. Vol. 3. Wash., 1977. P. 273-278, 406-409.

¹²⁵ Ibid. P. 265-266.

Flugzeuge) und der Marine mit etwa 20 000 Mann (186 Schiffe, 54 Flugzeuge und Hubschrauber)¹²⁶ zusammensetzen.

Der unterzeichnete Vertrag löste scharfe Kritik der obersten französischen Militärführung und der meisten politischen Parteien aus. Die oppositionell gestimmten Kräfte wiesen nicht ohne Grund auf die Wahrscheinlichkeit hin, dass die Bundesrepublik in kurzer Zeit eine führende Stellung in der Gemeinschaft einnehmen wird. Im Ergebnis verweigerte die Nationalversammlung Frankreichs am 30. August 1954 die Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Deswegen trat auch der Gemeinsame Vertrag nicht in Kraft.

Nach dem Zusammenbruch der Pläne für den Aufbau der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft griffen die Westmächte auf den vormals aufgeschobenen Plan zurück, die Bundesrepublik in die NATO aufzunehmen. Ende September-Anfang Oktober 1954 wurde auf Initiative Großbritanniens, welches die Vermittlerrolle in der ausgebrochenen Krise übernahm, in London die Konferenz unter Beteiligung Großbritanniens, Kanadas, den USA und der Staaten der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft einberufen. Dort wurden Kompromissbeschlüsse über die Gewährung der Souveränität für Deutschland, über die Umwandlung der Westunion in die Westeuropäische Union (WEU) durch den Beitritt der Bundesrepublik und Italiens zur ersteren, über den NATO-Beitritt der Bundesrepublik und einige andere gefasst. Ende Oktober 1954 wurden diese Beschlüsse von den Delegationen der oben aufgeführten Staaten auf der Konferenz in Paris juristisch ausgestaltet und auf der Tagung des NATO-Rates bestätigt.

Aufgrund der in Paris gefassten Beschlüsse hat die Blank-Behörde im Januar 1955 die Endfassung des Plans für den Aufbau der Streitkräfte der Bundesrepublik vorbereitet. Dieser stellte den Aufbau der Streitkräfte mit einer Stärke von 430 000 Mann für die Übergabe in die vereinten NATO-Streitkräfte, die militärische territoriale Organisation aus 6 Militärbezirken und die so genannte „Territorialverteidigung“ in Aussicht. Die letzteren zwei Komponenten blieben der Bundesregierung untergeordnet, unterlagen aber der Kontrolle durch die Organisation des Nordatlantischen Vertrages. Die Gesamtstärke dieses Personalbestandes wurde in Höhe 140 000 Mann festgesetzt. Praktische Maßnahmen zum unmittelbaren Aufbau der Streitkräfte der Bundesrepublik begannen nach dem Inkrafttreten der Pariser Übereinkommen am 5. Mai 1955, nach der offiziellen Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO und nach der Bildung des westdeutschen Verteidigungsministeriums Anfang Juni. Am 12. November des gleichen Jahres wurde in den Wehrdienst in der Bundeswehr die erste Gruppe der Freiwilligen aus 101 Personen eingestellt.

In der sowjetischen Besatzungszone wurden, wie es auch in anderen Zonen geschah, im Juli 1945 die Truppen der Minenräumung gebildet, zu denen neben den sowjetischen Soldaten auch deutsche Kriegsgefangene gehörten. Die Gesamtstärke der Deutschen betrug 5 000 Mann. Der größte Teil der Truppen wurde zum Januar 1946 aufgelöst, die restlichen Truppen existierten bis Juli 1947.¹²⁷

Nach der Fulton-Rede W. Churchills (März 1946), die die sowjetische Seite als „Aufruf zum Krieg gegen die UdSSR“ aufgenommen hat, nach der Verkündung der „Truman-Doktrin“ durch die USA ein Jahr später, die von der sowjetischen Führung als Absage des Westens an die Prinzipien der internationalen Zusammenarbeit und der abgestimmten Aktionen gewertet

¹²⁶ Vgl. Meier-Dörnberg W. Die Planung des Verteidigungsbeitrages der Bundesrepublik Deutschland im Rahmen der EVG // Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik: 1945-1956. Bd. 2. München, 1990. S. 706-707.

¹²⁷ Gosudarstwennyj archiv RF (GA RF). F.R-7317. OP. 12. D.4. L.103

wurde, sowie nach der Gründung der Westeuropäischen Union, der ersten militär-politischen Organisation nach der Beendigung des Zweiten Weltkrieges durch die westeuropäischen Staaten 1948 sowie nach der Durchführung separater Beratungen von Januar bis März des gleichen Jahres in London, wo unter anderem auch eine Diskussion über die künftige Ordnung in Deutschland erfolgte, konnte es keine Fortführung der Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und den Westmächten mehr geben. Als Folge stellte am 20. März 1948 der Kontrollrat in Deutschland seine Tätigkeit ein.

In dieser Situation fasst die sowjetische Führung für die Festigung der inneren Sicherheit Ostdeutschlands im Mai 1948 den Beschluss über die Bildung der ostdeutschen kasernierten Polizei. Zum Oktober des gleichen Jahres wurden 40 Polizeibereitschaften mit einer Stärke von jeweils 250 Mann gebildet. Mitte November wurden sie gemeinsam mit den Einheiten der Grenzpolizei aus der Zuständigkeit der Länder herausgelöst und einer einheitlichen Führung (Hauptabteilung Grenzpolizei / Bereitschaften) unterstellt. Die Stärke der kasernierten Polizei betrug 9 900 Mann, die der Grenzpolizei – 9 300 Mann. Im Sommer 1949 wurde die Stärke der kasernierten Polizei auf 35 300 Mann erhöht.¹²⁸

Nach dem Beginn des Krieges in Korea, nach der Reorganisation der Diensteinheiten in den westlichen Besatzungszonen und nachdem die westdeutsche Regierung in der ersten Etappe die inoffizielle Zustimmung der westlichen Besatzungsmächte zu den Plänen für den Aufbau einer kasernierten motorisierten Bereitschaftspolizei der Bundesrepublik erhalten hat, wurde die Anzahl der Truppenteile der kasernierten Polizei der DDR Ende 1950-Anfang 1951 auf 24 reduziert, gleichzeitig wurden sie nach dem Vorbild eines sowjetischen Infanterieregiments reorganisiert. Seit Juni 1952 begann in der DDR die Bildung kadrierter Territorialverwaltungen (faktisch Armeekorps) der kasernierten Polizei, die sich aus zwei Infanterie- und einer mechanisierten Einheit (faktisch Divisionen), sowie weiteren Kommandos und Abteilungen (faktisch Regimenter und Bataillone) zusammensetzten. Im August 1952 erreichte die Stärke der kasernierten Polizei 90 000 Mann.¹²⁹

Nach den bekannten Ereignissen im Juni 1953 wurde die kasernierte Polizei in der DDR nochmals reorganisiert. In ihrem Bestand blieben nur die Armeekorps „Nord“ und „Süd“ (jeweils 30 000 Mann), die jeweils aus drei mechanisierten Divisionen bestanden, eine mechanisierte Division in Potsdam und 21 Polizeischulen.¹³⁰

Die Beteiligung der DDR am Aufbau der Organisation des Warschauer Vertrages, die Ergänzungen zur Verfassung, die von der Volkskammer im September 1955 beschlossen wurden, und das Gesetz über den Aufbau der Nationalen Volksarmee (NVA) und über die Gründung des Ministeriums für Nationale Verteidigung der DDR, das von der Volkskammer am 18. Januar 1956 verabschiedet wurde, gaben der Führung Ostdeutschlands die Möglichkeit, ab dem 1. März 1956 mit dem Aufbau der ersten Truppenteile nationaler Streitkräfte auf der Grundlage der kasernierten Polizei zu beginnen. Laut Befehl des Ministers für Nationale Verteidigung der DDR, Generaloberst W. Stoph Nr. 1/1956 vom 10. Februar 1956 wurde die Stärke der ostdeutschen Streitkräfte auf 120 000 Mann festgesetzt. Auf der Beratung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages, die am 27.-28. Januar 1956 in Prag stattfand, wurde beschlossen, das

¹²⁸ Die SED und ihre Armee: die NVA zwischen Politisierung und Professionalismus 1956-1965. München, 2002. S. 33-34.

¹²⁹ Ibid. S. 36

¹³⁰ Ibid. S. 38

NVA-Kontingent in dem Maße, wie es formiert wird, in die Vereinten Streitkräfte der Organisation des Warschauer Vertrages aufzunehmen. Dabei wurde der Minister für Nationale Verteidigung der DDR entsprechend der beschlossenen Ordnung zum Stellvertretenden Oberkommandierenden der Vereinten Streitkräfte ernannt.¹³¹

Somit bekamen nur 10 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwei entmilitarisierte und für mehrere Jahrzehnte geteilte deutsche Staaten als ein eigenartiges Ergebnis der Anfangsetappe des „kalten Krieges“ und der Konfrontationspolitik der früheren Alliierten in der Antihitlerkoalition die Möglichkeit, wieder Streitkräfte aufzubauen und gleichberechtigte Mitglieder der größten militär-politischen Blöcke des 20. Jahrhunderts – der Organisation des Warschauer Vertrages und der NATO – zu werden.

Dr.habil.hist. Faina I.Nowik,

Leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin,

Institut für russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften

**Sowjetische Positionen zu der Eingliederung der beiden deutschen Staaten in die
Militärblöcke in Europa
(1. Hälfte der 50er Jahre)**

1949 fielen die Bildung des NATO-Blocks und die Bildung der Bundesrepublik zeitlich praktisch zusammen. Die Bundesrepublik wurde sofort in den Bereich der Gewährleistung der Sicherheit dieses Blocks eingegliedert wurde. Die sowjetische Führung verstand das stets als eine antisowjetische Konfrontationsausrichtung dieses westlichen militär-politischen Bündnisses und betonte das auch immer wieder. In Moskau wurde auch kein Hehl daraus gemacht, dass in der nicht weit entfernten Zukunft der westdeutsche Staat mit Sicherheit in die Militärpläne des Nordatlantischen Vertrages involviert wird.

Diese Erwartung schlug bereits im nächsten Jahr 1950 in Gewissheit um, als die Westmächte den Kurs auf die Militarisierung der Bundesrepublik und ihre Einbeziehung in die Allianz offen verkündet haben.

Die sowjetische Regierung trat ständig und kategorisch gegen die NATO und auch gegen die westlichen Pläne der Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO auf. Es besteht keine Notwendigkeit die Noten aufzuzählen oder ihren Inhalt darzulegen, die zu diesen Fragen aus

¹³¹ Dokumente zum Warschauer Vertrag; 1954-1961. Berlin, 1962. S. 67.

Moskau an die Westmächte gerichtet wurden. Bei der Untersuchung der Dokumente aus dem Archiv der Außenpolitik der Russischen Föderation (AWP RF) entsteht der Eindruck, dass sich, trotz der großen Anzahl und des scharfen beschuldigenden Charakters der sowjetischen Noten, die sowjetische Führung von Anfang an der Ergebnislosigkeit des Kampfes sowohl gegen die NATO als auch gegen die Militarisierung der Bundesrepublik und ihrer Einbeziehung in das militär-politisches System des Westens bewusst war.

Die UdSSR versuchte, die Politik der westlichen Staaten durch die Entwicklung und Unterstützung der Friedensbewegung zu beeinflussen, aber trotz ihres Engagements und großer Verbreitung schaffte es die Westpropaganda, deren Einfluss zu beschränken.

In dieser Zeit waren besonders wichtige Schritte, die im Falle einer positiven Reaktion des Westens auf den Prozess der Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche Allianz hätten einwirken können, die Vorschläge, die unter sowjetischer Führung auf der Beratung der acht Außenminister der osteuropäischen Staaten in Prag im Oktober 1950 ausgearbeitet worden waren sowie die sowjetische Note an die drei Westmächte im September 1951. Der Westen ignorierte jedoch diese Vorschläge und führte sowohl den Prozess der militärischen Integration als auch der Einbeziehung der Bundesrepublik in diesen Prozess fort.

Danach rückte die UdSSR die DDR mit ihren gesamtdeutschen Initiativen in den Vordergrund. Diese sowjetische Politik ist dadurch zu erklären, dass es in Moskau nicht mehr als möglich erachtet wurde, die Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis zu torpedieren, deshalb wurde der Versuch unternommen, die Vertiefung der Spaltung Deutschlands von innen her durch die Aktivierung der DDR-Politik zu stoppen, eine Annäherung der Positionen der zwei deutschen Staaten zur Frage der Errichtung der Einheit des Landes zu erreichen und somit die Realisierung der Militärpläne der Bundesrepublik zumindest aufzuschieben.

Die Nichtakzeptanz der Schritte der DDR in Richtung der deutschen Regelung in Bonn hatte zweifache Auswirkungen. Zum einen ergriff die UdSSR erneut die Initiative in der deutschen Frage und richtete an die drei Westmächte die weit bekannte Note vom 10. März 1952 und zum anderen erhielt sie damit eine Grundlage für den forcierten Aufbau nationaler Streitkräfte der DDR.

Die Führung der UdSSR und der DDR diskutierte bereits im April 1952 konkret über die Pläne des Aufbaus einer nationalen Armee in der DDR. Als Beweis dafür können die in der Bundesrepublik veröffentlichten privaten Notizen des DDR-Präsidenten W. Pieck, unter anderen seine Notizen über den Besuch von W. Ulbricht, W. Pieck und O. Grotewohl in Moskau am 29. März – 10. April 1952 und über die Verhandlungen mit der obersten sowjetischen Führung am 1. und 7. April dienen.¹³² Zu dieser Zeit, am 25. März, hatte die sowjetische Führung bereits die Antwortnote der Westmächte erhalten, aus der deutlich wurde, dass sie die sowjetische Initiative über den Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland ablehnen. Sie bereitete die zweite Note über die deutsche Frage vor, die sie am 9. April an die USA, Großbritannien und Frankreich richtete.

In den Notizen W. Piecks über die Gespräche mit I.W. Stalin, N.A. Bulganin, A.I. Mikojan und W.M. Molotow am 1. April von 21 bis 23 Uhr 07 Minuten sind zwei äußerst wichtige Passagen enthalten, die über die Wende in der Militärpolitik der DDR zeugen, nämlich: „Die Bildung einer Volksarmee – ohne Geschrei. Die pazifistische Periode ist vorbei.“ Außerdem bezieht sich noch die letzte Notiz über dieses Gespräch: „Erfüllt Euch mit Kampfgeist, wir werden Euch helfen“, ganz deutlich auf die Position der sowjetischen Führungskräfte, die die Entschlossenheit der DDR-Führung, eine nationale Armee aufzubauen, gefördert und die Hilfe dabei versprochen haben. Laut den Notizen W. Piecks mussten in der DDR konkret 8 Militärbezirke gebildet werden und die Armee sollte aus 9-10 Armeekorps, 30 Divisionen mit der Gesamtstärke 300 000 Mann bestehen. Ihre Ausbildung sollten die Militärangehörigen in der Sowjetunion erhalten. Es wurde auch geplant, das System der vormilitärischen Schulung der Jugendlichen zu entfalten.¹³³

Jedoch waren die Positionen verschiedener politischer Kräfte der DDR in der Frage des Aufbaus der nationalen Streitkräfte bei weitem nicht eindeutig. Wie es in der Denkschrift des Leiters der 3. Europäischen Abteilung M.G. Gribanow, die am 4. Juli 1952 an den Minister A.J. Wyschinsky und an vier weitere Vertreter der Leitung des Außenministeriums gerichtet wurde, hieß, gab es während der Aufklärungskampagne in der DDR vor der Unterzeichnung des Bonner und Pariser Vertrages „sehr seltene Fälle der Nichtakzeptanz und noch seltener Einwände zu den Fragen der Oder-Neiße-Grenze und des Aufbaus einer gesamtdeutschen

¹³²[1] Otto W. Sowjetische Deutschlandnote 1952. Stalin und die DDR. Bisher unveröffentlichte handschriftliche Notizen Wilhelm Piecks // Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung. 1991. H. 3.

¹³³[2] Ibid. S. 16

nationalen Armee. Im Mai begannen erbitterte Diskussionen, insbesondere unter den Mitgliedern der bürgerlichen Parteien, unter anderem der LPD über die Frage des Aufbaus der DDR-Streitkräfte. Es zeigte sich die starke Verbreitung des Pazifismus und der Angst vor dem neuen Krieg auf dem deutschen Gebiet“. Am Ende der Denkschrift wurde die Schlussfolgerung formuliert, dass die „Partei- und Gesellschaftsorganisationen der DDR noch vieles leisten müssen, um breite Kreise der Werktätigen von der Notwendigkeit zu überzeugen DDR-Streitkräfte für den Schutz des Vaterlandes aufzubauen.“¹³⁴ Aber das Problem bestand nicht nur im Pazifismus und im fehlenden Wunsch der Jugend, Waffen in die Hand zu nehmen, sondern auch in der Erkenntnis, dass auf die DDR enorme wirtschaftliche Bürden beim Aufbau der nationalen Streitkräfte zukommen.

Der Westen forcierte inzwischen aktiv den Prozess der Einbeziehung der Bundesrepublik in seine Allianz. Am 26. Mai 1952 wurde in Bonn der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Mächten“ unterzeichnet, der die völkerrechtlichen Voraussetzungen für den Beitritt der Bundesrepublik zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft schuf. Am nächsten Tag – 27. Mai – unterzeichneten die Außenminister der 6 europäischen Staaten, einschließlich der Bundesrepublik, in Paris den „Vertrag über die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft“.¹³⁵ Die Verträge von Bonn und Paris sollten nach ihrer Ratifizierung die Remilitarisierung der Bundesrepublik und ihre Aufnahme in das westliche Militärbündnis sicherstellen.

Die Dokumente aus dem Archiv der Außenpolitik zeugen darüber, dass die Führung des Außenministeriums ausführliche Informationen über den Verlauf der Vorbereitungen auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in die militärische Gruppierung des Westens, über die Inhalte der Verträge von Bonn und Paris und über die Reaktion der westdeutschen Öffentlichkeit auf ihre Unterzeichnung sowie über den langwierigen und komplizierten Ratifizierungsprozess dieser Verträge durch das Parlament der Bundesrepublik regelmäßig erhalten und an die oberen Führungsetagen gerichtet hat.¹³⁶ Jedoch entsteht der Eindruck, dass in den Dokumenten des Außenministeriums und in den Materialien in der Etappe der Ausarbeitung der Verträge von Bonn und Paris das Vorhandensein und die Tiefe der Differenzen zwischen den drei Westmächten sowie zwischen den letzteren und der

¹³⁴[3] AWP RF. F. 082. Op. 40. P. 255. D. 10. L. 154,155

¹³⁵[4] Istorija diplomatii. T. V. Kn. 1. Moskau, 1974, S. 400, 401

¹³⁶[5] Vgl. AWP RF. F. 082. Op. 40. P. 255. D. 12; P. 256. D. 20

Bundesrepublik übertrieben wurden. Nach der Unterzeichnung dieser Verträge wird das Streben ganz deutlich, eine Bestätigung für die Möglichkeit ihrer Ablehnung während der Ratifizierung zu erhalten. Insbesondere betraf das den Wunsch des französischen Parlaments für eine Verstärkung des Widerstands Frankreichs gegen den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, eine deutliche Übertreibung des Widerstandes gegen diese Verträge in der Bundesrepublik und die Überschätzung der Rolle und des Einflusses der westdeutschen Oppositionskräfte während der Beratungen im Bundestag.

Die DDR-Regierung blieb nichts schuldig und veröffentlichte am Tag der Unterzeichnung des Bonner Vertrages den Beschluss, eine „verbotene Zone“ an der Grenze zur Bundesrepublik zu bilden, eigentlich war es die Erklärung über die Schließung der Grenzen zu Westdeutschland. Im Juli 1952 wurde auf der II. SED-Konferenz beschlossen, mit dem „Aufbau der Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR zu beginnen. Diese Schritte waren im Westen und im Osten für die Bewegung zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht förderlich und vertieften die Spaltung des Landes noch mehr.

Beachtenswert ist auch, dass außer dem Notenwechsel über die deutsche Frage die Moskauer Führung 1952 keine weiteren wesentlichen Aktionen geplant hat, um sich dem Prozess der Ratifizierung der Verträge von Bonn und Paris zu widersetzen und ihn zu torpedieren, offensichtlich ausgehend von den beschränkten sowjetischen Einwirkungsmöglichkeiten auf diesen Prozess. In der internen Denkschrift des Außenministeriums „Über einige unserer neuen Maßnahmen in der deutschen Frage“, die M.G. Gribanow am 28. November 1952 an G.M. Puschkin gerichtet hat, wurde die Frage nach der Zweckmäßigkeit neuer Maßnahmen aufgeworfen, die „die Ratifizierung der „Vereinbarungen“ von Bonn und Paris durch Frankreich erschwert hätten“. Als solche Maßnahmen wurde vorgeschlagen an die Regierungen Frankreichs und Englands sowjetische Noten zu richten sowie die Frage über die Einberufung der Beratung der Regierungschefs bzw. der Außenminister der UdSSR, der Staaten der Volksdemokratie und der DDR in Moskau und das Beschließen einer kleinen Deklaration auf dieser Beratung zu besprechen.¹³⁷ Jedoch, wie wir wissen, zeigten ähnliche frühere Schritte auf den Prozess der Einbeziehung der Bundesrepublik in die westliche militärische Allianz keine Wirkung. Neue analoge Maßnahmen konnten jedoch die Situation

¹³⁷[6] Ibid. P. 256. D. 20. L. 29, 30

in der fortgeschrittenen Etappe der Involvierung Westdeutschlands in die militärische Integration des Westens kaum verhindern.

Im Archiv der Außenpolitik gibt es recht viele Dokumente, deren Geheimhaltung aufgehoben wurde und die bestätigen, dass das Außenministerium der UdSSR die Entwicklungen in der Bundesrepublik sehr aufmerksam verfolgt und die Remilitarisierungspolitik des Landes, den Abschluss der Verträge von Bonn und Paris und ihre Ratifizierung im Bundestag am 19. März 1953 verurteilt hat. Jedoch hat die Autorin keine Bestätigung dafür gefunden, dass Moskau reale Möglichkeiten besaß, um auf den Remilitarisierungsprozess der Bundesrepublik ernsthaft einzuwirken. Der sowjetischen Führung blieb nur die Möglichkeit, die Politik der Westmächte und Bonns zu verurteilen. Zum Beispiel ging es in der sowjetischen Note zur deutschen Frage an die drei Westmächte vom 15. August 1953 darum, dass die Eingliederung Westdeutschlands in die „europäische Armee“ und in den Nordatlantischen Block „bedeuten wird, dass Westdeutschland als friedliebender Staat nicht mehr zu betrachten sei“, sowie, dass es „die Vereinigung von West- und Ostdeutschland unmöglich mache“.¹³⁸

Wie bereits oben erwähnt, machte die sowjetische Regierung kein Hehl aus ihrem Interesse, dass das französische Parlament den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft nicht ratifiziert, und versuchte auf Frankreich in diesem Sinne einzuwirken. So wurde in den Direktiven für die sowjetische Delegation zur Berliner Beratung der Außenminister der vier Mächte (Januar-Februar 1954) in einer allgemeinen, allerdings aber recht deutlichen Form betont, dass „es notwendig sei, dem Vorhandensein der Widersprüche in den Positionen der drei Mächte zu einzelnen Fragen besondere Aufmerksamkeit zu schenken und unter anderem die Position Frankreichs hinsichtlich der Gewährleistung der Sicherheit in Europa besonders zu beachten.“¹³⁹

Nach der Berliner Beratung wurde von der sowjetischen Führung die Aufgabe gestellt, den Kampf sowohl der UdSSR als auch der DDR gegen die Remilitarisierungspläne der Bundesrepublik und gegen ihre Einbeziehung in die Europäische Verteidigungsgemeinschaft zu aktivieren. Es wurde entschieden, dass die DDR die Durchführung einer allgemeinen

¹³⁸[7] Text der Note sieh in: „Prawda“. 1953, 17. August.

¹³⁹[8] AWP RF. 06. Op. 13. P.6. D. 42. L. 215.

Volksbefragung (Referendum) in der Bundesrepublik und anschließend in der DDR zur Frage: „Für einen Friedensvertrag und den Abzug der Besatzungstruppen oder für die Verträge von Paris und Bonn“ durchsetzen soll. In der DDR wurde dieses Referendum durchgeführt und brachte die erwarteten positiven Ergebnisse. In der Bundesrepublik wurde die Durchführung des Referendums verboten, jedoch Aktivisten der linken Richtung haben 500 000 Westdeutsche befragt (1% der Einwohner des Staates), von denen sich 90% für den Friedensvertrag ausgesprochen haben.

Zugleich versuchte die UdSSR in der Bundesrepublik Verbündete im Kampf gegen die Remilitarisierungspläne Westdeutschlands zu finden, sie konnte sich jedoch nur auf kleinere neutralistische Gruppen stützen, die kein politisches Gewicht im Lande hatten.

Das Scheitern der Ratifizierung des Vertrages zur Bildung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im französischen Parlament bedeutete für die Realisierung der westlichen Pläne zur Einbeziehung der Bundesrepublik in das westliche Militärbündnis eine Gefahr. Daher begannen die USA, Großbritannien und die Bundesrepublik kurzfristig die Reservevariante zu realisieren und leiteten Verhandlungen über die Schaffung einer dokumentarisch-rechtlichen Grundlage für den unmittelbaren Beitritt der Bundesrepublik in die NATO und in den Brüsseler Pakt ein, der als Westeuropäische Union umbenannt wurde.

Die Sowjetunion schätzte das Scheitern der Ratifizierung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft als Öffnung neuer günstiger Möglichkeiten für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die deutsche Frage ein. Am 6. Oktober 1954 äußerte W.M. Molotow die Bereitschaft der Sowjetischen Regierung sowohl frühere als auch neue Vorschläge über die Regelung des deutschen Problems zu erörtern. Zugleich erklärte er, dass, „wenn es zur Wiederherstellung des deutschen Militarismus und der Einbeziehung Westdeutschlands in die aggressiven Militärgruppierungen kommt, bleibt die deutsche Nation für längere Zeit in die Teile gerissen...“¹⁴⁰ Dieselben Ideen wurden in der sowjetischen Note an die Regierungen der drei Westmächte vom 23. Oktober 1954 entwickelt.¹⁴¹ Die Ironie des Schicksals bestand darin, dass sie eben an dem Tag übergeben wurde, als in Paris die Dokumente über den Beitritt der Bundesrepublik zur NATO unterzeichnet wurden.

¹⁴⁰[9] Dokumenty o wneschnej politike prawitelstwa GDR. Ot sawawlenija o suwerenitete (25 Marta 1954) do Warschawskogo soweshtschanija (11-14 Maja 1955). Moskau, 1956. S. 274.

¹⁴¹[10] Prawda. 1954. 24. Oktober.

Die Unterzeichnung der Pariser Abkommen, die durch die Teilnehmer noch zu ratifizieren waren, bedeutete die vollständige Integration der Bundesrepublik in das Militärsystem des Westens und den Aufbau einer 500 000 Mann starken Armee im NATO-Bestand und unter NATO-Kommando. Diese Abkommen vergrößerten die Selbstständigkeit der Bundesrepublik in der Innen- und Außenpolitik sogar in größerem Maße, als es laut den Verträgen von Bonn und Paris aus dem Jahr 1952 der Fall gewesen wäre. Das machte die internationale Situation wesentlich komplizierter und schuf neue Hindernisse auf dem Wege zur Lösung der deutschen Frage.

Einen anderen Standpunkt vertrat K. Adenauer, der in seinen Erinnerungen über die Überzeugung der Bundesregierung geschrieben hat, dass „die Verhandlungen mit der Sowjetunion über die Wiedervereinigung Deutschlands nur zum Erfolg führen können, wenn der freie Westen einheitlich und stark ist. Jetzt kann man davon ausgehen, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen sind“.¹⁴² Jedoch irrte sich der Bundeskanzler, wenn er meinte, dass man mit Gewalt Druck auf die UdSSR ausüben konnte um die westliche Variante der Wiedervereinigung Deutschlands mit der Beseitigung der DDR und der Integration des ganzen Deutschlands in die NATO durchzusetzen.

In den Antworten auf die Fragen des „Prawda“-Korrespondenten im November 1954 hob W.M. Molotow hervor, dass „die Ratifizierung der Pariser Abkommen die Lage in Europa wesentlich erschweren und die bestehenden Möglichkeiten für die Regelung der ungelösten europäischen Probleme, vor allem des deutschen Problems untergraben wird.“ Nach seiner Meinung waren die „Remilitarisierung Westdeutschlands und die Vereinigung Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage unvereinbar“. Die Verhandlungen über die Vereinigung Deutschlands können nur Sinn haben, wenn die Westmächte auf seine Remilitarisierung und Einbeziehung in die Militärgruppierungen verzichten und auf den Weg der friedlichen Entwicklung Deutschlands entsprechend den vorhandenen internationalen Vereinbarungen zurückkehren werden.¹⁴³

Nach der Unterzeichnung der Pariser Abkommen am 23. Oktober 1954 begann der Westen, unter Beachtung der negativen Erfahrungen beim Scheitern der Ratifizierung der Verträge über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, die Ratifizierung dieser Vereinbarungen in

¹⁴² Adenauer K. Wospominanija (1953-1855). W 2 wyposkach. Wypusk wtoroj. Übersetzung aus dem Deutschen. Moskau. 1968, S. 118.

¹⁴³ Prawda. 1954. 21. November

den nationalen Parlamenten der Teilnehmerstaaten aktiv und in maximal verkürzter Zeit durchzusetzen, wobei er sowohl auf die Regierungen und Parlamentarier als auch auf die öffentliche Meinung der westeuropäischen Staaten massiven Druck ausgeübt hat.

Dabei sind zwei wichtige, allerdings für die sowjetische Politik auch unangenehme Momente zu beachten, die von der zielstrebigen Bewegung der Bundesrepublik in Richtung NATO zeugen. Erstens, war es Bonn gelungen, den Ratifizierungsprozess der Abkommen binnen fünf Monate abzuschließen, wobei die Verträge von Bonn und Paris aus dem Jahr 1952 erst 10 Monate nach ihrer Unterzeichnung ratifiziert worden waren. Der Bundestag ratifizierte die Pariser Abkommen am 26. Februar 1955 und das Oberhaus – Bundesrat – am 18. März 1955. Zweitens haben im Bundestag für die Pariser Abkommen wesentlich mehr Abgeordnete gestimmt als für die erwähnten Verträge von 1952.

Im Frühjahr 1955 hatten alle Teilnehmerstaaten den Ratifizierungsprozess der Pariser Abkommen abgeschlossen die am 5. Mai 1955 in Kraft getreten waren. Die Bundesrepublik wurde damit zum vollberechtigten Mitglied der NATO und der Westeuropäischen Union, sie hat ihre Souveränität in der Innen- und Außenpolitik ausgebaut und das Recht erhalten, eine Armee in Stärke von 500 000 Mann aufzubauen und aufzurüsten. Der NATO-Beitritt der Bundesrepublik kennzeichnete eine neue Stufe in der Abgrenzung der zwei deutschen Staaten, nämlich die endgültige Wendung des Westens in der deutschen Frage zum Kurs auf die längere Existenz von zwei Staaten in Deutschland mit einer unklaren, zeitlich auf lange Sicht aufgeschobenen Perspektive ihrer Vereinigung.

Das Inkrafttreten der Pariser Abkommen machte die allgemeine internationale Situation wesentlich komplizierter, veränderte das Kräfteverhältnis zwischen West und Ost und stellte die UdSSR und andere osteuropäische Staaten vor die Notwendigkeit sich an die neuen, für sie ungünstigen Bedingungen des Nebeneinanderbestehens der zwei Weltsysteme anzupassen. Die Gegenreaktion der Sowjetunion auf das Inkrafttreten der Pariser Abkommen und die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO war vielschichtig und setzte sich aus einem ganzen Komplex von Aktionen auf dem internationalen Schauplatz zusammen.

Zum ersten Schritt wurde die bereits am 7. Mai vorgenommene Kündigung des sowjetisch-englischen und des sowjetischen-französischen Vertrages von jeweils 1942 und 1944, worauf

die sowjetische Regierung beide Staaten in der Note vom 13. November 1954 aufmerksam gemacht hat.

Der zweite und der wichtigste Gegenschritt war das Ergreifen dringender Maßnahmen zur Konsolidierung der Staaten Osteuropas und zum Aufbau des Verteidigungssystems der Sicherheit der acht osteuropäischen Staaten. Die Sowjetunion begann, diese Maßnahmen bereits in der Periode der beschleunigten Ratifizierung der Pariser Abkommen durch die westlichen Staaten auszuarbeiten. In der sowjetischen Note an die Regierungen der europäischen Staaten, der USA und der VR China vom 13. November 1954 ging es um die negativen Folgen des Inkrafttretens der Pariser Abkommen und wurde im Namen der Regierungen der UdSSR, Polens und der Tschechoslowakei, die diese Frage während der vorhergehenden Konsultationen abgestimmt haben, vorgeschlagen, eine Beratung über das Problem des Aufbaus eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa einzuberufen.¹⁴⁴

Da die westlichen Staaten den Vorschlag der UdSSR abgelehnt haben, fand in Moskau vom 29. November – 2. Dezember die Beratung der acht europäischen sozialistischen Staaten unter Beteiligung auch eines Beobachters der VR China statt.¹⁴⁵ In der dort verabschiedeten Deklaration wurde hervorgehoben, dass die entstandene Situation die Aufgabe der Zusammenlegung der Anstrengungen der Teilnehmerstaaten der Beratung für die Gewährleistung ihrer Sicherheit auf die Tagesordnung setzt und sie „gezwungen sind, unaufschiebbare Maßnahmen zu ergreifen, um den aggressiven Kräften des erwähnten Militärblocks der Westmächte (NATO – F.N.) die vereinte Macht der friedliebenden Staaten im Interesse der Gewährleistung der eigenen Sicherheit entgegenzusetzen“.¹⁴⁶ Das bedeutete die Herbeiführung der Vereinbarung europäischer sozialistischer Staaten über die Gründung eigener militärischer Verteidigungsorganisation als Gegengewicht zu NATO und zur Westeuropäischen Union.

Mitte Januar 1955 wurde im Außenministerium bereits der Entwurf des „Vertrages über die gemeinsame Verteidigung gegen die Aggression“¹⁴⁷ zwischen der UdSSR, Polen, der

¹⁴⁴ Prawda. 1954. 14. November.

¹⁴⁵ Vgl.: Moskowakoje soweschtschanije ewropejskich stran po obespetscheniju mira i besopasnosti w Ewrope. Moskau, 29.-November-2. Dezember 1954. Moskau. 1954

¹⁴⁶ Sbornik dejstwujuschich dogoworow, soglaschenij i konvenzij, saklutschennyh SSSR s inostrannymi gosudarstwami. Wypusk XVI. Moskau, S. 63

¹⁴⁷[16] Vertragstext sieh in: Organizacija Warschawskiego dogowora: Dokumenty i materialy, 1955-1985. Moskau, 1986, S.9-13.

Tschechoslowakei, der DDR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Albanien ausgearbeitet, der anschließend dem Text des Warschauer Vertrages zugrunde gelegt wurde. Im März wurden Konsultationen zwischen den Vertretern der Regierungen der acht europäischen Staaten und den Beobachtern der Regierung der VR China durchgeführt. Am 14. Mai wurde in Warschau auf der Beratung der acht osteuropäischen Staaten und der Beobachter von der VR China der „Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand“¹⁴⁸ unterzeichnet, der in die Geschichte als Warschauer Vertrag eingegangen ist. Nach der Ratifizierung und der Übergabe der Ratifizierungsurkunden aller Teilnehmerstaaten an die Regierung Polens trat der Warschauer Vertrag am 4. Juni 1955 in Kraft.¹⁴⁹

Somit wurde unmittelbar nach der NATO-Erweiterung und dem NATO-Beitritt der Bundesrepublik das militär-politische Bündnis der acht osteuropäischen Staaten gebildet und der Prozess der Bildung der zwei entgegenstehenden Blöcke in Europa abgeschlossen, die Welt trat in die langwierige Periode der Blockkonfrontation ein, die erst mit der Auflösung der Organisation des Warschauer Vertrages Ende der 80er Jahre beendet wurde.

Die Sowjetunion sah weitere Maßnahmen zum Ausbau der Souveränität der DDR und zur Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zu ihr vor, darunter auch den Abschluss eines Vertrages über Freundschaft und gegenseitigen Beistand zwischen der UdSSR und der DDR, dessen erster Entwurf bereits Mitte Januar 1955 im Außenministerium ausgearbeitet und W.M. Molotow vorgelegt wurde.¹⁵⁰

Der Abschluss eines solchen Vertrages war jedoch unmöglich, weil juristisch zwischen der UdSSR und Deutschland immer noch der Kriegszustand fort dauerte. Die drei Westmächte erklärten bereits 1951 die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland, ohne die allgemeine Regelung des deutschen Problems abzuwarten, Anfang 1955 schlossen sich weitere 52 Staaten an. Am 25. Januar 1955 wurde der Erlass des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR „Über die Beendigung des Kriegszustandes zwischen der Sowjetunion und Deutschland“ unterzeichnet, der am 9. Februar mit der Verordnung des Obersten Sowjets der UdSSR beschlossen wurde. Die Unterzeichnung des Erlasses war vor allem für die

¹⁴⁸ Text des Vertragsentwurf siehe in: AWP RF. F. 06. Op. 14. P. 13. D. 183. L.2-6
148 AWP RF. F. 082. Op. 41. P. 271. D. 19. L. 37,38.

¹⁵⁰[17] Text des Vertragsentwurf siehe in: AWP RF. F. 06. Op. 14. P. 13. D. 183. L.2-6

weitere Entwicklung der sowjetischen Beziehungen zur DDR notwendig, zugleich bezog er sich auf ganz Deutschland und eröffnete Möglichkeiten für die künftige Normalisierung der Beziehungen der UdSSR auch mit der Bundesrepublik.

Im September 1955 fand auf Einladung der sowjetischen Regierung der Besuch einer großen Regierungsdelegation der Bundesrepublik mit Bundeskanzler K. Adenauer an der Spitze in Moskau statt. Im Ergebnis der komplizierten und offenen viertägigen Verhandlungen wurden am 13. September diplomatische Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik aufgenommen.

Die Ereignisse entwickelten sich 1955 dermaßen stürmisch, dass die Moskauer Führung die Pläne weiterer Maßnahmen in Bezug auf die DDR mehrmals geändert hat. Bei allen Veränderungen galt aber als immanenter Bestandteil der sowjetischen Außenpolitik gegenüber der DDR die Linie der Herstellung normaler partnerschaftlicher Beziehungen mit ihr, die Bereitstellung bestmöglicher Hilfe beim Aufbau Sozialismus, die Stärkung der Souveränität des Landes, die Festigung ihrer Positionen auf dem internationalen Schauplatz und die Einbeziehung der DDR in die Formierung des Sicherheitssystems der Staaten Osteuropas. Dabei waren sich die Führungen beider Staaten darüber im Klaren, dass das ein erzwungener Kurs auf die langwierige Spaltung Deutschlands war.

Im Ergebnis der Verhandlungen auf der höchsten Ebene zwischen den Delegationen der UdSSR und der DDR wurden in Moskau am 17.-20. September 1955 wichtige Dokumente unterzeichnet: der Vertrag zwischen der UdSSR und der DDR sowie das Schreiben, welches der Stellvertreter des sowjetischen Außenministers und der Außenminister der DDR zur Frage des Schutzes und der Kontrolle an den Grenzen der DDR unterzeichnet haben.

Diese Dokumente schufen die völkerrechtliche Grundlage für die weitere Präsenz sowjetischer Truppen auf dem Gebiet einer souveränen Republik (das Abkommen über die Bedingungen des Aufenthalts sowjetischer Truppen auf dem DDR-Gebiet wurde später, im März 1957 abgeschlossen) und übergaben der DDR die Ausübung der Kontrolle an ihren Grenzen und Kommunikationen zwischen der Bundesrepublik und Westberlin. Dem Kommando der Gruppe sowjetischer Truppen in der DDR wurde nur die Kontrolle über den

Verkehr des Militärpersonals und der Güter der drei Mächte zwischen Westdeutschland und Westberlin vorbehalten.

Am 20. September wurde mit einer Verordnung des Ministerrates der UdSSR das Amt des Hohen Kommissars der UdSSR in Deutschland liquidiert und die Gültigkeit der Gesetze, Direktiven, Befehle und anderer Verordnungen des Kontrollrates auf dem DDR-Gebiet aufgehoben. Dabei waren dadurch Rechte und Pflichten der Sowjetunion in Bezug auf Deutschland insgesamt, die sich aus den betreffenden Beschlüssen der vier Mächte ergaben, nicht betroffen. Die Erhaltung der Kontakte mit den Vertretern der drei Mächte in den Fragen, die Deutschland insgesamt betrafen, oblag dem UdSSR-Botschafter in der DDR.

Unter den Bedingungen der Existenz des NATO-Blocks bereits zum Zeitpunkt der Gründung der DDR im Oktober 1949 und der Präsenz der Truppen der vier Mächte im Herzen der Republik – Berlin – stellte die Frage der Verteidigung und der Sicherheit der DDR für die UdSSR eine äußerst wichtige aber zugleich auch schmerzhafteste Frage dar. Ein Teil der Mittel für die Unterhaltung der sowjetischen Truppen in Ostdeutschland wurde von dem letzteren bezahlt. Zwischen 1945 und 1952 zahlte es für die Besatzungskosten 31 935 Mio. Mark. Die Sowjetunion musste aber auch aus ihrem Haushalt einen beträchtlichen Teil der Kosten für den Unterhalt ihrer Truppen in Deutschland in Rubel bezahlen (die so genannten äußeren Besatzungskosten). Diese Ausgaben betragen in den Jahren 1945-1952 25 128,8 Mio. Rubel. Für diese Kosten leistete die DDR keine Zahlungen. Beide Seiten beabsichtigen die Frage der äußeren Besatzungskosten beim Abschluss des Friedensvertrages mit Deutschland zu regeln.¹⁵¹

Die Ereignisse in der DDR im Juni 1953 hatten weit reichende Folgen für die Sicherheit der DDR. Auf dem Juli-Plenum des ZK der KPdSU 1953 gab der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR G.M. Malenkow zu, dass „wir es [in der DDR] mit der Gefahr der inneren Katastrophe zu tun haben. Wir sind verpflichtet, der Wahrheit real in die Augen zu blicken und zuzugeben, dass *ohne Präsenz sowjetischer Truppen das bestehende Regime in der DDR unstabil ist* (von mir gekennzeichnet – F.N.).¹⁵²

¹⁵¹[18] AWP RF. F. 082. Op. 41. P. 271. D. 19. L. 37,38.

¹⁵²[19] Iswestija ZK KPSS. 1991. Nr. 1. S. 144

In Moskau wurde operativ beschlossen, die Dislozierung sowjetischer Truppen in Deutschland unter Beachtung der Lehren aus den Ereignissen vom 17. Juni zu verbessern und unter anderem die Stationierung einer erforderlichen Anzahl von Panzertruppen in Berlin vorzusehen“ (Punkt 17 aus den Vorschlägen von Sokolowskij, Semjonow und Judin).

Im Grunde genommen sollte die sowjetische Politik nach diesen Ereignissen auf eine längere Präsenz sowjetischer Truppen in der DDR ausgerichtet werden und – was sehr wichtig ist – auf die Zahlung eines wesentlichen Anteils der Kosten für ihren Unterhalt aus dem sowjetischen Haushalt. Es lag auf der Hand, dass die DDR nicht in der Lage war, die große Bürde der Reparationen und der Besatzungskosten weiter zu tragen. Die Sowjetunion musste die angehäuften Verschuldung in diesen zwei Positionen abschreiben.

Die sowjetische Regierung beschloss u. a.:

- 1) ab 1. Januar 1954 die Einziehung der Reparationen von der DDR einzustellen (die Summe der noch zu zahlenden Reparationen betrug 2537 Mio. USD);
- 2) 33 sowjetische Betriebe, die sich in Deutschland befanden, unentgeltlich in das Eigentum der DDR überzuführen;
- 3) die Höhe der Ausgaben der DDR, die mit dem Aufenthalt sowjetischer Truppen auf dem Gebiet der Republik verbunden waren, bis auf einen Betrag zu reduzieren, der 5% der Einnahmen des Staatshaushalts der DDR nicht überstieg;
- 4) die Zahlung der Verschuldung aus den äußeren Besatzungskosten, die seit 1945 entstand, der DDR zu erlassen;
- 5) die staatlichen Nachkriegsschulden Deutschlands gegenüber der Sowjetunion zu erlassen
u. a. m.

Die freigesetzten Mittel konnte die DDR für die Sanierung der Wirtschaft und den Aufbau der Volksarmee einsetzen, wobei die wirtschaftliche und militärische Hilfe der Sowjetunion zum ständigen Faktor in den Beziehungen mit der DDR wurde.

Die Sowjetunion hatte für den Unterhalt und die Erhaltung einer hohen Kampfbereitschaft der eigenen Truppen in der DDR, die der Vorposten an der Grenze der Konfrontation zwischen den zwei militär-politischen Gruppierungen waren, hohe Kosten zu tragen. Darüber hinaus gewährleistete sie die Sicherheit der Kommunikationen zwischen der Bundesrepublik und

Westberlin und des Luftraums über dem Gebiet der DDR und reagierte operativ auf alle Provokationen der Westmächte und der Bundesrepublik auf den Korridoren zu Land und in der Luft.

Dr. hist. Wassiljewa, Nina W.,
Leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin.
Institut für Militärgeschichte des Verteidigungsministeriums der RF

Einige Probleme der Sicherheit der sozialistischen Gemeinschaft in der Anfangsetappe der Blockbildung (Ende der 40er-50er Jahre des 20. Jahrhunderts)

Die Haupttriebkraft der internationalen Beziehungen in der oben genannten Periode war bekanntlich die Entstehung und der Beginn der Konfrontation von zwei militär-politischen Gruppierungen, die die unentbehrlichen Attribute des „kalten Krieges“, der internationalen Spannungen, des Prozesses der „Bipolarisierung“ des gesamten Systems der Weltordnung waren. Bis heute streiten russische und ausländische Forscher darüber, was in dieser harten Konfrontation primär war:

Exzesse des Westens, der bestrebt war, den Einfluss der UdSSR als national-herrschende geopolitische Kraft mit ihren traditionellen historischen Interessen einzuschränken, oder wurde im Kreml tatsächlich beschlossen, dass es an der Zeit sei, die Ideen der „Weltrevolution“ zu realisieren? Laut dem ersten Standpunkt lag der Konfrontation nicht die Abschreckung des Kommunismus, sondern die westliche Ablehnung der UdSSR als Nachfolgerin der russischen Geschichte und des Großen Russlands zugrunde.¹⁵³ Einige Wissenschaftler führen die Beweise dafür an, dass die Kreml-Politik auf den geopolitischen Sicherheitskonzepten, aber nicht auf dem Streben zu den revolutionären Veränderungen in der Welt und insbesondere in Osteuropa aufbaute.¹⁵⁴

Führend in der sich anbahnenden Ost-West-Konfrontation waren seitens der westlichen Seite die USA, die einzige Großmacht, die durch den Zweiten Weltkrieg wirtschaftlich und militärisch nicht betroffen wurde. Das von F. Roosevelt erarbeitete Konzept der friedlichen Nachkriegsregelung „Universalismuskonzept“ hätte ermöglichen können, „die Interessenbalance“ zwischen den Großmächten zu erhalten. Jedoch war bereits damals die wichtigste Eigenschaft dieses Konzepts die Idee der amerikanischen Weltherrschaft, laut der

¹⁵³ Vgl. beispielsweise: Narotschnizkaja N.A. Istoritscheskaja Rossija i SSSR w mirowoj politike XX weka. In: Nowaja i noweschtschaja istorija. 1998, Nr. 1 S. 128-129

¹⁵⁴ Leffler M. Inside Enemy Archives: The Cold War: What do “We Now Know?”// American historical review. No. 2. 1999. P. 122-125; Egorowa N.I. Wwedenije. Cholodnaja wojna 1945-1963. Istoritscheskaja retrospektiva. Sbornik statej. Moskau, 2003, S. 3-17 und andere

die USA die führenden Positionen in der Welt unter Nutzung der wirtschaftlichen und politischen Macht einnehmen würden.

Entsprechend diesen Ideen wurde auch das Konzept der „nationalen Sicherheit“ der USA formuliert, in das folgende Postulate aufgenommen wurden: militärische Überlegenheit gegenüber jedem Staat bzw. einer Gruppe von Staaten; stabile außenpolitische Positionen, Militärorganisation, die in der Lage ist, sich den Kriegs- bzw. Untergrundaktivitäten von außen oder im inneren, in offener oder verkappter Form erfolgreich entgegenzustellen. So wurde im Bericht des US-Verteidigungsministers 1950 betont, dass die „USA die führende Positionen in der Welt einnehmen, heute für die ganze Welt verantwortlich sind und diese Positionen beibehalten müssen, wenn wir vorhaben, unsere Verpflichtungen gegenüber der Menschheit zu erfüllen Unser Land ist aus dem letzten Krieg als das stärkste Land, als Vorbote der Freiheit und als Verteidiger der demokratischen Ideale herausgekommen.“¹⁵⁵ Derartige Äußerungen stützten sich auf das Verständnis der amerikanischen Führung für die militärische und wirtschaftliche Macht der USA und ihr „Idealismus“ diente als verbale Hülle für rein pragmatische Forderungen, unter denen die maximale Freiheit des Handels, der freie Zugang zu den internationalen Rohstoffquellen, die Verbreitung der demokratischen Gesellschaftsordnung waren, als deren Etalon die USA in der ganzen Welt galten.

Die Argumente für die Entwicklung der blockbezogenen Sicherheitsstrategie des Westens, die auf eine Gegenwirkung gegen die Sowjetunion ausgerichtet war, waren die Handlungen der UdSSR in der Nachkriegsperiode im Iran, das Streben, die Dominanz über die Türkei, über die Schwarzmeersunde herzustellen, die Integration Osteuropas in den eigenen Einflussbereich durch die Errichtung prosowjetischer Regimes und der „Volksdemokratien“, die Moskau hörig waren. Stalin erschien in der Rolle des „kontinentalen Tyrann“, „dessen raubgieriger Appetit sich auf die Gebiete von Stettin bis Triest ausdehnte“.¹⁵⁶

Heute liegt es auf der Hand, dass die Besonderheiten in der Herausbildung der sozialistischen Gemeinschaft bzw. des „sozialistischen Lagers“ im Kontext des interdependenten Prozesses der Blockbildung sowohl im Osten als auch im Westen zu betrachten sind. Das wichtigste Element dieses Prozesses war die Aufgabe, die Sicherheit einer jeden vor den entgegenstehenden Parteien zu gewährleisten. Es ist auch zu beachten, dass die wichtigste Komponente der Sicherheit des Staates die militärische Sicherheit ist, die dazu berufen ist, den bewaffneten Schutz der territorialen Integrität und der nationalen Sicherheit des Staates mit militärischer Stärke abzusichern, die militärischen Garantien für die Stabilität der Staats- und Gesellschaftsordnung sowohl jedes einzelnen Staates als auch seiner Verbündeten in der Koalition zu schaffen.¹⁵⁷ Der ideologische Faktor als Element der Militärpolitik war in der Konfrontation der zwei Supermächte folglich der unentbehrliche Bestandteil ihrer Sicherheitskonzepte. Genauso unmöglich ist es, die ideologischen Motive in den konzeptionellen Festlegungen der „Abschreckung vor dem Kommunismus“ von den geopolitischen Zielen eines anderen Machtzentrums zu trennen, das sich um die USA zusammengeschlossen hat, die die Idee der Weltführung mit dem Ziel, die „freiheitliche“ westliche Welt zu schützen pflegten.

¹⁵⁵ Second Report of the Secretary of Defense. Washington, 1950. P. 3; Ananitschuk W.J., Putilin B.G. Sistema obespetschenija nazionalnoj besopasnosti na primere SschA., Moskau, 1998 S. 6

¹⁵⁶ Schmückle K. Metsch na schelkowskoj nitke. Preodolenije krisisnych situacij w Evrope. Moskau, 1985, S. 17-18.

¹⁵⁷ Wojennaja enziklopedija. Moskau, 2000, Bd. 1

Zugleich, wie wir es aus den Dokumenten über die Evolution der Militärstrategien der USA und der NATO, die nicht mehr geheim gehalten werden und im Westen veröffentlicht wurden, in allen Einzelheiten konkret wissen, sind die analogen Probleme des sowjetischen Blocks im wesentlichen Maße „weiße Flecken“. Deshalb ist es heute äußerst schwierig, die Frage zu beantworten, was bei der Gründung der Organisation des Warschauer Vertrages prioritär war: die Gewährleistung der militärischen Sicherheit und der Schutz gegen die Bedrohung von außen oder die Ziele des militär-politischen Zusammenschlusses der europäischen sozialistischen Staaten um die UdSSR unter Beachtung der möglichen Nutzung des militärischen Gewaltfaktors bei der Regelung der inneren Konflikte und Krisen im sozialistischen Lager.

Den wichtigsten Platz in der Untersuchung der Frage soll zweifellos das Problem der Nuklearwaffen haben als ein besonderes Instrument der Politik zur Abschreckung des politischen Gegners und der Demonstration der Überlegenheit der nuklearen Macht.

Wir erinnern daran, dass in der Anfangsperiode des „kalten Krieges“, in der Situation des amerikanischen Nuklearmonopols, die Idee des präventiven Krieges, den die USA entfesseln werden, um der Sowjetunion die Möglichkeit zu entziehen Atomwaffen zu besitzen, in Amerika öffentlich diskutiert wurde. Es gab auch die geheime Studie des Vereinten Komitees der Stabschefs (1945) in der die Möglichkeiten eines präventiven Schlages gegen die Sowjetunion analysiert wurden. Der erste Plan des Krieges gegen die UdSSR wurde von dem oben erwähnten Komitee im Juni 1946 ausgearbeitet (Codename „Pincher“). Er enthielt die Planvorhaben der atomaren Bombenangriffe und der Zerstörung von 20 sowjetischen Städten, die besonders entwickelte Industrie hatten.¹⁵⁸ Jedenfalls wurde sowohl in Washington als auch in Moskau der Boden für die gegenseitige Wahrnehmung des „Feindbildes“ etwa in den Jahren 1946-1947 vorbereitet. Im Westen erschienen neue, verbesserte Pläne des atomaren Luftangriffes: „Bräuler“ (1947), „Grabber“ (1948), „Fleetwood“ (1948) und andere. In der Zeit der Präsidentschaft von H. Truman wurde die wichtigste Bedrohung der amerikanischen Interessen wie auch aller westlichen NATO-Verbündeten als hypothetische Fähigkeit der Roten Armee, Westeuropa leicht zu besetzen, gesehen. Die militär-politische Wirklichkeit war aber so, dass eben die stärksten Westmächte sich früher als die sozialistischen Staaten zu einem militär-politischen Block zusammengeschlossen haben, dessen Einfluss nicht nur auf den nordatlantischen Bereich, sondern auch auf die algerischen Departements Frankreichs und nach dem NATO-Beitritt Griechenlands und der Türkei 1952 auch auf ihre Gebiete ausgedehnt wurde.¹⁵⁹

Somit war der geopolitische Faktor in der Anfangsperiode der Blockbildung im Sicherheitskonzept des Nordatlantikpaktes auch präsent, hatte jedoch breitere Parameter, als der Einflussbereich der UdSSR, der sich auf Osteuropa beschränkt hat. Das strategische Konzept des NATO-Blocks wurde in der Erklärung des Vorsitzenden des USA-Komitees der Stabschefs O. Bradley am 29. Juli 1949 formuliert und anschließend in der NATO beschlossen. Diese Strategie bekam den Namen „Schild und Schwert“ (1949-1953), nach der die USA die Verantwortung für die Führung der atomaren Schläge mit der strategischen Luftwaffe gegen die Ziele in der Sowjetunion übernommen haben. Diese Ideen fanden im bekannten Plan des Atomkrieges gegen die UdSSR „Dropshot“ ihre konkrete Verwirklichung.¹⁶⁰

¹⁵⁸ The War Reports of General of the Army George C. Marshall. N. Y. 1997. P. 299; Journal of American History/ 1979. May. P. 62-66.

¹⁵⁹ Sprawotschnik NATO. Brüssel, 1998-1999. S. 405-406

¹⁶⁰ Vgl. Trofimenko G.A. Strategija globalnoj wojny. Moskau 1968. S. 59-60

1950 wurde das „Verteidigungsperimeter“ um die UdSSR festgelegt. In Europa zog es sich an der Grenzlinie zwischen den Staaten des Sozialismus und den kapitalistischen Staaten, in Asien an den Aleuten und Japan entlang, weiter verlief es in die Richtung der Pazifikinseln und Philippinen.¹⁶¹ Im gleichen Jahr hat der USA-Sicherheitsrat die Richtlinie NSC-68 erarbeitet, in der eine Einschätzung der sowjetischen Nuklearstärke nach der Beendigung des amerikanischen Atommonopols gegeben wurde. Laut den Prognosen sollte die Sowjetunion bis zum Jahr 1954 200 atomare Sprengsätze größerer Reichweite haben. Damals wurde auch das Konzept der „absoluten Abschreckung“ festgelegt, dessen Kern die Führung des Erstschlages mit dem Ziel war, den Versuch eines Angriffs mit den konventionellen Waffenarten sofort niederzuschlagen.¹⁶² Die NATO-Streitkräfte wurden gebildet, die Organisationsstruktur des Blocks wurde ausgestaltet. Im Februar 1952 haben sich die Verbündeten verpflichtet, 50 Divisionen zu haben und 1954 sollten es 96 sein. Der vereinte Stab wurde gebildet, der sich mit der Vorbereitung der vollständigen Integration im Kriegsfall befassen sollte. Der erste Oberkommandierende wurde D. Eisenhower, er war auch der erste US-Präsident nach der Beendigung des amerikanischen Atommonopols und der Autor der Strategie der „massiven Vergeltung“. Nach dem Korea-Krieg bestand die „neue Auffassung“ Washingtons über den Einsatz der Nuklearwaffen darin, das die USA zum Einsatz der Nuklearwaffen in jedem Konflikt greifen können, in den sie involviert werden. 1951-1952 begann das US-Militär die Planungen für den Fall des Einsatzes der Kernwaffen auf dem europäischen Kriegsschauplatz. Damit begann die Ära des nuklearen Wettrüstens und des nuklearen Wettlaufs.

In der UdSSR wurde auch der „Plan der aktiven Verteidigung des Gebiets der Sowjetunion“ ausgearbeitet. Im Unterschied zu den amerikanischen Konzepten, in denen die Priorität der Vernichtung des Wirtschaftspotenzials eingeräumt wurde, war in der sowjetischen Auffassung des Krieges die Idee vorherrschend, in erster Linie die Streitkräfte des Gegners zu vernichten. Als wichtigste Art der Kriegshandlungen galt die strategische Offensive, die mit der Methode der Realisierung von strategischen Zwischenzielen mit allen Gattungen der Streitkräfte geführt werden sollte. Im „Plan der aktiven Verteidigung“ wurde bei der Definition der Hauptaufgaben der Streitkräfte darauf hingewiesen, dass die Abwehrarmeen gestützt auf die befestigten Gebiete den Gegner im Grenzbereich der Verteidigung zerschlagen und die Voraussetzungen für den Übergang zur Gegenoffensive an den Westgrenzen des sozialistischen Lagers vorbereiten müssen. Die Luftwaffe und die Luftabwehrkräfte, die zur Abwehrarmee gehören, hatten die Aufgabe, die Hauptkräfte aus der Luft sicher zu schützen und bereit zu sein, zur Abwehr des Angriffes der gegnerischen Luftwaffe zu übergehen. Die Truppen der Reserve des Oberkommandos wurden für die vernichtende Abfuhr unter Einsatz der Armeestärke und für den Schlag gegen die gegnerischen Hauptkräfte, für die Beibringung der Niederlage und die Gegenoffensive bestimmt.¹⁶³ Obwohl die Dimensionen und die Tiefe der Gegenoffensive im Plan nicht angegeben wurden, wusste man im Westen nichtsdestotrotz über die Vernichtungsmöglichkeiten der UdSSR-Kriegstechnik Bescheid. Es ist durchaus offensichtlich, dass dort angenommen wurde, dass nach dem Beginn des atomaren

¹⁶¹ The Department of State Bulletin. 1950. Jan. 23. P. 116.

¹⁶² Lundestad, Geyr. Wostik, Sapad, Sewer, Jug. Moskau. 2002. S. 167-168; Brauder H. NATO i Warschawskij dogowor. Prinzipy, Koncepzii, potenzialy. Frankfurt/Main. 1985, S. 7

¹⁶³ Kokoschin A.A. Armija i politika. Moskau. 1995, S. 207

Luftkrieges die sowjetischen Panzertruppen in zwei Wochen an den Ufern des Ärmel-Kanals stehen werden.¹⁶⁴

Zugleich verstanden viele Vertreter des Militärs und der Politik im Westen bereits in den 50er Jahren die Bedeutung der Nuklearwaffen als Abschreckungs- und Eindämmungsmittel und das, wie es der englische Feldmarschall B. Montgomery betonte, der „heiße Krieg ein Selbstmord für die kriegführenden Parteien bedeuten würde“.¹⁶⁵

Man kann nicht umhin, zu betonen, dass in der UdSSR in der stalinschen Epoche die Frage nach den möglichen schrecklichen Auswirkungen des Krieges mit dem Einsatz der Massenvernichtungswaffen für die Völker der sozialistischen Staaten nicht aufgeworfen wurde. Oft hatten die Erklärungen der sowjetischen Führungspersonen einen rein propagandistischen Charakter und desorientierten die Bevölkerung in den Staaten des „sozialistischen Lagers“. Bereits 1946 erklärte Stalin, dass „die Atombomben für die Einschüchterung der Menschen mit schwachen Nerven bestimmt sind, sie können aber über das Geschick des Krieges nicht entscheiden, weil dafür die Atombomben gar nicht ausreichen.“¹⁶⁶

Bei der Einschätzung der sowjetischen militärischen Idee in dieser Periode ist festzustellen, dass die Befangenheit im Rahmen der marxistisch-leninistischen Klassentheorie es ihr nicht ermöglicht hat, die neuen militärisch-politischen Realitäten im vollen Maße einzuschätzen. Die sowjetische Führung konzentrierte ihre Anstrengungen ungeachtet jeglicher materieller Unkosten auf die Entwicklung sowjetischer Atomwaffen, um das Atommonopol der USA zu beseitigen. Zugleich hielt sie den Sieg im Atomkrieg für möglich. Anfang der 50er Jahre war nicht nur in den Programmdokumenten der Partei und des Staates, sondern auch in der wissenschaftlichen Literatur die These zu vernehmen, dass falls der Imperialismus den dritten Weltkrieg vom Zaune bricht, wird er in diesem Krieg zugrunde gehen und dieser Krieg zum Sieg des Sozialismus im weltweiten Maßstab führen. Ideologische Scheuklappen der Führung des Landes in der damaligen Periode haben es ihr nicht ermöglicht, die politischen Formen und Methoden für die Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten im vollen Maße zu nutzen.¹⁶⁷ Diese Erklärungen schreckten die internationale friedliebende Öffentlichkeit ab, engten den Spielraum der politisch-diplomatischen Aktivitäten für den Schutz der Sicherheit der sozialistischen Länder ein und provozierten den weiteren Rüstungswettlauf als Antwort des Westens. Es lag die gegenseitige Einschüchterung mit der Gefahr des nuklearen Raketenkrieges vor.

Es sei zu betonen, dass während der Perfektionierung der militär-politischen NATO-Struktur, die Anfang der 50er Jahre im Westen betrieben wurde, mit der die Steigerung der Rüstungen dieser Organisation erfolgte und die Anzahl der Militärstützpunkte am Perimeter der europäischen sozialistischen Staaten vergrößert wurde, die Sicherheit des „sozialistischen Lagers“ fast ausschließlich auf der militärischen Stärke der UdSSR beruhte. Obwohl die Sowjetunion die bilateralen Verträge über die Freundschaft, Zusammenarbeit und den gegenseitigen Beistand mit der Tschechoslowakei (1945) und Polen (1945) hatte und 1948 die Verträge über die Freundschaft mit Rumänien, Ungarn, Bulgarien geschlossen hat, waren

¹⁶⁴ Ibidem

¹⁶⁵ United States News and World Report. 17 December. 1954.

¹⁶⁶ Zitiert nach: „Bolschewik“. 1946, Nr. 17-18, S.13

¹⁶⁷ Otschestwennaja wojennaja doktrina (W istoritscheskom izmerenii: ot Welikogo knjaza Dmitrija Donskogo do perwogo rossijskogo presidenta Borisa Jelzina). Moskau. 1996. S. 172-173

diese Verträge auf die Abwendung der deutschen Aggression gerichtet. Nach dem Konflikt und dem Bruch der Beziehungen mit Jugoslawien, das eine wichtige strategische Lage an der südlichen Flanke Europas hatte, entstand im Falle des eventuellen NATO-Beitritts dieses Landes zweifellos die zusätzliche Bedrohung für die militärische Sicherheit der UdSSR und ihrer Verbündeten. Das erforderte die Gegenmaßnahmen. Damals war es unmöglich, über eine militär-politische Einheit der sozialistischen Gemeinschaft zu sprechen.

Die Kampfbereitschaft und die Kampffähigkeit der Streitkräfte der Staaten Osteuropas waren recht niedrig. Aus den Berichten der sowjetischen Militärberater sowie aus den von ihnen erarbeiteten Plänen der Arbeit in den Armeen Bulgariens, Ungarns, Rumäniens, die von dem Generalstabschef General S. M. Schtemenko sanktioniert wurden, folgt beispielsweise, dass die Armeen dieser Staaten in den Jahren 1949-1951 nicht bereit waren, die groß angelegten Kriegsoperationen, sogar mit Verteidigungscharakter, zu führen. So wurde zum Beispiel im Informationsbericht über die Streitkräfte Rumäniens vom 1. Mai 1951 die Schlussfolgerung über den nicht zufrieden stellenden Zustand der Mobilmachungsbereitschaft der rumänischen Armee, über ihre schwache politische und Kampfausbildung formuliert: „Die Mobilmachungs- und Kampfbereitschaft der Armee bleibt infolge einer wesentlichen Durchsetzung des Offizierkorps mit den reaktionären Elementen, des niedrigen Disziplinstandes sowie der schwachen materiell-technischen Basis nach wie vor auf niedrigem Niveau“, hieß es in diesem Dokument.¹⁶⁸ Analog waren die Informationen über die Lage der bulgarischen Volksarmee, die in die UdSSR kamen. Beispielsweise sollte nach den Angaben Ende 1950 die bulgarische Armee mit den Offizieren entsprechend den Personalplänen der Friedenszeit 1951 zahlenmäßig ausgestattet werden. Dabei wurde darauf hingewiesen, dass die Ausstattung der Armee für die Kriegszeit mit dem ausgebildeten Personal entsprechender Fachbereiche nicht gewährleistet wurde, es wurde auch besonderer Mangel an den Artillerie-, Panzer-, Flugabwehr-, Marineoffizieren und anderen festgestellt. Die Kampffähigkeit der bulgarischen Armee wurde als „nicht hoch“ bewertet.¹⁶⁹

Ähnlich waren auch die Bewertungen die die NATO-Nachrichtendienste geliefert haben. Im Bericht DC 13 vom 28. März 1950 wurde festgestellt, dass obwohl „die rumänische und ungarische Armee ihren Personalbestand wesentlich vergrößert haben, sie immer noch nicht als effizient für die Kampfhandlungen in den nächsten Jahren betrachtet werden können.“¹⁷⁰

Anhand der in Rumänien veröffentlichten Materialien äußerte Stalin auf der geheimen Beratung der Führungspersonen der volksdemokratischen Staaten und der UdSSR, die in Moskau am 9.-12. Januar 1951 stattfand, bei der Analyse des Vermögens der USA, den Krieg zu beginnen, die Meinung, dass die USA dazu nicht bereit sind, weil sie nicht in der Lage sind, auch den kleinen Krieg in Korea in Griff zu bekommen und dass sie für die nächsten 2-3 Jahre in Asien stecken bleiben werden. Laut denselben Materialien betonte Stalin im weiteren, dass die Aufgabe der volksdemokratischen Staaten darin besteht, diese 2-3 Jahre für den Aufbau moderner, starker Armeen zu nutzen, weil es „nicht normal ist, dass wir schwache Armeen haben“ und das China eine Armee aufgebaut hat, die besser ist, als die in den Staaten der Volksdemokratie. Die zahlenmäßige Stärke dieser Armeen soll nach der Meinung Stalins in der Kriegszeit 2-2,5 Mio. Mann ausmachen.¹⁷¹ Damals wurde auch

¹⁶⁸ Wassiljewa N.W., Gawrilow W.A. Balkanskij tupik? Istoritscheskaja sudba Jugoslawii w 20 weke. Moskau, 2000, S. 260

¹⁶⁹ Ibidem. S.260-261.

¹⁷⁰ NATO Strategy Documents 1949-1969. Brussels. 1998.

¹⁷¹ Romanian evidence on Moscow's military meeting 9-12. 01. 1951.//Published: C. Cristescu. Bucharest. 1995. Bulgaria in the Warsaw Pact. A CD ROM Documentary Volume . Sofia. 2000.

beschlossen, die Ausstattung und Aufrüstung der Armeen der 6 Staaten zu koordinieren und dabei zu kooperieren, ihre zahlenmäßige Stärke sollte in der Friedenszeit 1.140 und in der Kriegszeit 3 Mio. Mann ausmachen. Es wurde auch beschlossen, das Koordinationskomitee zu gründen.¹⁷² Somit wurden eben damals die ersten Schritte zur organisatorischen Ausgestaltung des militär-politischen Bündnisses der sozialistischen Staaten gemacht.

Nach dem Tode Stalins, nach der Beendigung des Korea-Krieges 1953 und der französischen Intervention in Vietnam 1954 schien die Hoffnung auf die Erwärmung des internationalen Klimas und die Abschwächung der Rivalität im Wettrüsten zwischen den zwei Machtzentren zu entstehen. Jedoch brachten die für die USA kläglichen Ergebnisse der Korea-Krieges den neuen USA-Präsidenten D. Eisenhower und seine Administration zur Schlussfolgerung über den Zusammenbruch der Strategie des „Zurückwerfens der Kommunismus“.

Bekanntlich endeten alle Versuche, irgendwelche Vereinbarungen zwischen Ost und West im Laufe der Genfer Verhandlungen 1955 herbeizuführen und das Abrüstungsprogramm zu realisieren, ohne Ergebnis außer dem Propagandarummel und der Abwälzung der Verantwortung von einer Seite auf die andere. Es ist nicht bekannt, ob der Vorschlag von Stalins Nachfolger (Note der Sowjetischen Regierung vom 31. März 1954) über die Aufnahme der UdSSR in die NATO nur Taktik war, die von Beginn an mit der Ablehnung der NATO-Führung rechnete. Jedenfalls unterbreitete eben die sowjetische Seite die Initiative, das kollektive Sicherheitssystem aufzubauen.¹⁷³ Die sowjetische Führung hat es nicht geschafft die Remilitarisierung Deutschlands und seinen NATO-Beitritt zu verhindern.

Als Antwort auf die Annahme der offiziellen NATO-Strategie „Schild und Schwert“ 1954 wurde erneut die Frage nach den Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Sicherheit der europäischen sozialistischen Staaten, insbesondere in der Situation der möglichen Aufrüstung der Streitkräfte des Nordatlantikpaktes mit Kernwaffen aufgeworfen. Auf den Sitzungen des nationalen Sicherheitsrates der USA wurde mehrmals die Frage nach dem Einsatz der Atomwaffen gegen das koreanische, vietnamesische und chinesische Volk aufgeworfen. Am 8. Januar 1954 erklärte Präsident Eisenhower: „Wenn wir es schaffen, alle vorgeschobenen Luftwaffestützpunkte der Kommunisten gleichzeitig mit Atomwaffen anzugreifen, wird der Gegner gleich zu Beginn der Kampfhandlungen entkräftet. Das ist auch unser Plan für Europa“.¹⁷⁴

Demzufolge war die Unterzeichnung des kollektiven Sicherheitsbündnisses – des Warschauer Vertrages – am 14. Mai 1955 die logische Folge der militär-politischen Situation in der Welt, wo die zwei entgegenstehenden Supermächte und ihre Verbündeten die militärische Überlegenheit gegenüber der anderen Seite anstrebten und die militärische Überlegenheit über sich selbst nicht zulassen wollten.

Man muss betonen, dass bereits im Dezember 1957 der Nordatlantikpakt den USA das Recht gewährt hat, die Nuklearwaffen sowie Kurz- und Mittelstreckenraketen in Großbritannien, Italien und in der Türkei zu stationieren. Ende der 50er Jahre gab es in Europa über 130 große Stützpunkte der amerikanischen Luftwaffe und Marine. Ihr Netz umfasste die Bundesrepublik Deutschland, Großbritannien, Italien, die Türkei, Griechenland und einige andere europäische

¹⁷² Ibidem.

¹⁷³ Egorowa N.I. NATO i ewropejskaja besopasnost: wosprijatije sowetskogo rukowodstwa. Stalin i cholidnaja wojna. S. 311

¹⁷⁴ Zitiert nach: „Prawda“. 1985. 6. August.

NATO-Mitgliedsstaaten.¹⁷⁵ Anfang der 60er Jahre übertraf die nukleare Macht der USA das Atompotenzial der UdSSR um das Mehrfache.¹⁷⁶

1957 wurde im Verteidigungsministerium der UdSSR die Konferenz über den Charakter des eventuellen Atomkrieges und seine Auswirkungen veranstaltet. Die Ergebnisse der Konferenz wurden den Vorschriften der UdSSR-Militärdoktrin zu Grunde gelegt und von N.S.Chruschtschow im Januar 1960 bekannt gemacht.¹⁷⁷ Als Grundlage galt, dass ein künftiger Krieg ein nuklearer Raketenkrieg sein wird. Es wurde nicht ausgeschlossen, dass auf die UdSSR ein nuklearer Überraschungsangriff verübt werden kann, sie aber in der Lage sei, einen Gegenschlag zu führen. Das wichtigste Trägermittel der sowjetischen nuklearen Sprengköpfe an die Ziele sollen die Raketensysteme sein. Ihnen wurde der Vorzug als besonders effizientes Trägermittel der nuklearen Sprengsätze bei der Führung des Gegenschlages gegeben. Zugleich galt, dass dem massiven strategischen nuklearen Schlagabtausch ein langwieriger konventioneller Krieg folgen kann, der schließlich die entscheidende Bedeutung hat. Das führte zur Schlussfolgerung über die Notwendigkeit, über verschiedenartige konventionelle Mittel der Kriegsführung zu verfügen, vor allem in den Landstreitkräften, welche mit modernen Panzern und Schützenpanzern ausgerüstet werden, die gegen die Vernichtungseinwirkung der atomaren Explosionen resistent sind.¹⁷⁸ Zugleich wurde erklärt, dass die UdSSR auf den Positionen der friedlichen Koexistenz der Staaten mit unterschiedlichen Gesellschaftssystemen steht. Jedoch wird im Falle der imperialistischen Aggression der Krieg mit dem Sieg der fortschrittlichen kommunistischen gesellschaftlich-ökonomischen Formation enden.¹⁷⁹

Sowohl in den USA als auch in der UdSSR prüften die Militärtheoretiker das Problem des nuklearen Präventivschlages. Einige Thesen dieser Entwicklungen aus der damaligen Zeit kann man im Buch des Marschalls W.D.Sokolowskij "Militärstrategie" finden.¹⁸⁰

Die Auffassungen der sowjetischen Doktrin wurden im Oktober 1960 auf der geheimen Beratung des Komitees der Verteidigungsminister der Organisation des Warschauer Vertrages in Moskau zur Sprache gebracht. UdSSR-Verteidigungsminister R.Y.Malinowskij erklärte, dass die Aussage, „wir werden als erste nicht angreifen, nicht bedeutet, dass wir abwarten werden, bis jemand den Erstschlag führen wird. Das heißt, wir müssen die Arbeit auf die Art und Weise organisieren, um stets über die aktuellsten Informationen über die gegnerischen Absichten zu verfügen, einen Schlag gegen uns zu führen, und wir müssen ihm in diesem Zeitpunkt zuvorkommen, unsere nuklearen Raketenkräfte müssen die gegnerischen Objekte unverzüglich ermitteln“. Im Weiteren versicherte Marschall Malinowskij die osteuropäischen Partner, dass „sie im Falle einer außerordentlichen Situation Raketen- Kernwaffen erhalten werden. Demzufolge müssen sie lernen, die nuklearen Raketenwaffen zu nutzen“. Diese Angaben führte der bulgarische Historiker J. Bajew auf der Sitzung des Kriegsgeschichtekonsortiums im Rahmen des Projekts „NATO und Warschauer Vertrag

¹⁷⁵ Orlow A. Tajnaja bitwa swechdershaw. Moskau, 2000. S. 333

¹⁷⁶ Mirowaja ekonomika i meshdunarodnyje otnoschenija. 1996. Nr. 12. S. 77

¹⁷⁷ Vgl.: „Prawda“. 1960. 15. Januar.

¹⁷⁸ Kuznezow W.I. Obytschnyje woorushennyje sily w wojenno-polititscheskoj strategii SschA (60je-80-je gody). Moskau. 1991.

¹⁷⁹ Sokolowakij W.D. Wojennaja strategija. Moskau. 1962. S. 237.

¹⁸⁰ Ibidem. S. 238-239

1948-1968“ an, die am 11. April 2003 in Prag stattgefunden hat, er hat sie aus den bulgarischen Archiven entnommen.¹⁸¹

Die sowjetische Führung stellte der Rüstungsindustrie und den Streitkräften die Aufgabe, die USA in der Anzahl der nuklearen Sprengsätze und ihrer Trägermittel einzuholen.

Es steht ohne Zweifel, dass die Gründung der Organisation des Warschauer Vertrages in der damaligen Situation die Gegenmaßnahme auf die Gründung des NATO-Blocks war. Die Sowjetunion nahm infolge ihrer geopolitischen Rolle und der militärischen Möglichkeiten in der Situation der nuklearen Konfrontation die dominierende Stellung in der Gewährleistung der militärischen Sicherheit der sozialistischen Staaten ein. Der größte Teil der Verbände und Truppenteile des Heeres, die für die Führung der ersten Operationen bestimmt waren, wurden auf den Gebieten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages und in den Grenzgebieten stationiert und auch in Friedenszeiten in der Zusammensetzung und der Bereitschaft gehalten, die die Erfüllung der wichtigsten Aufgaben zur Abwehr einer Aggression sicherstellten, was ein Bestandteil der Militärdoktrin war.

Zugleich sah Artikel 4 des Warschauer Vertrages den individuellen oder gemeinsamen Einsatz der Streitkräfte der Teilnehmerstaaten des Vertrages nur im Falle eines bewaffneten Überfalls durch eine Koalition von Staaten bzw. einer Gruppe von Staaten vor. Die historischen Realitäten sind so, dass die Gewährleistung der Sicherheit eines sozialistischen Staates und des Blocks insgesamt darin mündete, dass die Militärmacht der Organisation des Warschauer Vertrages für die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Verbündeten im Warschauer Vertrag verwendet wurde, um sie im Rahmen des Bündnisses zu halten und ihre militär-politische Einheit zu sichern (die Ereignisse in Ungarn 1956 und 1968 in der Tschechoslowakei). Die militärische Einheit war entsprechend den Doktrinen der sowjetischen Führung ohne ideologische Einheit der Blockpartner, ohne ihre Verbundenheit dem „sowjetischen Sozialismusmodell“, als der wichtigste Faktor der Geschlossenheit der sozialistischen Staaten, undenkbar.

Aus der Sicht der gegenwärtigen Konfliktforschung, hatten die Widersprüche zwischen Ost und West den bipolaren Charakter der Widersprüche zwischen den Systemen. Die wichtigsten Eigenschaften der neuen Weltordnung waren das Streben der entgegenstehenden Seite, das strategische und geopolitische Vakuum an der Peripherie ihrer Systeme aufzufüllen. Somit kollidierten zwei Konzepte der internationalen Beziehungen: die Idee der Weltherrschaft unter dem Vorwand, die „nationalen Interessen der USA“ und ihrer Verbündeten zu verteidigen zu müssen und die Idee des „proletarischen“, „sozialistischen“ Internationalismus. Das hatte die totale Involvierung der kleineren Nationalstaaten in die Angelegenheiten der zwei Supermächte – UdSSR und USA – und die harte Konfrontation zwischen den zwei Weltpolen zur Folge. Eine besondere Rolle spielte in dieser Auseinandersetzung die militärische Macht und vor allen die Entstehung der Nuklearwaffen, die zum wichtigsten Instrument der Politik wurden.

¹⁸¹ Baev J. The evolution of the Warsaw pact Organizational Structure and Decision Making Process. 1955-1969. NATO and Warsaw pact – the formative years 1948-1968. Praga. 2003.

Prof. Dr. hist. Wladimir A. Wsewolodow,

Experte in der „Stiftung der gegenseitigen Verständigung und Versöhnung“

Die Entwicklung von Kadern beim Militäraufbau in Nachkriegsdeutschland (DDR)

Das erste Nachkriegsjahrzehnt wurde in vieler Hinsicht ausschlaggebend für die neue Weltordnung, die sich formierte. Die Wahlrede Stalins (9. Februar 1946) und die Rede Winston Churchills in Fulton (5. März 1946) bestätigten nur die Logik der Transformation in den politischen und militärischen Beziehungen zwischen den früheren Alliierten in der Antihitlerkoalition. In diesem Sinne ist der Zeitraum zwischen Mai 1945 und Oktober 1949 wohl nicht nur besonders dramatisch, sondern auch besonders wichtig. Eben in dieser Zeit wurde die Ausrichtung für die weitere Entwicklung der Militärdoktrinen vorgegeben und die Schwerpunkte des Militäraufbaus in den Staaten, die Teilnehmer am weltweiten militärischen Konflikt waren, festgelegt. Das war der Beginn einer neuen Periode in den Beziehungen, die in die Geschichte unter dem Namen der „Kalte Krieg“ eingegangen ist.

Im Laufe einiger Nachkriegsjahre vollzogen sich zugleich zwei wichtige miteinander verbundene Prozesse. Zum einen wurde die direkte Militärpräsenz der Truppen früherer Antihitlerkoalition auf dem Gebiet Deutschlands vermindert. Bereits 1946 wurden die sowjetischen Besatzungstruppen auf 700 000 Mann reduziert und im nächsten Jahr wurden sie mehr als halbiert. 1947 betrug ihre Stärke circa 300 000 Mann. Jedoch wurde ihre zahlenmäßige Stärke wegen der Zuspitzung der internationalen Situation wiederum auf 600 000 Mann erhöht.¹⁸² Die westlichen Alliierten betrieben ihrerseits auch die Reduzierung ihrer Streitkräfte, die auf dem Gebiet Deutschlands stationiert worden waren. Im Juni 1945 befanden sich in Deutschland 42 britische, 62 amerikanische und 12 französische Divisionen und Brigaden mit einer Gesamtstärke von 4 550 000 Mann. Bis Januar 1947 wurde die Gesamtstärke der Militärgruppierung der ehemaligen Alliierten bis auf 525 000 Mann reduziert, die zu 9 britischen, 6 amerikanischen und 5 französischen Divisionen und einer Brigade gehörten.¹⁸³

¹⁸² SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen.... München, 1990, s. 15.

¹⁸³ Semirjaga M.I. „Kak my upravljali Germanijej“. Moskau, 1995, S. 284-285

Zum anderen, wurden neue Kräfte (Organisationen und Strukturen) formiert, die bestimmt waren, die eigene Sicherheit und die Sicherheit ihrer Mandatsgebiete zu gewährleisten.

Für die Sowjetunion war die Notwendigkeit, eigene Sicherheit und den militär-politischen Einfluss in Europa sicherzustellen, mit der Schaffung einer Art Puffer aus den Staaten und Gebieten zu schaffen, die zur sowjetischen Verantwortungszone (Besatzungszone) gehörten, aufs engste verbunden.¹⁸⁴

Auf dem von der Sowjetarmee besetzten Gebiet Deutschlands wurden für die Gewährleistung der äußeren Sicherheit und inneren Ordnung unmittelbar nach dem Krieg neue Militärbehörden und Einrichtungen gebildet. Das betrifft vor allem die Volkspolizei, die Nationale Volksarmee und die Behörden der Staatssicherheit. Zu einem zentralen Problem dieser Zeit gestaltete sich die Frage der Ausstattung des Militäraufbaus mit Kadern. Die Kompliziertheit dieses Problems ergab sich daraus, dass die meisten arbeitsfähigen Männer im wehrfähigen Alter zu diesen Zwecken nicht verwendet werden konnten. Ein großer Teil davon befand sich in Gefangenschaft in den Staaten der Koalition. Andere hatten sich durch die Zusammenarbeit mit den Nazis befleckt. Diese wie auch andere Faktoren, darunter die Präsenz sowjetischer Besatzungstruppen, die Position der KPdSU(B) und die Politik der KPD hinsichtlich der Zukunft Deutschlands sowie die Nachkriegszerrüttung, bestimmten die vier wichtigen Quellen für die Sicherstellung der neuen deutschen Militärstrukturen mit Kadern. Erstens: Mitglieder der Kommunistischen Partei und politische Gegner Hitlers, die aus den Nazi-Gefängnissen und Lagern befreit wurden. Zweitens: Politemigranten, die aus der UdSSR heimkehrten, und Deutsche, die in der Roten Armee gekämpft haben. Drittens, Kriegsgefangene aus den Anhängern der antifaschistischen Organisation „Freies Deutschland“, die aus der UdSSR heimkamen. Viertens, deutsche Jugendliche im wehrfähigen Alter.

In der Atmosphäre des Misstrauens und der Verdächtigung aller gegen alle in der Situation der Besatzung wurden die KPD-Mitglieder zur Stütze für die Durchführung der Parteipolitik. Die Geschützte haben noch gedonnert, als in das Gebiet Deutschlands, das von den Truppen der Roten Armee besetzt war, drei von der KPD-Führung in Moskau ausgebildete Gruppen

¹⁸⁴ Auskunft: oft wird in diesem Zusammenhang in der historischen und politischen Literatur der Terminus „der rote Sanitärkordon“ gebraucht. Vgl., beispielsweise: Schreiber, Gerhard. „Nekotoryje rasmyschlenija ob itogach wojny“. In: „Rossija i Germanija w gody wojny i mira (1941-1945)“. Moskau, 1995, S. 330

von Deutschen geschickt wurden. Dazu gehörten Politemigranten und antifaschistische Kriegsgefangene. Die erste Gruppe wurde von Walter Ulbricht geleitet. Diese Gruppe kam in den Raum Berlin an die 1. Belorussische Front. Die zweite unter der Leitung von Anton Ackerman kam nach Sachsen an die 1. Ukrainische Front. Die dritte Gruppe mit Gustav Sobotka an der Spitze kam nach Mecklenburg an die 2. Belorussische Front. Zu diesen Gruppen gehörten 20 Politemigranten und 100 deutsche Kriegsgefangene.¹⁸⁵ Sie bekamen den Auftrag, im Sinne der von der KPD erarbeiteten „Hinweise über die Tätigkeit der deutschen Antifaschisten auf dem von der Roten Armee besetzten deutschen Gebiet“ zu wirken. Insgesamt wurden im Mai-Juni 1945 für die Arbeit in den kommunalen Selbstverwaltungen aus der Sowjetunion 70 deutsche Emigranten und etwa 300 antifaschistische Kriegsgefangene delegiert, die entsprechende Ausbildung an den antifaschistischen und politischen Schulen in der UdSSR bekommen haben.¹⁸⁶ In der deutschen (DDR) und sowjetischen Geschichtsschreibung bekam diese Kategorie der Teilnehmer des historischen Prozesses die Bezeichnung „Aktivisten der ersten Stunde“.¹⁸⁷ Ihre Hauptaufgabe war, die sowjetischen Besatzungsbehörden beim Aufbau der Verwaltung – der neuen deutschen Behörden – bestmöglich zu unterstützen. Dabei konzentrierte sich die KPD auf den Aufbau der Behörden des Innern und vor allem der Polizei, die nach ihrem Geist und ihrer Zusammensetzung eine antifaschistische sein sollte. Das war die Einstellung der KPD und Moskaus.

In der Situation der Zerrüttung und der Entnazifizierung, mit den beschränkten menschlichen Ressourcen und, weil der Beruf eines Soldaten nach dem Krieg unpopulär war, war es keine einfache Aufgabe, alle Voraussetzungen einzuhalten und dabei für die Polizei eine ausreichende Zahl geprüfter und treu ergebener Menschen zu gewinnen.

Eine wesentliche Reserve des neuen Personals und der neu zu bildenden Strukturen waren in den ersten Monaten der Besatzung kommunistische Heimkehrer aus der UdSSR und Deutsche, die in der Sowjetarmee gekämpft haben, sowie die Mitglieder der antifaschistischen Organisationen der deutschen Kriegsgefangenen „Nationalkomitee „Freies Deutschland“ und „Bund der deutschen Offiziere“.

¹⁸⁵[4] ZMAO. F. 32, Op. 11306, D. 571, l. 140-181, 256

¹⁸⁶[5] Semirjaga M.I., Ibid. S. 78

¹⁸⁷[6] Vgl. beispielsweise „Eshegodnik germanskoj istorii. 1980 god“, Moskau, 1982, S. 22

Unter jenen, denen anvertraut wurde, die Parteilinie umzusetzen, waren:

1. Karl Maron, KPD-Mitglied seit 1926. Seit 1935 war er politischer Emigrant in der UdSSR, in den Jahren 1943-1945 Stellvertretender Chefredakteur der Zeitung „Freies Deutschland“ – Hauptorgan der antifaschistischen Organisation deutscher Kriegsgefangenen und Politemigranten in der UdSSR.
2. Artur Pieck, KPD-Mitglied seit 1919, 1939 emigrierte er in die UdSSR, 1941-1945 diente er in der Roten Armee als Hauptmann.
3. Kurt Fischer, KPD-Mitglied seit 1919, während der Weimarer Republik arbeitete er in der Militärabteilung der KPD, Politemigrant seit 1921, Mitglied der KPR(B) 1924-1945, in den Jahren 1943-1945 arbeitete er in den Kriegsgefangenenlagern der UdSSR. Offizier der Roten Armee.
4. Erich Reschke, KPD-Mitglied seit 1922, 1933-1945 Häftling in nazistischen Gefängnissen und Lagern.
5. Gottfried Grünberg, KPD-Mitglied seit 1928, seit 1933 Politemigrant, Teilnehmer des Bürgerkrieges in Spanien, seit 1941 Angehöriger der Roten Armee, 1943-1945 Mitarbeiter in der antifaschistischen Schule für Kriegsgefangene in der Siedlung Talizy, Gebiet Iwanowo.

Die positiven Erfahrungen der Arbeit der „Aktivisten der ersten Stunde“ aus der Mitte der Kriegsgefangenen dienten als Grundlage und Anlass für eine breitere Verwendung dieser Kategorie der Deutschen. Am 30. März 1946 richtete der Leiter der Politischen Hauptverwaltung der Sowjetarmee Generaloberst I.W. Schikin ein Dienstschreiben an das ZK der KPdSU(B), in dem er schrieb: „Unter Beachtung der positiven Erfahrungen bei der Arbeit deutscher antifaschistischer Kriegsgefangener, die wir nach Deutschland delegiert haben, ist es erforderlich weitere 2 000 deutsche Kriegsgefangene aus den Abgängern der antifaschistischen Schulen und Kurse in der UdSSR auszuwählen und sie der Abteilung der politischen Kontrolle der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland für die Verwendung in den Organen der Selbstverwaltung und in den demokratischen Organisationen zur Verfügung zu stellen.“¹⁸⁸ Das ZK der KPdSU(B) unterstützte die Initiative des Leiters der Politischen Hauptverwaltung. Laut Beschluss des ZK der KPdSU(B) Nr. 370/231 vom 22. Juli 1946 wurden in die sowjetische Zone zur Stärkung der Reihen der SED 168 deutsche

^{188[7]} Zitiert nach: „SWAG. Uprawlenije propagandy (informazii) i S.I.Tulpanow. 1945-1949“. Sbornik dokumentow. Moskau, 1994, S. 147

antifaschistische Kriegsgefangene delegiert, die die Kurse im Lager Nr. 165 (Siedlung Talizy, Iwanowo-Gebiet) absolviert haben.¹⁸⁹ In den nächsten zwei Jahren nahm dieser Strom permanent zu. Allein zwischen Januar und Juli 1948 wurden nach 13 Beschlüssen des ZK der KPdSU(B) 1058 antifaschistische Kriegsgefangene nach Deutschland, darunter auch für den Aufbau nationaler Armeetruppenteile delegiert.¹⁹⁰

Am 30. Juli 1946 wurde gemäß Befehl des Oberkommandierenden der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland die deutsche Verwaltung des Innern gebildet. Sie funktionierte als zentrale Behörde der sowjetischen Besatzungszone. Ihr Bestehen wurde lange Zeit geheim gehalten, weil es den Verpflichtungen der Alliierten widersprach. Wie auch in anderen Strukturen waren in der deutschen Verwaltung des Innern die Vertreter der früheren Politmigration der 20-30er Jahre in der UdSSR sowie des „Nationalkomitee Freies Deutschland“ vorherrschend. An der Spitze der Verwaltung des Innern stand das KPD-Mitglied, der frühere politische Häftling Erich Reschke. Im Juli wurde er von Kurt Fischer abgelöst. Während seiner Tätigkeit wurde in der sowjetischen Zone die deutsche Volkspolizei aufgebaut, in deren Struktur befand sich auch die politische Polizei mit dem Kommunisten Erich Mielke an der Spitze.¹⁹¹

Der nächste Schritt des militärischen Aufbaus war die Bildung der Grenzpolizei. Dieses Ereignis fand im November 1946 statt. Die Grenzpolizei wurde der Roten Armee unmittelbar untergeordnet. Ihr erster Chef wurde Hermann Rentsch, ein ehemaliger Oberleutnant der Wehrmacht, in der Gefangenschaft – Mitglied des „Nationalkomitee Freies Deutschland“, ein leidenschaftlicher Antifaschist.

Der Klassenansatz in der Personalauswahl machte es bereits gegen 1946 möglich, in den Polizeiformierungen der sowjetischen Besatzungszone eine praktisch vollständige Präsenz prokommunistischer Gesinnungsgleicher sicherzustellen. Nach den Angaben des Jahres 1946 waren alle Polizisten in der sowjetischen Besatzungszone SED-Mitglieder. Zum Beispiel in Sachsen waren es 92,8%, in Thüringen – 93,4%.¹⁹²

¹⁸⁹[8] GARF, F. 9401, Op. 2, D. 138, l. 352-354

¹⁹⁰[9] „Wojennoplennyje w SSSR 1939-1956“. Moskau, 2000, S. 980

¹⁹¹[10] Semirjaga M.I. Ibid. S. 82

¹⁹²[11] Gorynja W. „Bywschije utschastniki dwishenija „Swobodnaja Germanija“ w wojennyh utschreshdenijach GDR“. In: Sb „Tragedija plena“, Krasnogorsk, 1996, S. 80

1948 wurde zu einem wichtigen Abschnitt in der Geschichte des Aufbaus der „bewaffneten Organe“. Auf Befehl der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland begann die Formierung von 40 Abteilungen der Bereitschaftspolizei. Dank einer großen Werbungsarbeit ist es gelungen, Ende des Jahres für die Bereitschaftspolizei circa 10 000 junge Menschen zu gewinnen. Jedoch war das nicht ausreichend. Die Eingezogenen hatten weder Kampferfahrung noch Fachausbildung. Ein alternatives Objekt für die Werbung zur Bereitschaftspolizei sollten Menschen werden, die Kampferfahrungen wie auch Fachausbildung hatten. Solche waren zur damaligen Zeit die ehemaligen Wehrmachtsoldaten, Kriegsgefangene, die sich in der UdSSR befanden. Die verstärkte Werbungsarbeit in den Kriegsgefangenenlagern in der UdSSR, bei der auf deren Wunsch auf eine möglichst baldige Heimkehr nach Deutschland Wert gelegt wurde, schuf die Möglichkeit, die „Personalnot“ teilweise zu entschärfen. Anfang Oktober 1948 kamen in den Polizeidienst etwa 5 000 deutsche Kriegsgefangene. Obwohl diese Maßnahmen die Bildung militärischer Einrichtungen nicht grundlegend beeinflussten, trugen sie dazu bei, dass die politischen, gesellschaftlichen und Staatsstrukturen in der sowjetischen Besatzungszone mit den Anstrengungen der aus der sowjetischen Emigration heimkehrenden deutschen Kommunisten und antifaschistischen Kriegsgefangenen immer mehr den sowjetischen ähnlich wurden.¹⁹³ Nach 1948 war das offenkundig Fakt.

Der Klassenansatz beschränkte jedoch stark die Möglichkeiten für die Verwendung der ehemaligen Kriegsgefangenen. Wenn es noch gelungen war, die Frage auf der Ebene der Soldaten zu lösen, wurde das Problem des Mangels an den Vertretern der Führungsebene – Berufsmilitärs und Stabsoffiziere – im Gegenteil noch akuter. Die Notwendigkeit, die Personalfrage zu lösen, führte zu einem Widerspruch beim Prinzip des Klassenansatzes. Das Problem war dermaßen akut, dass gegenüber 6 ehemaligen Wehrmachtgeneralen Nachsicht geübt wurde.¹⁹⁴ Nach der gründlichen Prüfung, Agitation und Werbung durch die sowjetischen Geheimdienste wurden sie im September 1948 aufgrund der Sonderverordnung des Innenministeriums der UdSSR Nr. 001064 repatriert. Sie traten in den Dienst der Volkspolizei. Heutzutage sind die Namen der 8 ehemaligen Wehrmachtgenerale bekannt, die nach 1948 in den Dienst der Volkspolizei getreten waren. Darunter waren: der ehemalige Befehlshaber der 295. Infanteriedivision Generalmajor der Wehrmacht Otto Korfes, in der

¹⁹³[12] SBZ-Handbuch..., Ibidem, s. 1

¹⁹⁴[13] Insgesamt gehörten zur antifaschistischen Organisation „Freies Deutschland“ 63 deutsche Generale (Vgl. Erich Weinert „Das Nationalkomitee „Freies Deutschland“ 1943-1945. Berlin, 1957

Gefangenschaft Antifaschist, Mitglied des Bundes deutscher Offiziere, seine Mitstreiter im „Bund deutscher Offiziere“ – der ehemalige Generalmajor Artur Brand, die ehemaligen Generalleutnante Arno von Lensky und Vinzenz Müller.¹⁹⁵

Neben den oben erwähnten ehemaligen Wehrmachtgeneralen waren in der ersten ausgewählten Gruppe auch andere Offiziere. Zum Beispiel Oberst Wilhelm Adam, der ehemalige Adjutant des Feldmarschalls Friedrich Paulus, die Oberleutnante Eberhard Charisius und Heinrich Neukirchen sowie Oberst Heinrich Hein und Major Heinrich Zorn.¹⁹⁶ Sie bewiesen ihre Loyalität gegenüber der neuen Macht, wurden dem ihnen geschenkten Vertrauen gerecht und erfüllten die ihnen anvertrauten Aufgaben mit Erfolg. Aber nicht alle wollten und konnten die neuen Einstellungen der Partei und der Ideologie aufrichtig akzeptieren. Unter den „Antifaschisten“ waren auch jene, die die Rückkehr nach Deutschland und den Dienst der neuen Ordnung nur als Vorwand aufgefasst haben. Ein deutliches Beispiel dafür ist die Geschichte des Generals des medizinischen Dienstes Walter Schreiber. Er war Aktivist der antifaschistischen Bewegung in der Gefangenschaft, Zeuge der sowjetischen Anklage vor dem Nürnberger Gericht, dazu hat er eine entsprechende Ausbildung und Agenturprüfung auf die Regimetreue abgelegt. Gleich nach Ankunft in Deutschland floh er in die amerikanische Besatzungszone.¹⁹⁷ Der Zwischenfall mit Schreiber kam vielen anderen, die dem neuen Deutschland dienen wollten, teuer zu stehen. Die Heimkehr der höheren Offiziere und Generale, darunter auch der Mitglieder des „Nationalkomitee Freies Deutschland“ und des „Bundes deutscher Offiziere“ wurde auf mehrere Jahre hinausgezögert.

Unter den Kriegsgefangenen „ohne proletarische Wurzeln“, und derer, die „sich durch die Zusammenarbeit mit Nazis“ befleckt haben, waren auch solche, die aufrichtig, einen ihren Möglichkeiten entsprechenden Beitrag zum Aufbau des neuen Deutschlands leisten wollten. Jedoch wurden sie durch das Klassenprinzip abseits vom politischen Leben und der wichtigen Arbeit in den militärischen Einrichtungen gedrängt. Ungeachtet dessen, dass viele Menschen, die die neue Ordnung brauchte, nach dem Klassenmerkmal nicht geeignet waren, regelten die KPD und anschließend die SED den Einsatz ehemaliger Militärangehöriger der Hitlerarmee

¹⁹⁵ Auskunft: Vinzenz Müller ist der ehemalige Befehlshaber des 12. Armeekorps der Armeegruppe „Zentrum“. Er wurde im Sommer 1944 gefangen genommen und am 17. Juli 1944 stand er an der Spitze der 42 000-Mannstarken Kolonne der Kriegsgefangenen, die durch die Straßen Moskaus marschierte. (GARF, F. 9401, Op. 2, D. 65, L. 394-395).

¹⁹⁶ Gorynja W. Ibid. S. 82

¹⁹⁷ RGBA. F.1a, Op. 15, D. 70, l. 25

in den Strukturen und im Apparat der neuen militärischen Einrichtungen in entsprechender Weise. Um sich von den „Ehemaligen“ zu distanzieren, bot sich 1948 eine günstige Möglichkeit. In diesem Jahr wurden die National-Demokratische Partei Deutschlands und die Demokratische Bauernpartei Deutschlands gebildet, unter deren Schutzschirm konnten sich auch die aus der UdSSR heimgekehrten Kriegsgefangenen, ehemalige Befehlshaber, Kommandeure und Soldaten der Wehrmacht sammeln. Somit war es gelungen, bei der Bildung neuer Organe und Behörden, den demokratischen Charakter einzuhalten und zugleich zu gewährleisten, dass die SED ihre führende und lenkende Rolle in der Gesellschaft auch in den Fragen des Militäraufbaus bekräftigen und beibehalten konnte. Ende der 50er Jahre waren alle NVA-Offiziere SED-Mitglieder.

Die planmäßige und konsequente Arbeit der KPD/SED führte dazu, dass 1949 der Personalbestand der Volkspolizei 75 000 Mann erreicht hat. Seit 1946 gehörten dazu Grenzpolizisten (1948 etwa 9000 Mann) und seit 1948 auch die kasernierte Volkspolizei (50 000 Mann).

Es ist zu betonen, dass die Einbeziehung ehemaliger Wehrmachtangehöriger in die neuen militärischen Formationen in der Ostzone nicht etwas Einmaliges darstellte. Die früheren westlichen Alliierten griffen infolge verschiedener Gründe auch auf die Erfahrungen ehemaliger Wehrmachtsgenerale zurück, die ihnen zur Verfügung standen. Es ist beispielsweise bekannt, dass 1959 ehemalige Wehrmachtsgenerale hohe Posten in den neuen deutschen Militärformationen des Nordatlantikpakts bekleidet haben. Beispielsweise Speidel (Oberbefehlshaber der NATO-Landesstreitkräfte in Mitteleuropa), Heusinger (ranghöchster Offizier der NATO-Bundeswehr), Kammhuber (Befehlshaber der Bonner NATO-Luftstreitkräfte). Hohe Posten bekleideten auch General von Levinsky und Admiral Ruge.¹⁹⁸

Im Juni 1951 dienten in den Polizeieinheiten der DDR 431 ehemalige Wehrmachtsoffiziere, die durch sowjetische Kriegsgefangenenlager gegangen waren. Sie machten 4,2% aller Offiziere der Nationalen Volksarmee aus. Insgesamt betrug der Anteil ehemaliger

¹⁹⁸ Bamler Rudolof „Ehemalige Hitlergenerale im Dienste der NATO“ in „Mitteilungsblatt der Arbeitsgemeinschaft ehemaliger Offiziere“, von 6 Oktober 1959, ss. 13

Kriegsgefangener in der neuen Armee 29% (davon 9,4% Unteroffiziere und 19,4% ehemalige Wehrmachtssoldaten), 2/3 aller Militärangehörigen waren Jugendliche.¹⁹⁹

Die Karriere der meisten ehemaligen Wehrmachtsoffiziere, die Kriegsgefangene in der UdSSR waren, verlief recht erfolgreich. Sie alle erhielten hohe Posten in Stäben, Militärbehörden bzw. an Offizierschulen. Nachdem sie die ihnen von der Partei auferlegte Aufgabe zur Übermittlung von Erfahrungen erfüllt haben, waren 1958 fast alle in den Ruhestand versetzt.

Es ist interessant festzustellen, dass die Karriere ehemaliger Unteroffiziere und Wehrmachtssoldaten in den Militärbehörden recht oft markanter als die ihrer ehemaligen Kommandeure war. Beispielsweise Heinz Kessler, geb. 1920, Schlosser von Beruf, 1941 wurde er in die Wehrmacht eingezogen, war in der Gefangenschaft Mitglied des „Nationalkomitee Freies Deutschland“, 1945 wurde er KPD-Mitglied, nach der Gründung der SED Mitglied des ZK, 1950 übernahm er die Leitung der Volkspolizei Luft und beendete seine Karriere als Armeegeneral in der Funktion des Verteidigungsministers.

Felix Scheffler, geb. 1915, ausgebildeter Apotheker, war während des Krieges Unteroffizier der Wehrmacht, absolvierte in der Gefangenschaft in der UdSSR die antifaschistische Schule, nach der Heimkehr in die Ostzone 1947 trat er in die SED ein, seit 1950 diente er in der Seepolizei. 1952 wurde er Konteradmiral und 1956 – Chef der DDR-Volksmarine.

Viele von den ehemaligen antifaschistischen Kriegsgefangenen übernahmen die wichtige und verantwortungsvolle Funktion des Kommandanten von Berlin. Darunter waren Arthur Kunath, Helmut Poppe.

Ebenso erfolgreich erklommen die dienstliche Stufenleiter die „Aktivisten der ersten Stunde“. Zum Beispiel Karl Maron, der seine Nachkriegskarriere als Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Berlin begann, dort war er für die Behörden des Innern zuständig, beendete seinen Dienst 1963 als Innenminister der DDR. Gottfried Grünberg begann seine Karriere als Innenminister von Mecklenburg und beendete sie 1959 als Vize-Minister der Nationalen Verteidigung der DDR und Militärattache in Moskau.

¹⁹⁹[18] Gorynja W. Ibid. S. 83

Jedoch es gab auch solche, deren Karriere scheiterte. Beispielsweise Wilhelm Zaisser, geb. 1903, KPD-Mitglied seit 1919, Teilnehmer des Krieges in Spanien, Politémigrant, während des Krieges – Lehrer an der Zentralen antifaschistischen Schule für Kriegsgefangene beim Lager Nr. 29 (Krasnogorsk, Moskauer Gebiet), seit 1948 – Polizeichef in Sachsen-Anhalt, 1950 wurde er Minister der Staatssicherheit der DDR und Mitglied des Politbüros des ZK der SED, 1953 wurde er aus der Partei ausgeschlossen und später aller Ämter enthoben.

Da die wichtigste Quelle für die Personalausstattung der Militärstrukturen Ende der 40er-Anfang der 50er Jahre die deutschen Jugendlichen darstellten, war es notwendig, ein umfassendes Programm der militär-fachlichen Ausbildung zu realisieren. Eben deshalb wurden in dieser Zeit die Prioritäten in der Politik des militärischen Aufbaus gewechselt. Seit dieser Zeit ist die Rolle der Ausbildungseinrichtungen für die Heranbildung von Berufssoldaten wesentlich angewachsen. Die Hauptabteilung für Ausbildung wurde zur militärischen Organisation für die Ausbildung von Kadern mit entwickelter militär-technischer Grundlage. Seit 1950 verfügte sie auch über sowjetische Waffen. Unter ihrer Leitung wurde an Fachschulen, deren Lehrkräfte ehemalige Wehrmachtoffiziere und Mitglieder des Nationalkomitees „Freies Deutschland“ waren, das Personal für die neue Polizei ausgebildet. Dabei wurde das sowjetische System der Ausbildung eines Berufssoldaten umfassend verwendet. An den Militärakademien der Sowjetunion wurden nach den Angaben deutscher Wissenschaftler zwischen September 1949 und Oktober 1950 circa 150 Polizeioffiziere ausgebildet.²⁰⁰

Die erfolgreiche Personalpolitik der SED ermöglichte bei Unterstützung und unter Anleitung der UdSSR, bei der Legitimierung des neuen Staatsgebildes – Deutsche Demokratische Republik – eine neue Ebene des militärischen Aufbaus zu erreichen. 1952 wurde die Kasernierte Volkspolizei gebildet, die nach Waffengattungen gegliedert war (Marine und Luftwaffe) und die 1956 in die Nationale Volksarmee (NVA) umgewandelt wurde.

Mit der Bildung der Nationalen Volksarmee wurde der Prozess der Formierung der neuen Militärstruktur des neuen Staates – der Deutschen Demokratischen Republik – abgeschlossen. Sie entsprach den modernen Anforderungen. Es entstand eine Armee, die mit Ausnahme der äußeren Merkmale und der Uniform dem sowjetischen Vorbild entsprach. In dieser Art traten

²⁰⁰[19] SBZ-Handbuch..., Ibidem, SS. 209-210

die DDR und ihre Armee in die Periode der Bildung militär-politischer Blöcke, der Zeit des „kalten Krieges“ ein.

Dr.habil.pol. Igor F. Maximytschew,

Höherer wissenschaftlicher Mitarbeiter im Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften

Die Gruppe Sowjetischer Streitkräfte in Deutschland (GSSD) (Westgruppe)

Die Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland stellte eine militärische Faust mit fantastischer Stärke dar, sie war in der Lage, auch mit autonomen Handlungen, alle NATO-Gefechtsgliederungen auf dem Wege zum Ärmelkanal vom Erdboden zu tilgen. Die Stärke der Gruppe betrug in verschiedenen Perioden von 300 000 bis 500 000 Soldaten plus zivile Angestellte und Familienangehörige der Offiziere. Vor der GSSD stand eine reine Verteidigungsaufgabe, diese Verteidigung sollte aber aktiv sein. Im Falle eines Überfalls auf die Staaten des Warschauer Vertrages sollten die Kampfhandlungen auf dem Gebiet des Gegners geführt werden. Eine Wiederholung des 22. Juni 1941 wurde ausgeschlossen. Selbstverständlich konnte der Westen in seinem Vorgehen in Europa nicht umhin, das Bestehen der GSSD zu beachten. Unabhängig davon, ob Kernwaffen eingesetzt würden oder nicht, konnte man eine NATO-Aggression für ausgeschlossen halten, solange auf dem DDR-Gebiet die GSSD stationiert war. Die allgemeine Formel des globalen Kräftegleichgewichts der beiden entgegengesetzten Lager, die in die Konfrontation einbezogen waren, wurde in Europa durch das Bestehen der GSSD konkretisiert. Die Gruppe war der Inbegriff und der Träger dieses Gleichgewichts, der Garant für die Stabilität auf dem Kontinent. Deswegen wird es verständlich, warum die Beseitigung der GSSD, in einer Situation, in der es kein gesamteuropäisches Sicherheitssystem gibt, einer Zerstörung des Kräftegleichgewichts auf dem Kontinent gleichkommt.

Der Status der GSSD setzte sich aus einigen Elementen zusammen. Die ursprüngliche Grundlage für den Status der Gruppe war die Erfüllung der Aufgabe, die Sicherheit der UdSSR in der europäischen Richtung zu gewährleisten. Alle übrigen Momente trugen einen

abgeleiteten, sekundären aber dennoch wesentlichen Charakter. Zu diesen Momenten gehörte das Recht des Siegers sowie das System der Abkommen der Alliierten in der Antihitlerkoalition; später waren es Beziehungen von Verbündeten, der UdSSR und der DDR, die seit 1957 die Verfahrensweisen für die Stationierung der GSSD auf deutschem Gebiet bestimmten; schließlich war es das Vertragssystem des Warschauer Paktes, welches vom Bestehen einer gefechtsbereiten GSSD ausgegangen war.

Das Abkommen zwischen der UdSSR und der DDR vom 12. März 1957 charakterisierte die fortdauernde Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Territorium der DDR als „zeitweilig“ und erklärte ihre Notwendigkeit durch fehlende „friedliche Regelung mit Deutschland und (fehlende) abgestimmte Lösungen, die den europäischen Staaten ausreichende Garantien des Friedens und der Sicherheit gegeben hätten“. Nicht zufällig steht das Problem der Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR im Mittelpunkt der im Vertrag verwendeten Formulierung. Nach dem Abschluss des „2+4 Vertrages“ über die endgültige Regelung in Deutschland, der in Moskau am 12. September 1990 unterzeichnet wurde, entfiel die erste Gruppe der sekundären Momente, die das Bestehen der Westgruppe begründeten – die deutsche Frage wurde geregelt. Mit dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und mit dem Dahinschwinden der Beziehungen von Verbündeten zwischen der UdSSR und der ostdeutschen Republik entfiel die zweite Gruppe dieser Gründe. Die Auflösung des Warschauer Paktes, wodurch die Beziehungen von Verbündeten zwischen seinen Mitgliedern aufgehoben wurden, beseitigte die dritte Gruppe der sekundären Gründe. Jedoch konnte die primäre Begründung – Gewährleistung der Sicherheit der UdSSR in der europäischen Richtung – nicht als annulliert betrachtet werden, weil ein gesamteuropäisches System der kollektiven Sicherheit mit seinen „hinlänglichen Garantien des Friedens und der Sicherheit“ für alle Staaten des Kontinents nicht aufgebaut wurde. Objektiv gesehen bedeutete das, dass die Hauptaufgabe der GSSD nach wie vor aktuell blieb. Einige Moskauer Experten gingen damals davon aus, dass in dieser Situation die Erhaltung sowjetischer Truppen in der Mitte Europas (vielleicht rein symbolisch) für einen Zeitraum bis zum Aufbau eines Sicherheitssystems auf dem Kontinent, das die Interessen der UdSSR (Russlands) hätte berücksichtigen können, gerechtfertigt wäre. Die Befürchtung, dass eine solche Präsenz Auswirkungen auf die inneren Angelegenheiten des Aufenthaltslandes hätte, war absolut unbegründet.

Während der gesamten Krise der DDR in den Jahren 1989-1990 wurde kein einziges Mal die Frage nach einer sowjetischen Einmischung in die inneren Angelegenheiten gestellt. Niemand in der UdSSR dachte daran, die auf dem Gebiet der DDR stationierten Truppen einzusetzen, um den Verlauf der Entwicklungen umzukehren, wie es im Juni 1953 geschah. Das war naturgemäß: 1989 waren unsere Truppen im Unterschied zu 1953 keine Besatzungstruppen. Nicht einmal die akutesten Momente in der Entwicklung konnten diese Realität ändern. Im Dezember 1989 wurde die Situation in der DDR bis aufs Äußerste gespannt. Alle Rechtspflege- und Strafverfolgungsbehörden (das Ministerium für Staatssicherheit wurde ohne jeglichen Ersatz beseitigt, die Nationale Volksarmee hat sich selbst aufgelöst, die Volkspolizei wurde bis zu dem Maße eingeschüchtert, dass die Polizisten sich fürchteten, in Uniform auf die Straße zu gehen) wurden außer Gefecht gesetzt. Aber nicht einmal diese Tatsache wurde als Grund für einen Befehl zum Eingreifen der Westgruppe genommen. Solange in der DDR keine Unruhen ausbrachen, die den Charakter des Bürgerkrieges hätten, war der Einsatz des Kontingents sowjetischer Truppen für die Wiederherstellung der Ruhe im Lande ausgeschlossen. Glücklicherweise brach kein Bürgerkrieg aus, obwohl es ab und zu schien, dass es kurz davor steht. Die diplomatischen Maßnahmen waren ausreichend. Eine beschwichtigende Rolle spielte unter anderem das Treffen der Botschafter der vier Großmächte am 11. Dezember 1989 im Hause des ehemaligen Kontrollrates für Deutschland, nach dem in der westlichen Presse Anspielungen darauf erschienen, dass, falls es nötig wird, Truppen aller vier Großmächte den Schutz der öffentlichen Ordnung in der DDR übernehmen können.

Ihren neuen Namen – Westgruppe der Truppen (WGT) - bekam die Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland im Sommer 1989, einige Wochen vor dem Beginn der aktiven Phase der DDR-Krise. Auf einer Namensänderung bestand Erich Honecker, er motivierte seine Forderung dadurch, dass „es Deutschland längst nicht mehr gibt und es nie mehr geben kann“. Er schlug vor, die GSSD in die „Gruppe sowjetischer Truppen in der DDR“ umzubenennen, was nach seiner Meinung hätte ermöglichen können, die gewohnte Abkürzung beizubehalten. Jedoch erwiesen sich unsere Generäle weitsichtiger als Honecker und verweigerten es, den Namen der Gruppe an den ostdeutschen Staat zu binden. Aus dieser Sicht, war die Präsenz unserer Streitkräfte in den Orten ihrer Stationierung unabhängig davon, ob die DDR weiter existiert oder nicht. Ein Abzug der Westgruppe der Streitkräfte von deutschem Gebiet, diese Frage wurde, bar jeder Logik, von der sowjetischen, aber nicht von der deutschen Seite

gestellt, war mit dem Abzug der anderen ausländischen Kontingente historisch und juristisch verbunden. In den Verträgen der drei Mächte mit der Bundesrepublik wurde die Stationierung der ausländischen Truppen in Westdeutschland nach der Beendigung der Besatzungsperiode (wie auch in dem Vertrag zwischen der UdSSR und der DDR aus dem Jahre 1957) durch die unregelmäßige deutsche Frage und die Bedrohung von außen begründet.²⁰¹

Im Entwurf des Vertrages über die Deutsche Einheit, der von der sowjetischen Seite zur Erörterung auf dem Treffen der Außenminister nach der Formel „2+4“ in Berlin am 22. Juni 1990 vorgelegt wurde, wurden die Besonderheiten der entstandenen Situation im vollen Maße berücksichtigt. Darin wurde der Abzug aller auf deutschem Boden stationierten ausländischen Truppen spätestens 5 Jahre nach der Vereinigung vorgesehen, wobei der Abzug aus Berlin schon ein halbes Jahr nach der Unterzeichnung erfolgen sollte. Eine solche Regelung hätte bedeutet, dass falls die Truppen anderer Staaten auf dem Gebiet des vereinten Deutschlands geblieben wären, auch unsere Truppen das Recht hätten, genauso zu handeln. Aber der vom Außenministerium der UdSSR ausgearbeitete Vertragsentwurf wurde von E.A.Schewarnadze²⁰² offen sabotiert, der seine Kollegen in den Verhandlungen frühzeitig informiert hat, dass das vorgeschlagene Dokument kein endgültiges ist und „nachgearbeitet“ werden soll.²⁰³ Danach lehnten die fünf weiteren Teilnehmer des Treffens den sowjetischen Vertragsentwurf einmütig ab. Schewardnadse bestand darauf nicht: für die sowjetische Führung war der Abzug der Westgruppe der Streitkräfte seit Januar 1990 eine beschlossene Sache.

Gorbatschows Mitarbeiter A.S. Tschernjajew schreibt in seinen Memoiren, dass am 26. Januar 1990 er, Tschernjajew, während der Beratung über die deutsche Frage beim Generalsekretär auf einer harten Orientierung der UdSSR gegenüber der Bundesrepublik bestanden hat, „weil wir in der DDR keinerlei Stütze mehr haben. Dabei muss man sich in der Bundesrepublik konkret auf Kohl, aber nicht auf die SPD orientieren. Die Sozialdemokraten machen die Vereinigung zum Objekt des Wahlkampfes, er – Kohl - hält erstens an der Idee fest: Wiedervereinigung im Rahmen des gesamteuropäischen Prozesses; zweitens ist er an die NATO-Verbündeten gebunden; drittens ist er in den persönlichen Kontakten mit

²⁰¹[1] Vgl. Dieter Schröder, Neubestimmung der Stellung der alliierten Truppen im vereinten Deutschland? Bonn, 1991, S. 7

²⁰²[2] Der damalige Außenminister der UdSSR

²⁰³[3] Vgl. Richard Kiessler, Frank Elbe, Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit, Baden-Baden, 1993, S. 159

Gorbatschow „zuverlässiger“: ein Mann – ein Wort. Ich, so Tschernjajew weiter, sprach mich gegen die Einladung Modrows nach Moskau²⁰⁴, und erst recht gegen das Treffen Gorbatschows mit Gisy²⁰⁵ - Vertreter einer Partei, die es nicht gibt und nicht geben wird, aus.“ Tschernjajew wurde vom Schewardnaze unterstützt. Einwände hatte nur V.M.Falin.²⁰⁶

Gorbatschow fasste folgenden „salomonischen Beschluss“: 1) der „6-Gruppe“ zuzustimmen (das heißt, die Einsetzung eines Gremiums aus Vertretern der vier Mächte unter Beteiligung der Beauftragten der Bundesrepublik und der DDR) für die Regelung des deutschen Problems; 2) Orientierung auf Kohl, jedoch kein Ignorieren der SPD; 3) Modrow und Gisy werden nach Moskau doch eingeladen; 4) „engeren Kontakt“ mit London und Paris zu pflegen; 5) Vorbereitung des Truppenabzuges aus der DDR (nach der Meinung Tschernjajews „ein eher inneres als ein äußeres Problem: 300 000 Personen, davon 100 000 Offiziere mit ihren Familienangehörigen müssen irgendwo untergebracht werden!“)²⁰⁷. Ohne den eigenen Botschafter im verbündeten Staat, um den es ging, anzuhören und ohne mit seinen Militärs zu beraten, entschied die perestrojkagebundene Führung das Schicksal des militärischen Schildes unseres Landes in der europäischen Richtung. So wurde nebenbei auch die Todesstrafe der wichtigsten Stütze des Moskauer Einflusses auf die europäischen Angelegenheiten verhängt und einer Revidierung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges ohne Bedenken grünes Licht gegeben.

Neben dem fehlenden politischen Willen zur Verteidigung der strategischen Interessen des Landes war Moskau auch nicht bereit, die Ausgaben in harter Währung zu tragen, die im Falle der Erhaltung sowjetischer Truppen im vereinten Deutschland notwendig wären. Die UdSSR der Perestrojka-Zeit hing schon am Tropf der westdeutschen Kredite und konnte keinen Konflikt mit der Bundesrepublik zulassen, die die Idee eines raschen und vollständigen Abzugs der sowjetischen Truppen mit Freude aufgegriffen hat. Seit dem 1. Juli 1990 wurde nach der Realisierung der Währungsunion zwischen den deutschen Staaten, als auf dem Gebiet der DDR die D-Mark Zahlungsmittel wurde, für die Auszahlung der Besoldung der Offiziere und zivilen Angestellten der Westgruppe in Fremdwährung der günstige Kredit verwendet, den die westdeutsche Regierung extra für dieses Ziel gewährt hat.

²⁰⁴[4] Hans Modrow war der Vorsitzende des Ministerrates der DDR, der in diese Funktion von der Volkskammer im November 1989 gewählt wurde

²⁰⁵[5] Gregor Gisy ist der Berliner Anwalt, der zum PDS-Vorsitzenden wurde, die Nachfolgepartei der SED.

²⁰⁶[6] Leiter der Internationalen Abteilung des ZK der KPdSU.

²⁰⁷[7] A.S.Tschernjajew. Schest let s Gorbatschowym. Po dneownikowym sapissjam. Moskau, 1993, S. 346-347

Der Verlauf der Entwicklungen wurde aus Bonn diktiert. Die Möglichkeit, die Westgruppe abzubauen, um die Ausgaben zu reduzieren, wurde nicht in Betracht gezogen.

Während der Juli-Verhandlungen in Archyz erstritt Kohl die Zustimmung für den Abzug der Westgruppe aus Deutschland im Verlaufe von 4 Jahren, d.h. mit dem Abschluss Ende 1994 (die sowjetische Führung hatte keine Einwände, sie hatte sich keine Pläne erarbeitet über den Umfang der bevorstehenden Organisationsarbeit für den Abzug der Menschen, den Abtransport der Technik und des Vermögens sowie die Probleme, die mit ihrer Unterbringung auf der Gebiet der UdSSR verbunden waren). Kohl begründete seine Forderung dadurch, dass 1994 die 50. Wiederkehr des Einmarschs sowjetischer Truppen auf deutschen Boden jährt, also, „es ist höchste Zeit“. Dieses Argument, das gar nicht zur Sache gehörte, war für die Stimmungen der deutschen Führungsschicht der damaligen Jahre sehr kennzeichnend, die sich, weil es keine Abfuhr von unserer Seite gab, im Bewusstsein der Deutschen verankert haben und heute zur festen Grundlage für die Bewertung praktisch aller Aspekte der russisch-deutschen Beziehungen unter den meisten Bürgern der Bundesrepublik wurden.

Diese Stimmungen kann man folgenderweise formulieren: „Wir sind mit Russen quitt – zunächst haben wir sie besetzt, dann sie uns; unsere Besetzung war brutaler, dafür dauerte die russische Besetzung unermesslich länger“; „Die Russen dürfen keine Ansprüche an die Deutschen haben; falls jemand schon Ansprüche haben kann, dann sind es die Deutschen“; „Selbstverständlich haben die Nazis aus Russland einiges mitgehen lassen, aber die Russen waren auch nicht verlegen – es sei nur auf die Reparationen bzw. an die Beutekunst verwiesen werden“. Insgesamt dient das der Begründung der Hauptthese: „Mit dem Widerstand gegen die Rote Armee schützten Deutsche den Westen und deshalb ist der Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland nicht nur der Sieg des Westens, sondern auch der Deutschen“.

Der eilige, nach außen hin eher fluchtähnliche Abzug der Westgruppe ins „offene Feld“ ist ein Argument zugunsten solcher Stimmungen.

Praktisch niemand in Deutschland, insbesondere in seinem Westteil will daran erinnert werden, dass es Deutschland war, dass eben beide Weltkriege entfesselt hat, die dann auf seinen Boden zurückkamen. Die enorme pseudowissenschaftliche und propagandistische Literatur, die Memoiren der Hitlergenerale und entsprechende Filme unterstützen unter den Deutschen die Überzeugung, dass das nazistische Deutschland einen „Präventivschlag“ gegen die UdSSR geführt hat. Dass das Stalin-Regime wesentlich schlechter war, als der Nazismus

und daher der Krieg gegen Russland ein „gerechtes“ und „europäisches“ Anliegen war. Dass die Rote Armee keine Befreiung für Deutsche gebracht hat, eine „totalitäre Diktatur“ wurde nur von einer anderen abgelöst. Dass dieser Krieg von Anfang an für Deutschland einen Verteidigungscharakter hatte und die Opfer, die Deutsche zu tragen hatten, als Beitrag zur „Vereinigung Europas“ zu werten sind. Dass die Wehrmachtsoldaten und sogar die „Waffen SS“ in den besetzten sowjetischen Gebieten als „Ritter ohne Furcht und Tadel“ gehandelt haben, nicht so wie die sowjetischen Soldaten in den deutschen Gebieten. Das Schlimmste dabei ist, dass nach dem Beginn der Perestrojka die Autoren solcher scheußlichen Entstellungen der historischen Wahrheit sich als „Beweismaterial“ auf die Schreibung der „Entlarver“ aus der UdSSR und später aus Russland und anderen postsowjetischen Staaten berufen können. In dieser Situation lösen die Denkmäler für Banditen aus den nationalen SS-Einheiten, die heute im Baltikum und in der Ukraine errichtet werden, keine Empörung in Deutschland wie auch in anderen westeuropäischen Staaten aus. Dabei sind mehrere Millionen Zivilpersonen, im Ergebnis der faschistischen Aggression gegen die UdSSR gefallen, Millionen sowjetischer Kriegsgefangener wurden in den deutschen Lagern vernichtet, Millionen der absichtlich zum Hungersnot abgeurteilten Einwohner in den besetzten sowjetischen Städten werden in der Bundesrepublik nicht in die offiziellen Gedenklisten der Naziopfer aufgenommen. Auf diesen Listen stehen Juden, Patienten aus den psychoneurologischen Kliniken, Romas und Homosexuelle. Manchmal werden dazu die KZ-Häftlinge dazugezählt, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland deportiert wurden, und politische Nazi-Gegner – Deutsche. Und somit ist Schluss.

In den „neuen Bundesländern“, das heißt auf dem Gebiet der früheren DDR, ist die Einstellung zum Krieg und zu seinen Opfern im Osten anders, das ist im wesentlichen Maße das Verdienst der sowjetischen Soldaten, die ihren Wehrdienst auf deutschem Boden geleistet haben. Selbstverständlich spielte dabei die grundsätzliche antifaschistische Orientierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens der DDR eine Rolle, wo die Nazi-Gegner automatisch Freunde wurden und die UdSSR, die dem faschistischen Deutschland den Rücken gebrochen hat, als der Hauptverbündete wahrgenommen wurde. Jedoch hätten die Anstrengungen in dieser Richtung keine Ergebnisse bringen können, wäre die Rote Armee nach Deutschland nur mit dem Gefühl der Rache für die scheußlichen Gräueltaten gekommen, die auf sowjetischen Boden verübt wurden. Kennzeichnend ist das Beispiel von Generaloberst N.E. Bersarin, dem Oberkommandierenden der 5. Sturmarmee, die Berlin erstürmt hat, und der am

24. April 1945 zum Chef der Berliner Garnison ernannt wurde und am 2. Mai 1945 nach der Beendigung der Kämpfe in der damals noch nicht in Sektoren aufgeteilten Stadt zum ersten Militärkommandanten Berlins wurde. Er war Berufsoffizier, hatte an den Kämpfen am Chassan-See im Fernen Osten teilgenommen und den ganzen Krieg vom Anfang bis zum Ende durchgemacht. Er setzte sofort seine ganze Energie für die Rettung der Berliner vor den Folgen der mehrtägigen und blutigen Schlacht um Berlin ein. In der bis auf den Boden zerstörten Stadt ließ Bersarin die Infrastruktur wieder aufbauen, die medizinische Betreuung der Bürger, die Wasser-, Gas- und Stromversorgung organisieren, er kümmerte sich um die Rettung der Künstler, gewährleistete die Lebensmittellieferung und die Versorgung mit Konsumgütern. Er ist den Berlinern, die das neue, friedliche Leben überraschend schnell und ohne zusätzliche Erschütterungen beginnen konnten, für immer in guter Erinnerung geblieben. Bereits am 4. Mai 1945 nahm der Berliner Rundfunk seine Arbeit wieder auf. Am 13. Mai 1945 wurden die ersten Buslinien wieder in Betrieb genommen, am gleichen Tag fand das erste Konzert des Berliner Kammerorchesters statt. Am 14. Mai wurden die ersten U-Bahn-Linien in Gang gesetzt. Der 15. Mai wurde zum Tag des Erscheinens der ersten Berliner Zeitung – des Organs sowjetischer Besatzungsbehörden „Tägliche Rundschau“. Am nächsten Tag wurden in der Stadt 30 Kinos eröffnet. Am 19. Mai begann die Arbeit der ersten demokratischen Stadtverwaltung Berlins mit Arthur Werner an der Spitze. Am gleichen Tag wurde der Aufbau der Berliner Polizei begonnen. Am 20. Mai fand das erste Fußballspiel der Nachkriegszeit statt. Am 21. Mai erschien die erste deutsche Zeitung „Berliner Zeitung“. Am 26. Mai fand das erste Konzert der „Berliner Philharmoniker“ statt und am Tag danach erfolgte die erste Theatervorstellung im Renaissance-Theater. Der 30. Mai wurde zum Wendepunkt in der Stromversorgung der Stadt: 11 der 21 Berliner Stadtbezirke bekamen stabile Stromversorgung. Am 1. Juni wurde der Schulunterricht in den Berliner Schulen wieder aufgenommen. Am 7. Juni erteilte Bersarin den Befehl, das Brotbacken für die Bevölkerung um 50% zu erhöhen. Am 10. Juni wurde das Deutsche Theater in der Schumannstraße eröffnet. Am 15. Juni wurde das Zentralkomitee der Berliner SPD-Niederlassung gebildet. Am gleichen Tag fand die erste Vorstellung der Berliner Oper statt. Am 18. Juni öffnete die Berliner Hochschule der Künste ihre Türen.²⁰⁸ In der Stadt wurde der Ausbruch von Epidemien verhindert, die Einwohnerzahl stieg binnen eines Monats von 1 Mio. zur Zeit der Beendigung der Kämpfe bis 3 Mio. zum Zeitpunkt der Ausgabe der neuen

²⁰⁸ Zitiert nach: Lutz Pross, Nikolay E. Bersarin. *Berlinskije disputy: simpatii objedinjajutsa na jego storone*. Moskau, 2004, S. 19

Lebensmittelkarten. Nirgendwo in Deutschland verlief die Rückkehr zum normalen friedlichen Leben mit solchem Tempo, wie es in Berlin unter der Führung von N.E. Bersarin der Fall war.

1946 wurden ihm zu Ehren im damals noch geeinten Berlin der frühere Baltenplatz in Bersarin-Platz und die ehemalige Petersburger Straße in Bersarinstraße umbenannt. 1957 wurde anlässlich des 30. Jahrestages des Sieges dem ersten Militärkommandanten Berlins der Ehrenbürgertitel Berlins (DDR) verliehen. In beidem Fällen wurde der Beschluss der Stadtbehörden von den Berliner Bürgern initiiert, die den entscheidenden Beitrag Bersarins zum Wiederaufbau der Stadt nicht vergessen haben. Nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik begann die neue Stadtführung, in der der Einfluss der Westberliner CDU vorherrschend war, eine Politik für die Ausmerzung des Andenkens an die UdSSR aus der Geschichte Berlins zu realisieren. Die Bürger des Berliner Bezirks Friedrichshain setzten die Erhaltung des Namens für den Bersarin-Platz durch, aber Bersarinstraße wurde wieder in die Petersburgerstraße umbenannt. 1992 wurde der Name Bersarins in die revidierte Liste der Ehrenbürger des vereinten Berlin nicht aufgenommen, was energische Proteste nicht nur im Ostteil der deutschen Hauptstadt, sondern auch in ihrem Westteil ausgelöst hat. Solange aber die CDU an der Macht in der Stadt war, wurden diese Proteste, die ihren Niederschlag im Beschluss des Stadtparlaments gefunden haben, nicht beachtet. Erst nach der Wahlniederlage der CDU und der Bildung des Berliner Senats aus Vertretern der SPD und der PDS wurde der Beschluss über den Ausschluss des Namens Bersarin aus den Ehrenbürgerschaft Berlins wieder rückgängig gemacht. Das geschah im Februar 2003 während des Festaktes im Stadtparlament. Das Bild Bersarins nahm seinen Platz in der offiziellen Galerie der Ehrenbürger der Stadt wieder ein. Im Mai wird jährlich der Gedenktag für Bersarin veranstaltet.

Sowjetische Militärkommandanten wirkten in Hunderten von Städten und Ortschaften der sowjetischen Besatzungszone. Die meisten davon verdienten den Dank der ihrer Betreuung anvertrauten Bevölkerung. Ihr Beitrag zur Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Deutschen und Russen ist nicht zu überschätzen. Die Lebensmittelhilfe der UdSSR für die Bevölkerung ihrer Besatzungszone rettete in den ersten Nachkriegsjahren, die die schwierigsten waren und in denen die Russen selbst unter Hungersnot litten, mehreren Millionen Deutscher das Leben. Für die Rettung der Bevölkerung wurden die Armeereserven an Lebensmitteln verwendet. In der damaligen Zeit liefen Lebensmittelpakete für die

Verwandten aus dem Osten in den Westen Deutschlands, und nicht umgekehrt, wie es nach der 1948 in den westlichen Zonen durchgeführten separaten Währungsreform zur Regel wurde. Seit der Gründung der DDR wurde das Besatzungsregime schrittweise abgebaut und die Beziehungen zwischen den Bürgern und den sowjetischen Truppen bekamen eine neue Qualität: sie wurden im juristischen Sinne gleichberechtigt, wie es sich für die verbündete Staaten gehört.

Der Abzug der Westgruppe in kürzester Zeit entstellte bis zu einem gewissen Grad die Wahrnehmung der Beziehungen zwischen unseren Soldaten und der lokalen Bevölkerung. Es wäre grundsätzlich falsch anzunehmen, wie es Menschen tun, die mit der realen Situation nicht vertraut sind, dass die Menschen in der DDR sowjetische Truppen als ausschließlich unerwünschten Faktor gewertet haben. In den 40 Jahren der Existenz der ostdeutschen Republik verwandelten sich die dort stationierten russischen Soldaten aus den Okkupanten nicht nur in Verbündete, sondern auch in Helfer. Natürlich gab es kleinere unerwünschte Zwischenfälle, als aber 1988 die UdSSR den bevorstehenden Abbau der zahlenmäßigen Stärke der Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland erklärt hat, brach in einigen landwirtschaftlichen Genossenschaften der DDR leise Panik aus: ohne Unterstützung und direkte Mitwirkung der Soldaten der in der Nachbarschaft einquartierten sowjetischen Truppen entstand die Gefahr, dass die bevorstehende Einbringung der Ernte scheitern könnte. Solche Zusammenarbeit der Russen und Deutschen basierte durchaus auf einer marktwirtschaftlichen Grundlage: sowohl die Soldaten selbst, als auch die Truppenteile, in denen sie ihren Wehrdienst geleistet haben, bekamen von den Genossenschaften für ihre Arbeit Entlohnung, was die finanzielle Lage aller Seiten verbessert hat.

Mit dem Beginn der Epoche der Reformen und der Glasnost in der UdSSR wurden die Garnisonen der Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland für die Parteiorgane und die Staatssicherheit der DDR zu Herden der „Perestrojka-Seuche“. Die Parteinomenklatur der Republik, die sich gegen notwendig gewordenen Veränderungen stellte, versuchte mit allen Kräften, die Möglichkeiten von Kontakten zwischen den deutsch sprechenden Offizieren der Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland und der lokalen Bevölkerung zu reduzieren. Grundorganisationen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft wurden unter Druck gesetzt, es wurde verboten, Referenten aus der Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland einzuladen. Vertreter des sowjetischen Offizierkorps verheimlichten ihrerseits in

privaten Gesprächen nicht ihre kritische Einstellung zur Lage in der DDR. Ohne Überzeugung der Demonstranten im Herbst 1989 darüber, dass die Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland innerlich mit ihnen einverstanden ist, wäre die Welle der Volksproteste kaum so mächtig, so stürmisch und einmütig gewesen. Die Menschen, die auf die Straße kamen, glaubten, dass der russische Soldat gegen sie nicht vorgehen wird. Die Westgruppe der Truppen erlebte nicht nur das Verschwinden der DDR, sondern zugleich auch die Desintegration der UdSSR. Sie blieb in Deutschland, vertrat aber schon eine andere Macht in dem Aufenthaltsland, das sich bis zur Unerkennlichkeit verändert hat. Wäre es nicht das drückende Bewusstsein des herannahenden Sprungs ins Ungewisse, wie es für die Soldaten der voreilige Abzug in die total unvorbereiteten Stationierungsorte war, könnte man diese letzten Jahre der Westgruppe der Truppen als ihr „goldenes Zeitalter“ bezeichnen.²⁰⁹ Der Konflikt mit NATO war ausgeschlossen, die Westgruppe lag nun praktisch in der NATO drin, die Hindernisse für enge Kontakte mit der Bevölkerung waren weggefallen, die Barrieren für freundschaftliche Kontakte zwischen den russischen Jungen in Soldatenmänteln und den Deutschen sind verschwunden, diese Kontakte sind meistens auch nach dem Abzug der Truppen erhalten geblieben. Es gibt keine Zweifel an der Aufrichtigkeit des Dankesgefühls, das die früheren DDR-Bürger hatten. Die Westgruppe war in der Lage, ohne besondere Mühe den spontanen Aktionen der Bürger auf den Straßen in Leipzig, Dresden und Berlin ein Ende setzen. Die Russen wussten aber, dass in der entstandenen Situation mit Gewalt nichts zu lösen wäre, der Schaden für die Zukunft könnte aber groß sein. Hier hat man es eben mit dem Fall zu tun, dass die Soldaten Ruhm dadurch erwarben, dass sie in den Kasernen geblieben sind. Das verstanden auch sehr gut die Deutschen der „alten Bundesrepublik“, die Ende 1990 die Westgruppe mit freiwilligen Spenden in Form von Weihnachtsgeschenken überhäuft haben. Einen Massencharakter hatte ebenfalls die Spendensammlung für Geschenke an die russischen Soldaten auch in den folgenden Jahren.

Die Gruppe sowjetischer Streitkräfte in Deutschland diente, trotz ihrer spezifischen Aufgabe, im Laufe von über einem halben Jahrhundert als eine Art Bindeglied für Russen und

^{209[9]} Es gab natürlich auch negative Erscheinungen, beispielsweise, die Trödelmärkte um die Stationierungsorte der Truppen herum oder die Fälle der Fahnenflucht, die dadurch erleichtert wurde, daß gleich vor den Mauern der Kasernen der „freie Westen“ begann. Jedoch waren die Fälle der Fahnenflucht dermaßen selten (insgesamt etwa 200 Personen), daß sie als eine wesentliche Erscheinung nicht der Rede wert sind. Der einzige große außerordentliche Vorfall war der Hochverrat des Regimentskommandeurs Major Kolesnikow im Dezember 1999, der 3 Geschosse zum neuen Panzer, eine Rakete des Flugabwehrkomplexes und ein ferngesteuertes Raketengeschoß mitgenommen hat. Wegen dieses Vorfalls wurden der Stellvertretende Kommandierende der Westgruppe Armeegeneral Snetkow und einige andere Chefs ihrer Posten enthoben.

Deutsche. In der Gruppe sowjetischer Truppen in Deutschland und später in der Westgruppe der Truppen leisteten in der Nachkriegsperiode etwa 8 Mio. Bürger der UdSSR ihren Wehrdienst. Nach ihrer Heimkehr trugen sie mit ihren Berichten über Deutschland und seine Bürger im wesentlichen Maße zur Korrigierung des Bildes über die Deutschen im Bewusstsein der Russen bei, welches durch den Krieg wesentlich beeinträchtigt wurde. Für viele Deutsche waren die Soldaten der Gruppe die einzigen „lebendigen Russen“, mit denen sie direkt zu tun hatten. Die Tatsache, dass es im historischen Wendepunkt der Jahre 1989-1990 nicht zur Kollision zwischen Russen und Deutschen kam, sondern eine Annäherung zwischen ihnen entstand, verfestigte die positiven Ergebnisse der Kommunikation der Bevölkerung Deutschlands mit den sowjetischen und später russischen Soldaten.

Der Abzug der Westgruppe der Streitkräfte in deutlich unangemessener Frist war eine der kompliziertesten Operationen in politischer und logistischer Hinsicht, die bis jetzt keine gebührende Einschätzung erhielt. In den 40 Jahren ihres Aufenthaltes auf deutschem Boden wurde die Gruppe neben ihrer direkten Funktion als beträchtliche Kampfkraft mit mehreren Flugplätzen, Panzerübungsplätzen, Übungsfeldern, Waffen- und Munitionslagern auch zu einem Staat im Staat im zivilen Sinne – auf dem ganzen DDR-Gebiet hatte sie ihre Militärstädchen, Konzerthallen und Museen, Spitale und Krankenhäuser, Kindergärten und Schulen, wirtschaftliche Einrichtungen und Reparaturwerkstätten. Das waren im wahren Sinne des Wortes wesentliche Einfügungen der sowjetischen Wirklichkeit in die Realitäten der Republik. In den Gebieten der Stationierung der Gruppe wurde permanent etwas gebaut, in Ordnung gebracht, restauriert. Und nun musste man all dieses binnen weniger Monate nach Russland verfrachten, wo niemand die „Heimkehrer“ aus Deutschland mit ihrem Vermögen erwartet hat. Nach dem Zerfall der UdSSR wurde es immer schwieriger die Rüstungen nach Russland auf dem Landweg zu transportieren. Die Südstrecke funktionierte nicht mehr: auf dem ukrainischen Gebiet wurden die Rüstungen schlicht „konfisziert“. Deshalb wurde es notwendig, die Fährverbindung Mukran-Klaidepa bis zum äußersten auszulasten, die kurz vor der Krise in der DDR zu ganz anderen Zwecken in Betrieb genommen wurde. Die Litauer forderten wahnsinniges Geld für Transit (hier hat allerdings die Bundesrepublik geholfen, die auf Litauen Druck ausgeübt hat – denn ein Verzug des Abzugs der Westgruppe passte den Deutschen nicht ins Konzept). Der Personalbestand wurde mit militärischen Transportflugzeugen befördert, was auch kein einfaches Verfahren darstellte. Die Vorwürfe der deutschen „Grünen“, dass die Westgruppe nach ihrem Aufenthalt mehrere kontaminierte

Herde in der Umwelt hinterlassen hat, sind ungerecht, weil unsere Truppen in der Regel in Standorten der Wehrmacht stationiert wurden, also nicht nur wir wirkten in den letzten 40 Jahren auf die Umwelt schlecht ein.

Die russischen Soldaten verließen Deutschland vor dem Ablauf der ursprünglich festgesetzten Vier-Jahres-Frist. Aber sie haben es nicht vollständig verlassen. Hunderttausende Soldaten der Roten Armee, die während der Befreiung Europas vom Nazismus gefallen waren, liegen im deutschen Boden begraben. Auf Ewigkeit werden die Skulpturen sowjetischer Soldaten in den Berliner Parks Treptow und Tiergarten stehen. Weiße Obelisken über den Massengräbern in deutschen Städten und Ortschaften lassen das Andenken daran nicht erlöschen, wer was in der europäischen Geschichte leistete. Die Bundesregierung hat sich verpflichtet, sich um die Pflege der Denkmäler für jene zu kümmern, die ihr Leben für den Sieg in den letzten Monaten und Tagen des Krieges eingesetzt hatten. Diese Verpflichtung hat den unbefristeten Charakter.

Dr. habil. hist., Professor Putilin Boris G.
Führender wissenschaftlicher Mitarbeiter Institut für Militärgeschichte
des Verteidigungsministeriums der RF

Einige Probleme der Verhinderung eines Kriegs in Europa **Ende des XX. Jahrhunderts**

Zu Beginn der 80-er Jahre hat die ideologische Konfrontation beider Systeme ihren Höhepunkt erreicht. Der im Juni 1982 vom US-Präsidenten Reagan proklamierte "Kreuzzug" gegen den Kommunismus wurde auch zum Programm der Tätigkeit der Nordatlantischen Allianz. Die größte Hoffnung wurde auf direkte Bekämpfung der UdSSR, auf Erzielung der militärisch-strategischen Überlegenheit sowohl auf regionaler als auch globaler Ebene gesetzt. Der Aufbau der Streitkräfte der Länder der Nordatlantischen Allianz (NATO) wurde auf die Führung der allgemeinen und begrenzten nuklearen und konventionellen Kriege gerichtet.

Die größten Probleme der westeuropäischen NATO-Mitglieder waren mit der Führung eines **begrenzten Nuklearkriegs** in Europa verbunden. Indem die Westeuropäer die Wirksamkeit der Nuklearwaffen anerkannten, hatten sie Angst, sie von ihrem Gebiet aus einzusetzen, denn das, was für die Vereinigten Staaten begrenzt war, könnte sich für sie als katastrophal erweisen. In Westeuropa wurde die Kriegskonzeption bevorzugt, die einen symbolischen Kernwaffeneinsatz als "Warnung" planen würde. Auf Beschluss des NATO-Rates (Dezember 1979) begann man von 1983 an mit der Stationierung der Flügel- und ballistischen Mittelstreckenraketen in Westeuropa. Sie wurden für die Vergrößerung des

Vernichtungsbereichs der Objekte auf 2,5 Tausend km bestimmt. Die Anflugzeit neuer Kernwaffenträger auf Ziele im Europäischen Raum der UdSSR wurde auf 6 Minuten reduziert. In den Bereich der Kriegsaktionen gerieten im Falle eines begrenzten Nuklearkriegs auf dem Europäischen Kontinent der wirtschaftlich entwickeltste Teil des Gebiets der Sowjetunion und bedeutende Teil ihres Militärpotentials.

Infolgedessen wurden die Verhandlungen über die Reduzierung der Kernwaffen eine Schwerpunktrichtung für Gewährleistung der militärischen Sicherheit. Im Ergebnis der Verhandlungen wurde am 8. Dezember 1987 zwischen der UdSSR und den USA der Vertrag über die Vernichtung der Kurz- und Mittelstreckenraketen unterzeichnet. Auf solche Weise wurde zum ersten Mal ein praktischer Schritt zur realen vollständigen Vernichtung einer der Rüstungsarten getan, was ein Kernstück der gesamten sowjetischen Außenpolitik im Bereich der Abrüstung nach dem Zweiten Weltkrieg war. In Übereinstimmung mit dem Vertrag sollte die Sowjetunion 1846 Kurz- und Mittelstreckenraketen und 587 Startrampen dafür vernichten, und die USA 846 Kurz- und Mittelstreckenraketen und 288 Startrampen. Da die bedeutende Anzahl von amerikanischen Kurz- und Mittelstreckenraketen in Europa stationiert wurde, unterzeichneten die USA am 11. Dezember 1987 die bilaterale Vereinbarung mit ihren NATO-Verbündeten über die Erfüllung des Vertrages über die Vernichtung der Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Der Vertrag über die Vernichtung der Kurz- und Mittelstreckenraketen legte einen nach Tiefe und Umfang komplizierten Mechanismus der Kontrolle über die Erfüllung ihrer Verpflichtungen durch die Vertragsparteien fest, den es bisher in der Praxis der internationalen Beziehungen nicht gegeben hatte. Infolge der Erfüllung der Vertragsbedingungen über die Vernichtung der Kurz- und Mittelstreckenraketen bestanden zum 15. Mai 1991 in der UdSSR und in den USA zwei Klassen der Kernwaffenträger nicht mehr, nämlich die Kurz- und Mittelstreckenraketen. Damit wurden die Möglichkeiten der Führung eines begrenzten Nuklearkriegs in Europa wesentlich reduziert.

Gleichzeitig unternahmen die Sowjetunion und die USA Schritte zur Verringerung der Gefahr der Entfesselung eines nuklearen Weltkrieges. Am 10. Dezember 1987 einigten sich der sowjetische (а в Союзе тогда был президент? прим. перев.) und der amerikanische Präsident auf wesentliche Reduzierung der strategischen Kernwaffen.

Zur gleichen Zeit wurde der Verhandlungsprozess über den Abbau der konventionellen Rüstungen in Europa beschleunigt, was die Wahrscheinlichkeit der Entstehung eines **konventionellen Weltkriegs** bedeutend verringerte. Ein Schritt in dieser Richtung wurde am 19. September 1986 mit der Verabschiedung des Schlusss dokumentes in der Konferenz zur Festigung der vertrauensbildenden Maßnahmen, des Friedens und zur Abrüstung in Europa getan, die im Rahmen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) stattfand. Am 17. Februar 1987 begannen in Wien die Verhandlungen zwischen den Vertretern der NATO und des Warschauer Vertrags über das Format der Verhandlungen über den Abbau der konventionellen Rüstungen in Europa vom Atlantik bis zum Ural-Gebirge.

Am 19. November 1990 wurde der Vertrag über die konventionellen Streitkräfte in Europa zwischen dem Warschauer Vertrag und der Nordatlantischen Allianz unterzeichnet und die gemeinsame Deklaration über den Nichtangriff veröffentlicht. Die Hauptziele des Vertrags waren wie folgt: die Herstellung eines dauerhaften und stabilen Gleichgewichts der

konventionellen Streitkräfte auf niedrigerem Niveau, die Vernichtung der sich historisch herausgebildeten Disparitäten, die der Stabilität und der Sicherheit Schaden zufügen, vor allem des Potenzials für einen Überraschungsangriff und die Führung von groß angelegten Offensiven. Im Ganzen wurde im Vertrag, wie noch nie nach dem Zweiten Weltkrieg, eine radikale gemeinsame Reduzierung der Rüstungen etwa um ein Drittel durch alle Teilnehmerstaaten und die Herbeiführung einer qualitativ neuen militärisch-politischen Situation in Europa festgelegt.

Gemäß dem Vertrag wurden etwa 120 000 Einheiten verschiedener Rüstungen auf der Fläche von 5 Mio. km² im Europäischen Raum der UdSSR und von 3 Mio. km² im Gebiet der NATO-Länder reduziert. Das Wichtigste im Abkommen war die reale Reduzierung der Rüstungen und Technik von zwei militärisch-politischen Bündnissen bis auf eine gleiche Höchstgrenze im Bereich vom Atlantik bis zum Ural-Gebirge. Die Blockplafonds oder die gemeinsamen Niveaus für die wichtigsten Kategorien der Rüstungen betragen wie folgt: für Panzer – 20 000 Einheiten, für Kampfschützenpanzer – 30 000, Einheiten für Artillerie – 20 000 Einheiten, für Kampfhubschrauber – 2 000 Einheiten, für Kampfflugzeuge – 6 800 Einheiten.

Der Vertrag legte das Kräftegleichgewicht nicht nur im Maßstab des gesamten Kontinents Europa sondern auch in seinen einzelnen Regionen fest, in Mitteleuropa und an seinen Flanken. An den Flanken wurden gleiche gemeinsame Höchstgrenzen für die dort befindlichen Staaten, die den unterschiedlichen militär-politischen Bündnissen angehörten, festgesetzt. Damit wurde dem Kräfteverhältnis die Asymmetrie genommen. Außerdem kamen die Teilnehmerstaaten darin überein, dass jedes der Bündnisse die Verlegung seiner Truppen an die Flanken auf das Niveau von 3 Prozent von der Gesamtmenge der Rüstungen einschränkte, über die es im übrigen Teil des Europäischen Kontinents verfügte. Dabei durfte man in ein einzelnes Land nicht mehr als ein Drittel des Gesamtumfangs der Verlegung liefern. Auf solche Weise wurde die Gefahr einer hohen Konzentration von Rüstungen im Norden und Süden Europas gemindert.

Aber in den Vertrag über die Reduzierung der konventionellen Rüstungen in Europa wurden die Decklandflugzeuge und landgestützte Seefliegerkräfte nicht aufgenommen, was zu einer rapiden Steigerung des Anteils der Seestreitkräfte am gesamten Militärkräftegleichgewicht der Vertragsparteien führte. Gegen 1991 war das Verhältnis der Seestreitkräfte, die bei Militärhandlungen auf dem europäischen Kriegsschauplatz eingesetzt werden konnten entsprechend. (Anlage 1).

Nichtsdestotrotz wurde der Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa im Ganzen zu einem großen Schritt in Richtung auf den Abbau des Wettrüstens, die Einstellung des kalten Krieges, die Normalisierung der Lage in Europa und in der ganzen Welt. Er wurde auf die Beseitigung der materiellen Grundlagen der Konfrontation, auf die Vernichtung der übermäßigen Rüstungen in den Teilnehmerstaaten, auf die Normierung der Rüstungsniveaus in Mengen, die für eine sichere Verteidigung sowohl eines Einzelstaates als auch einer Gruppe von Ländern hinlänglich waren, gerichtet. Zum ersten Mal nahm die Reduzierung gefährlicher Offensivwaffen die juristische Form der gegenseitigen Verpflichtungen zur Aufrechterhaltung der Militärpotenziale der Vertragsseiten auf nach Anzahl, Stationierungsorten, Arten der Aufbewahrung der Rüstungen, strikt fixierten Niveaus unter strenger internationaler Kontrolle an.

Die Bedeutung des Vertrags bestand nicht nur in der Reduzierung der Rüstungen sondern

auch in der rechtlichen Verankerung des Mechanismus der Kontrolle und gegenseitigen Information, die die Berechenbarkeit der militärischen Politik der Teilnehmerstaaten garantieren.

Zur gleichen Zeit entstand sofort nach dem Abschluss des Vertrags eine Reihe von Problemen, die erhalten blieben und die geostrategische Lage der Sowjetunion und ihres Nachfolgers – der Russischen Föderation – noch verschärften. Leider verstärkten sie sich noch mehr mit der NATO-Osterweiterung.

Vor allem wurde im Vertrag die zu dem Zeitpunkt herausgebildete Situation in Europa nicht vollständig widerspiegelt: Die NATO bestand nach wie vor als militärisches Bündnis, und die Organisation des Warschauer Vertrags als militärisch-politische Organisation wurde aufgelöst. Unterdessen war die Erarbeitung der meisten Bestimmungen des Vertrages unter den Bedingungen des Bestehens von zwei entgegenstehenden Bündnissen erfolgt, als die Sicherheit der UdSSR durch gemeinsame Anstrengungen aller Staaten des Warschauer Vertrags gewährleistet worden war. Infolgedessen musste sich jetzt die Russische Föderation in Fragen der Verteidigung auf sich allein verlassen.

Der Vertrag betraf die qualitative Seite der Rüstungen nicht. Damit drohte die Fortführung eines gefährlicheren Wettrüstens.

Im Lichte des Unwillens der USA und ihrer Verbündeten, bei der Erörterung der Maßnahmen zur Reduzierung der Rüstungen in Europa in das Mandat der Verhandlungen die Seestreitkräfte aufzunehmen, gewinnt die "Seestrategie" der Vereinigten Staaten an besonderer Bedeutung. Ihre Erörterung wurde Mitte der 80-er Jahre eingeleitet. Amerikanische Kriegsmarine-Fachleute bezeichneten sie auch als Strategie der "Vorneverteidigung" oder Strategie des "Vorneaufmarschgebiets". Es wurde vor allem dabei auf die Führung der offensiven Kampfhandlungen durch Truppenteile und Verbände der Seestreitkräfte (so genanntes "Projizieren der Gewalt") gesetzt, um die Herrschaft in den wichtigsten Bereichen des Ozean- und Seekriegsschauplatzes zu erobern, der Flotte des Gegners die größten Verluste im frühesten Kriegsstadium zuzufügen und ihn zu zwingen, die Hauptanstrengungen vorwiegend auf defensive Operationen in den Küstenbereichen zu konzentrieren, um die wichtigsten Objekte des Gegners auf den Küstenkriegsschauplatzen zu vernichten und Ausschiffungen der Landungstruppen selbständig und im Zusammenwirken mit anderen Streitkräften vorzunehmen.

Dazu kommt noch, wie vollkommen die Einschränkungen der konventionellen Streitkräfte und Rüstungen auch sein mochten, das es unter den Bedingungen, dass beide Vertragsseiten über Kernwaffen verfügen unmöglich ist, eine wahrhafte Sicherheit in Europa zu erzielen. Jede Ausgeglichenheit der konventionellen Kräfte kann durch einen nuklearen Überraschungsangriff überrollt werden.

Die operative und Kampfvorbereitung der Streitkräfte der Länder der Nordatlantischen Allianz wurde in den letzten Jahrzehnten durch die Auffassung des "Kampfes gegen die zweiten Staffeln" geprägt. Dadurch wurde die Versetzung der vorauseilenden Schläge in die gesamte Tiefe des operativen Aufbaus der Truppen des Gegners und gegen die vorgeschobenen Reserven vorgesehen. Da die Kernwaffenträger über die erforderliche Reichweite verfügten, erfolgte automatisch die Gestaltung eines einheitlichen Plans der Vernichtung der Ziele auf dem Europäischen Kontinent durch konventionelle und nukleare Munition. In Übereinstimmung mit der Konzeption galten unter den Bedingungen eines

konventionellen Kriegs bei strategischen Kampfhandlungen massierte Schläge mit hochpräzisen Waffen als höchst wichtig. Nach ihren Zielen und dem Charakter der zu lösenden Aufgaben konnten sie offensiv oder defensiv sein. Es wurde geplant offensive Kampfhandlungen der Gruppe von Armeen vorzunehmen zwecks Zerschlagung der ersten Staffel des Gegners und die Erstürmung der wichtigsten Wirtschaftsregionen und administrativen politischen Zentren im Gebiet des einen oder mehrerer Länder. Abhängig von den Bedingungen der Entfesselung des Krieges konnte die Gruppe von Armeen im Bestand der Gruppierung der Friedenszeit zu einer Offensive übergehen oder nach vollständigem Aufmarsch Kampfhandlungen beginnen (Anlage 2).

Das Ende des zwanzigsten Jahrhunderts wurde also durch die Ergreifung von kardinalen Maßnahmen zur Verhinderung eines Krieges in Europa gekennzeichnet. Zur gleichen Zeit erfordert die im Entstehen begriffene Disparität der Militärpotenziale der Länder des Kontinents radikale Maßnahmen zu ihrer Beseitigung zu treffen.

Anlage 1

zum Vortrag von Dr. Putilin

Kräfteverhältnis der Seestreitkräfte nach der Unterzeichnung des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa

Rüstungsarten	UdSSR	Verhältnis	NATO
Flugzeugtragende Schiffe und Flugzeugträger	2	1:7,5	15
Luftlandeschiffe (Wasserverdrängung über 1200 t)	24	1:3,5	84
Schiffe mit Flügelraketen	23	1:11,9	274
Kampfflugzeuge der Seestreitkräfte (Seekriegsflotte)	692	1:2,4	1630

Anlage 2

zum Vortrag von Dr. Putilin

Operative und taktische Normative gemäß der Konzeption des "Kampfes gegen die zweiten Staffeln"

Kategorie der Aufgaben	Vermutliche Einwirkung	Die Staffel, die Objekt des Schlages ist	Entfernung von der Berührungslinie in die Richtung des Gegners, km
I	Vernichtung	Regimente der zweiten Staffel der Divisionen, die Kampfhandlungen führen	5 – 30
II	Das gleiche	Divisionen der zweiten Staffel aus Truppenteilen der ersten Staffel	30 – 80
III	Desorganisierung (Eindämmung)	Die zweite Staffel (Reserven)	80 – 150
IV	Das gleiche	Die zweite operative Staffel (Truppenteile der zweiten Staffel)	150 – 350
V	Eindämmung	Zweite strategische Staffel (Truppenteile der zweiten Staffel)	350 – 800

Ludwig Marum

Einige Bemerkungen zu Zusammenhängen mit der Studie zur Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung

Diskussionsbeitrag zur historischen Studie

Die vorgelegte Studie zur Ökonomischen Sicherstellung der Landesverteidigung in der Zeit des Kalten Krieges ist mit ihren Aussagen auf einigen Gebieten neue Wege gegangen, weil sie versucht hat die engen Zusammenhänge von politischer, sicherheitspolitischer, militärstrategischer Ausrichtung der Sicherheitspolitik und Aufstellung und Unterhaltung von Streitkräften des Warschauer Vertrages und der Nato in einen Zusammenhang zu bringen.

Selbstverständlich kann man über die angewandten Methoden streiten. Es gibt aber unseres Erachtens derzeitig dafür keine gültige Methode, so dass man über Neuland trefflich streiten kann.

Gestatten Sie einige Bemerkungen im Zusammenhang mit dieser Studie.

Zu einer ersten Bemerkung:

Die Vorbereitung von Streitkräften eines jeden Landes dient dem Zwecke ihrer Vorbereitung auf kriegerische Handlungen, unabhängig davon, ob sie zu reinen Verteidigungszwecken oder zu Angriffshandlungen eingesetzt werden sollen oder überhaupt eingesetzt werden. Das hört sich banal an, aber es ist eine Tatsache, die auch Konsequenzen nach sich zieht. Mancher vergisst diese Tatsache, der heute über die Friedenserhaltung spricht aber gleichzeitig Streitkräfte ausrüstet, die ob ihrer Ausrüstung und ihrer Ausbildung eigentlich zu Einsätzen auch weit außerhalb des eigenen Landes vorbereitet werden.

Eine wesentliche Position nehmen dabei u. a. zwei miteinander verbundene Faktoren ein:

1. spielt das Kriegsbild, welches der jeweiligen Doktrin der Staaten zu Grunde liegt eine wesentliche Rolle.
2. spielt die jeweilige Ökonomie eine äußerst wichtige Rolle, was ja in der Geschichte des Militärs und der geführten Kriege ständig erwiesen ist und bei Engels auch nachgelesen werden könnte.

Es ist Anliegen dieser Studie gewesen, die Verbindung von Landesverteidigung und Ökonomie sichtbar zu machen, weil sich beides so enorm bedingt und auch bei der Auseinandersetzung der beiden Blöcke eine wesentliche Rolle gespielt hat. Ich darf dabei auf

die Forderung des damaligen USA-Präsidenten Reagen verweisen, der ein Totrüten der Sowjetunion gefordert hat. Es wäre zweckmäßig weiter zu untersuchen, wo denn für eine Gesellschaft die tatsächlichen Grenzen der Rüstung sind, die auf deren Bestand Einfluss haben. Selbstverständlich ist Rüstung immer auch ein ökonomisches Problem. Man vergleiche die heutige Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland, wo sich widersprüchliche Forderungen zwischen den Militärs und den Ökonomen auf tun. Mit der Studie sollte auch dem isolierten Betrachten vom Politik, Wirtschaft und Verteidigung eine Gesamtbetrachtung gegenübergestellt werden. Nicht die alleinige Betrachtung der Ökonomen oder der Militärs ist für die historische Darstellung von Bedeutung, sondern eine komplexe Betrachtung. Selbstverständlich sind die genannten Teilgebiete von Bedeutung, aber es wird nach meiner Auffassung zu wenig auf die Herstellung der Zusammenhänge geachtet. Bei der Geschichtsbetrachtung durch einige Historiker wird sehr oft eines dieser Teilgebiete aus dem Zusammenhang gerissen.

Diese genannten komplexen Fakten sollten bei der Betrachtung der gegenwärtigen aber auch der vergangenen Politik zur Aufstellung von Streitkräften, der strategischen Bestimmung ihrer Handlungen und ihrer Ausrüstung unbedingt zugrunde gelegt werden und zwar bei den Streitkräften aller Staaten und bei den Staatsführungen selber, unabhängig von ihrer Bündniszugehörigkeit und unabhängig von ihren sicherheitspolitischen Zielen. Wenn Streitkräfte in einem Lande aufgestellt werden – und das ist in der größten Anzahl der Staaten der Fall - dann muss auch an ihre Handlungen und die Sicherstellung der Handlungen gedacht und vorbereitend dazu gehandelt werden. Nur wenn diese Komplexität gewahrt wird, das Primat der Politik Grundlage der historischen Betrachtungen ist, Teile eines Ganzen auch immer im Zusammenhang mit dem Ganzen dargestellt werden, dann gelingt eine objektivere Bewertung als das mancher Zeitgenosse heutzutage tut, der auch der Gesamtpolitik unterliegt, die in unserem Falle da lautet: Delegitimierung der DDR und damit der Geschichte des sozialistischen Staatenbündnisses, wie sie der damalige Justizminister der Bundesrepublik Deutschlands, Herr Kinkel in Auftrag gab. Herr Kinkel war übrigens ein Schüler und später enger Mitstreiter von Herrn Genscher. Übrigens ist das auch ein wesentlicher Grund, warum viele Leute aus den Archivmaterialien abschreiben, ohne diese Zusammenhänge herzustellen. Ich glaube es ist eine wertvolle Arbeit mit dieser Studie geleistet worden, die Zusammenhänge zwischen der Politik, ihrer Sicherheitspolitik, den daraus abgeleiteten Strategien und den Aufwendungen für den Aufbau, den Unterhalt und die ständige Modernisierung der Streitkräfte dargestellt zu haben.

Ein weiterer Vorzug dieser Arbeit besteht darin den Versuch unternommen zu haben, die wirtschaftlichen Sicherstellungsmaßnahmen für die Streitkräfte beider Seiten des kalten Krieges zu vergleichen und dabei sowohl über die Aufwendungen als auch über die Systeme etwas auszusagen. Natürlich kann man über die ökonomischen Vergleichsmethoden streiten. Die angewandte Methode, die jährlichen Entwicklungsraten zu vergleichen hat aber den Vorzug, sich nicht unbedingt auf Wertvergleiche der Währungen beziehen zu müssen. Mit der Methode dieser Arbeit ist aber eine Aussage möglich, wonach die Verursacher der Rüstungsschübe und die Beziehung zur jeweils gültigen Politik nachzuweisen sind. Das soll ein Beitrag zur Diskussion über die Wahrhaftigkeit der Bedrohung der jeweils anderen Seite sein. Es ist ja heutzutage üblich, Kriege mit einer Bedrohungsaussage zu beginnen. Immer wieder stellt sich heraus, dass diese Bedrohungsszenarien nicht unbedingt der Wahrheit entsprechen und dass bei der Darstellung von Bedrohungen die Geheimdienste eine überhöhte Rolle spielen.

Ich möchte dabei an die aktuellen Ereignisse um den Irak erinnern und es in diesem Zusammenhang dabei bewenden lassen.

Zu einer zweiten Bemerkung:

Eine weitere Darstellung aus der Arbeit scheint mir von Bedeutung: In den Veröffentlichungen über die Staatshaushalte wird unter Verteidigung der Aufwand für die Streitkräfte ausgewiesen. Wolfgang Neidhardt hat in seinem Vortrag zur Studie über die Militärausgaben und die Verteidigungsausgaben darauf hingewiesen, wie sich diese zusammensetzen. In den Veröffentlichungen und den Vergleichen wird sehr oft nur über die Militärausgaben berichtet, obwohl der Aufwand für die weiteren Verteidigungsausgaben ebenfalls enorm ist. Nun haben die Militärs es als eine besondere Verantwortung für sich angesehen, Geheimhaltung zu üben. Das ist bei den Ausgaben schon immer der Fall gewesen. Dabei gehen dann für die Öffentlichkeit andere Vorbereitungsmaßnahmen und der Aufwand dafür unter. So werden im Haushalt der Bundesrepublik Deutschland Verteidigungsaufwendungen in verschiedenen Teilhaushalten ausgewiesen. Aber nur zu einem Haushalt, nämlich dem des Verteidigungsministers, werden inhaltliche Aussagen zur Verteidigung gemacht.

Wenn wir über diese Vorbereitung von Streitkräften sprechen, dann gehen wir bekanntlich von verschiedenen Grundelementen aus:

1. Die Aufstellung, Ausrüstung und Ausbildung der Truppen;
2. Die Aufgaben der Wirtschaft zur Ausrüstung der Streitkräfte;
3. Die Operative Vorbereitung des Territoriums zum Zwecke der Gewährleistung der Handlungsmöglichkeiten der Streitkräfte auf dem Territorium;
4. Die Vorbereitung der Handlungen der staatlichen Organe, der Wirtschaft sowie der Bevölkerung auf die Verkündung eines Ernstfalles durch die dafür kompetenten Organe.²¹⁰ Darin eingeschlossen sind solche Maßnahmen wie
 - die Erfüllung der den staatlichen Organen übertragenen Aufgaben für die militärische Mobilmachung (Benachrichtigung der mobil zumachenden Wehrpflichtigen bzw. der einzuberufenden Reservisten, Bereitstellung von Transportmitteln und anderer Technik, von Nahrungsgütern und Bekleidung etc.)
 - die Vorbereitung der Erfüllung von Anforderungen der Streitkräfte während der militärischen Auseinandersetzungen (sofern dies als möglich vorhersehbar ist)
 - der Bau von Schutzräumen für Führungsstellen, für den Zivilschutz der Bevölkerung und von Schutzbauten für festgelegte Wirtschaftsobjekte sowie
 - die Anlage von Reserven in einem vorgesehenen und durch die politische Führung entsprechend den Erfordernissen und Möglichkeiten festgelegten Umfang für die Erfüllung der vorgenannten Aufgaben.

Das also sind die Aufgaben, für die der Staat zur Vorbereitung seiner Verteidigung Mittel aufwenden muss. Insofern ist es, wie vor dem bemerkt, berechtigt auch über Verteidigungsaufgaben und Militärausgaben zu sprechen. Übrigens war diese Systematik in der DDR die Grundlage für die Planungen in der Staatlichen Plankommission und im Ministerium der Finanzen.

Der in der DDR dafür getätigte Aufwand war sehr hoch. Nun gibt es kontrovers geführte Diskussionen zwischen Militärs und Ökonomen, die sich über die Verhältnismäßigkeit dieser Aufwendungen streiten. Auch dazu möchte ich meine Meinung darlegen. Natürlich werden die Ökonomen, die sich mit den Staatshaushalten beschäftigen immer über zu viele Verteidigungsausgaben beschweren. Die für die Verteidigung zuständigen Stellen werden immer über zu wenig Mittelzuweisung Beschwerde führen.

Also wird immer die Frage der Verhältnismäßigkeit durch die Politik zu beantworten sein.

²¹⁰ In der BRD wurde und wird dieser Aufgabenkomplex als "Zivile Verteidigung" bezeichnet. Diese steht unter Verantwortung des Bundesministeriums des Innern.

Hier will ich nochmals betonen, dass auch Rüstungswettlauf als Bestandteil des kalten Krieges genutzt worden ist. Ein bekannter Wirtschaftspolitiker der ehemaligen DDR, Siegfried Wenzel, der heute sehr interessante Bücher über die Ökonomie der DDR, ihre tatsächliche Entwicklung und den Verbleib ihrer Werte nach dem Anschluss an die Bundesrepublik publiziert, hat interessanterweise Bemerkungen anlässlich eines Forums in Berlin gemacht, auf dem auch die Studien diskutiert worden sind und an dem neben Ökonomen auch ehemalige hochrangige Militärs der DDR wie GO Fritz Streletz oder GO Jochen Goldbach u. a. teilnahmen:

Sinngemäß betonte er u. a. dass die Analyse der Vergangenheit von großer Bedeutung sei. Sie kann z. B. dazu beitragen die Frage zu beantworten, welche Rolle das Militärische am Niedergang der DDR spielte. So begann mit Breschnew in der Sowjetunion die Periode der Stagnation, gleichzeitig wurden die Militärausgaben wesentlich erhöht. Die Sowjetunion und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages repräsentierten ca. 20% des Wirtschaftspotentials der Erde, haben aber gleichzeitig in der Rüstung ein Patt hergestellt mit allen Wirkungen auf die ökonomische und soziale Entwicklung in diesen Ländern. Das war zwar eine enorme wirtschaftliche Leistung. In diesem Zusammenhang kann man aber von dem Totrüsten des sozialistischen Lagers sprechen. Es ist daher zweckmäßig den Anteil der Militärausgaben am Nationaleinkommen sowohl in der DDR als auch in der BRD deutlich sichtbar zu machen. (Damit bezieht er sich auf die Studie, über die wir heute sprechen).

Interessant ist die Feststellung, dass die Verteidigungsindustrie in der DDR, anders als in der UdSSR und den anderen Warschauer Vertragsstaaten in die Gesamtwirtschaft integriert gewesen ist. Auch in anderen Bereichen wie der Landwirtschaft gab es Unterschiede zur UdSSR. Das hing u. a. damit zusammen, dass die SED von einer längeren Übergangsperiode zum Kommunismus ausging und damit auch bestimmte gesellschaftliche Entwicklungen anders als in der UdSSR organisierte. Übrigens möchte ich nochmals darauf hinweisen, dass in diesem Zusammenhang noch die Belastungen durch die Wismut anzusprechen sind, die in die DDR-Aufwendungen für Verteidigung einzuberechnen wären. Immerhin war die DDR drittgrößter Uranproduzent der Welt mit bis zu zehnfach höheren Kosten. Zeitweilig waren bis zu 140 000 Arbeitskräfte in der Wismut beschäftigt.

Wenn wir also diese Aussagen bewerten, dann wäre festzustellen, in der Auseinandersetzung der Systeme hat das ökonomisch und nicht das militärisch schwächere System eine Niederlage erlitten. Schon alleine diese Aussage zeigt den großen Einfluss, den die Rüstungsaufwendungen auf die Gesellschaft besitzen. Daher ist nach meiner Auffassung zweierlei geboten:

1. Wenn es schon Rüstung und Rüstungsindustrie gibt, weil die Politik Streitkräfte will und diese auch für ihre Handlungen umfassend vorbereitet werden sollen, dann ist es geboten die Erkenntnisse aus der wissenschaftlich-technischen Entwicklung für die Rüstung auch für die zivilen Bereiche nutzbar zu machen, um diese am Fortschritt zu beteiligen und diesen auch für die Entwicklung der anderen gesellschaftlichen Bereiche zu nutzen.

2. Es muss auch viel mehr darüber gesprochen werden, wenn man sich für Rüstung ausspricht, wie viel Rüstung ist überhaupt notwendig. Natürlich muss man sich gegen Bedrohungen wappnen. Aber soviel Rüstung anzuhäufen, dass die Erde mehrfach zerstört werden kann, obwohl ein Mal reicht, grenzt an Wahnsinn und Vergeudung von Volksvermögen. Insofern gilt es auch aus der historischen Studie Rückschlüsse auf die heutige Zeit zu ziehen, was ja morgen geschehen soll.

Teilnehmer am Seminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Institutes für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der Russischen Föderation

- Basik, I. I. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, stellv. Leiter für wissenschaftliche Arbeit
- Belosludzew, O. A. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter, stellv. Abteilungsleiter
- Danilow, D. A. Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften
- Filitow, W. I. Doktor der historischen Wissenschaften, Professor, Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Iljin, I. A. Doktor der Philosophie, Internationale Akademie für Fragen der Sicherheit, Vizepräsident
- Iwaschow, L. G. Doktor der historischen Wissenschaften, Professor, Akademie für geopolitische Probleme, 1. Vizepräsident
- Jegorowa, N. I. Doktor der historischen Wissenschaften, Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, stellv. Direktor, Leiterin des Zentrums zum Studium des „kalten Krieges“
- Jeremenko, S. B. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, Gruppenleiter
- Koltjukow, A. A. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, Leiter
- Kondraschew, S. A. Generalleutnant, Veteran der Auslands-Aufklärung
- Kortschagina, M. B. Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Kratjuk, D. K. Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, Gruppenleiter
- Kuminow, I. J. Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Linke, P. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Ljoschin, M. G. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, stellv. Abteilungsleiter

- Lobow, W. N. Doktor der Militärwissenschaften, Professor, Stiftung „Volksgedächtnis“, Präsident
- Marum, L. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Maximyschew, I. F. Doktor der politischen Wissenschaften, Europa-Institut, Außerordentlicher und Bevollmächtigter Gesandter
- Neidhardt, W. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin
- Nikiforow, N. I. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, stellv. Leiter
- Nowik, F. I. Doktor der historischen Wissenschaften, Institut für russische Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Omelitschew, B. A. Generaloberst, Veteran des Militärdienstes
- Orlow, A. S. Doktor der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Petrow, W. L. Kandidat der philosophischen Wissenschaften, Akademie für geopolitische Probleme, Vizepräsident
- Plotnikow, W. W. Stab der Fallschirmjägertruppen, Militärhistoriker
- Posdejew, A. D. Internet-Zeitung „Mir istorii“, Chefredakteur
- Putilin, B. G. Doktor der historischen Wissenschaften, Professor, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter
- Rogoshin, N. A. Militärakademie der strategischen Raketentruppen „Peter der Große“, Dozent
- Romanenko, W. I. GUS-Institut (Institut der Diaspora und Integration), Generalmajor, Erster Stellvertreter des Direktors
- Sacharow, W. W. Doktor der historischen Wissenschaften, Staatsarchiv der RF
- Saposhnikowa, G. N. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Allgemeine Geschichte der Russischen Akademie der Wissenschaften, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Schepowa, N. J. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin

- Spektor, W. N. Professor, Internationale Akademie für Sicherheitsfragen, Präsident
- Stepanow, R. F. Vizepräsident, Akademie für Fragen der Sicherheit, Verteidigung und Rechtsordnung
- Tarassow, A. B. Außenministerium der RF, Europa-Abteilung
- Uglow, W. I. Militäarakademie der strategischen Raketentruppen „Peter der Große“, Dozent
- Wassiljewa, N. W. Kandidat der historischen Wissenschaften, Institut für Militärgeschichte des Ministeriums für Verteidigung der RF, leitende wissenschaftliche Mitarbeiterin
- Wsewolodow, W. A. Kandidat der historischen Wissenschaften, Stiftung für gegenseitige Verständigung und Versöhnung, Experte

Anlage

Verzeichnis der Abkürzungen

ABC	Atomare, biologische und chemische (Waffen)
AE	Ausrüstungsempfehlungen des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BSA	Bereich Spezieller Außenhandel des Ministeriums für Außenhandel
CSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
DDR	Deutsche Demokratische Republik
EATTF	Einheitliche Allgemeine Taktisch-Technische Forderungen
EDIP	Europäisches Verstärkungsprogramm der NATO-Staaten
EMK	Einheitlicher Materialkode der Teilnehmerländer der SKV
	EPI.14 Einzelplan 14 des Bundeshaushalts, Bundesministerium für Verteidigung
ERI	Verzeichnis der Bauelemente der Radio- und elektronischen Industrie
ETTF	Einheitliche Taktisch-Technische Forderungen
FE	Forschung und Entwicklung
Fla	Fliegerabwehr
LVO	Liefer- und Leistungsverordnung
	GKES Staatliches Komitee der UdSSR für Ökonomische Verbindungen mit dem Ausland
GSSD	Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland
IHV	Ingenieur Hauptverwaltung
ITA	Ingenieurtechnischer Außenhandel
ITV	Ingenieurtechnische Verwaltung
KFZ	Kraftfahrzeug
KVP	Kasernierte Volkspolizei
LKW	Lastkraftwagen
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR
MÖI	Militär-Ökonomische Integration
MÖIO	Militär-Ökonomische Integrationsordnung
MPi.	Maschinenpistole

MWTR	Militärwissenschaftlich-Technischer Rat beim Chef des Technischen Komitees der Vereinten Streitkräfte des WV
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee der DDR
ÖSLV	Ökonomische Sicherstellung der Landesverteidigung der DDR
OWV	Organisation der Warschauer Vertragsstaaten
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SFL	Selbstfahrlafette
SKK	Sowjetische Kontrollkommission in Deutschland
SKV	Ständige Kommission des RGW für die Verteidigungsindustrie
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SOWI	Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr
STV	Standard für den Verteidigungsbereich
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VRP	Volksrepublik Polen
V.Str.Kr	Vereinte Streitkräfte
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVS	Vertrauliche Verschlusssache
WV	Warschauer Vertrag
ZKV	Zweiseitige Kommissionen für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit